Dienstag, 11. Oktober 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 237 - 41.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl in Dschidda: Bundeskanzler Kohl und seine saudischen Gesprächspartner sind sich in dem Bemühen einig, die Frage der Waffenexporte nicht zum Konfliktthema werden zu lassen. Die Freundschaft zwischen beiden Ländern, so der saudische König Fahd, sei „nicht auf Waffenlieferungen aufgebaut".

Flucht: Ein 26jähriger Handwerker aus der „DDR" ist nach Niedersachsen geflüchtet.

Rücktritt: Der umstrittene US-Innenminister James Watt ist zurückgetreten. Anlaß war heftige Kritik an einer Äußerung des Ministers über eine Beraterkommission, die „aus einem Schwarzen, einer Frau, zwei Juden und einem Krüppel" bestehe.

Säuberungen in China: In der Kommunistischen Partei Chinas stehen neue politische Säuberungen bevor. Die Überprüfung der rund 40 Millionen Parteimitglieder solle drei Jahre dauern, hieß es in Peking.

Israel: Der von der Rechts-Mitte-Koalition zum Nachfolger Begins bestimmte bisherige Außenminister Shamir hat der Knesset sein Kabinett vorgestellt.

Grüne: In einem Brief haben Gruppen der „Friedensbewegung" in der Bundesrepublik Deutschland und der Grünen Andropow aufgefordert, umgehend Maßnahmen zur Verschrottung von SS-20-Raketen einzuleiten.

Chirac: Als „absolute Notwendigkeit" hat der französische Gaullistenführer Chirac die Stationierung von Pershing-2-Raketen in Westeuropa bezeichnet. Sie würde die Solidarität mit den USA stärken, meinte er in einem WELT-Gespräch. (S. 8)

NATO-Doppelbeschluß: Moskau unternimmt eine Propagandakampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß in der Bundesrepublik Deutschland. Der Leiter der sowjetischen Auslandsinformation, Samjatin, drohte in Hamburg mit weiterer Rüstung für den Fall einer Stationierung neuer Raketen.

Weichmann gestorben: Im Alter von 87 Jahren ist der frühere Hamburger Bürgermeister Professor Herbert Weichmann gestorben. Weichmann galt als „konservativer Sozialdemokrat preußischen Zuschnitts".

Griechenland: Kampfflugzeuge des NATO-Staats Griechenland haben drei Formationen amerikanischer Militärmaschinen wegen angeblicher Verletzung griechischen Luftraums abgefangen.

Heute: Österreichs Staatspräsident Kirchschläger besucht die „DDR". – Parteitag der britischen Konservativen in Blackpool. – Bundestagspräsident Barzel legt Diäten-Bericht vor. – Prozeß gegen Schleyer-Entführer Wagner und Schulz beginnt in Düsseldorf. – Neuer „Protesttag" der chilenischen Opposition.

ZITAT DES TAGES



» Die Gewerkschaften haben eine jahrzehntelange Tradition des Einsatzes für Frieden und Abrüstung. Es wäre daher geradezu absurd, sich plötzlich zum Anhängsel einer neuen Bewegung zu machen. «

Der scheidende IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer auf dem Gewerkschaftstag in München zum Verhältnis der Gewerkschaft zur Friedensbewegung. (S. 6)
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Finanzkrise: Wegen der finanzpolitischen Krise haben Israels Banken den Devisenhandel eingestellt. Auch der Handel an der Effektenbörse ruht. Allgemein wird eine Abwertung der Landeswährung, des Schekel, erwartet. (S. 14)

Iran: Die deutsch-iranische Handelskammer rechnet mit einer baldigen Wiederbelebung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Als Anzeichen dafür wertet sie den Rückgang der Auslandsschulden Irans, die steigenden Devisenreserven und eine verstärkte Öffnung für Importe. (S 13)

Weltwirtschaft: Wenn es nicht zu einer Konjunkturbelebung in den Ländern der Dritten Welt kommt, werde die Erholung der Wirtschaft in den westlichen Industriestaaten nur von kurzer Dauer sein, warnt Weltbankpräsident Clausen.

Kohle-Runde: Zwischen Bund, Ländern, der Steinkohlewirtschaft und Gewerkschaften ist die Finanzierung der notwendigen „Anpassungsschichten" zum Abbau der Kohleförderung umstritten.

Börse: Nach Gewinnmitnahmen konnten sich die Aktienkurse wieder stabilisieren. WELT-Aktienindex 142,7 (142,5). Der Rentenmarkt war uneinheitlich. Dollar-Mittelkurs 2,5829 (2,5745) Mark. Goldpreis je Feinunze 401,00 (397,40) Dollar.

KULTUR

Nobelpreis: Für ihre Forschungen im Bereich der mobilen Strukturen der Erbmasse erhielt die Amerikanerin Barbara McClintock (81) den Nobelpreis für Medizin. (S. 23)

Testament: Ein Einblatt-Druck mit 50 Thesen Martin Luthers aus dem Jahr 1545, die als „theologisches Testament" bewertet werden, ist in Bad Windsheim (Mittelfranken) entdeckt worden.

SPORT

Boxen: Nur durch eine Kaution von 7000 Mark konnte Weltmeister René Weller einer Verhaftung entgehen. Weller soll Goldstaub und Silber für 10 000 Mark von einem Hehler gekauft haben.

Schach: Der sowjetische Schachverband hat sich beim internationalen Verband entschuldigt, weil Kasparow und Smyslow zu den WM-Halbfinalpartien nicht angetreten sind. (S.11)

AUS ALLER WELT

Venus-Sonde: Nach einer Reise von 330 Millionen Kilometern hat eine sowjetische Raumsonde ihre Umlaufbahn um die Venus erreicht.

Examensschwindel: Mindestens 10 000 frischgebackene Doktoren der Medizin müssen in den USA wegen Examensschwindels ihre Approbationsprüfung wiederholen. (S.24)

Wetter: Stark bewölkt und regnerisch, 9 bis 13 Grad, Tiefstwerte bei 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl gelingt Entschärfung des Konflikts im Panzer-Geschäft

König Fahd: Die Freundschaft ist nicht auf Waffenlieferungen aufgebaut

MANFRED SCHELL, Dschidda

Die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Saudi-Arabien ist nach den Worten des saudischen Königs Fahd „nicht auf Waffenlieferungen aufgebaut". Diese Erklärung Fahds, die gestern in einem längeren Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Dschidda fiel, muß als Antwort auf die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber der Lieferung des Kampfpanzers „Leopard 2" betrachtet werden: Angesichts der unterschiedlichen Standpunkte beider Regierungen ist es offenkundig die Absicht der Saudis, die Gesamtbeziehungen zu Bonn in den Vordergrund zu stellen und die Frage des Rüstungsexports nicht zu einem hochrangigen Konfliktthema werden zu lassen.

Regierungssprecher Peter Boenisch räumte ein, daß es in den Unterredungen des Kanzlers vor allem mit dem Verteidigungsminister Prinz Sultan und Außenminister Prinz Saud „gegensätzliche Standpunkte" gegeben habe. Die Situation, wie sie sich gestern in Dschidda darstellte, ist nahezu identisch mit der im Jahre 1980, als der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einem Besuch in Riad die Saudis hinsichtlich der Waffenlieferungen vertröstet hatte. Auch damals meisterte Fahd – seinerzeit noch Kronprinz – die heikle Situation mit dem Hinweis auf den „Eigenwert" der Freundschaft zwischen beiden Ländern.

Ungeachtet der Enttäuschung der

SEITE 6:
Harte politische Nüsse

Saudis über die Verweigerung der Panzerlieferung zeichnete sich gestern ein Kompromiß ab, der es Bundeskanzler Kohl und dem Königshaus erlauben könnte, zum Abschluß des Kanzlerbesuchs am heutigen Dienstag gemeinsam vor der Presse die Standpunkte darzulegen. Wie aus Kreisen der deutschen Delegation zu hören war, haben die Saudis es als durchaus positiv vermerkt, daß Bonn zu „Bewegungen" im Rüstungsexport bereit ist. Jahrelang, so klagten sie, habe Saudi-Arabien auf einer ungeschriebenen Embargo-Liste Bonns gestanden.

Kohl hat gestern, wie aus Delegationskreisen verlautete, den Rüstungsexport unterhalb der Ebene des Leo 2 angeboten und versichert, die Saudis könnten sich in diesem Fall darauf verlassen, daß Zusagen eingehalten werden. Im Gespräch ist von deutscher Seite der Flak-Panzer „Gepard" und die Ausrüstung für eine neue Luftraumüberwachung. Hier geht es um Aufträge für Telefunken und für Siemens. Kohl war daran gelegen, zum „Einstieg" in die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit „Defensivwaffen" operieren zu können.

Es fiel auf, daß König Fahd von sich aus den „defensiven Charakter" der saudischen Politik nachdrücklich hervorhob. Die Saudis, darauf verwies Fahd, hätten sich in ihrer Politik gegenüber anderen Staaten konstruktiv verhalten, und sie leisteten an schwächere Länder jährliche Hilfen über 6 Milliarden Dollar. International seien sie als Vermittler gefragt.

● Fortsetzung Seite 6

Chirac: Europas Verteidigung stärken

WELT-Gespräch mit dem Oppositionsführer / „Es darf kein Zögern geben"

JÜRGEN LIMINSKI, Paris

Der französische Oppositionsführer und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, der in der nächsten Woche auf Einladung von Unionspolitikern die Bundesrepublik Deutschland besucht, hat sich angesichts der sowjetischen Bedrohung durch die SS 20 für eine Stationierung der amerikanischen Pershing 2-Raketen und eine Verstärkung der europäischen Verteidigung ausgesprochen. In einem Gespräch mit der WELT bezeichnet er seine Position in der Frage der Nachrüstung als „identisch" mit der von Staatspräsident Mitterrand.

Eine Einbeziehung der französischen Systeme in die Genfer Verhandlungen komme nicht in Frage. In diesem Punkt gebe es eine große Koalition in Frankreich, die Kommunisten ausgeschlossen. Chirac: Er verstehe die Sorgen und Ängste jener Deutschen, die sich in einem „leider geteilten Land" als Zielscheibe an der Front zwischen Ost und West sähen. Er wolle aber weder Lehren erteilen noch ungefragte Ratschläge geben und sich schon gar nicht in die deutschen Interna einmischen. Was er sagen könne, sei dies: „Unser Mittel der Verteidigung angesichts der sowjetischen Bedrohung ist die Abschreckung. Die Verwundbarkeit Europas ist groß. Daher ist es unabdingbar, die Bande der Solidarität zwischen Europa und Amerika zu festigen. Sonst laufen wir Gefahr, von Amerika abgekoppelt zu werden, da es nicht unmöglich ist, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffs auf Europa nicht sofort zurückschla-

SEITE 8:
„Keine Freiheit für Frankreich ohne Freiheit für Deutschland"

gen." Die Europäer müßten die „Möglichkeit des passiven Verhaltens der Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffs auf Europa soweit wie möglich ausschalten". Das geeignete Mittel dazu sei die Stationierung amerikanischer Raketen vom Typ Pershing II. Sie würde die Solidarität zwischen den USA und Europa stärken. Chirac: „Die Stationierung der Pershing erscheint mir als absolute Notwendigkeit. Deshalb stimme ich in diesem Punkt uneingeschränkt den Ausführungen Mitterrands im Deutschen Bundestag zu."

Über den amerikanisch-europäischen Schulterschluß über die Nachrüstung hinaus sei es aber auch „an der Zeit, daß die Europäer sich zu einem wirklichen Engagement zur Verteidigung ihrer Grenzen" bereitfinden. Chirac insistiert: „In diesem Bereich darf es kein Zögern und Zweifeln geben. Wir müssen Fortschritte machen in den Überlegungen, die uns zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft führen. Alle Europäer im freien Teil dieses Kontinents müssen die Sicherheit haben, daß ihre Grenzen verteidigt werden."

Ohne auf Details eingehen zu wollen, fordert Chirac, daß die „zuständigen Minister der freien Staaten Europas gemeinsam die Voraussetzungen untersuchen, unter denen die europäische Verteidigung im Zusammenhang mit einer Stärkung der Allianz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika verstärkt werden kann".

Bonn rechnet nicht mit „Eiszeit"

Honecker-Drohung wird nur als Versuch der Einschüchterung gewertet

DW. Bonn

Als verbales Einschüchterungsmanöver wird in der Bundesregierung die Drohung von SED-Chef Erich Honecker gewertet, daß im Fall einer Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen eine „neue Eiszeit" in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland bevorstehe.

Staatssekretär Alois Mertes vom Auswärtigen Amt ließ vor allem die These nicht gelten, daß eine Stationierung zu einer gravierenden Verschlechterung in den Beziehungen zwischen Bonn und dem Ostblock führen werde. „Moskau wird möglicherweise seine – wie wir wissen – längst geplante Vorrüstungswelle starten, aber keine Politik abenteuerlichen Zornes, sondern ruhiger Wahrung eigener Interessen betreiben", schrieb Mertes im CDU/CSU-Pressedienst. Die jetzt erkennbare „Phase der Angstverstärkung" solle lediglich nervenschwache Kräfte der SPD und der „Friedensbewegungen" gegen die Politik des atlantischen Bündnisses mobilisieren.

In einem WELT-Gespräch sagte der FDP-Bundestagsabgeordnete Uwe Ronneburger, der Honecker-Brief an den Bundeskanzler mache „die Rolle erkennbar, die der DDR in der gegenwärtigen Auseinandersetzung von Moskau zugewiesen worden" sei. Mit Drohungen einer „neuen Eiszeit" und mit der Ankündigung von „Gegenmaßnahmen" werde die Propagandakampagne fortgeführt und versucht, Einfluß auf die deutsche Öffentlichkeit zu nehmen. Ähn-

SEITE 2:
Die Eis-Warnung
SEITE 4:
Weitere Beiträge

lich wie Mertes warnte auch Ronneburger vor einer Überbewertung des Honecker-Schreibens. Das Interesse Ost-Berlins, das innerdeutsche Verhältnis nicht unmittelbar in den Sog weltpolitischer Spannungen geraten zu lassen, sei „unverändert vorhanden".

Der Appell von Staats- und Parteichef Honecker an Bundeskanzler Kohl, die Bonner Haltung zur Stationierung neuer US-Raketen zu überdenken, war gestern das Hauptthema in den „DDR"-Medien. In dem bereits am Sonntagabend von Ost-Berlin veröffentlichten Brief ruft Honekker „im vollen Einklang mit den Interessen und Wünschen der DDR" dazu auf, daß sich alle, die das Abgleiten der Menschen in eine nukleare Katastrophe verhindern wollen, zu einer „Koalition der Vernunft" zusammentun sollten. Mit weniger Waffen Frieden schaffen zu wollen, wie die Bundesregierung erkläre, sei aber schwerlich mit einem „Stationierungsautomatismus" vereinbar, der die Bundesrepublik Deutschland zu einem „zentralen Startplatz für US-Erstschlagswaffen" mache. Notwendigerweise müsse dies zu Gegenmaßnahmen führen.

Honecker benutzte in seinem Schreiben an Kohl die in offiziellen „DDR"-Erklärungen seit Jahren nicht mehr verwendete Formulierung vom „deutschen Volk". Der SED-Chef formulierte, ein atomwaffenfreies Europa sei letzten Endes das Ziel der europäischen Völker und sagte: „Wir schließen uns im Namen des deutschen Volkes dem an."

Genscher spricht in Wien mit Gromyko

Treffen nach Außenministerkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten / Ost-West-Fragen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird sich am Samstag und Sonntag zu ausführlichen Gesprächen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko in Wien treffen. Die auf beiderseitigem Wunsch zustande gekommene Begegnung wird unmittelbar im Anschluß an eine für Donnerstag und Freitag in Sofia geplante Außenministerkonferenz der Warschauer Pakt-Staaten stattfinden, von der wichtige Beschlüsse für die entscheidende Phase der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen (INF) erwartet werden.

Genscher und Gromyko hatten eigentlich Ende September am Rande der UNO-Vollversammlung in New York zusammenkommen wollen. Als der Sowjetaußenminister seine New York-Reise nach einem Landeverbot für Aeroflot-Flugzeuge absagte, ließ er Genscher durch Botschafter Wladimir S. Semjonow mitteilen, daß er auf ein Gespräch mit ihm „in der Zukunft" hoffe. Der Bundesaußenminister hat darüber schon mit US-Außenminister George Shultz sowie am vergangenen Freitag telefonisch mit den Außenministern Frankreichs und Großbritanniens gesprochen. Er informierte gestern auf einer Außenministersitzung in Athen auch die übrigen EG-Partner.

Bei der Begegnung mit Gromyko kommt es Genscher nach Angaben aus diplomatischen Kreisen vor allem darauf an, den West-Ost-Dialog auch unter kritischen Umständen fortzuführen und den Sowjets die Vorzüge der jüngsten westlichen INF-Vorschläge vor Augen zu führen. Aufgrund seiner eigenen Gespräche in den USA will er Gromyko nachdrücklich auf den Verhandlungswillen der Amerikaner und ihrer NATO-Verbündeten hinweisen. Es sei jetzt an der Sowjetunion, auf die westlichen Vorschläge positiv zu reagieren.

Der Bundesaußenminister wird Gromyko noch einmal klarmachen, daß die Bundesregierung uneingeschränkt an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses festhalte, sowohl am Verhandlungsteil als auch – für den Fall, daß in Genf keine Ergebnisse erzielt werden – am Nachrüstungsteil, was Termin und Umfang der Stationierung angehe. Gleichzeitig will Genscher aber betonen, daß man über die Raketen und den Herbst 1983 hinaus die Gesamtbeziehungen im Auge behalten müsse.

DER KOMMENTAR

Zum Schaden Berlins

GÜNTHER BADING

Der Güterfernverkehr ist ein hartes Gewerbe. Mit seinem scharfen Konkurrenzkampf hart für die in wirtschaftlich schweren Zeiten ohnehin zur knappen Kalkulation verurteilten Unternehmer; hart aber auch für die Fahrer der tonnenschweren Lastzüge. Durchschnittlich 57 Stunden in der Woche sitzt ein Fernfahrer nach geltendem Tarifvertrag zur Zeit am Steuer. Zwar gibt es Ersatz für die zu knappe Freizeit; nach einer Doppelwoche werden freie Tage eingeschoben. Das Risiko für den Straßenverkehr aber bleibt. Übermüdete Fahrer sind keine sicheren Fahrer mehr. Werden sie zudem gezwungen, vor Abfahrt und nach dem Transport oft über Tausende von Kilometern quer durch Europa, auch noch als Hilfskräfte beim Laden zuzupacken, kann man solche Fahrer zweifellos als Sicherheitsrisiko in unserem ohnehin zu dichten Verkehr betrachten.

Die Forderungen der ÖTV nach kürzeren Arbeitszeiten, längeren Erholungspausen und nach generellem Be- und Entladeverbot für die Fernfahrer sind nicht aus der Luft gegriffen. Leistung ist in unserer Arbeitswelt Bedingung. Übermäßiger Leistungsdruck aber kann auf unseren Autobahnen tödlich wirken.

Es ist das Schicksal der ÖTV, daß ihre Arbeitskampfmaßnahmen immer unpopulär sein werden. Wenn der Müll liegen bleibt oder die Straßenbahn nicht fährt, weil der öffentliche Dienst streikt, so sind die betroffenen Bürger mehr verärgert als die eigentlichen Adressaten des Arbeitskampfes, die öffentlichen Dienstherren. Kilometerlange Staus auf Autobahnen, an Rastplätzen oder Grenzübergängen verärgern die Autofahrer. Ob sie die Speditionsunternehmer beeindrucken werden, bleibt abzuwarten.

Mehr als nur ein Ärgernis ist allerdings die De-facto-Blockade Berlins. Die Versorgung der Stadt solle nicht gefährdet werden, hatte die ÖTV versichert. Gerade von den Kontrollpunkten an der Zonengrenze wurden aber die längsten Staus gemeldet. Hier geht es nicht nur um mangelndes Fingerspitzengefühl bei Arbeitskampfmaßnahmen. Der freie Zugang von und nach Berlin ist ein politisches Gut von hohem Wert. Bei allem Verständnis für die Nöte der ÖTV – Berlin darf nicht bestreikt werden.

Unterschiedliche Angaben über Fernfahrer-Aktion

DW. Stuttgart/Frankfurt

Unterschiedliche Darstellungen über den Erfolg der Warnstreikaktionen der Fernfahrer in der Bundesrepublik Deutschland wurden gestern von der Gewerkschaft ÖTV und den Arbeitgeberverbänden veröffentlicht. Die Streikleitung der ÖTV in Stuttgart sprach von einer „eindrucksvollen Beteiligung" mit rund 20 000 Fernfahrern. Demgegenüber wandten sich die Arbeitgeber der rund 50 000 Fernfahrer gegen „propagandistische Erfolgsmeldungen" und gegen eine „Irreführung der Bevölkerung" durch die ÖTV.

Schwerpunkt der Warnstreiks waren in der Nacht zum Sonntag und am Montag vormittag die Grenzübergänge an der Transitstrecke von und nach Berlin sowie die Grenzübergänge nach den Niederlanden, Dänemark, Schweiz und Frankreich.

Die Arbeitgeber berichteten gestern vormittag, daß „entgegen den ÖTV-Darstellungen die meisten Grenzübergänge bis auf Helmstedt frei passierbar" gewesen seien. Auch ein Großteil der Unternehmen sei nicht behindert gewesen. Die Arbeitgeber der Fernfahrer wiesen darauf hin, daß nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts über eine Stunde hinausgehende Warnstreiks rechtswidrig und damit unzulässig sind. Die ÖTV habe mit ihren Aktionen bereits „den Boden rechtsstaatlichen Verhaltens verlassen". Nach wie vor fehle die Urabstimmung der rund 26 000 in der ÖTV organisierten Fernfahrer.

Seite 12: Kritik an Behinderung

Hamburg trauert um Herbert Weichmann

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Hamburger Bevölkerung trauert um Herbert Weichmann: Der ehemalige Erste Bürgermeister und Ehrenbürger der Hansestadt ist 87jährig in der Nacht zum Montag gestorben.

Mit Herbert Weichmann verliert die Bundesrepublik Deutschland den letzten der „großen alten Männer" der ersten Nachkriegszeit und des Wiederaufbaues, zu denen Politiker wie Max Brauer, Ernst Reuter und Wilhelm Kaisen gehörten.

Der „Hanseat aus Preußen" – Weichmann stammt aus Oberschlesien und war bis zu seiner Emigration preußischer Beamter, zuletzt persönlicher Referent des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun – genoß in der Hansestadt höchstes Ansehen.

Der Jurist, Verwaltungsfachmann und Journalist, der 1933 als Jude emigrierte, war 1946 aus den USA nach Deutschland zurückgekehrt und gehörte von 1957 bis 1971 dem Senat an, zunächst als Finanzsenator, dann sechs Jahre lang als Erster Bürgermeister. Als er 75jährig das Rathaus verließ, war das für Weichmann kein Rückzug aufs Altenteil: Unermüdlich betätigte sich der von den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik Geprägte als Mahner für den demokratischen Rechtsstaat. In seinem Nachruf betonte der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: „Weichmann gelang etwas, was nur wenigen möglich ist: Die Menschen haben ihn in seiner Pflicht geliebt."

Seite 3: Großer Helfer

„Lagerung von Atommüll technisch weitgehend gelöst"

Energiebehörde spricht von technologischem Durchbruch

dpa, Wien

Das Problem der Lagerung von Atommüll ist nach den Worten des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO), Hans Blix, technisch weitgehend gelöst. Vor der 27. Generalkonferenz der IAEO erklärte der schwedische Wissenschaftler gestern in Wien, eine „Reihe von Staaten" sei bereits „über das Entwicklungsstadium hinaus in die Phase industrieller Projekte" für die Verwertung und Lagerung des Atommülls vorgedrungen.

Blix verwies dabei auf die Ergebnisse einer internationalen Konferenz, die die IAEO und das amerikanische Energieministerium im Mai dieses Jahres in Seattle veranstaltet hatten. Dort sei man zu dem Schluß gekommen, daß der technologische Durchbruch für die Verarbeitung und Lagerung radioaktiver Abfälle schon gelungen sei. Es gebe sogar „ausgereifte und durchführbare Konzepte" für die Behandlung von Abfällen mit sehr hoher Radioaktivität, sagte Blix. Trotz dieser Fortschritte müsse aber die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet fortgesetzt werden.

Als nützlich und notwendig bezeichnete der IAEO-Generaldirektor international anerkannte Kriterien für die sichere Lagerung von abgebrannten Atombrennstoffen. Mehrere Staaten planten bereits zentrale Lagerstätten, die sich für eine Aufbewahrung über einen Zeitraum von 30 bis 50 Jahren eigneten, sagte Blix. Zum Problem des Versenkens radioaktiver Abfälle im Meer will die IAEO neue Experten-Meinungen einholen. Die Abgrenzung zwischen hochradioaktivem Material, das nach der Londoner Konvention nicht versenkt werden darf, und dem übrigen Abfall müsse neu überdacht werden.

Blix berichtete, daß sich jetzt auch die Sowjetunion entschlossen habe, ihre zivilen Kernkraftanlagen der Sicherheitskontrolle durch die Techniker der Atomenergie-Organisation zu unterziehen.

Der Generalkonferenz der in Wien beheimateten IAEO liegt auch der Antrag der Volksrepublik China auf Aufnahme in die Atomenergie-Organisation vor. Wie es hieß, werde China „mit Sicherheit" als 111. Mitglied aufgenommen werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kissingers Auftrag

Von Werner Thomas

Als Henry Kissinger im Juli von Präsident Reagan zum Vorsitzenden der Mittelamerika-Kommission ernannt wurde, bekannte er freimütig, kein Experte für diese Region zu sein. Vielleicht hat er die Berufung angenommen, weil er nicht wußte, wie kompliziert seine Aufgabe sein würde.

Mittelamerika brennt, da die sandinistischen Comandantes, die vor vier Jahren in Nicaragua die Macht übernahmen, sich *seither als die Speerspitze revolutionärer Veränderungen in* diesem Gebiet verstehen. Innenminister Tomas Borge, einer der mächtigsten Männer Managuas, nannte in einem bemerkenswerten „Playboy"-Interview die Revolution einen „notwendigen und zwangsläufigen Schritt in der geschichtlichen Entwicklung dieser Länder". Die Kommando-Zentrale der salvadorianischen Guerrilla-Bewegung befindet sich in Managua in der Nähe der kubanischen Botschaft.

Die Reagan-Regierung möchte jedoch kein zweites Nicaragua in Mittelamerika dulden: Die Sandinisten praktizieren immer offener marxistische Methoden; sie dienen sowjetischen und kubanischen Interessen und wollen nicht auf den Revolutions-Export verzichten. Die Kissinger-Kommission muß nun Anfang Februar ihren Bericht präsentieren. Reagan erwartet vor allem die Antwort auf eine Frage: Sollen die USA eine diplomatische oder eine militärische Lösung des Konfliktes suchen?

Die Amerikaner wären in der Lage, die Probleme militärisch zu lösen, und zwar innerhalb kurzer Zeit. Mittelamerika ist nicht Vietnam. Solche Empfehlungen würden jedoch auf den heftigen Widerstand einiger Kommissions-Mitglieder stoßen, denn ihr gehören auch liberale Demokraten wie Robert Strauss, der Parteivorsitzende während der Carter-Ära, an.

Ein Washingtoner Fernsehjournalist mit langjähriger Lateinamerika-Erfahrung hat daher die neueste Aufgabe des Krisenmanagers Kissinger als „mission impossible" bezeichnet, wie der Titel einer einst populären TV-Serie lautete. Eine Mission ohne Erfolgsaussichten? Henry Kissinger muß diesmal alle Register seines diplomatischen Talentes ziehen, um das Gegenteil zu erreichen.

Nach Begin

Von Rafael Seligmann

Israel hat eine neue Regierung. Als Sieger im langwierigen Pokerspiel, das der Bildung einer neuen Koalition vorausging, dürften sich in erster Linie die orthodox-religiöse Agudah *und die Führung der Arbeiterpartei fühlen.* Den einen gelang es, fast den gesamten Katalog ihrer Forderungen durchzusetzen, die eine stärkere Reglementierung des Lebens im jüdischen Staat nach den Gesetzen des Glaubens vorsehen. Den anderen blieb eine Zerreißprobe, womöglich ein Auseinanderfallen des Arbeiterblockes, erspart.

Als Verlierer fühlt sich wahrscheinlich die große Mehrheit der Israelis: In einer wenige Wochen zurückliegenden repräsentativen Befragung hatten sich fast 75 Prozent der Bevölkerung im jüdischen Staat für die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, also eine Koalition unter Einbeziehung der Arbeiterpartei, der größten politischen Gruppierung, ausgesprochen. Der Grund: der Wunsch nach einer politisch handlungsfähigen Regierung. Denn das jetzige Kabinett wird nicht viel bewegen können, da es sich lediglich auf eine schmale Basis im Parlament stützt. Dies mag sich in der Frage neuer Siedlungen zeigen wie bei den Versuchen, die wirtschaftliche Misere zu beheben.

In den Außenbeziehungen bedeutet der Wechsel von Begin zu Shamir gewiß eine taktische Verbesserung. Unter dem langjährigen Außenminister und geschickten Diplomaten Shamir werden Temperamentsausbrüche à la Begin in Zukunft gewiß ausbleiben. Eines sollte jedoch nicht vergessen werden: *Nach dem Staatsgründer Ben Gurion besaß in Israel* niemand eine ähnliche politische Autorität wie Menachem Begin. Keinem anderen Politiker in Israel wäre es möglich gewesen, den Friedensvertrag mit Ägypten zu schließen, der im Gegenzug für weitreichende Konzessionen und Sicherheitsrisiken die Verheißung des Friedens enthielt.

An Begins Stelle tritt nun Ytzhak Shamir. Um Israel im Innern zu stabilisieren und es gleichzeitig in ruhigere politische Gewässer zu steuern, wird mehr von ihm gefordert sein als Taktik. Er braucht Mut, auch zu unpopulären Entscheidungen. Aber auch und vor allem die Unterstützung der Bevölkerung seines Landes und der Freunde Israels in aller Welt.

Weg mit der Feuerwehr!

Von Peter Dittmar

Architekten sind nachdenkliche Menschen. Und Leser sind sie auch. Sie haben ihren Ernst Bloch parat, um einer *Erklärung, die „aus dem Präsidium des BDA (Bund Deutscher* Architekten) kommt", ein Zitat voranzustellen. „Architektur insgesamt ist und bleibt ein Produktionsversuch menschlicher Heimat", liest man da.

Und dann folgt in eigener Schreibe das Bekenntnis: „Die Aufgabe des Architekten ist die Gestaltung und der Schutz menschenwürdiger Umwelt." Auch darf man zur Kenntnis nehmen: „Der Architekt soll Leben bereichern. Sein Beruf ist *konstruktiv, nicht destruktiv.*"

Diese Sprechblasen leiten die Forderung nach „Einstellung der von Bund und Ländern ideell und finanziell geförderten Programme für den Bau von „Schutzräumen" ein, und zwar, „soweit diese als Maßnahmen gegen Atomangriffe erklärt werden".

Zur Begründung wird dann angeführt, daß diese – stets in Anführungszeichen gesetzten – Schutzräume 1. keinen Schutz bieten, 2. wegen zu kurzer Vorwarnzeit von niemandem erreicht würden, 3. nur von den Privilegierten benutzt würden, 4. die Frage nach dem Sinn des Überlebens nicht beantworten und 5., 6., 7. durch die „Vortäuschung von Überlebenschancen die Hemmschwelle für den Einsatz nuklearer Waffen" herabsetzen, weil sie ein „scheinbares Sicherheitsgefühl" erzeugen.

Die Namen der vier Unterzeichner wird man sich merken müssen, denn mit ihnen kann man künftig gewiß viel preiswerter bauen. Der Logik ihrer Argumentation wäre es gemäß, wenn sie auf teure Zutaten wie Feuerschutztreppen und -türen, auf *Fallsicherungen bei Fahrstühlen und all* den anderen Bauklimbim verzichten, der teuer und geeignet ist, „Illusionen zu nähren" und „zweifelhafte Hoffnungen auf Sicherheit und Schutz" zu wecken.

Und wenn wir einmal dabei sind, dann sollten wir auch *gleich noch die Feuerwehr und die Polizei abschaffen (das* von der Bundeswehr zu fordern ist ja längst nicht mehr originell). Denn bekanntlich brennt es nur oder passieren Verbrechen, weil wir diese „Schutztruppen" besitzen.

Ja, wenn wir nicht unsere nachdenklichen Architekten *hätten.*



Eiszeit nach dem heißen Herbst?

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Eis-Warnung

Von Herbert Kremp

„Im Namen des deutschen Volkes" fordert Erich Honecker den Bundeskanzler auf, die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik zu überdenken und das Ziel eines atomwaffenfreien Europa anzusteuern. Vom deutschen Volk hat der Staatsratsvorsitzende jahrzehntelang nicht gesprochen, statt dessen immer nur von den beiden deutschen Staaten und ihren getrennten Wegen. Nun besinnt er sich auf den Begriff, der freilich auch ohne ihn existiert, und spannt ihn auf den Bogen seiner Propaganda.

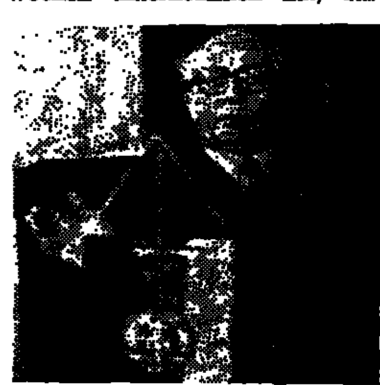
Der Brief Honeckers ist ein starkes Stück Heuchelei, aber er war zu erwarten. Der SED-Chef spielt die Rolle des Moskauer Handelsagenten. Sie gehört zu den Pflichten des Abhängigen, der gleichzeitig ein Überzeugter ist. In den wichtigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, zu der im SED-Regime selbstverständlich auch *die innere Sicherheit zählt, besteht* zwischen Ost-Berlin und Moskau nahtlose Übereinstimmung. Das *weiß jeder, der die strategischen* Interessen der Sowjetunion zu definieren weiß. Die Kooperation, die *Verzahnung der Interessen, ist seit* dem Beginn der polnischen Unsicherheit im Jahre 1980 noch enger geworden. Diese Steigerung, vom Begriff her schwer vorstellbar, erklärt sich aus dem alles beherrschenden sowjetischen Interesse, das rüstungsmäßige Gegengewicht zur feldbeherrschenden SS 20 in Westeuropa zu verhindern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat dabei die Funktion des ersten Domino-Steines. Wird er zu Fall gebracht, stürzen auch die anderen. Die Nachrüstung, die Schaffung eines neuen annähernden Gleichgewichts in Europa, hängt von den Deutschen im Westen ab. Geben sie dem Druck, der von außen und innen erzeugt wird, nach, werden die Amerikaner in keinem Land des kontinentalen Westeuropa Gegenwaffen aufstellen können. Das deutsche Nein wird die Grenzen überschreiten und eine „Kontinentalsperre" gegen Washington errichten helfen. Großbritannien wird dann Marschflugkörper stationieren, und Frankreich wird Sicherheitsmaßnahmen gegen die zwangsläufig beginnende Entwicklung eines deutschen Neutralismus ergreifen. Der Atlantikpakt erhält den schwersten Schlag in seiner Geschichte. Und die Sowjetunion übt die Hegemonie über den zerfallenen Block in dem Maße aus, in dem die westliche Desintegration voranschreitet.

Es war von vornherein, seit dem Beginn der Verhandlungs-Phase des NATO-Doppelbeschlusses, erkennbar, daß die Sowjetunion dieses Ergebnis anstrebt. Niemand, der die Weltmacht vom Begriff, von der historischen Analogie und von der Herrschafts-Ideologie her zutreffend bewertet, konnte jemals etwas anderes glauben. Genf war von Anbeginn an eine sowjetische Camouflage. Eine moralische Bewertung dieses Tatbestandes ist unangebracht, denn eine selbstbewußte, dem Machtdenken verhaftete, seit Jahren mit Tempo expandierende imperiale Formation wie die sowjetische kann nichts anderes wollen. Sie ist in einem „Naturzustand" geblieben, der sich von politischer Kultur und Zivilisation scharf unterscheidet. Sie sucht nicht „natürliche" Grenzen wie die Staaten des 19. Jahrhunderts, sondern weltpolitische: Diese sind mit dem Begriff der Überlegenheit und Vorherrschaft notwendig verbunden.

Wenn das die „Intelligenz" der sowjetischen Weltmacht ist, sollte man also nicht nach ihrer Sittlichkeit fragen, sondern einzig und allein nach der Intelligenz des Widerlagers, den Interessen der Völker also, die sich der historischen Herausforderung ausgesetzt finden und ihre Interessen zu wahren haben. Für die Deutschen im Westen, den ersten und entscheidenden Domino-Stein, stellt sich diese Frage zunächst und aktuell auf dem Niveau des Honecker-Briefes, der nichts anderes als ein Werk des Auftrags ist.

Dieser Brief vermittelt uns jetzt die Gewißheit, daß alles, was das SED-Regime in den vergangenen Wochen unternommen hat, auf nichts anderes abziele als auf die Schockwirkung, die das Ankündigen einer „neuen Eiszeit in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik im Falle einer Nachrüstung auslösen würde.



Politik mit Leimrute und Bonbons: „DDR"-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker FOTO: POLY-PRESS

Wir wissen nicht, ob der Schock eintritt, aber es ist klar, daß die Strecke vom Milliarden-Kredit, für den Bonn garantiert, über die Befreiung der Kinder vom Mindestumtausch und der verklausulierten Regelung für Familienzusammenführung bis zum Abbau der Tötungsautomaten in der ersten Linie einer ansonsten bis zur Undurchdringlichkeit armierten Zonengrenze, nichts anderes darstellt als eine einzige Leim- und Bonbon-Spur.

Wie haben sich alle Leute aufgeregt, als Honecker seinem Gast Helmut Schmidt am Bahnhof von Güstrow 1981 ein Bonbon durchs Abteilfenster reichte, nachdem tagelang *nur leere Worte gemacht* worden waren. Das war eine symbolische Leimung. Diesmal aber *ging es um ein faktisches* Wegstück der Lockungen und Verlokkungen, um ein Schauspiel der Er*leichterungen unter Einbeziehung* hoher Chargen – auf daß die Androhung der „Eiszeit" in Deutschland um so mächtiger wirke.

Die Informationspolitik der Bundesregierung und der von ihr vorgeschickten Politiker über die deutsch-deutschen „Bewegungen" war unzureichend, und die Regierung hat versucht, diesen Umstand zu begründen. Wir sehen nicht ins Gehirn dieser Akteure, niemand, auch „das Volk" nicht. Aber mußte nicht der Eindruck entstehen, die Politiker rechneten mit Erleichterungen, die vielleicht nur Milliarden kosten? Mußte man nicht glauben, sie rechneten damit, einem kommunistischen Regime wie dem der SED etwas „abkaufen" zu können – vielleicht auch die Nachrüstung? Mithin eine „neue Politik" eingeleitet zu haben, zu der man sich zu Hause gratulierend auf Schultern und Schenkel schlagen könne?

Nun aber präsentiert Honecker die Rechnung, die er von Anfang an vorbereitet hatte: Nein, sagt er, mit „deutsch-deutsch" hat das alles nichts zu tun, sondern einzig mit den Raketen. Stationiert ihr, kommt nach der Tauzeit die Eiszeit. Was bleibt da so manchem geleimten deutschen Politiker? Der Eisbeutel.

IM GESPRÄCH Claude Estier

Für Härte gegenüber Moskau

Von August Graf Kageneck

Wie in allen Ländern mit freien Parlamenten der westlichen Welt *ist auch der außenpolitische* Ausschuß der französischen Nationalversammlung ein unumgänglicher Faktor bei der Formulierung der Außenpolitik. Wenn oft der fälschliche Eindruck entsteht, die Fünfte Republik habe eine Wahlmonarchie eingeführt, die Rechte des Parlaments auf ein gerade noch tragbares Minimum reduziert und die Außenpolitik als Sonderdomäne dem Staatspräsidenten allein überlassen, so wissen Kenner der Pariser Szene, daß dem nicht ganz so ist. Der Ausschuß wird viel und aufmerksam gehört. Er hat Zugang zu allen Quellen, der Minister muß ihm jederzeit Rede und Antwort stehen, und seine Mitglieder sitzen häufiger an den Tischen derer, die das letzte Wort haben, als in manchem anderen westlichen Land. Deshalb ist es nützlich, Claude Estier, den soeben ernannten Vorsitzenden dieses Ausschusses, näher zu betrachten.



Der Vertraute Mitterands: Claude Estier

FOTO: CAMERA PRESS

Claude Estier verdankt seine Er*nennung den Teilwahlen zum Senat* am 2. Oktober. Der langjährige bisherige Vorsitzende Maurice Faure, ein *Radikalsozialist, der als junger Minister* 1957 die Römischen Verträge für Frankreich unterzeichnet hatte, ließ sich zur würdigen Beendigung einer langen Karriere ins Oberhaus wählen. Auf Wunsch des Elysée-Palais und der *sozialistischen Kammerfraktion* rückte ein Mann nach, der sicher die besten Qualifikationen für diesen Job mitbringt: Claude Estier ist einer der ältesten und engsten Vertrauten Mitterrands. Beide Männer sehen sich mehrmals wöchentlich. Schon 1945 stieß der junge Abkömmling einer angesehenen jüdischen Kaufmannsfamilie zum Sozialismus. 1962 kam er zu Mitterrand, der damals noch recht weit vom Sozialismus entfernt war, aber allerlei theoretische Ausflüge in ihn unternahm und sich *an mehreren linken Gruppierungen* beteiligte, ehe er 1970 von seinen Jungtürken auf den Schild gehoben, die alte SFIO des Guy Mollet im Handstreich nahm und sich zu ihrem Führer aufschwang. Einer der Schildhalter war Claude Estier.

Seitdem ist der freundliche, stets um Ausgleich bemühte und jedem *Doktrinären abholde Estier* nie mehr von der Seite seines Idols gewichen. Überall, wo der Tribun Mitterrand auftauchte, *gewahrte man neben ihm* den kahlen Rundschädel seines Majordomus. Estier hat der neuen Sozialistischen Partei eine Parteipresse aufgebaut, die sich trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten sehen *lassen kann. Als Direktor des Wochenblattes* „Unite" gibt er gescheite Kommentare zur Außenpolitik ab. Zweimal wurde er in die Nationalversammlung gewählt, einmal in den Pariser Stadtrat, seit 1979 sitzt er auch im Straßburger Europa-Parlament. Besonders enge Beziehungen unterhält er zur deutschen Schwesterpartei. Estier ist einer derer, die dem Staatspräsidenten am nachhaltigsten die *unnachgiebige Haltung* gegenüber Moskau empfohlen haben, die in Mitterrands berühmter Bundestagsrede vom 20. Januar 1983 am bisher eindeutigsten zum Ausdruck kam.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Das Bonner Tageblatt meint zu Reagans Warnung an die Syrer:

Reagans Rundfunkansprache war noch keine Ankündigung amerikanischer Gegenmaßnahmen. Doch Syrien und die Sowjetunion sind gewarnt. Die Stationierung von beweglichen Bodenraketen mit nuklearer Kapazität wenn auch noch nicht nuklearer Munition von einer Reichweite bis zu libanesischen und israelischen *Siedlungen sowie bis zu den* US-Kriegsschiffen vor der Beiruter Küste hat Alarm in Washington ausgelöst. *Zusammen mit modernsten* sowjetischen Luftboden-Raketen und anderem hochqualifiziertem Ersatz für die Verluste der Syrer im Libanon-Krieg des vergangenen Jahres bilden sie ein einsatzfähiges Arsenal, das amerikanische Interessen direkt bedroht.

DIE PRESSE

Das Wiener Blatt merkt zum Anschlag von Rangun an:

Ist über Nacht ein neuer Krisenherd entstanden? Zur Fassungslosigkeit ob der Unverfrorenheit, mit der *die Regierung Mitterrand – Sozialismus hin, Moral her* – durch Waffengeschäfte den Golfkrieg anheizt, gesellt sich nun die Bestürzung über das Attentat von Rangun. Plötzlich ist auch Ostasien Schauplatz unübersehbarer Entwicklungen; der Mord an dem Oppositionsführer Aquino in Manila war offenbar nur ein Anfang. Schlagartig ist Seoul seiner wichtigsten Wirtschaftsexperten beraubt worden – für den amerikanischen Präsidenten aber, der bald in Südkorea erwartet wird, erhebt sich die Frage nach effektivem Krisenmanagement in diesem Raum. Über die Hintermänner des Massakers im Ehrenmal gibt es nur Rätselraten – Nordkorea kann ebenso seine Hand im Spiel haben wie die burmesische Opposition. Und was ist das politische Ziel des Anschlags gewesen? Sollte Südkoreas offensive Außenpolitik, sollte seine zögernde Liberalisierung gestoppt werden? Wollte man erreichen, daß der Kurs sich wieder verhärtet?

JEDIOT ACHARONOT

Die in Tel Aviv erscheinende Zeitung zur Stationierung von Bodenraketen des Typs SS 21 in Syrien:

Die Informationen über die geplante Stationierung von SS-21-Bodenraketen wurden nach allen Anzeichen von den Sowjets selbst an die westliche Presse lanciert. Moskau will zuerst die Reaktion Washingtons testen. Wenn die Amerikaner zögernd oder zweideutig *reagieren, dann werden* die Sowjets ihre Raketen in Syrien ungestört aufstellen können. Das ist doch die traditionelle Methode Moskaus: Zuerst den Puls des Westens prüfen und dann – wenn keine große Gefahr in Sicht ist – weitermachen. Moskau hat den risikolosen Erfolg sehr gerne, besonders dann, wenn es die USA betrifft. Es ist sonderbar, aber der Schlüssel zur Tür, die zu einer Stationierung dieser Raketen in Syrien führt, befindet sich in der Hand Washingtons.

WESTFALENPOST

Das in Hagen erscheinende Blatt befaßt sich mit der ablehnenden Haltung der SPD zum NATO-Doppelbeschluß:

Helmut Schmidts Absicht, für die exponierte Bundesrepublik keine Kapitulationssituation gegenüber der stärksten europäischen Militärmacht zuzulassen, ist von der SPD bis auf Null desavouiert worden. Trotzdem bleibt das Problem der notwendigen europäischen Balance unverändert.

Opposition in England: Den Seufzern folgt die Euphorie

Aber Festivals des politischen Marketing ersetzen kein Sachprogramm / Von Fritz Wirth

Vor vier Monaten war auf der britischen Wahlszene eine politische Leiche zu besichtigen. Nachrichten über den Zustand der Labour Party klangen wie Botschaften und Seufzer aus einem Trauerhause. Die Tories dagegen feierten *nicht nur einen Sieg. Sie rüsteten* sich für die kommenden vier bis fünf Jahre zu einem politischen *Alleingang. Die Opposition schien* funktionsunfähig geworden zu sein.

Heute, 16 Wochen und drei Parteitage (der Liberalen, Sozialdemokraten und der Labour Party) später, wollen diese Konstellationen und Rollenverteilungen plötzlich nicht mehr stimmen. Die Labour Party inszenierte in der letzten Woche unter kunstvoller rhetorischer *Mund-zu-Mund-Beatmung* ihres neuen Parteichefs Neil Kinnock eine eindrucksvolle politische Wiederauferstehung. Und die sozialliberale Allianz läßt die Muskeln spielen und tut, als gehöre ihr mit ihren 23 Unterhausabgeordneten halb Westminster.

Derweil quälen sich die siegreichen Tories mit programmatischen *Zweifeln, mit Enthüllungen über* rechtsextremistische Unterwanderungen der eigenen Partei und ei*ner außerehelichen Liebesaffäre* ihres Industrieministers Cecil Parkinson, die zwar eine Privatsa*che ist, deren Behandlung durch* die Partei jedoch allmählich zum wirklichen Skandal dieser Affäre wird.

Wie auch immer: Die Geschlagenen des neunten Juni sind in die Offensive gegangen, die siegreichen Konservativen haben Stellung bezogen zum defensiven Grabenkampf. Das mag in dieser auf Konfrontation und Dualismus programmierten Demokratie die normale Rollenverteilung sein, entspricht jedoch kaum dem bisheri*gen Stil der Regierung Thatcher.* Denn sie war in den letzten Jahren in der permanenten Offensive, sie setzte die Opposition unter Druck und sie hatte das Parlament und das Kabinett sicher im Griff.

Das läßt sich seit dem Wahltriumph des 9. Juni jedoch nicht mehr behaupten. Den Konservativen unterliefen seither eine Serie *taktischer und politischer Schnitzer.* Es verstärkt sich der Eindruck, daß die Partei und die Regierung *über diesen großen Wahlsieg* ihre politische Konzentrationsfähigkeit eingebüßt haben. Die Warnungen *des Francis Pym* im letzten Wahlkampf über das gefahrvolle Leben nach politischen Erdrutschen und *mit unanfechtbaren Mehrheiten* scheinen überraschend früh gerechtfertigt worden zu sein.

Dieser jähe Rollenwechsel in der britischen Politik ging so weit, daß sich die Opposition nicht scheute, auch jene Kleider anzulegen, die für sie einen erzkonservativen Zu*schnitt haben und die sie bisher* stets als unzeitgemäß betrachtet hatte. Die Inbrunst, mit der der sozialdemokratische Parteichef David Owen und der neue Labourführer Neil Kinnock in den letzten Wochen die Vokabel „patriotisch" aufpolierten, gehörte mit zu den verblüffendsten rhetorischen Salti, die seit Jahren auf britischen Parteitagen zu registrieren waren. Neil Kinnock sprach von einem „Patriotismus des Friedens, der Fürsorge, der Gerechtigkeit und der Freiheit". Schöner hätte das auch Frau Thatcher nicht sagen können.

Eine politische Wende in Großbritannien? Kaum. Denn es fällt auf: Diese letzten drei Kongresse der Sozialdemokraten, Liberalen und der Labour Party waren keine Programmparteitage, sie waren Festivals des politischen Marketings. Hier wurden keine neuen und klar erkennbaren politischen *Marschrichtungen bestimmt, hier* wurde politische Verkaufsstrategie betrieben. Es ging nicht um die Sache, es ging um Persönlichkeiten, und in dieser Hinsicht waren diese letzten drei Parteitage sicherlich beträchtliche Erfolge. Der liberale Parteichef David Steel konnte alle Angriffe gegen seine Autorität und Machtbefugnisse abweisen. Der sozialdemokratische Parteiführer David Owen hat die „Viererbande" an der Parteispitze aufgelöst und die Partei fest im Griff, und Neil Kinnock ist – jedenfalls zur Stunde – der populärste Parteichef, den Labour jemals besaß.

Der Haken nur ist, daß sich diese euphorische Aufbruchstimmung, mit der man sich in allen drei Oppositionsparteien um die Führer schart, sofort verflüchtigt, sobald man zur Sache kommt. Die großen Probleme der britischen Politik – nukleare Verteidigung, Wirtschafts- und Einkommenspolitik und die Nordirlandfrage – sind in allen drei Parteien nach wie vor hoch umstritten. Hier brechen vehement alte Risse auf, wenn man sie zur Diskussion stellt, wie die Labour Party es in der letzten Woche in der Verteidigungsdebatte demonstrierte.

Einigkeit war das viel beschworene Schlüsselwort aller vergangenen *drei Parteitage. Diese* Einigkeit ist zur Stunde nicht mehr als eine neue intensive Loyalität zu den Parteiführern. *Das ist gewiß* – und besonders bei der Labour Party – bereits ein großer Fortschritt. Die Stunde der Wahrheit jedoch kommt erst, wenn nicht mehr politisches Marketing, sondern politische Substanz gefragt ist.



Herbert Weichmann – großer Helfer in schweren Jahren

Von ERICH LÜTH

Die Nachricht „Herbert Weichmann ist tot" hat sich gestern wie ein Lauffeuer durch Hamburg verbreitet, schon bevor die Medien diese Trauerbotschaft veröffentlichen konnten. Doch dann wußten sie es alle, die ihn in der Bundesrepublik und über alle Landesgrenzen hinaus als einen großen Bürger unserer Zeit kannten. Denn Herbert Weichmann, der gebürtige Schlesier, war nicht nur Hamburger geworden, sondern er lebte als preußischer Ministerialrat in Berlin und wurde dort enger Vertrauensmann des Ministerpräsidenten Otto Braun.

Ehe die Nationalsozialisten sich nach der Machtergreifung seiner bemächtigen konnten, hatte er sich nach Paris durchgeschlagen und sattelte zum Journalisten um. Journalist ist er, ein Mann der Feder, zeitlebens geblieben.

Seine Jahre als Erster Bürgermeister von Hamburg hat er als die Krönung seines Lebens betrachtet. Doch zuvor verschlug ihn das Schicksal nach New York, in die Vereinigten Staaten, deren „Bürger auf Zeit" er mit Max Brauer geworden ist.

Brauer war es auch, der seinen Freund Weichmann nach der Kapitulation in die deutsche Heimat zurückholte. Von Schlesien war Weichmann durch den „Eisernen Vorhang" getrennt; Berlin war eine Vierzonenstadt geworden. An der Elbe jedoch war aus den früheren Nachbarstädten Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbek die stadtstaatliche Einheitsgemeinde Großhamburg entstanden, Stadtstaat als ein Teil der Bundesrepublik.

Die erste Bürgermeisterwahl nach der Kapitulation fiel in der neuentstandenen Hamburger Bürgerschaft auf den einstmaligen Oberbürgermeister Brauer von Altona. Und dieser Altonaer, der Glasbläser Brauer, schien zum Chef des neuen Hamburger Senats wie gerufen: kommunalpolitisch versiert, tatkräftig und von ungewöhnlicher Dynamik. Brauer schrieb an den Freund Weichmann nach New York: „Komme sofort! Ich brauche Dich!"

Damit waren die Würfel gefallen. Für alle Beteiligten. In Hamburg hieß es nicht nur, eine zu 60 Prozent zerstörte Millionenstadt wieder mit aufzurichten. Auch die Verwaltung des Stadtstaats war im Zuge der Überwindung des Nationalsozialismus in vielen wichtigen Funktionen umoder neuzugestalten. Und so war im Hinblick auf hochqualifizierte Persönlichkeiten Herbert Weichmann ein Mann des rechten Formats.

> „Es gibt viele Ursachen für den Bestand oder den Verfall von Staatssystemen. Immer gehört aber in die Kausalreihe der Gebrauch oder Nichtgebrauch der Macht. Die Republik von Weimar ist nach meinen Erfahrungen nicht zuletzt deshalb zerfallen, weil ihre Repräsentanten ein gestörtes und ihre Gegner ein sehr positives Verhältnis zur Macht hatten."
>
> Herbert Weichmann am 24. 1. 1974 in Hamburg

Für diesen Neuhamburger aus Schlesien, der aus der Emigration zurückkehrte, war Hamburg kein Neuland. Weichmann war vor der Hitlerzeit bereits preußischer Delegierter bei den Großhamburg-Verhandlungen, die in den Weimarer Jahren stattfanden. Leider führten diese Verhandlungen vor 1933 noch zu keinem vollen Erfolg. Allerdings beschlossen die Beteiligten, die Preußen und die Hamburger, auf Empfehlung Weichmanns, der den Ministerpräsidenten Braun vertrat, „künftig so zu handeln, als ob keine Landesgrenzen bestünden". Nach diesem Prinzip der praktischen Vernunft versuchte man dann auch zu handeln.

Brauer hatte den Wegbereiter aus Berlin nicht vergessen. Er hatte auch in der Emigration feststellen können, mit welcher Unverdrossenheit sich Herbert und Elsbeth Weichmann durchschlugen. Brauer hatte zu diesen beiden Freunden Vertrauen gefaßt und erblickte in ihnen eine wertvolle Stütze seines Teams.

Die erste große Aufgabe, die Herbert Weichmann dann in Hamburg übernahm, war die des Rechnungshofs-Präsidenten. In anderen Ländern gibt es für Funktionen dieser Art ein bombastisches Wort: „Generalstaatskontrolleur". Mit ihm hatten also alle Behördenchefs ihre Ausgaben zu beraten. Weichmann hatte bei der Finanzgebarung des Stadtstaates Hamburg entscheidend mitzureden. Er hatte, sobald es am Platze war, auch zu tadeln und auf Wandel zu bestehen.

Doch das war nur eine Stufe, die der neue Präsident des Rechnungshofes erklommen hatte. Die nächstwichtige hohe Stufe war die eines hamburgischen Finanzministers, wenn auch die Hamburger Ministerien Behörden heißen und deren Chefs den Titel Senator tragen. Dieses Amt als Senator hat Herbert Weichmann übrigens zur gleichen Zeit verwaltet wie Helmut Schmidt, der dem Hamburger Senat einige Jahre als Präses der Innenbehörde angehörte und manche Meinungskämpfe mit dem älteren Kollegen ausgefochten hat.

Herbert Weichmann, geboren 1896, hat unter der Fülle seiner Arbeitslast gelegentlich auch Stunden der Amtsmüdigkeit empfunden und dies nicht verschwiegen. Da ereignete sich eine ungewöhnliche Überraschung: Der amtierende Bürgermeister Dr. Paul Nevermann trat aus persönlichen Gründen zurück. Ein Berufener und Geeigneter mußte einspringen: Das war Weichmann. Einige Kritiker meinten: „Kein schlechter Lückenbüßer!" Denn etliche glaubten, daß der alte Herr es bis zum Ende der Legislaturperiode schon machen würde. Dann würde er in den verdienten Ruhestand gehen.

Das Gegenteil trat ein: Das größere und wichtigere Amt wirkte wie eine Stimulans. Der neu geforderte Weichmann bewies als „Landesvater" große Fähigkeiten. Die Pflichten eines Senatspräsidenten inspirierten ihn. Repräsentation und Koordination in seiner Führungsaufgabe mögen unerläßlich sein, doch er brachte die Phantasie, Präzision und das umfassende Wissen des Staatsmannes ein. Diese staatsmännischen Eigenschaften bestätigte er in seiner Aufgabe als zeitweiliger Präsident des Bundesrats.



Herbert Weichmann, Hamburgs Erster Bürgermeister 1965–1971
FOTO: CHRISTA KUJATH

Aus dem Rahmen fielen aber seine politischen Reden, von denen er viele für Hamburg gehalten hat, einige auch an die junge Generation. Die Universität Hamburg holte ihn als Honorarprofessor. Und es ist kein Wunder, daß die besten der Reden als Bücher Breitenwirkung erzielten. Weichmanns Name als einer der Bahnbrecher einer neuen Demokratie in Deutschland ist fast zur Legende geworden.

Wir anderen jedoch sehen auch noch einen anderen Grund tiefer Dankbarkeit, vor allem wir Hamburger: daß er, der bedrohte jüdische Mitbürger, zu uns zurückgekehrt ist und unter uns wieder heimisch geworden ist.

Er war ein großer Helfer in schweren Jahren!

Erich Lüth, Jahrgang 1902, war mit kurzer Unterbrechung von 1946 bis 1964 Direktor der Senatspressestelle. Lüth ist Verfasser zahlreicher Bücher über Hamburg und seine führenden Politiker.

WIE WAR DAS? Als Abgeordneter ein Beruf wurde

Von PETER PHILIPPS

Aus der in Artikel 48 Abs. 3 Grundgesetz geforderten Entschädigung, die einmal eine Entschädigung für besonderen, mit dem Mandat verbundenen Aufwand war, ist eine Alimentation des Abgeordneten und seiner Familie aus der Staatskasse geworden als Entgelt für die Inanspruchnahme des Abgeordneten durch sein zur Hauptbeschäftigung gewordenes Mandat." Mit diesem Leitsatz aus der Entscheidung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hatten die Bundestagsabgeordneten es am 5. November 1978 aus höchstrichterlichem Munde bestätigt bekommen: Sie waren von nun an nicht mehr Freizeit-, sondern Berufspolitiker.

Angefangen hatte es im Jahre 1949 noch ganz bescheiden mit 600 Mark Diäten, 500 Mark Kostenbeitrag für Porto und Telefon, 30 Mark für jede Sitzung sowie Freifahrt bei Bahn und Post. Man war damit in der Tradition geblieben, die vom Deutschen Reichstag im Jahre 1906 begründet wurde: Durch eine Verfassungsänderung hatten die Abgeordneten das erste Diätengesetz erlassen. Denn unter anderem auf Bismarcks Betreiben hatte die Reichsverfassung von 1871 in Artikel 32 ein absolutes Diätenverbot eingebaut.

Wenn Bundestagspräsident Rainer Barzel heute seinen Diätenbericht vorlegt, wird darin die Forderung bekräftigt sein, die der damalige Parlamentspräsident Richard Stücklen bereits in seinem Bericht im Jahre 1981 erhoben hat: „Die auf Grund statistischer Unterlagen ermittelten Einzelergebnisse für die Bemessung der Entschädigung und der Kostenpauschale zeigen, daß die Entschädigung ... nicht mehr angemessen ist." Rundheraus: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages fühlen sich unter Wert bezahlt. Selbst Gedanken an ein 13. Monatsgehalt – wie es auch den Beamten zusteht – werden von den Volksvertretern gewälzt.

Begründet wird dies mit dem Hinweis darauf, daß die Diäten zum letzten Mal vor sechseinhalb Jahren erhöht wurden auf 7500 Mark steuerpflichtige Entschädigung plus 4500 Mark steuerfreie Kostenpauschale. Denn, so hieß es in dem Karlsruher Urteil, das dafür die Basis schuf: „Der Abgeordnete ... erhält nicht mehr bloß eine echte Aufwandsentschädigung, er bezieht aus der Staatskasse ein Einkommen." Und diese „Alimentation" habe so bemessen zu sein, „daß sie auch für den, der kein Einkommen aus einem Beruf hat, aber auch für den, der infolge des Mandats Berufseinkommen ganz oder teilweise verliert, eine Lebensführung gestattet, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist".

Auch wenn die Karlsruher Richter eindeutig festlegten, daß der Abgeordnete „dadurch nicht Beamter geworden ist", schielen die „Träger des freien Mandats" (BVG-Urteil) seit mehreren Jahren schon in wachsendem Maße auf die Einkommen der Ministerialbürokratie. Und, so Stücklen in seinem Bericht, im Vergleich zu Bürgermeistern und Landräten, zu Ministern, Staatssekretären und Ministerialdirigenten liegt die Abgeordneten-Entschädigung „im unteren Rahmen des Besoldungsrahmens". Und dabei müsse nicht nur die Bedeutung und Belastung des Abgeordneten-„Amtes" berücksichtigt werden, sondern auch die im Karlsruher Urteil festgehaltene Aussage, daß der Bundestagsabgeordnete mit durchschnittlich 80 Wochenstunden das Doppelte der regelmäßigen Arbeitszeit eines Arbeitnehmers erreiche.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sagte einmal: „Es müßte doch eigentlich Ehrensache des Volkes sein, daß seine Vertreter eine höhere Entschädigung bekommen als ein durchschnittlicher Coca-Cola-Vertreter." Zumindest dem Sinne nach steht dies in dem Karlsruher Beschluß von 1975.

Land der dreifachen Unendlichkeit

Worpswede und seine Landschaft, das war und ist für zahlreiche Künstler Inspiration. Manfred Hausmann, der mit seiner Dichtung die Landschaft des Nordens eingefangen hat, lebte lange in Worpswede. Er schildert die Faszination, die dort den erfaßt, der Landschaft zu erleben weiß.

Von MANFRED HAUSMANN

Auf einem Seitengipfel des Weyerberges, zu dessen Füßen Worpswede liegt, steht in einer kleinen Waldlichtung ein verwitterter Obelisk, der dem Andenken des königlich-hannoverschen Moorkommissars Jürgen Christian Findorff gewidmet ist, dem „Vater der Moorbauern" und dem Schöpfer dessen, was man die Worpsweder Landschaft nennt. Der Berg erhebt sich allerdings nur 52 Meter hoch, ist also nur ein Berglein, wie die Seitengipfel auch nur Gipfelchen sind. Aber da sich ringsum nur ebenes Land ausbreitet und unter Blinden der Einäugige König ist, heißt das Berglein eben Berg und die Gipfelchen Gipfel.

Ohne diesen Jürgen Christian Findorff wäre die Worpsweder Landschaft nicht das, was sie ist. Er hat sie im 18. Jahrhundert kultiviert, indem er ihre ausgedehnten Moore, darunter das bekannte Teufelsmoor, durch ein klug angelegtes Netz von kleinen und kleinsten Gräben, die von größeren Wasserzügen, den „Schiffgräben" und „Fahrten" aufgenommen wurden, trockengelegt und bewohnbar gemacht, so daß in verhältnismäßig kurzer Zeit dort ein Reihendorf nach dem anderen entstehen und benannt werden konnte. Jede Hofstelle war durch die Gräben und „Fahrten", in denen schleusenartige Klappstaus den Wasserstand hielten, mit den Moorflüssen Beek, Hamme und Wümme und dadurch mit der Weser verbunden und konnte bis in die Mitte unseres Jahrhunderts ihren gestochenen Torf in schwarz besegelten Kähnen nach Bremen zum Verkauf bringen.



Otto Modersohn (1865–1943) im Jahre 1895 vor der Worpsweder Kirche
FOTO: DIE WELT

Die Worpsweder Landschaft ist also keine unberührte Urlandschaft, wie die Bilder von Mackensen, am Ende, Modersohn, Overbeck, Vinnen und Vogeler vermuten lassen, sondern die hoch kultivierte Schöpfung eines Menschen, Jürgen Christian Findorffs. Nur bildet in neuerer Zeit nicht mehr die Torfgewinnung die Lebensgrundlage der Bauern, sondern die Acker-, Weide- und Viehwirtschaft. Zwar wird da und dort noch Torf gestochen, aber nur für den eigenen Bedarf. Die gradlinigen Strukturen der Findorffschen Landschaft sind inzwischen von neuem Wachstum und neuen Formen bäuerlicher Arbeit überwuchert und unscharf gemacht worden.

Heute nimmt sich die Landschaft im großen und ganzen so aus, wie der junge Mackensen sie erblickte, als er Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal den Weyerberg betrat. Er berichtet davon: „Da offenbarte sich mir Worpswede in seiner allergrößten Herrlichkeit. Bei der sinkenden Sonne fingen verschiedene hoch übereinanderliegende Wolkengebilde das Licht. Es gab Farben von Dunkelviolett, Kupferrot und Silber, und da, wo der Äther aufblitzte, erschien er grünlich oder, im Gebiet der Zirruswolken, seidigblau. Darunter lagen die dunklen Äcker mit den Hafergarben und die dämmerige Weite mit den blitzenden Wasserläufen, auf denen schwarze Segel ihre Bahn zogen. Auf den Weiden schwarzweiße Kühe, am Horizont das reiche Bild der Stadt Bremen. Ich trat an einen Mann heran, der auf einem Acker säte: ‚Sehen Sie mal, wie wundervoll das ist!' Er antwortete: ‚Tjo, düsse Nacht früßt et!' (friert es). – An diesem Abend schrieb ich meiner Mutter: ‚Hier male ich mein erstes Bild.'"

Zuweilen sieht die Worpsweder Landschaft so unscheinbar aus, daß die Menschen, die aus der lebhaften Formenwelt der Mittelgebirge oder gar der Alpen nach Worpswede kommen, nicht begreifen können, warum so viel Aufhebens von ihr gemacht wird. Einfache Linien, öde Flächen, waagerecht hintereinandergereihte duffe Streifen, diesige Horizonte, ein leerer Himmel, das ist alles. Aber dann erscheint unvermutet die Stunde, in der sie den ganzen Reichtum ihrer Farben und Fernen preisgibt. Anderswo stellt sich die Landschaft wirklich als Landschaft dar, als fest gegründetes Land, das ruht und herrscht. Allerdings gehört auch der Himmel noch dazu. Aber eben nur „auch noch", aber eben nur als ein Teil des Ganzen und nicht einmal als wichtigster.

In der Ebene um Worpswede ist es dagegen vor allen Dingen der Himmel, der die unumschränkte Macht hat, der große Luftraum, durch den Licht und Schatten, Wolken und Winde, Schneetreiben und Regenbahnen eilen, die Unendlichkeit über aller Welt. Außerdem ist da noch das Land vorhanden. Nun wohl. Aber es hängt nur wie eine dünne Brücke zwischen den Horizonten. Man meint, sie müsse einstürzen, wenn man einmal fest aufstampfte. Was will da das bißchen Land neben dem ungeheuren Himmel bedeuten: Die Welt, das ist der schwebende Himmel. Keine Landschaft, sondern eine Himmelschaft.

Anderswo ist der Landschaft Gewißheit und Dauer verliehen. Wohl verändert sich die Beleuchtung mit dem Hin und Her des Wetters. Aber das besagt nicht viel, denn das Beleuchtete, das der Landschaft ihren Charakter gibt, steht immer als dasselbe da, als Berg und Gefild, unveränderlich und schwer.

Im Worpsweder Bereich indessen, wo das flimmernde, wehende, durcheinanderspielende Licht selbst die Landschaft ist, bleibt sich nichts gleich. Es braucht nur ein Schleierwölkchen vor der Sonne vorüberziehen, die Luft braucht sich nur ein wenig zu trüben oder zu erhellen, gleich ändert sich auch das Licht und mit dem Licht auch die Farben, die, vielfältig abgeschattet, auf allen Dingen schimmern, und mit den Farben die ganze Welt. Mag die Pariser Atmosphäre ihre zarte und kühle Silbrigkeit, die Amsterdamer ihr feuchtes Braun, die venezianische ihren sanften Goldton haben, das Licht, mit dem Worpswede beschenkt ist, enthält alle drei. Heute obsiegt mehr das silbrige Grau, morgen mehr das braune Dämmern und übermorgen mehr die goldene Verschleierung, und wieder ein anderes Mal strömen und sickern silberne, braune und goldene Lichtwellen gleichzeitig durcheinander.

Genügt schon eine geringfügige Veränderung der Luft, um die Worpsweder Landschaft von Grund auf umzustimmen, so ereignet sich an Tagen, die nicht geringfügige, sondern kräftige Wettereinbrüche mit sich bringen, vollends ein rasender Tumult von Weltuntergängen und neuen Weltschöpfungen. Wer einen solchen Spätherbsttag, wenn der Nordwest, der von der See herüberjagt, aufgetürmte Wolkenmassen über die Klarheit der Ebene wälzt, wenn das Licht in graublauen Bahnen aus den Wolkenrissen niedergleißt und in Flecken von unwirklicher Helligkeit über Moore, Wiesen und Wälder hastet, wenn in der Ferne schwerelos in einer Spirale sich umeinander drehende Regenstreifen herabhängen, in deren Innern sich plötzlich ein violettes Geleucht entzündet, wenn über dem Moor ein hell glühender Regenbogen gegen das Schwarz der Wolken steht, während über ihm und unter ihm ein zweiter und dritter leise aus dem Nichts hervortritt und leise wieder erlöscht, wer einen solchen bewegten Herbsttag nicht mit eigenen Augen gesehen hat, kann sich kaum eine Vorstellung von den Wundern des brausenden Lichtes machen, die tagelang, wochenlang stattfinden, bis die Störung vorübergezogen ist und die Gegensätze sich ausgleichen.

Im Winter hängt über dem vereisten Land ein Licht, das noch verklärter glimmen kann als das sommerliche. Es mag genügen, nur das gleichmäßige Wolkengrau zu erwähnen, das anderswo so niederdrückend wirkt und bei längerem Anhalten die Menschen zum Trübsinn bringen kann, wohingegen es in Worpswede die Landschaft in eine solche Unirdischkeit verwandelt, daß jedermann mit seiner Beschäftigung innehält und betroffen aus dem Fenster starrt. Es geschieht meist um die Stunde, die hierzulande die Uhlenflucht heißt. Dann kehrt sich das tote Licht unter dem Gewölk in ein verhalten erblühendes Rosa oder Violett oder Lila, in dem die Häuser und Gärten, die Föhren und Birken, die Menschen und Tiere stehen. Sie sind nur noch Abtönungen des Lichts. Es ist, als könne man mit der Hand durch sie hindurchfassen wie durch Schatten. Man fragt sich, woher sie denn kommt, diese weiche Woge, und findet keine Erklärung dafür. Vielleicht daß über den Wolken eine der gewaltigen Abendröten brennt, deren Widerschein vielfach gefiltert durch die Dunstschicht sinkt und den Luftraum zwischen Wolken und Erde zu einem matten Glühen bringt. Die Welt – das ist das unendliche Licht. Keine Landschaft, keine Lichtschaft.

Anderswo lebt die Landschaft vorwiegend von den eigenen, unmerklich sich regenden Kräften. Lediglich im Wechsel von Tag und Nacht und in den Schwankungen des Wetters deuten sich Einwirkungen an, die von „draußen" kommen. Die Worpsweder Landschaft wird dagegen immer wieder von einem Anhauch aus fremden, ja kosmischen Fernen überatmet und verändert. Dunkle, gleichmütige Gewalten heben sich daher auf, dringen in ihre Gefüge ein und verändern sie. So spüren die Niederungen der Moorflüsse Hamme und Wümme, die durch die Lesum und Weser mit der Nordsee in Verbindung stehen, bis in die letzten Kanäle und Schiffsgräben hinein den Mondrhythmus von Ebbe und Flut. Und das Steigen und Sinken der Gewässer wirkt wiederum auf die Tier- und Pflanzenwelt fort. Selbst die Menschen können sich ihm nicht entziehen. Um die Zeit des Äquinoktiums donnern die Weststürme vom Atlantik her mit solcher Gewalt herüber, daß es so aussieht, als ducke sich die Landschaft verängstigt nieder. Sie haben die Herrschaft, sie allein.



Der Barkenhoff, einst Heinrich Vogelers Wohnhaus und Zentrum der Worpsweder Künstlerkolonie, heute „Kulturzentrum" mit Ateliers für junge Stipendiaten
FOTO: DPA

In den Winternächten wallt der Schein des Nordlichts wie Gaze vor den Sternbildern her. Wenn eine Springflut die Wiesen überschwemmt hat, so weit das Auge sehen kann, und plötzlich Frost einfällt, schlägt das Eis alles in seinen Bann. Sumpfgase und Luftblasen, die aufsteigen wollen, frieren fest, graue Perlenschnüre in der glasklaren Masse. Unten in der Tiefe schwingen die Gräser und Pflanzen mit schlaftrunkenen Gebärden hin und her. Mit dem Eintreten des Tauwetters dröhnt ein Hall nach dem andern wie Kanonenschüsse über die berstende Eisfläche. Dann schieben sich die Schollen übereinander, vom Wind und von der Strömung bedrängt. Der Eisgang setzt ein, der in schlimmen Jahren die Deiche sprengen und die Gehöfte von ihren Wurten zu stoßen vermag. Im Frühling und Herbst wehen die Schwärme der Zugvögel, vielstimmig klagend, unter der Mondsichel hin, diese Sendboten der Sehnsucht über den schweigenden Mooren und Wäldern. Eins löst das andere ab, Woge schwingt sich in Woge, Unendlichkeit in Unendlichkeit. Und das Land liegt regungslos da. Die Welt, das ist ein unendliches Strömen und Wogen des Alls. Keine Landschaft, eine Allschaft.

In diese dreifache Unendlichkeit, in die des unendlich sich öffnenden Himmel-Raumes, in die des unendlich sich wandelnden Lichtes und in die des unendlich hinwehenden Alls, ist die Worpsweder Landschaft, sind alle Einzeldinge gebettet; die gesammelte Wucht einer Eiche etwa, die Anmut eines Wollgrasflöckchens, die Ruhe eines baumbeschatteten Reetdachhauses, das Klappstau mit dem lautlosen, seidigen Fall des Moorwassers, die Blumen eines Bauerngartens, der emporragende Schwengel eines Ziehbrunnens, die Heckenwälle um die Viehweiden, die düstere Fläche eines Torfstichs, der langsame Flug eines Fischreihers durch den Abend, die schweren Bewegungen der Bauern bei ihrer niederkrümmenden Arbeit und die lichtumflossenen Spiele der Kinder mit den großen, hellen Augen.

Da mag jeder ermessen, wie unendlich die Möglichkeiten sind, die die Worpsweder Landschaft dem Künstler bietet, der sich ihr anvertraut. Sie ist gleichsam eine Antwort, die bereits vor jeder Frage gegeben wird. Es liegt bei den Künstlern, so zu fragen, daß sie der ganzen Herrlichkeit der Antwort teilhaftig werden.

Der Kunstschüler Fritz Mackensen erhielt eine Antwort wie ein Feuerwerk von Gold und Silber bis in die letzten Fernen. Dem andern, der sich um das Gedeihen seiner Saaten sorgte, antwortete sie nur mit einem Wetterzeichen. Wer allerdings nichts zu fragen hat, wem nichts um ihn her fragwürdig, des Fragens, des Verwunderns, des fassungslosen Staunens, des Erschreckens wert erscheint, der wird auch keiner Antwort gewürdigt. So einer geht dann hin und malt ein „Motiv". Nur wer hat, dem wird gegeben.

Diese unendliche Landschaft bedarf des Menschen, der auch seinerseits voll, übervoll von Unendlichkeit ist, des von innen her erschütterten, des gequälten, kurzum des schöpferischen Menschen.

Eine Kolonie der Künstler

Fritz Mackensens Begegnung mit Worpswede wurde der Ausgangspunkt zur Gründung der Künstlerkolonie im Jahre 1889, der das Moordorf unweit Bremens bis heute seine Popularität (und touristische Attraktion) verdankt. Zu ihr gehörten Otto Modersohn, Hans am Ende, Carl Vinnen, Fritz Overbeck und als der bedeutendste und einflußreichste Maler und Graphiker der Gruppe Heinrich Vogeler.

Mit der Ausstellung im Münchner Glaspalast 1895 verbreitete sich der Ruf der Worpsweder bald über die norddeutschen Grenzen hinaus. Rainer Maria Rilke, der zeitweilig in Worpswede lebte, ist die erste Abhandlung über die Künstler und ihr Programm, die Landschaft wieder als Gegenstand der Malerei zu entdecken, zu verdanken. Und Rilke war es auch, der zuerst die Bedeutung von Paula Modersohn-Becker erkannte.

Obwohl sich die ursprüngliche Künstlergruppe nach der Jahrhundertwende auflöste, blieb der Ort bis heute ein Refugium der Künste. Die unterschiedlichsten Maler, Bildhauer und Kunsthandwerker siedelten sich hier an. Heute sind Friedrich Meckseper und Waldemar Otto die bekanntesten Worpsweder. P. D.

Die neue US-Armeevorschrift hält Optionen für die Politik bereit

Die neue Gefechtsfeldvorschrift für das amerikanische Heer ist wegen ihrer angeblich „aggressiven Leitlinien“ in Europa auf Kritik gestoßen. NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers hatte postuliert: „Der Kern einer lebensfähigen Verteidigung ist der Gegenangriff.“ Das provozierte Mißverständnisse. Rogers erklärte dazu, sein Ziel sei es nicht, gegnerisches Territorium des Warschauer Paktes zu nehmen. Der Oberbefehlshaber will das Gefecht so führen, daß das NATO-Gebiet verteidigt und die Ausgangslage wiederhergestellt wird. Rogers warnt vor einer Maginot-Mentalität. Der folgende Beitrag erläutert die neue „Airland-Battle“-Vorschrift.

Von
CAY GRAF BROCKDORFF

In „War as I knew it“, seinem 1947 erschienenen Buch, beschreibt George Patton eine denkwürdige Begebenheit. Während er seine 3. US-Armee *1944* im Sturmlauf durch Frankreich trieb, nahm er sich die Zeit, mit einem alten Freund aus dem Ersten Weltkrieg zu reden. Es war der französische General Köchlin-Schwartz, der früher an der französischen Generalstabsakademie gelehrt hatte. Patton fragte ihn, wie es dazu kam, daß der französischen Armee vier Jahre vorher eine derart vernichtende Niederlage bereitet werden konnte. Der Franzose antwortete ohne zu zögern, zehn Jahre lang habe man im Schatten der Maginot-Linie nur an die Verteidigung gedacht, sie gelehrt und geübt – „niemals den Angriff“.

Diese Stelle aus den Erinnerungen eines ungewöhnlichen US-Generals kommt in den Sinn, wenn man die Diskussion verfolgt, die über die neue Führungsdoktrin des amerikanischen Heeres „Airland Battle“ entfacht worden ist. Um es vorwegzunehmen: Es hat darüber nur in der Bundesrepublik Deutschland erhitzte Beiträge gegeben. Sonst nirgendwo. Es ist offensichtlich, daß die Begriffe Angriff und Verteidigung vielfach zu Verwirrung geführt haben.

Es kann nicht überraschen, daß Patton die Begegnung mit seinem alten Kriegskameraden hervorhebt. Das Denken dieses Generals war immer auf militärischen Erfolg gerichtet. „Alle Mittel dürfen nur dazu dienen, dem Gegner ein Maximum an Verlusten und Zerstörung in einem Minimum an Zeit zuzufügen.“ Der dynamische Amerikaner war verblüfft vom Ausmaß der Katastrophe, die 1940 die französische Armee heimgesucht hatte. Sie war das Ergebnis einer Geisteshaltung, die sich hinter der starren Befestigungslinie Maginots entwickelt hatte. Das französische Heer hatte verlernt, sich zu bewegen. Warnungen eines jungen französischen Brigadegenerals namens Charles de Gaulle vor einer derartigen Einseitigkeit blieben ungehört.

Um Patton zu verstehen, um aber auch jede Führungsvorschrift eines Heeres zu verstehen, die neue „Luftland-Schlacht“ des amerikanischen Heeres eingeschlossen, müssen Begriffe definiert werden: „Angriff“, so wie das Wort in Führungsvorschriften verstanden wird, ist kein Signal zur Kriegseröffnung. Es ist ein operativer Begriff, der eine bestimmte Absicht für den Ablauf eines Gefechts beschreibt. Die Entscheidung über die Eröffnung eines Krieges gehört nicht in den Bereich des Soldaten. Sie wird von den Politikern getroffen. Insofern hatte Patton bei seinen *ständigen Angriffen in Wahrheit* verteidigt. Der Krieg war 1939 von Deutschland eröffnet worden.

Vor einer Erörterung der neuen Gefechtsdoktrin des US-Heeres muß zur Klärung der Begriffe noch ein weiteres Ereignis geschildert werden. Ende der sechziger Jahre diskutierte der amerikanische Kongreß lebhaft, ob man nicht die Soldaten politisch indoktrinieren und zum Haß auf die Sowjets erziehen müsse. Es war ein General, der die Abgeordneten an die Grundlagen der amerikanischen Verfassung erinnerte und darlegte, daß das Militär auszuführen habe, was die verantwortlichen politischen Instanzen wünschen.

„Das Corps führt aus, was der Präsident befiehlt“

Der General hieß Wallace Greene und war Kommandant der vierten *amerikanischen Teilstreitkraft, des* „Marine Corps“. Die Indoktrinierung seiner Soldaten zum Haß lehnte er kategorisch mit den Worten ab: „Das Corps führt nur aus, was der Präsident der Vereinigten Staaten befiehlt.“ Er wäre wohl kein „Ledernacken“ gewesen, wenn er nicht hinzugefügt hätte: „Das Corps hat sogar einen Plan, die Briten zusammenzuschlagen.“ Auf seine Weise machte Greene klar, um was es geht: Optionen für die Politik bereitzuhalten – selbst wenn sie vielleicht absurd sind.

Den elementaren Unterschied zwischen politischem Auftrag und der Weise, in der sich der Beauftragte der Weisung entledigt, gilt es nirgendwo so deutlich hervorzuheben, wie bei den Streitkräften. Die Armee benötigt eine Doktrin, nach der sie das Gefecht führt, wenn der Tag kommt, an dem sie es führen muß. Die Armee muß auch den Krieg planen, denn nur so kann sie auf ihn vorbereitet sein.

Dies bedeutet nicht, daß die Streitkräfte auf den Tag hinarbeiten, an dem der Krieg „endlich“ ausbricht. Hervorragende Soldaten haben sich deshalb immer als die ersten Pazifisten des Landes verstanden, denn niemand kennt die Schrecken des Krieges besser als sie. „Fünf Minuten im Gefecht haben mir genügt, um mir klarzumachen, daß der Krieg untauglich ist, menschliche Konflikte zu lösen.“ Dieses Wort stammt von General *Bernard Rogers, dem obersten* alliierten Befehlshaber in Europa.

Die neue US-Heeresvorschrift „Airland Battle“ ist als „Field Manual 100-5“ seit einem Jahr gültig. Sie beschäftigt sich unter anderem ausführlich mit dem Einsatz nuklearer und chemischer Waffen, macht indes aber klar, daß die Freigabe nuklearer Waffen auf der politischen Ebene erfolgen muß und die offizielle amerikanische Politik den Ersteinsatz chemischer Waffen verbietet (Abschnitt 7–12).

Sozialdemokratische Kritiker der „Airland-Battle“-Vorschrift haben ihr vorgeworfen: „Die Automatisierung des Kriegsführungskonzepts, verbunden mit schneller Nutzung von atomaren und chemischen Waffen, macht politische Konfliktlösungsversuche unmöglich.“ Eine solche Verdächtigung ist durch die Tatsachen nicht gedeckt.

Gegen Verzicht auf Ersteinsatz: NATO-Oberbefehlshaber Rogers
FOTO: DPA/POHLERT

Traditionell ist das amerikanische Heer immer dem linearen, methodisch geführten Gefecht verschrieben gewesen. Seinen Ursprung hat dieses Konzept im amerikanischen Bürgerkrieg, den Ulysses Grant durch schiere Abnutzung des Südens gewann. Schon damals stand die industrielle Macht des amerikanischen Nordens im Hintergrund und sie hat seit jener Zeit immer den Stil amerikanischer Kriege geprägt. Durch besonderen Einfallsreichtum hat sich *die amerikanische Armee daher* selten ausgezeichnet. Regeln machen Ausnahmen sichtbar. Den brillanten Heerführer Patton, der zu seinem Verdruß von seinen Vorgesetzten gelegentlich gebremst wurde, muß man in einem Atemzug mit kühnen deutschen Panzerführern nennen. Eine andere Ausnahme ist wohl auch Douglas MacArthur, der nicht nur ein großer Stratege war, sondern vermutlich der begabteste General des Jahrhunderts. Seine größten Widersacher waren bezeichnenderweise US-Militärs.

Die sowjetische Armee, die letztlich nichts als das Produkt eines aggressiven und auf Sieg setzenden Staates ist („Der Krieg wird gesetzmäßig mit dem Sieg des fortschrittlichen kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems über das reaktionäre kapitalistische System enden, das historisch dem Untergang geweiht ist“, so Marschall Sokolowski), hat sich einer offensiven Strategie verschrieben. Sie ist das Produkt einer dogmatischen Parteiphilosophie.

Angesichts dieser offensiven sowjetischen Kriegslehre und der unbestrittenen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts wäre es verhängnisvoll, wenn die NATO in den Fehler verfiele, mit einer abgewandelten Form des Maginot-Denkens eine starre Verteidigungsschlacht führen zu wollen, bei der es den Angriff nicht gibt.

Die neue amerikanische Führungsvorschrift will es vermeiden, daß in Zukunft nach alten Methoden der Feind linear in Gefechte verstrickt wird. Sie hebt die Begriffe Feuer und Bewegung hervor, sucht die Auseinandersetzung mit dem Gegner in der Tiefe. Das ist NATO-konform. General Rogers hat postuliert: „Der Kern einer lebensfähigen Verteidigung ist der Gegenangriff.“

Rogers hat ganz klar gemacht, was er darunter versteht. Sein Ziel ist es nicht, gegnerisches Territorium zu nehmen. Er ist an keinem Quadratzentimeter Staatsgebiet des Warschauer Pakts interessiert. Er will das Gefecht so führen, daß das NATO-Gebiet verteidigt und die Ausgangslage wiederhergestellt wird. Wenn aus operativen Gründen ein NATO-Kommandeur mit seinen Truppen nach einem gegnerischen Angriff beispielsweise auf das Gebiet der „DDR“ vorstößt, weil er nur so in die tiefe Flanke des Feindes gelangen kann, wird Rogers ihn bestimmt nicht daran hindern.

Die „Luftland-Schlacht“ ist also nicht zu früh gekommen, eher zu spät. Andere Heere hatten sich viel früher auf Bewegungskrieg und flexible Gefechtsführung eingestellt. Im deutschen Heer ist sie Tradition und nicht von ungefähr haben deutsche Führungsgrundsätze bei der neuen US-Vorschrift Pate gestanden. Die Zusammenfassung der Begriffe „Luft“- und „Land“-Schlacht geht auch auf deutschen Einfluß zurück, auf den früheren Oberbefehlshaber der alliierten Land- und Luftstreitkräfte in Zentraleuropa, General Franz-Joseph Schulze. Im Winter 1977 befahl er in seiner „Kriegsdirektive Nr. 1“ das Zusammenwirken der Teilstreitkräfte.

Nationale Führungsvorschriften finden nur dann Eingang in die Richtlinien der NATO, wenn sie vom Bündnis gebilligt worden sind. Diesem Verfahren mußte sich auch die neue US-Doktrin aussetzen. Es ist noch nicht abgeschlossen. Im Gegensatz zu Unterstellungen, daß Washington mit Hilfe der Vorschrift einen *Angriffskrieg in Europa vorbe*reiten wolle, erlaubt das Papier die Aufgabe von Raum. Dieser Abschnitt wird mit Sicherheit keinen Eingang in NATO-Verfahren finden, denn für die Allianz gilt die Vorneverteidigung an der Zonengrenze. Die freiwillige Aufgabe von Raum, so sehr das operativ wünschenswert sein mag, müßte die Allianz politisch erschüttern. Sie ist in Europa nicht anwendbar, wohl aber in anderen Gegenden der Welt. Die neue US-Heeres-Doktrin wurde mit Blick auf die weltweiten Verpflichtungen der US-Streitkräfte geschrieben.

Rogers betont: „Ich führe eine Ko*alitionsarmee.“ Danach richten sich* seine Führungsgrundsätze. Sicher bedeutet das nicht, daß er gewillt wäre, eine Niederlage seiner Truppen vorzusehen. Würde er das, müßten die NATO-Staaten ihn bitten, zurückzutreten. Dies muß so deutlich ausgesprochen werden, weil Verdächtigungen gegen die „Airland-Battle“-Vorschrift so weit gingen, den Amerikanern zu unterstellen, sie planten den Sieg über die Sowjetunion. Das ist falsch, strategische Absichten lassen sich aus Führungsvorschriften nicht so einfach ableiten. Sicher ist, daß Rogers und die NATO siegreiche Gefechte führen wollen, denn auch während eines militärischen Konflikts denkt der Westen an Abschreckung. Der Gegner soll zum Abbruch des Krieges veranlaßt werden. Kon*ventionelle Erfolge ermöglichen im* übrigen den Verzicht auf nukleare Waffen. Die neue US-Doktrin ist somit deckungsgleich mit den Absichten der NATO: Sie will den Sieg auf dem Gefechtsfeld.

Das entscheidende Element der Abschreckung

Jeder Soldat weiß, daß der Einsatz von Atomwaffen den Krieg in eine neue, unbekannte Dimension hebt. Dennoch muß die NATO auf den übergangslosen Einsatz von Atomwaffen vorbereitet sein – übergangslos, weil der Gegner keine Möglichkeit haben darf, den Augenblick zu berechnen. Wer berechnen kann, kann das Risiko kalkulieren. Die Abschreckung würde nicht mehr funktionieren.

Politisch gesehen, ist das amerikanische „Field Manual“ als Element der Abschreckung zu werten. Abschreckung entsteht aus dem Bild, das der potentielle Gegner sich von einem Widersacher macht. Dies ist in der Tat das entscheidende Element der Abschreckung überhaupt.

Wegen des Mangels an Raum kann die NATO die zwei klassischen Elemente des Gefechts, Feuer und Bewegung, nicht immer vollständig ausnutzen. Das Feuer gehört daher ins Hinterland des Gegners, von wo ein Angriff aus der Tiefe genährt werden müßte. Von dort speist der Gegner seine Kraft. „Die Kosten der Aggression werden nicht allein von den Opfern der Aggression getragen“, sagte Alexander Haig als NATO-Oberbefehlshaber 1977.

Die Möglichkeit, das (konventionelle) Feuer stärker als je zuvor ins Hinterland des Gegners zu tragen, eröffnet sich durch eine neue Technologie. Flächenfeuer und Submunition, die sich selbständig ihr Ziel sucht, sind die Mittel, die dem Bündnis in Zukunft zur Verfügung stehen. General Rogers hat darauf aufmerksam gemacht, daß die neue Technologie, mit deren Hilfe Ziele bis zu Hunderten von Kilometern hinter der Front bekämpft werden können, der Strategie der „Flexible Response“ neue Lebensfähigkeit gibt. Diese Strategie hat ihre Gegner, aber niemand hat für sie einen Ersatz. (SAD)

Was hinter der neuen Westpolitik des Ostens steckt

Rentner als Kredit-Lockvögel?

WERNER KAHL, Bonn

Vor den *Mitgliedern der „DDR“*-Einheitspartei kann das propagandistische Dilemma, in dem die SED-Führung durch den *Milliardenkredit und ungeklärte Vor*gänge im Kreml steckt, nur mühsam kaschiert werden. Für das im Oktober begonnene Parteilehrjahr fehlt noch nach Berichten aus der „DDR“ das ideologische Rüstzeug für Diskussionen mit den Genossen; denn den Begriff sozialistischer Geldsuche auf *kapitalistischen Märkten kennt* das Wörterbuch der Parteipropaganda nicht.

Eine Sprachregelung für den Funktionärsapparat hat die Parteispitze anscheinend immer noch nicht gefunden. Einzige Orientierungshilfe nach monatelangem Schweigen ist neben DKP-Erklärungen, die in „DDR“-Medien an Stelle eigener Kommentare veröffentlicht wurden, der offene Brief Erich Honeckers an Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem für den Fall der Raketenstationierung mit einer „Eiszeit“ gedroht wird. Eine „neue Eiszeit“ würde jedoch weitere Kredite fraglich ma*chen, so daß sich die „DDR“-Bevöl*kerung im Fälle politischer Ost-West-Vereisung darauf gefaßt machen muß, den Gürtel enger zu schnallen. Den Genossen, die nach ihrem künftigen Lebensstandard, weiteren Krediten und nach den Vorgängen im Kreml fragen, wird jedoch bedeutet, daß gegenwärtig dem Kampf gegen die Stationierung die größte Bedeutung zuzumessen sei.

Wohlstand auf Pump

Das Politbüro sieht daher anscheinend keinen Anlaß, den Funktionärsapparat aufzuklären, woher die zum Jahresende fälligen weiteren drei Milliarden Mark in Devisen zur Schuldzinstilgung geholt werden sollen: aus zusammengekratzten Guthaben, aus der Bundesrepublik oder von ausländischen Geldgebern, denen sich Ost-Berlin mit der westdeutschen „Pfadfinder“-Milliarde als kreditwürdig zu empfehlen versucht? *Ältere Sachsen erinnern daran, daß* ihre Heimat in Jahren wirtschaftlicher Blüte vor dem Weltkrieg etwa ein Drittel der Ausfuhr des deutschen Reiches verbuchte und somit fast ein Drittel der vom Reich benötigten Devisen hereinholte.

Bei den Beratungen der SED-Gremien über den ersten Kredit im Frühjahr stand „wirtschaftliche Vernunft gegen politisches Risiko“, so das Deutschland-Archiv. Zweimal war in der *Inkubationszeit des Kreditge*schäftes von Gesinnungsverkauf beziehungsweise Erpressung durch kapitalistische Geldgeber die Rede. Das erste Mal wurde *damit* gegen westliche Geldspritzen plädiert, das zweite Mal dafür.

Konrad Naumann, Vorsitzender der Ostberliner SED-Bezirksleitung, hatte am 2. November 1982 erstmals den Schleier, der gewöhnlich über internen Diskussionen der SED-Führung liegt, *gelüftet*. Im Parteiorgan „Neues Deutschland“ nahm er eine Bestarbeiterkonferenz, die bereits im September 1982 stattgefunden hatte, zum Anlaß, um vor einem Kredit aus dem Westen zu warnen: „Die politischen Positionen der DDR sind kein Schacherartikel, sie sind nicht mit Dollar oder auf andere Weise käuflich.“ Ost-Berlin hatte damit sein Interesse an einem angesichts der drückenden Schuldzinsverpflichtungen für 1983 notwendigen vier Mil*liarden D-Mark-Kredit angemeldet*.

Der Ostberliner Partei-Bezirkschef spielte in dem Artikel zugleich auf die aus dem Westen zu erwartenden *Gegenleistungen für Honeckers* Konzeption einer Leistungsmotivation durch Wohlstand auf Pump an: Schrittweise Zurücknahme des 1980 *erhöhten* Zwangsumtausches, Erleichterungen im Reiseverkehr, Erteilung von Ausreiseanträgen für „DDR“-Bürger, und schließlich Abbau von Todesautomaten und Minenfeldern entlang der innerdeutschen Grenze. Geldverleih, so las es der Parteigenosse aus Naumanns Artikel zwischen den Zeilen, also aus erpresserischen politischen Motiven, während Honecker im Mai dem Westen vorwarf, der „DDR“ nicht mit einem Kredit aus der Patsche helfen zu wollen. Da der Staatsratsvorsitzende und SED-Chef kurz zuvor in Moskau gewesen war, konnte seine Erklärung nur als Zustimmung des Kreml zur *Neuverschuldung gewertet werden*. Im Hintergrund spielte gewiß auch der Gedanke eine Rolle, wenn Ost-Berlin die Bonner Milliarde kriege, sähen die anderen, daß die „DDR“ kreditwürdig sei.

Die Diskussionen in der SED-Führung drehten sich um zwei Punkte: Überhaupt nichts auf dem Kreditmarkt machen oder schnell handeln und dabei die vom Westen erwarteten Gegenleistungen in der Deutschlandpolitik einkalkulieren, ohne die eigene Linie zu verlassen. Seitdem sind die SED-Propagandisten damit beschäftigt, die häppchenweise gereichten Gegenleistungen als Erfolg Ost-Berlins international zu „verkaufen“. Dies erklärt das etappenweise Vorgehen beim Zwangsumtausch. Die Rücknahme des Rentnerumtauschbetrages wurde als Reserve für den nächsten Kredit zurückgehalten. Ost-Berlin braucht bis Jahresende weitere drei Milliarden Mark. Ein Verzicht auf den ersten Bonner Kredit und weitere Geldgeschäfte würde Fragen der inneren Sicherheit berühren. Es hieße im Fall des Kreditver*zichts die Bevölkerung derartig kurz* zu halten, daß die latente Unzufriedenheit zu einem von den Staatsorganen nicht mehr berechenbaren Stau führen könnte. Die Befürworter des Kredits um Honecker beriefen sich auf das soziale Netz, das in der Honecker-Ära seit 1971 geschaffen worden sei und zu dem die SED-Führung das Baby-Jahr, den Bau von Trabantenstädten und die weiterhin mit Milliarden *subventionierten* Nahrungsmittel und Mietpreise rechnet.

Mit der Moskauer Zustimmung zu dem Kreditgeschäft verbindet der Kreml gewiß Gedanken etwa der Art, der westdeutschen „Friedensbewegung“ in den kommenden Jahren ein neues Feld anzubieten: nach der Anti-Raketen-Kampagne einen Feldzug für den Auszug der Bundesrepublik aus der NATO und möglicherweise dann eine Offerte zur Neutralisierung. Innerhalb der SED-Führung gibt es derzeit keine Anzeichen für Auseinandersetzungen, die über Meinungsverschiedenheiten und ideologische Scharmützel auf Machtkämpfe schließen lassen; denn die teilweise seit fünf Jahrzehnten miteinander im Kommunismus arbeitenden Genossen sind aufeinander angewiesen. Sie sind deshalb vom Westen längerfristig ins politische Kalkül zu ziehen. Im Politbüro hat die „Troika“ – Erich Honecker, Willi Stoph und Paul Verner – das Sagen. Honecker, der mit Verner 1946 die Staatsjugendorganisation gründete, sorgte dafür, daß er ins Politbüro kam; Honecker holte auch Erich Mielke, den Staatssicherheitschef, und Heinz Hoffmann, den Verteidigungsminister, ins Politbüro. Von dessen acht Kandidaten wurden fünf nach Honeckers Amtsantritt gewählt, dazu gehören die ehemaligen FDJ-Funktionäre Joachim Herrmann und Werner Felfe. Unter den „Kardinälen“ ist lediglich Günter Mittag, der Wirtschaftsfunktionär, ein Seiteneinsteiger. Honecker hielt zu ihm, als Mittag 1973 bis 1976 einen Karriereknick hatte. Das sichert dem Staatsratsvorsitzenden und Parteichef heute die Ergebenheit Mittags. Für die „Kardinäle“ stellt sich die Frage des Nachwuchses erst im Frühjahr 1986, wenn satzungsgemäß der XI. Parteitag der SED einberufen werden muß. Dann herrscht eine Führung, die nach den Gesetzen der Kreml-Biologie amtiert. Erich Honecker als 74jähriger, Erich Mielke *(79), Erich Mückenberger (76)*, Alfred Neumann (77), Heinz Hoffmann (76). Die Jüngsten sind Willi Stoph (71), und der gleichaltrige Horst Sindermann, Agit/Prop-Funktionär der ersten Stunde.

Rücktritt ist nicht üblich

Die jüngere Generation im Hintergrund beginnt nach SED-Zeitrechnung mit dem 60. Lebensjahr. Es sind die Jahrgänge 1925–28 der Partei, die heute als ZK-Sekretäre tätig sind. Allesamt jedoch Funktionäre, die nicht mehr aktive Kommunisten während der nationalsozialistischen Ära waren. *Zu ihnen gehörten* vor allem Horst Dohlus, Organisations- und Personalchef im SED-Zentralkomitee, Werner Felfe, Joachim Herrmann und Konrad Naumann, der meint, die SED könne „den Werktätigen der Arbeiter- und Bauernmacht“ wie in den Nachkriegsjahren heute durchaus wieder zumuten: „Erst mehr arbeiten, dann besser leben.“ Was nichts anderes bedeutet, als auf westliche Kredite zu verzichten. Steht mit Naumann der ambitionierte Bewerber um die Nachfolge Honeckers bereit?

Ein Rücktritt ist in der SED nicht üblich. Die Genossen sterben in den Sielen. Der Versuch, vor einiger Zeit eine Altersregelung einzuführen, wurde rasch wieder zu den Akten gelegt. Unter den Parteifürsten gilt es als Ehrensache, der Partei bis zum letzten Atemzug zu dienen.

Das schrieb Honecker an Kanzler Kohl

DW. Berlin

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichte gestern den Wortlaut des Briefes von „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wie Sie wissen, hatte ich in jüngster Zeit Gelegenheit, mit namhaften Politikern der Bundesrepublik Deutschland, sowohl der Regierungsparteien als auch der Opposition und Persönlichkeiten der Wirtschaft, Gespräche über die besorgniserregende Zuspitzung der internationalen Lage und die daraus erwachsenden Gefahren für den Frieden, die Sicherheit der Völker und die Zusammenarbeit der Staaten zu führen. Trotz aller Unterschiede und auch Gegensätze, die dabei natürlicherweise zu Tage *traten, konnte ich ein hohes Maß an* Übereinstimmung in der Sorge um den Frieden und die möglichen Belastungen für die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland feststellen.

Im vollen Einklang mit den Interessen und Wünschen der Bürger der DDR ist es meine Auffassung, daß sich alle, die das Abgleiten der Menschheit in eine nukleare Katastrophe verhindern wollen, zu einer *Koalition* der Vernunft *zusammen*tun sollten, um beruhigend auf die *internationale* Lage einzuwirken und nichts unversucht zu lassen, eine neue Runde des atomaren Wettrüstens zu verhindern. Anderenfalls würde sich die Situation weiter verschärfen und die Kriegsgefahr noch erhöhen. Um so mehr fühle ich mich veranlaßt, erneut an Sie, Herr Bundeskanzler, den Appell zu richten, Ihre Haltung zur Stationierung neuer atomarer USA-Raketen auf dem Territorium der BRD zu überdenken und sich mit Ihrem ganzen Einfluß für ein Abkommen in Genf einzusetzen, das auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu einer Reduzierung der *Atomraketen in Ost und West führt*. Die ernste Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Jurij Andropow, der von den USA geplanten Zerstörung des militärischen Gleichgewichts Einhalt zu gebieten und in der internationalen Lage eine entscheidende Wende zum Besseren herbeizuführen, bestärkt mich in diesem Entschluß.

Mit weniger Waffen Frieden schaffen zu wollen, ist schwerlich mit einem Stationierungs-Automatismus vereinbar, der die Bundesrepublik Deutschland zu einem zentralen *Startplatz für US-Erstschlagswaffen* atomaren Charakters gegen die UdSSR, gegen uns alle, macht. Notwendigerweise müßte das auf seiten unseres Bündnisses zu entsprechenden Gegenmaßnahmen führen, um das für den Frieden unerläßliche militärstrategische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Wie Ihnen bekannt ist, haben die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder konkrete Vorschläge auf den Verhandlungstisch gelegt, die unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Seiten eine Einigung in Genf ermöglichen. *Leider zeigen sich die* USA nicht flexibel und blockieren ein Ergebnis in Genf. Nach unserer Meinung ist es in jedem Fall besser, *weiter zu verhandeln als hochzurüsten.*

Weder Ihnen noch uns kann an einer andauernden Zuspitzung der Situation gelegen sein, da sie die ernsthafte Gefahr katastrophaler Folgen einer weiteren Aufrüstung und die Möglichkeit in sich birgt, eine neue Eiszeit in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auszulösen. Dadurch könnte das bisher Erreichte *und das von uns Angestrebte nicht* nur belastet, sondern sogar in Frage gestellt werden.

In voller Verantwortung für das Wohlergehen und das Leben der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und in Rücksicht auf das Schicksal Europas, erkläre ich die uneingeschränkte Bereitschaft der DDR, jeden Schritt zu unterstützen, jeden Weg zu beschreiten, jede Idee konstruktiv zu prüfen, die uns einem gesicherten Frieden in Europa näherbringen und dem Weltfrieden dienen.

Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß Sie ebenso wie wir, eingedenk der geschichtlichen Lehren zweier Weltkriege, von Ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, *um in später Stunde* einer weiteren Umdrehung der Rüstungsspirale mit schlimmen Folgen Einhalt zu gebieten. Das sollte um so eher möglich sein, daß wir uns beide *zu dem* verpflichtenden Grundsatz öffentlich bekannt haben, alles zu tun, damit niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Wir meinen, nicht neue Massenvernichtungsmittel, nicht neue Raketen, nicht Konfrontation und Politik der Stärke, sondern Rüstungsstopp und Abrüstung, Zusammenarbeit und friedliches Miteinander wünschen und brauchen die Völker Europas und insbesondere die Bürger der beiden deutschen *Staaten. Ein atomwaffenfreies* Europa ist letzten Endes das Ziel der europäischen Völker. Wir schließen uns im Namen des deutschen Volkes dem an.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Erich Honecker

Moskau erinnert Bonn an Pflichten

FRIED H. NEUMANN, Moskau

In Moskau sind gestern zehn Mitglieder des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstung eingetroffen. Im Kreml werden sie an zwei Tagen mit der Kommission für auswärtige Beziehungen des Obersten Sowjets über die Problematik der Genfer Verhandlungen sprechen. Die deutschen Abgeordneten, unter ihnen Egon Bahr, Werner Marx und Jürgen Todenhöfer, treffen dabei auf wichtige politische Berater der sowjetischen Führung, so auf den Amerika-Experten Arbatow und den stellvertretenden Generalstabschef Marschall Achromejew.

Die gleichzeitig von der „Prawda“ bekanntgegebene Reise einer sowjetischen Delegation in die Bundesrepublik Deutschland verfolgt einen anderen Zweck. Angeführt vom Propagandaspezialisten Leonid Samjatin, dem Leiter der „Abteilung für Auslandsinformation“ im Parteiapparat, wendet sich die sechsköpfige Gruppe direkt an die „Vertreter der westdeutschen Öffentlichkeit“. Samjatin wiederholte gestern in Hamburg den *Kreml-Vorwurf, es sei ein* „friedensfeindlicher Schritt von prinzipieller Tragweite“, wenn amerikanische Nuklearraketen in Westeuropa stationiert würden. Der Moskauer Funktionär sprach von Verpflichtungen aus dem Moskauer Vertrag, in dem die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion die Aufrechterhaltung des Friedens als wichtiges Ziel ihrer Politik erklärt haben.

Die Entwicklungen in der „westdeutschen öffentlichen *Meinung*“ verfolgt der Kreml mit zunehmender Aufmerksamkeit. Von dem sogenannten Faktum ausgehend, daß der Nachrüstungsbeschluß der NATO von einer Dreiviertelmehrheit in der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt werde, registrieren die sowjetischen *Medien* sorgfältig *alle Belege* eines „weiter anwachsenden Widerstandes“. Vor allem die Zeitungen, aber auch Rundfunk und Fernsehen verbreiten *täglich geeignete Zitate* oppositioneller westdeutscher Politiker, wobei prominente SPD-Stimmen neuerdings überwiegen. Die Ak*tionen der Gewerkschaften unter* dem Motto „Fünf vor Zwölf“ wurden ebenso wohlwollend aufgegriffen wie die Beschlüsse der SPD-Landesverbände gegen die Raketenstationierung. Die Grünen Petra Kelly und General a. D. Bastian sind von der Moskauer Presse nicht weniger herausgestellt worden als die Sozialdemokraten Brandt und Bahr, Vogel, Ehmke und Voigt. Für den sowjetischen Leser verschmelzen Friedensdemonstrationen und die Ergebnisse der Landtagswahlen, Parteiaktivitäten auf der Linken und die Unterschriften des Krefelder Appells inzwischen zu einer machtvollen Volksbewegung gegen das „amerikanische NATO-Diktat“. „Sogar in den Reihen der Bundeswehr“, schrieb *jetzt die „Iswestija“*, häuften sich die Proteste gegen die Stationierung neuer Raketen.

„Wenn Widerstand Pflicht wird“ *schrieb die außenpolitische Zeit*schrift „Neue Zeit“ über einen Bericht aus Bonn, der die „Bedeutung des Bündnisses zwischen Friedens*bewegung und Arbeiterbewegung*“ herausstellte. Damit war die DKP gemeint, die für dieses Bündnis unermüdlich gekämpft habe. Von der *Protestbewegung, so hofft man* in Moskau, wird sie profitieren.

Die sowjetische Berichterstattung legt der Bundesregierung auch gravierende Verstöße gegen die Menschenrechte zur Last: Auf diesem Konto wird sowohl die Arbeitslosigkeit als auch eine Reihe von Einzelbeispielen verbucht, handele es sich nun um das „Berufsverbot“ eines Postlers in Marburg, das am Sonntag vom sowjetischen Fernsehen beklagt wurde, oder um den *Ausschluß* des Fernsehjournalisten Franz Alt von der Magazin-Moderation. („Ein beispielloser Schritt“, so die „Prawda“ gestern.)

*

DW. Bonn

Führende Vertreter der deutschen „Friedensbewegung“ haben den sowjetischen Parteichef Andropow gebeten, „umgehend konkrete Maßnahmen zur Verschrottung der SS-20-*Raketen einzuleiten*“. In einem gestern in Bonn veröffentlichten Brief heißt es, die Sowjetunion solle ihren Abrüstungswillen stärker als bisher dokumentieren und bis *zum* Ende der Genfer Mittelstreckenverhandlungen am 15. November „Zug um Zug SS-20-Raketen verschrotten“. Solche konkreten Schritte hätten ei*ne* „außerordentliche Signalwirkung auf die Willensbildung in westlichen Staaten“, heißt es in dem Schreiben weiter. Der Abrüstungswille der NATO-Staaten wird darin in Zweifel gezogen.

Wie die GEW die Lehrer für den Frieden rüstet

Von PETER SCHMALZ

Die linksgerichtete Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) rüstet zur Zeit massiv zum Kampf gegen Bundeswehr sowie Nachrüstung und deklariert diese ideologische Schlacht als „Verfassungsauftrag zur Völkerverständigung". Dafür gibt sie den Lehrern Material in die Hand, dessen Hauptziel die Diffamierung der Bundeswehr und der westlichen Verteidigungspolitik ist.

So fordert der bayerische GEW-Landesverband seine Mitglieder – wie berichtet – auf, „Reden von Hitler und Reagan zu vergleichen" und „den Schülern das Thema Frieden, eingeengt auf die den Frieden bedrohende Aufstellung von 564 Raketen in Westeuropa, nahezubringen". Aufgeschreckt von der öffentlichen Reaktion auf diese Aktions-Anleitung räumt nun Bayerns GEW-Vorsitzender Peter Kurz ein, diese Ziele seien „zweifellos erläuterungsbedürftig", und verweist auf eine 60 Seiten starke GEW-Broschüre, in der der Lehrer für 11,50 Mark „Sechs Lernabschnitte über Menschen und Waffen für Menschen ab 12, 30 Arbeitsblätter zur freien Vervielfältigung" findet. Darin, so Kurz, sei auch die östliche Rüstung angesprochen.

Was Kurz und sein Gewerkschaftsverband jedoch unter dem Begriff „Verfassungsauftrag" verbirgt, wird schon auf Seite 3 dieser Schrift deutlich: Schüler, die sich zur Bundeswehr bekennen oder ihr nicht ablehnend gegenüberstehen, sollen in ihrer Meinung umgedreht werden. Die Autoren geben sich zuversichtlich. „Sicherlich gelingt es im Laufe Ihres gesamten Unterrichts, wie auch speziell dieser Unterrichtseinheit, solche Haltungen aufzuweichen und so Mitarbeit und Verständnis zumindest ansatzweise zu erreichen." Lehrer sollten keine Bedenken haben, „daß Lernende in guter Kenntnis Ihrer antimilitaristischen Haltung gelangweilt oder gar abwehrend reagieren".

In perfekter Agitation geübt, raten die Autoren ihren Kollegen, die Hilfe der eigentlich abzulehnenden Bundeswehr anzufordern, sich Werbematerial schicken zu lassen (Adressen der Wehrbereichskommandos sind mitgeliefert) und den Schülern bei gegebenem Anlaß vorzusetzen. Damit dieser Anlaß nicht versehentlich positiv für die Bundeswehr motiviert, sind den Lehrern ein paar der erwünschten Anlässe vorgegeben: Manöverschäden und -belästigungen, Militärflugzeuge oder Kriegsspielzeug.

Wenn die Schüler nun in den bunten Werbebroschüren blättern und farbige Filme sehen dürfen, ahnen sie nicht, daß sie damit einem psychologischen Trick auf den Leim gehen. Wörtlich heißt es für den 1. Lernabschnitt: „Die Ankündigung von Filmen über Panzer und Raketen, Ausbildung und Laufbahnen bei der Bundeswehr wird eine günstige Ausgangslage schaffen und den Skeptikern unter den Schülern (und Lehrern und Vorgesetzten) zeigen, daß man bereit ist, sich mit Materialien aller Seiten auseinanderzusetzen." Dem Lehrer wird empfohlen, seine eigene antimilitaristische Einstellung noch zu verbergen, da ihre Verkündigung „an dieser Stelle die beabsichtigten Lernprozesse erschweren oder verhindern" würde.

Der 2. Lernabschnitt bringt eine Gegenüberstellung von NATO und Warschauer Pakt und soll den Schülern nun behutsam zu einem Verständnis der sowjetischen Situation hinführen, indem er erkennen soll, daß „insgesamt betrachtet" zur Zeit kein grobes Ungleichgewicht zwischen den beiden Militärbündnissen besteht, ja, daß die NATO sogar „ein leichtes Übergewicht" besitzt. Die neuen westlichen Mittelstreckenraketen sollen als Erstschlagwaffen und gegen die NATO-Richtlinien verstoßend dargestellt werden. Die Kritik am Westen soll aber noch mäßig ausfallen, „da Gegenargumente zur ‚Bedrohung aus dem Osten' zu diesem Zeitpunkt von den meisten Schülern nicht akzeptiert werden könnten und dadurch eine Barriere für den weiteren Lernprozeß bilden".

Dieser Lernprozeß führt nun über den 3. Lernabschnitt, in dem „Auswirkungen eines atomaren Sprengkopfes" erläutert werden, wobei der Lehrer amerikanische Äußerungen über einen denkbaren Atombombeneinsatz in Mitteleuropa zitieren und darauf hinweisen soll: „Es gab schon einmal einen amerikanischen Präsidenten, der den Befehl zum Abwurf von zwei Atombomben gegeben hat." So vorbereitet und beiläufig informiert über „Profitraten von 17 der 20 größten Rüstungsunternehmen in der Bundesrepublik", sind die Schüler nun reif, den „wahren Sinn" der Nachrüstung zu erkennen, die in dem GEW-Blatt logischerweise als „Nach"-Rüstung bezeichnet wird, da ein Nachholbedarf der NATO bestritten wird.

Ein Auszug aus dem Verlaufsvorschlag: „L (Lehrer): Wie groß ist eigentlich die Unterlegenheit der NATO? S (Schüler) bringen Vorwissen ein ... und fassen zusammen: Die NATO ist insgesamt betrachtet nicht unterlegen, sie muß also auch nicht nachrüsten. L: Warum treten die USA so entschieden für die ‚Nach'-Rüstung ein? S vermuten, daß die NATO einen großen Vorsprung in der Zahl der Sprengköpfe erreichen will. L: Vielleicht finden wir weitere Gründe, wenn wir uns die Eigenschaften der verschiedenen Raketensysteme anschauen. L verteilt zwei Informationsblätter an Arbeitsgruppe. S informieren sich und berichten. L: Was kann man mit solchen Waffen erreichen? S schätzen ein. S: Damit könnten die Raketen des Gegners noch vor dem Start zerstört werden." Und damit ist der Unterricht an seinem eigentlichen Ziel: Die westlichen Mittelstrecken-Raketen werden zu Erstschlagwaffen ernannt, woraus die Schüler den Schluß zu ziehen haben, daß die Nachrüstung im Widerspruch steht zum Grundgesetz und zum NATO-Statut.

Nun ist die logische Brücke geschlagen zum sechsten und letzten Lernabschnitt, in dem unter dem Titel „Wer kann helfen, den Krieg zu verhindern?" die Klasse zur Friedensbewegung hingeführt wird. Die Schüler sollen sich Transparente für die nächste Friedensdemo überlegen und durch Unterschriftensammlungen „die Voraussetzung schaffen, um die Klasse, Schule, Straße, Gemeinde, Stadt, Region für atomwaffenfrei erklären zu können".

Die von GEW-Chef gepriesene Ausgewogenheit findet auf zweieinhalb der 60 Seiten statt: Einmal werden die Waffen der NATO und des Warschauer Pakts gegenübergestellt (wobei aus dem späteren Gründungsjahr des östlichen Militärbündnisses die Erkenntnis gewonnen werden soll, daß dies nur als Reaktion auf westliche Bedrohung geschah); auf Seite 34 wird die SS 20 verharmlosend als „Die große Unbekannte" dargestellt, wobei als Lernaufgabe die geringere Wirkungskraft gegenüber Pershing 2 und Cruise Missiles herausgestellt werden soll; schließlich wird die Furcht des Westens vor Ost-Waffen durch ein Bild der längst überholten MiG-25 dargestellt, die „mit altmodischen Radioröhren ausgestattet war und leicht rostete".

Während den Schülern die Bedrohung des Ostens durch westliche Waffen vorgegaukelt wird, sollen sie nicht verunsichert werden durch Hinweise auf Afghanistan, Ungarn, Polen oder gar den 17. Juni 1953. Es fehlt auch jedes Wort über die angebliche Friedenserziehung an „DDR"-Schulen, bei der Kinder mit dem Gewehr und ideologischen Hetzparolen zum „Friedensdienst" erzogen werden.

Das bayerische Kultusministerium sieht in der Broschüre ein Musterbeispiel an „Demagogie und Propaganda" und weist darauf hin, daß sie nicht als Lehrmittel zugelassen ist und auch niemals zugelassen würde, da sie „nicht mit der Verfassung und den Lehrplänen in Einklang steht". Ein Lehrer, der seinen Unterricht an den GEW-Vorschlägen orientiere, müsse mit einem disziplinarrechtlichen Verfahren rechnen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden – Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hilljesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgericht/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Teifen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Loderer entschieden gegen Generalstreik

„Gewerkschaft nicht Anhängsel einer Bewegung"

PETER SCHMALZ, München

In großen Lettern prangt das Leitthema des 14. Gewerkschaftstages der IG Metall an der Stirnseite der rot ausgeschlagenen Münchner Bayernhalle: „Durch Reform aus der Krise – Arbeit für alle, Mitbestimmung, soziale Demokratie". Aber ein Thema fehlt, das die 551 Delegierten in den nächsten Tagen zu hitzigen Diskussionen reizen wird: das Wort „Frieden". „In diesen Tagen überlagert die Diskussion um Frieden, Entspannung und Abrüstung die meisten anderen brennenden Fragen", bemerkte deshalb der scheidende IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer gestern in seinem Geschäftsbericht, machte aber zugleich den Willen des Vorstands deutlich, die größte Einzelgewerkschaft der Welt nicht zu einem Teil der Friedensbewegung degenerieren zu lassen.

Loderer sprach von Meinungsverschiedenheiten „in unserem Verhältnis zur Friedensbewegung" und klärte seine Position mit einem Satz: „Die Gewerkschaften haben eine jahrzehntelange Tradition des Einsatzes für Frieden und Abrüstung. Es wäre daher geradezu absurd, sich plötzlich zum Anhängsel einer neuen Bewegung zu machen." Eine kritiklose Unterstützung von einseitigen Aufrufen wie dem Krefelder Appell komme nicht in Frage.

Allen, so der Gewerkschaftsvorsitzende, gehe es „um das große, wichtigste Ziel", die Raketenstationierung in der Bundesrepublik zu verhindern. Doch den ideologischen Heißspornen in den eigenen Reihen versuchte Loderer die Grenzen zu markieren: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Wir sind unbeirrbar in unserer Meinung, daß ein einseitiger Schritt bei der Abrüstung zwar Möglichkeiten eröffnet und vielen populär erscheinen mag. Aber das heißt noch lange nicht, daß er auch die Erwartungen erfüllen wird, daß er nicht gefährliche Risiken in sich birgt."

Keine ernsthafte Gefahr

Auch dem Drängen nach einem von den Gewerkschaften getragenen Generalstreik lehnte er entschieden ab. Wohl gebe es für ihn trotz gegensätzlicher Rechtsprechung kein verfassungsrechtliches Verbot eines politischen Streiks, und die Gewerkschaften wüßten wohl um ihr Recht und um ihre Pflicht zum Widerstand, wenn die Demokratie ernsthaft in Gefahr gerate, doch diese Situation sieht Loderer durch die Nachrüstung nicht gegeben. Die Lage sei nicht vergleichbar mit der vom März 1920, als die Gewerkschaften mit einem Generalstreik die Beseitigung der demokratischen Ordnung durch die Freikorps von Kapp und Lütwitz verhindert hätten.

Wie weit der Kongreß geneigt ist, dieser Friedens-Sicht ihres noch amtierenden Vorsitzenden zu folgen, werden die kommenden Tage zeigen. Die ersten Seiten der dickleibigen Antragsmappe jedenfalls sind gefüllt mit Forderungen der Basis, in der Friedensbewegung aktiv mitzuarbeiten. „Arbeiter und Angestellte mit ihren Gewerkschaften fehlen noch weitgehend in der Friedensbewegung gegen die Stationierung", lautet ein Antrag aus Lörrach. „Sie müssen dieser Bewegung die notwendige Kraft verleihen. Dazu muß die IG Metall zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Stationierung ihre Mitglieder aufrufen." Raketen und Abrüstung sollten zum Thema in Betriebsversammlungen gemacht und Proteste bis hin zu Warnstreiks diskutiert werden. Selbst eine Volksabstimmung wird gefordert.

Viel Beifall bei Kritik

Diese Basis-Strömungen versucht die Gewerkschaftsführung durch eine Entschließung zu kanalisieren, in der die derzeitige Friedensbewegung mit keinem Wort erwähnt wird. Statt dessen werden der DGB und seine Einzelgewerkschaften als „die älteste und stärkste Friedensbewegung" hervorgehoben und aufgerufen, „den traditionellen Antikriegstag zu nutzen, um noch stärker als bisher den friedens- und entspannungspolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in die Öffentlichkeit zu tragen und ihnen damit zusätzliches Gewicht zu geben".

Wird in den Einzelanträgen überwiegend gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen argumentiert, so wird in der Entschließung auch die Sowjetunion aufgefordert, Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und bereits stationierte, die ausdrücklich als eine bereits heute bestehende Bedrohung für ganz Westeuropa bezeichnet werden, abzubauen.

Uneingeschränkter Zustimmung konnte Loderer dagegen bei seiner Kritik an der Bundesregierung sicher sein. Die Aufschwungsillusionen seien weitgehend zerplatzt und einem eher skeptischen Hoffen gewichen, aus der beschworenen Opferbereitschaft sei ein einseitiger Opfergang für die Arbeitnehmer geworden.

Die Bundesregierung wird mit verstärktem Druck der Gewerkschaften rechnen müssen. Schon zu Beginn des Kongresses hatte der zweite Vorsitzende, Hans Mayr, der in dieser Woche Loderer im Chefamt ablösen wird, vor dem als Gast erschienenen Bundesarbeitsminister Blüm betont: Wir werden zeigen, daß wir uns auch in diesen schweren Zeiten nicht einfach anpassen, uns nicht fügen, nicht ducken, nicht kleinlaut beiseite schieben lassen, sondern daß wir fordern, gestalten und zupacken werden."

Kohl in Dschidda: Betörende Atmosphäre – harte politische Nüsse

Von MANFRED SCHELL

Die orientalische Pracht und Herzlichkeit, die König Fahd im Palast al Hamra bei einem festlichen Abendessen mit 200 geladenen Gästen für Bundeskanzler Helmut Kohl entfaltete, konnte die politische Problematik, die sich hinter dieser Kanzlervisite verbirgt, nur für ein paar Stunden verdrängen. In Dschidda, das war Kohl von Anfang an bewußt und das hat ihn in den letzten Tagen auch in einer gewissen Anspannung leben lassen, geht es um weit mehr als nur um die Vertiefung der traditionell guten Beziehungen zur arabischen Welt. Das aktuelle Gesprächsthema ist seit geraumer Zeit bestimmt: Die prestigebewußten Saudis wollen den deutschen Panzer „Leopard 2" und andere Rüstungsgüter; sie winken zusätzlich mit „zivilen" Anschlußaufträgen über mehrere Milliarden Mark. Die Entscheidung Kohls darüber werten sie als Testfall, ob die Bundesepublik Deutschland auch weiterhin als verläßlicher Freund betrachtet werden kann, der zu seinem Wort steht.

Die Bundesregierung kennt die breitgefächerte Wunschliste der saudischen Führung. Helmut Kohl will den König keinesfalls verprellen; aber mit Rücksicht auf die Sicherheit der Israelis, die sich in diesem Fall aus existentiellen Gründen nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen können, hat Kohl eine Verhandlungslinie festgelegt, die man so beschreiben kann: „Nicht so viel und nicht so schnell", wie es sich die Saudis wünschen. Der „Leopard"-Panzer jedenfalls soll auf absehbare Zeit nicht geliefert werden. Ob sich Saudi-Arabien damit zufrieden geben wird, kann erst nach den vertraulichen Begegnungen des Kanzlers mit König Fahd, Kronprinz Abdullah, Verteidigungsminister Sultan und Innenminister Naif beantwortet werden.

Die ersten Stunden des Kanzler-Besuchs in Dschidda waren von Freundlichkeiten und einnehmenden Gesten gegenüber dem deutschen Gast bestimmt. Die Tatsache, daß die Saudis bei der militärischen Begrüßungszeremonie auf dem pompösen Flughafen nicht die deutsche Nationalhymne spielten, ist ein Schönheitsfehler, den man diesem Lande nachsehen sollte. Helmut Kohl hat den Takt besessen, dies nicht öffentlich zu beanstanden. Die Hintergründe dafür konnten zunächst nicht aufgeklärt werden, da die Saudis beharrlich schwiegen. Die deutsche Botschaft hatte vor drei Wochen dem ägyptischen Protokoll eine Schallplatte mit der deutschen Nationalhymne übermittelt. Vor acht Tagen ging bei der Vertretung der Anruf ein, die Platte habe in der Sonne gelegen und sei „geschmolzen". Daraufhin wurden ein Tonband mit der Hymne und, zur Sicherheit, die Noten übergeben. Es muß sich um eine Panne handeln; denn vor drei Monaten, als die Jugendmannschaft des FC Bayern in Riad ihr Debüt gab, wurde die Hymne gespielt.



Die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, hier mit Kronprinz Abdullah (r.), begannen bereits im königlichen Pavillon auf dem Flughafen. Für Frau Kohl bleibt eine kleine Erholungspause. FOTO: UPI

Nach dem Zeremoniell wurde Kohl von Kronprinz Abdullah zu einem schwarzen Rolls-Royce geleitet. Die Ausfahrt des Flughafens überspannte ein Transparent in deutscher Sprache: „Herzlich willkommen, Herr Bundeskanzler". Ausländische Botschafter, die auf solche Feinheiten achten, kamen zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um eine besondere Geste der Saudis handele. Die Gästeräume, die Kohl in dem von König Feisal erbauten Palast bezogen hat, sind von verwirrender Größe. Eine Telefonstandleitung verbindet ihn direkt mit Bonn. Über dieses Netz werden auch die innenpolitischen Ereignisse und Spekulationen transportiert, zum Beispiel Berichte über angebliche Pläne zur Kabinettsumbildung. Der Kanzler reagierte auf seine Art: „Totaler Quatsch."

Forderungen der Saudis

Das muß es allerdings nicht unbedingt sein. Zunächst hatte Kohl gesagt, die Frage, wer nächster Bundespräsident werde, müsse sehr schnell nach der Hessenwahl entschieden werden. Dann kam ein politischer Meinungsaustausch mit Franz Josef Strauß. Jetzt wird als Termin für die Entscheidung Ende November genannt. Bis dahin ist wohl auch geklärt, ob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff erheben wird. In einem solchen Fall könnte der öffentliche Druck so stark werden, daß Kohl sein Kabinett umbilden müßte. Aber solche Überlegungen, so scheint es, beschäftigen den Bundeskanzler in Dschidda nicht; er hätte auch nicht die Zeit und Ruhe dazu. Die saudischen Gesprächspartner und die Thematik erfordern volle Konzentration.

Die erste Begegnung mit König Fahd, unmittelbar vor dem Essen – die Gäste mußten deshalb warten –, war allgemeinen Themen vorbehalten. Der König forderte, die Europäer sollten sich stärker als bisher in die Friedensbemühungen im Nahen Osten einschalten; sie könnten auch dazu beitragen, „Uninformiertheit" bei den USA über die Entwicklung in dieser Region zu beseitigen. Präziser äußerte sich König Fahd zunächst nicht. Außenminister Ibn-Saud wurde in den Tischgesprächen am Rande etwas deutlicher. Der Plan von US-Präsident Ronald Reagan sei begrüßenswert; aber es sei notwendig, daß diese Initiative voll durchgehalten werde. Abstriche dürfe es nicht geben.

Als es zum Diner ging, wurden Geschenke ausgetauscht. König Fahd überreichte eine feinziselierte silberne Palme und ein kleines goldenes Schwert, vom dem er sagt, es sei ein „Friedensschwert". Der Bundeskanzler übergab drei Nymphenburger Porzellanfiguren mit Jagdmotiven. In dem großen Saal saßen die Gäste an drei langgezogenen Tafeln, auf denen nicht nur das goldverzierte Geschirr, sondern auch Obstschalen und Nelkenarrangements Schmuckstücke waren.

Dem Bundeskanzler saßen selbstbewußte Politiker gegenüber, die den Wüstenstaat übergangslos in das 20. Jahrhundert katapultiert haben. Finanzpolitisch ist Saudi-Arabien eine Weltmacht, und im Nahost-Konflikt fällt ihm eine Schlüsselrolle zu. Das Land ist der größte Handelspartner der Deutschen außerhalb der westlichen Welt. Saudi-Arabien gab Bonn in den Jahren 1980/82 insgesamt 23 Milliarden Mark an Krediten. Als es 1979 im Zusammenhang mit der Krise in Iran eine Drosselung der Öllieferungen gab, sprangen die Saudis ein. Sie haben innerhalb der Opec die Preistreiber zur Mäßigung gezwungen. Das politische Gewicht, das die Sauids auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland haben, ist nicht zu verkennen.

Seit 1980 ist es ihr Wunsch, Waffen aus der Bundesrepublik zu beziehen. Der inzwischen verstorbene König Khaled hatte ihn bei seinem Besuch in Bonn erneuert. Die Saudis haben präzise Vorstellungen über ihre Sicherheit. Bundeskanzler Kohl erwartete, mit dem Argument konfrontiert zu werden, Saudi-Arabien müsse stark genug sein, um einem Vordringen der Sowjetunion in die Golf-Region begegnen zu können. Im Ansatz wurde diese Begründung auch von einem Prinzen während des königlichen Abendessens vorgetragen, aber nicht vertieft. Die Saudis können zur Untermauerung ihrer Forderung auf Aussagen der europäischen Regierungen verweisen, wonach die Golf-Region sicherheitspolitisch und für die Energieversorgung des westlichen Europa lebenswichtig sei. Kohl war auf die Frage gewappnet, ob dies nicht als ein „vitales Interesse" auch der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden müsse.

Die Saudis haben erklärt, sie könnten überall Panzer kaufen. In früheren Jahren hatten sie in internen Gesprächen gesagt, sie wollten deutsche Waffen wegen der hohen Qualität, aber auch, um nicht zu sehr von den USA abhängig zu werden. Das saudische Königshaus weiß, daß eine zu starke Anlehnung an die USA den Anspruch auf Blockfreiheit berühren und sich in der arabischen Welt, insgesamt gesehen, eher negativ auswirken würde. Bundeskanzler Kohl war darauf eingestellt, daß die Saudis über die Vorfelddiskussion hinsichtlich der Frage, ob „Leopard"-Panzer geliefert werden sollen oder nicht, verärgert sind. Die Aussage, sie könnten überall Panzer kaufen, hat auch etwas mit arabischer Gesichtswahrung zu tun; denn die Saudis möchten nicht als die Unterlegenen dastehen, wenn Bonn, wie erwartet, die „Leopard"-Panzer zumindest in absehbarer Zeit nicht liefert.

Erwartungen geweckt

Bei dieser Ausgangslage gab es in der deutschen Delegation eine gewisse Verstimmung darüber, daß in einzelnen Pressekommentaren der Eindruck erweckt worden sei, die Lieferung des Flakpanzers „Gepard" als Ersatz wäre das letzte Angebot an die Saudis. Ein Mitglied der Delegation meinte gegenüber der WELT: „Eine solche Interpretation ist lächerlich. Wir können froh sein, wenn die Deutschen überhaupt noch einen Auftrag erhalten."

Kohl hat sich mit seiner Aussage, er wolle Interessen der arabischen Seite mit den USA erörtern, erstaunlich weit vorgewagt. Er hat damit in Jordanien, Ägypten und in Saudi-Arabien hohe Erwartungen geweckt. Behutsamkeit ist am Platze; denn die Erfahrung lehrt, daß sich Staatsmänner, auch wenn sie es gut meinen, leicht in den unüberschaubaren und auch irrationalen Gegebenheiten dieser Region verfangen können.

Israel: Gepard gefährlich wie Leo 2

PETER M. RANKE, Jerusalem

Israel werde eine Lieferung deutscher Gepard-Flakpanzer oder des Flugabwehrsystems Roland an Saudi-Arabien nicht hinnehmen, sondern entschieden protestieren, verlautet aus Militärkreisen in Tel Aviv. Als Gründe werden genannt:

1. Die besten Waffensysteme Israels, allen arabischen Staaten überlegen, sind die Panzerwaffe und die Luftstreitkräfte. Gegen die israelischen Panzer wäre nur der deutsche Leopard 2 überlegen. Er wird offenbar nicht geliefert. Nun soll aber der „Gepard" in saudischer Hand die israelische Luftwaffe bei Tiefangriffen ausschalten. Dazu ist dieses moderne Waffensystem ebenso wie die Roland-Rakete tatsächlich in der Lage. Kurz: „Gepard"-Panzer beschränken die Einsatzfähigkeit der israelischen Luftwaffe beträchtlich, die Luftüberlegenheit droht verlorenzugehen.

2. Regierungskreise gehen davon aus, daß die Saudis „Gepard" oder Roland-System an Irak weiterliefern. Dagegen helfe keine Vertragsklausel. Vielmehr sind nach israelischer Ansicht deutsche Rüstungsindustrie und Bundeswehr interessiert, wie sich beide Systeme im Golfkrieg der Iraker bewähren würden.

3. Der Zeitpunkt der Waffenangebote wird von diplomatischen Kreisen in Tel Aviv äußerst unglücklich bezeichnet. Da Iran für den Fall irakischer Angriffe gegen seine Ölquellen schon mit einer Sperre für westliche Öllieferungen durch die Straße von Hormuz gedroht hat, müssen Waffenlieferungen an Iraks Verbündeten Saudi-Arabien jetzt diese Drohung noch verstärken. Bonn trägt damit zur Unsicherheit in der Region und der Ölversorgung sowie zur Verschärfung des Golfkrieges bei.

4. Jede deutsche Waffenlieferung an Saudi-Arabien, zumal von seiten einer christdemokratischen Regierungsmehrheit, belohnt gewissermaßen die Saudis für ihre finanzielle Unterstützung der Syrer und der PLO. Beide kämpfen in Libanon an der Seite der Drusen gegen die Christen.

5. Nach Ansicht von israelischen Regierungskreisen ist deutschen Waffenlieferungen an andere Araberstaaten wie Jordanien, Irak, Algerien, Ägypten oder Libyen Tür und Tor geöffnet. Bonn hat sich als erpreßbar erwiesen, nachdem die Saudis dem Bund Milliarden-Kredite gegeben und beträchtliche Ölmengen verkauft haben.

„Im Zivilschutz ein Entwicklungsland"

rmc. Hamburg

Gegen die irreführende Darstellung, Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung gegen Kriegseinwirkung seien eine „Art Vorbereitung auf den Krieg", hat sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, gewandt. Bei einer internationalen Fachtagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Hamburg über „Zivilschutz in der öffentlichen Meinung" meinte Spranger, die Verteidigungspolitik des Staates als Ganzes, in der der Schutz der Bevölkerung ein Teil sein müsse, sei sinnvoll, vernünftig und ethisch gerechtfertigt.

Spranger gestand ein, daß der Zivilschutz in der Bundesrepublik im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern große Lücken habe. Besonders beim Bau von Schutzräumen sei die Bundesrepublik ein „Entwicklungsland"

Zunehmende Repressalien gegen die Rußlanddeutschen

Die Zahl der Ausreisen ist drastisch zurückgegangen

XING-HU KUO, Karlsruhe

Die Zahl der Ausreisegenehmigungen für Rußlanddeutsche ist in den vergangenen Jahren in dramatischer Weise zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Lage der etwa zwei Millionen Deutschen in der Sowjetunion nach dem Machtwechsel im Kreml, nach dem Tode Breschnews, erheblich verschlechtert. Darauf haben führende Vertreter der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V." jetzt in Karlsruhe hingewiesen. Dort fand am Wochenende das 18. Bundestreffen der Rußlanddeutschen statt, an dem aus dem gesamten Bundesgebiet und dem westlichen Ausland rund 8000–10 000 Personen teilnahmen.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, Franz Usselmann, erklärte, diese Zahlen seien seit Jahren rückläufig, aber 1982 und 1983 hätte man jedoch den „niedrigsten Stand seit Anfang der siebziger Jahre" erreicht. Usselmann und andere leitende Vorstandsmitglieder nannten konkrete Belege für die negative Entwicklung: In diesem Jahr seien bis Ende August nur 930 Deutsche aus der UdSSR ausgereist, dies entspreche einem Monatsdurchschnitt von nur 116 Personen. Zum Vergleich: Im Jahre 1976 konnten immerhin 10 000 Sowjetbürger deutscher Volkszugehörigkeit in die Bundesrepublik ausreisen, fünfmal so viel wie 1982 (2059 Personen). Die Gründe für diesen Rückgang sieht Usselmann möglicherweise im Zusammenhang mit der „internationalen Großwetterlage". Vor allem seit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan sei diese drastische Verringerung der Ausreisezahlen zu beobachten. Parteichef Jurij Andropow sei offenbar auch in dieser Frage der Verfechter einer „harten Linie".

Ein weiteres Argument sei jedoch auch, daß gerade die Deutschen als fleißige und zuverlässige Facharbeiter und Bauern geschätzt werden. Würden alle Deutschen aus der „Kornkammer" Kasachstan ausreisen, könnte die ohnehin in schwieriger Lage befindliche Landwirtschaft „zusammenbrechen", betonten Vertreter der Landsmannschaft.

Die restriktive Politik in Sachen Ausreise und Familienzusammenführung wird in der Sowjetunion durch eine noch rigorosere Haltung gegenüber den 100 000 Menschen begleitet, die bereits einen Ausreiseantrag gestellt haben oder solche Deutschen, die einen neuen Antrag einreichten. Edmund Leibham, stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft, berichtet von zahlreichen Schikanen gegenüber ausreisewilligen Deutschen: Diese würden entlassen und die Betroffenen sowie deren Angehörige mit Fragen konfrontiert wie „Ihr wollt wohl wieder zu den Faschisten?" Teilweise kämen Kinder von Ausreisewilligen beispielsweise mit Hakenkreuz- beschmierten Schulheften nach Hause. Diese Politik der sowjetischen Behörden habe dazu geführt, daß viele Deutsche sich gar nicht mehr trauen, einen solchen Antrag überhaupt einzureichen. In der Familienzusammenführung zeigen die Sowjets in zunehmendem Maße in den letzten Jahren Härte. „Manche Ehepartner", so Leibham weiter, seien inzwischen 39 Jahre getrennt, ohne Aussicht auf eine baldige Vereinigung in der Bundesrepublik.

An die Adresse von Bund und Länder appellierten die Vertreter dieser Minderheit dringend, sich in Moskau für eine großzügigere Politik sowohl gegenüber den Ausreisewilligen als auch den im Lande verbleibenden Deutschen einzusetzen. Die nationale Identität der Deutschen in der UdSSR sei durch unmenschliche Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjets im Bereich der Schule und Religion nach wie vor aufs höchste gefährdet. Aber auch bei der Eingliederung der Rußlanddeutschen, die im Gegensatz zu den Aussiedlern aus den Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ohnehin in manchen Bereichen benachteiligt seien (schon in der Frage der Staatsangehörigkeit gäbe es bei den Rußlanddeutschen viele Probleme, da sie als Sowjetbürger in die Bundesrepublik kommen), sollten die deutschen Behörden mehr Menschlichkeit und weniger Bürokratie walten lassen.

Kohl gelingt Entschärfung des Leo-Konflikts

● Fortsetzung von Seite 1

Das heikle Thema Panzerlieferungen war offensichtlich bereits bei einem fast dreistündigen Gespräch zwischen Kohl und dem König in der Nacht zum Montag angesprochen worden. Der König sprach von einer Unterredung, die von „Herz zu Herz" geführt worden sei, womit er die besonders freundschaftlichen Verbindungen zu Kohl zum Ausdruck bringen wollte.

Regierungssprecher Boenisch meinte, man habe auch in der Unterredung mit Verteidigungsminister Prinz Sultan „nicht lange um den heißen Brei herumgeredet". Der Zeitplan war gestern durcheinander geraten, weil sich die Saudis untereinander wiederholt zu Beratungen zurückgezogen hatten. Neben den Waffenlieferungen wurde auch über die Nahost-Problematik und über die Bekämpfung des internationalen Terrorismus gesprochen, wobei Libyen als ein Land genannt wurde, das diesen Terrorismus in den vergangenen Jahren unterstützt habe. Sanktionen gegenüber solchen Staaten sollten überlegt werden, hieß es. Die Palästinenserorganisation PLO sei aber in diesem Zusammenhang nicht angesprochen worden.

In der Gesamtsicht des großen Verteidigungsetats der Saudis spielt Bonn bisher nur eine untergeordnete Rolle. Im Land selbst stehen nach vorsichtigen Schätzungen etwa 1500 amerikanische und weitere 500 französische und britische Militärangehörige. Bereits in der Vergangenheit hat die Bundesregierung in Bonn Wünsche der Saudis nach Waffenlieferungen abschlägig beschieden.

Nach dem Prozeß zurück in die Schweiz

Rolf Klemens Wagner und Adelheid Schulz heute vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht

WILM HERLYN, Düsseldorf

Vor dem 5. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts beginnt heute der Prozeß gegen die beiden mutmaßlichen Terroristen der „Roten Armee Fraktion" (RAF), Rolf Klemens Wagner und Adelheid Schulz. Der Generalbundesanwalt beschuldigt die Angeklagten, an der Entführung und Ermordung des früheren Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer im Jahre 1977 beteiligt gewesen zu sein. Die mitangeklagte Adelheid Schulz gilt als Quartiermacherin.

Rolf Klemens Wagner war nach den Ermittlungen ein „Einzelkämpfer, um den sich in der Terrorszene starke Satellitenringe bildeten", urteilte der frühere Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Horst Herold. Das BKA schätzte Wagner als „genialen Organisator" ein, der aus einer bürgerlichen Existenz in die Szene einstieg. Der heute 39jährige machte 1964 sein Abitur in Bochum (Lieblingsautor Franz Kafka), studierte Jura und Volkswirtschaft, brach ab und wurde in Frankfurt Reisebürokaufmann. Seinen Job – da beliebt und erfolgreich – behielt er auch, als er das erste Mal mit dem Gesetz in Konflikt kam – wegen Drogenbesitzes.

Zwar hatte die Frankfurter Staatsanwaltschaft den Reisefachmann in Verdacht, Beziehungen zu terroristischen Gruppen zu unterhalten, aber nachweisen konnte sie ihm nichts. Bis die Polizei 1974 im Zusammenhang mit einem Banküberfall Fingerabdrücke fand – aber da war er schon untergetaucht.

Drei Jahre später hinterläßt er seine Spur in einem Amsterdamer Appartmenthaus am Baden Powellweg 217, vor dem später der RAF-Terrorist Christoph Wackernagel nach einer Schießerei festgenommen wurde. Eine andere konspirative Wohnung mietete Wagner in Paris, der Stadt, aus der die Erpresser-Briefe der Schleyer-Entführer kamen, nachdem sie das erste Versteck, eine Wohnung in Erftstadt-Liblar, am 16. September verlassen hatten.

Ehemalige Frankfurter Arbeitskollegen identifizierten die Stimme einer der RAF-Terroristen, die immer wieder Telefon-Botschaften und -Ultimaten an die Bundesregierung in Bonn übermittelten. Ein Erpresserbrief im Zusammenhang mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" auf ihrem Flug von Mallorca nach Frankfurt am 13. Oktober 1977 stammt ebenso mit großer Wahrscheinlichkeit von Wagner. Im Mai 1978 wurde er mit Brigitte Mohnhaupt in Jugoslawien vorübergehend festgenommen. Aber Belgrad lieferte nicht aus, weil sich Bonn nicht auf den Austausch gegen acht Exil-Kroaten einließ.

Im Oktober 1979 versuchte Wagner mit drei Komplizen eine Bank in Zürich zu überfallen – und wurde gefaßt, nachdem er auf der Flucht eine 56jährige Hausfrau erschossen hatte. In der Schweiz wurde er wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, 1980 aber an die Bundesrepublik überstellt, damit die ihm hier zur Last gelegten Straftaten verhandelt werden können. Er wird nach Aburteilung in Düsseldorf wieder an die Schweizer Justiz übergeben werden.

Mit seinem Verfahren ist auch die Anklage gegen die 28jährige Adelheid Schulz gekoppelt: Sie gilt als Quartiermacherin der Schleyer-Entführer. Die ehemalige Hilfskrankenschwester aus Karlsruhe soll jene Barbara Marquardt sein, die für die Terroristen im Uni-Center Köln in der Luxemburger Straße 124 das Apartment 2601 mietete. Die Mieterin benutzte dieselbe Schreibmaschine, mit der die erste Botschaft der Entführer getippt war.

Die Bundesanwaltschaft geht auch davon aus, daß sie bei den Vorbereitungen am Mord an dem Bankier Jürgen Ponto am 30. Juli 1977 in Oberursel und an Generalbundesanwalt Siegfried Buback drei Monate zuvor beteiligt war. Sie kam 1973 über die Organisation „Rote Hilfe" mit späteren Terroristen in Berührung. Mit ihnen besetzte sie in Hamburg die Räume von „amnesty international". Daran beteiligten sich auch: Knut Folkerts, Susanne Albrecht, Willy Peter Stoll, Christian Klar.

Mit Christian Klar lebte sie zusammen im Untergrund, ständig auf der Flucht.

Erst am 11. Noember wurde sie zusammen mit Brigitte Mohnhaupt bei Offenbach gefaßt.

Der 5. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts hat 378 Zeugen geladen, 41 Sachverständige sollen gehört werden. Auch wenn der Senat mit seinem Vorsitzenden Richter Klaus Arend in den Tatkomplex eingearbeitet ist – der Senat verurteilte hier die Terroristen Stefan Wisniewski, Angelika Speitel und Rolf Heißler zu lebenslangen Haftstrafen – so rechnen Beobachter doch mit einer Verhandlungsdauer von mehr als einem Jahr.

Katholiken zur Vermögenspolitik

dpa/AP, Bonn

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat an die Bundesregierung appelliert, Arbeitnehmern neben betrieblichen auch überbetriebliche Anlagebeteiligungen zu ermöglichen. In einer Erklärung zur Vermögenspolitik sprach sich das Zentralkomitee dafür aus, vorübergehend das Risiko der Arbeitnehmer bei der Anlage von Produktivvermögen zeitlich und der Höhe nach zu begrenzen. Es forderte den Abbau steuerlicher Nachteile bei der Einkommens- und Vermögensbesteuerung sowie die Privatisierung von Bundesanteilen an Unternehmen. Mit der Kapitalbeteiligung sollten den Arbeitnehmern mehr Beteiligungsrechte und Mitverantwortung zuwachsen.

Jüdische Gräber geschändet

dpa, Köln

Unbekannte Täter haben auf einer alten jüdischen Friedhof in Köln me[illegible] als 60 Gräber geschändet. Zahlrei[illegible] Grabsteine wurden zerstört und [illegible] ihren Verankerungen gerissen. [illegible] Verwüstungen, die bereits in d[illegible] gangenen Woche gesch[illegible] sc[illegible] schwersten auf einem [illegible] seit Kriegsende, mein[illegible] der jüdischen Geme[illegible] Die Motive der Täte[illegible] klärt.

DIE WELT (usps 6[illegible] except sundays a[illegible] tion price for the [illegible] per annum. Seco[illegible] Englewood, N.J. [illegible] ling offices. Pos[illegible] ges to German [illegible] 560 Sylvan Av[illegible] 07632.

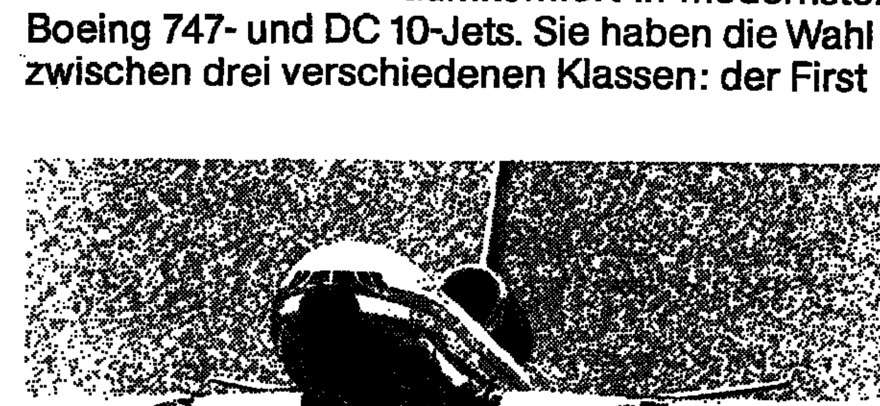
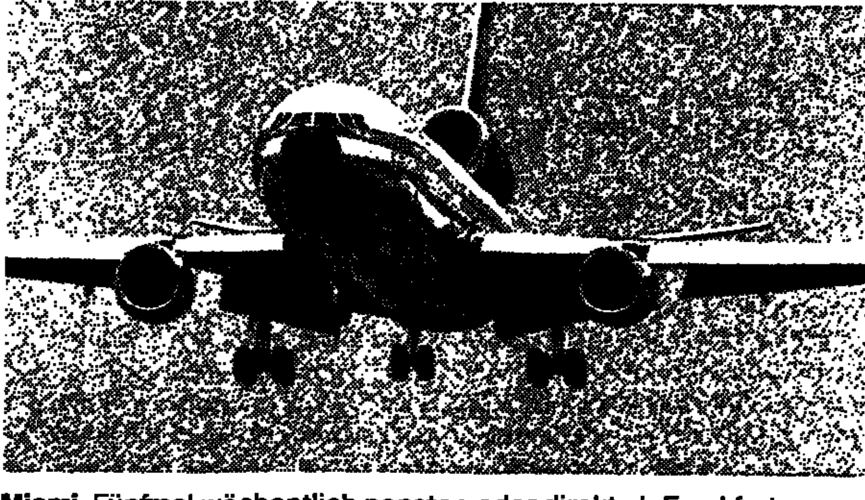
Nordamerika-Angebote gibt es viele. Hier ist eines der besten.

Lufthansa fliegt ab Deutschland häufiger und zu mehr Zielen jenseits des großen Teiches als jede andere Fluggesellschaft. Sämtliche Lufthansa-Flüge über den Nordatlantik sind entweder Nonstop- oder Direktverbindungen.

Nicht nur Frequenz und 16 Flugziele in Nordamerika sprechen für Lufthansa: Sie fliegen ausschließlich mit Großraumkomfort in modernsten Boeing 747- und DC 10-Jets. Sie haben die Wahl zwischen drei verschiedenen Klassen: der First Class, der neuen Lufthansa Business Class und der Tourist Class. Und – Sie haben Anschluß von allen deutschen Flughäfen. Deshalb: Nutzen Sie eines der besten Angebote, die es für Flüge über den Nordatlantik gibt. Buchen Sie Lufthansa.



New York. Zweimal täglich nonstop ab Frankfurt, täglich nonstop ab Düsseldorf. Täglich direkt ab München und Hamburg.

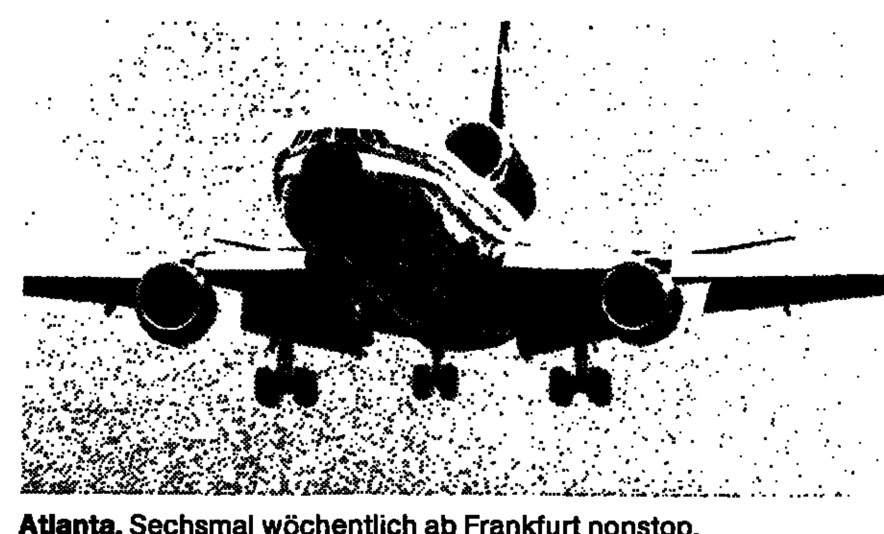
Miami. Fünfmal wöchentlich nonstop oder direkt ab Frankfurt. Zweimal wöchentlich nonstop ab Düsseldorf.

Los Angeles. Täglich ab Frankfurt nonstop.

Dallas. Täglich ab Frankfurt nonstop oder direkt.



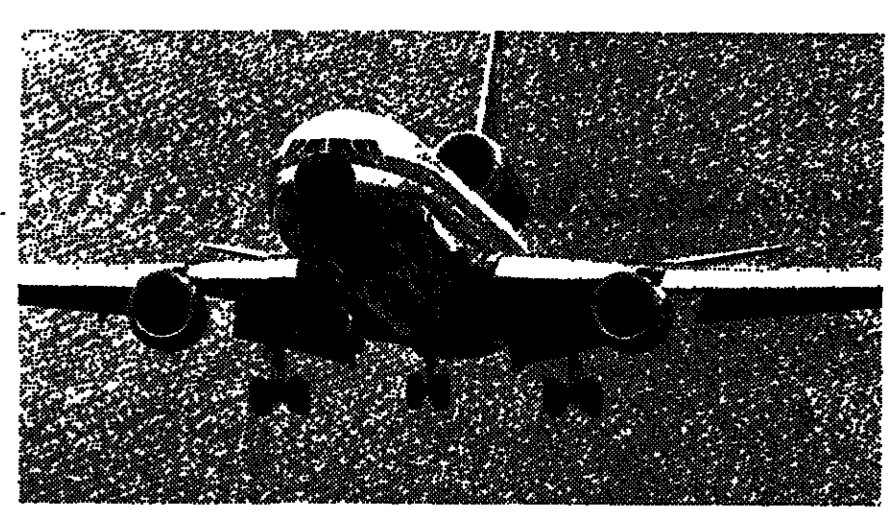
Chicago. Täglich ab Frankfurt nonstop.



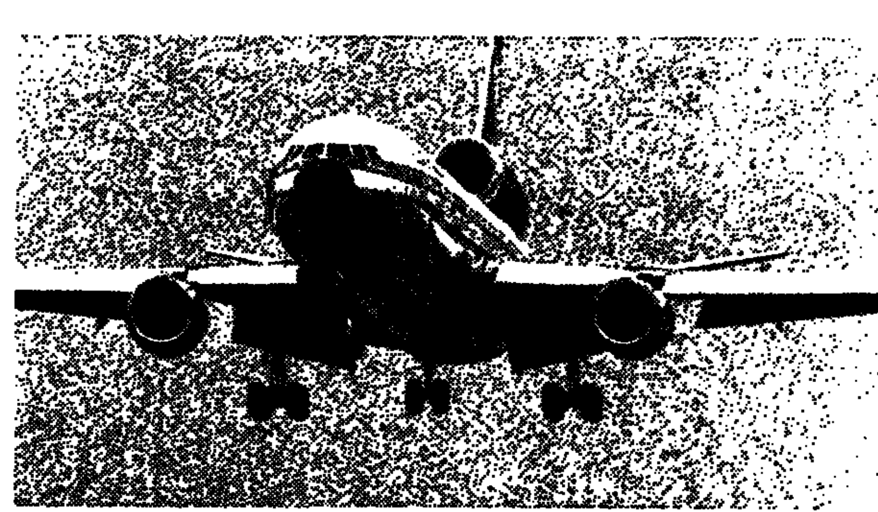
Atlanta. Sechsmal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



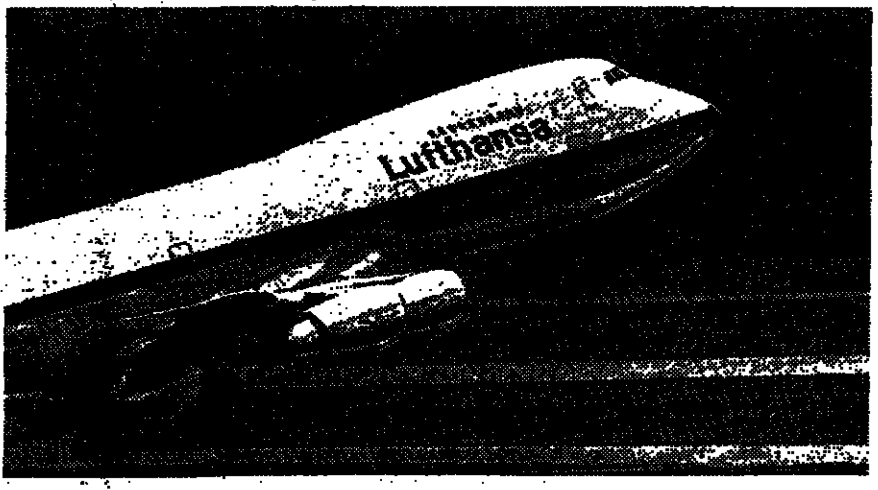
San Francisco. Viermal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



Boston. Täglich ab Frankfurt nonstop.



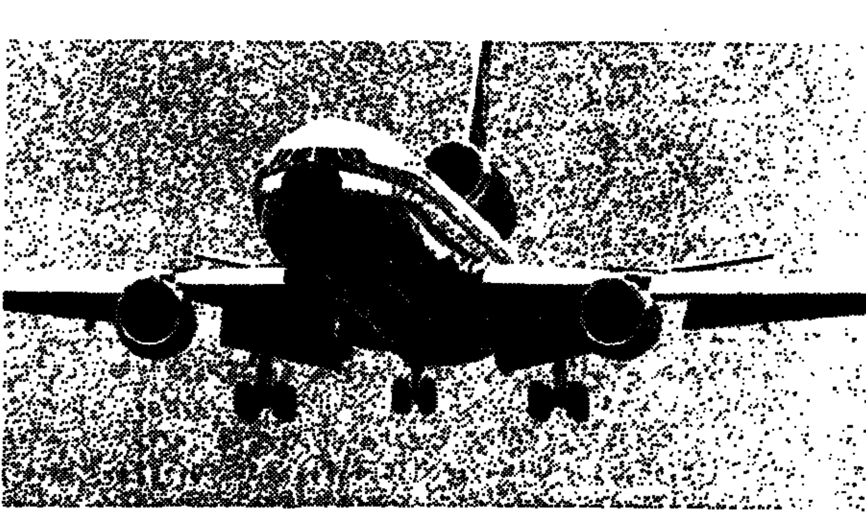
Philadelphia. Täglich ab Frankfurt direkt.



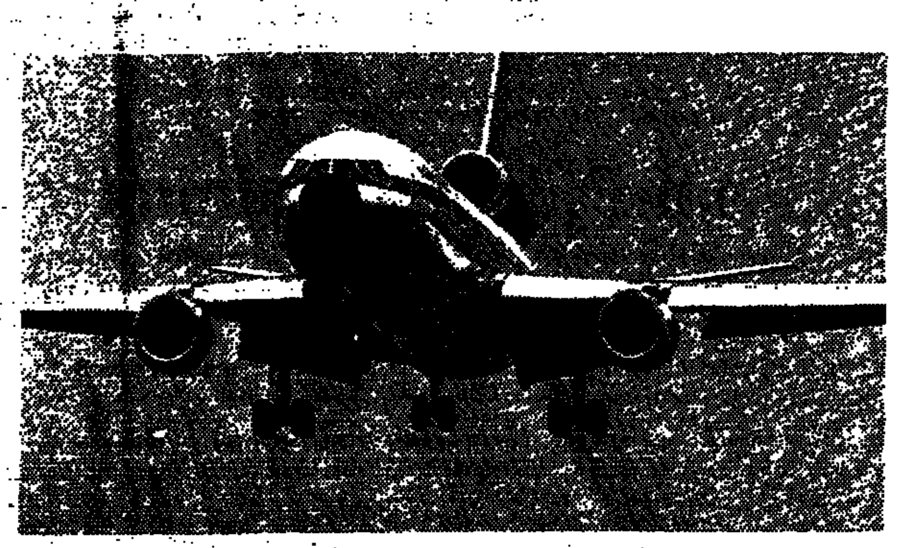
San Juan. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



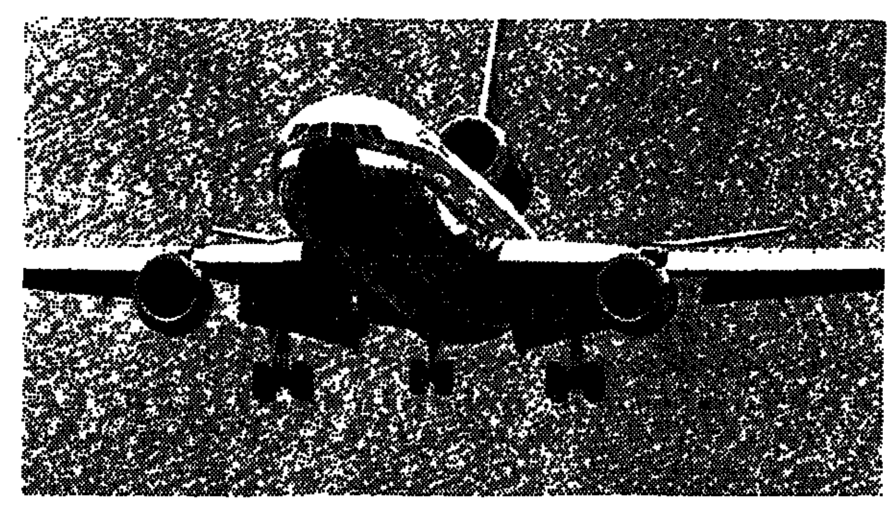
Mexico. Viermal wöchentlich ab Frankfurt direkt.



Toronto. Täglich ab Frankfurt nonstop oder direkt. Zweimal wöchentlich ab Düsseldorf nonstop.



Montreal. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



Calgary und Vancouver. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop bzw. direkt.



Anchorage. Viermal wöchentlich ab Frankfurt direkt.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Konferenz in Libanon gesichert

AP, Beirut

Die geplante libanesische „Versöhnungskonferenz“ zwischen Regierung und den verschiedenen Oppositionsgruppen soll nach mehrwöchigen Vorgesprächen am Mittwoch kommender Woche in Baabda östlich von Beirut stattfinden. Wie der libanesische Rundfunk gestern meldete, werde morgen dazu ein Vorbereitungstreffen beginnen.

Die syrische Regierung hatte zuvor Saudi-Arabien als Verhandlungsort abgelehnt. Der amerikanische Sonderbeauftragte für Nahost, Robert McFarlane, vermittelte daraufhin am Wochenende zwischen Beirut und Damaskus. An der „Versöhnungskonferenz“ sollen neben den libanesischen Parteien Saudi-Arabien und Syrien als Beobachter teilnehmen. Saudi-Arabien zählt zu den prowestlichen arabischen Staaten. Syrien wird von der UdSSR unterstützt.

Bessere Beziehungen Moskau–Kairo

dpa, Kairo

Die Beziehungen zwischen Ägypten und der Sowjetunion normalisieren sich. Wie gestern aus der sowjetischen Botschaft in Kairo verlautete, wird der stellvertretende Außenhandelsminister, Iwan Grischin, Ende Oktober zu einem Besuch in Kairo erwartet. Bereits im September hatte der Direktor der Nahostabteilung im sowjetischen Außenministerium, Oleg Grinewski, in der ägyptischen Hauptstadt Gespräche über die Beziehung zwischen der Sowjetunion und Ägypten geführt. „Seit langem haben wir hier nicht mehr so interessante Besucher aus Moskau gehabt wie jetzt“, meinte ein sowjetischer Diplomat in Kairo.

Die ägyptisch-sowjetischen Beziehungen hatten einen Tiefpunkt erreicht, als Präsident Sadat 1981 – kurz vor seiner Ermordung – den sowjetischen Botschafter und mehrere Sowjetdiplomaten unter dem Vorwurf der Anstiftung zum Aufruhr des Landes verwies. Die Posten des Sowjetbotschafters in Kairo und des ägyptischen Botschafters in Moskau sind zwar immer noch nicht besetzt, aber die Beziehungen haben sich langsam wieder verbessert. Präsident Mubarak holte wieder sowjetische Experten zur Wartung aus der Sowjetunion gelieferter Anlagen nach Ägypten.

Caracas wurde der Mißwirtschaft nicht Herr

Wahlen im Dezember / Präsidenten-Partei ohne Chance

GÜNTER FRIEDLÄNDER, Caracas

Venezuela wählt am 4. Dezember seinen nächsten Präsidenten und das Parlament. Die Vorbereitungen stoßen auf ein unvorhergesehenes Hindernis: Die elf Millionen Wählerkarten konnten bisher nicht gedruckt werden, weil die damit beauftragte Druckerei die für den Import erforderliche Devisenerlaubnis von 30 000 Dollar noch nicht erhalten hat.

Diese Episode kennzeichnet die Mißwirtschaft, die oft die fünfjährige Amtszeit des Präsidenten Luis Herrera Campins verdüsterte. Sie hat dazu geführt, daß die Wählermassen von seiner Christdemokratischen Partei (Copei) nichts mehr wissen wollen. Eine Gallup-Umfrage ergab, daß in diesem Augenblick 38,2 Prozent der Wähler Jaime Lusinchi, den Kandidaten der Acción Democratica, wählen würden und nur 25,1 Prozent den Christdemokraten Rafael Caldera. 10,3 Prozent beabsichtigen, ihre Stimme dem Kandidaten der extremen Linken (Movimiento al Socialismo), Teodoro Petkoff, zu geben.

Die Ironie der voraussehbaren Niederlage der Copei ist, daß es Herrera Campins nicht gelang, die Folgen der Irrtümer seines Vorgängers Carlos Andrés Pérez (Acción Democratica) zu beheben. Überdies hat der Stil Herrera Campins' große Teile des Volkes derart aufgebracht, daß die Christdemokraten bei den Parlamentswahlen wahrscheinlich noch schlechter abschneiden werden als bei der Präsidentschaftswahl. Der Präsident hat ganz besonders in der Außenpolitik gezeigt, daß es ihm an einer klaren Linie fehlte:

- Zu Beginn seiner Regierung hatte er eine Art Vorvertrag zur Behebung des Grenzkonfliktes mit Kolumbien aushandeln lassen. Dann brach er die Verhandlungen überraschend ab und enttäuschte seine kolumbianischen Partner.
- Vor zwei Jahren erlaubte er in Caracas einen massiven weltweiten ideologischen Propagandafeldzug des libyschen Staatschefs Khadhafi und verärgerte seine Nachbarn, die unter dem auch von Khadhafi finanzierten Terror der Guerrilla leiden.
- Im Bürgerkrieg Nicaraguas unterstützte er zusammen mit Kolumbien und Costa Rica die Sandinisten, ohne die geringsten Vorteile für Venezuela in der Karibik erlangen zu können.
- Im Verlauf des Falkland-Krieges beantragte er die Aufnahme Venezuelas in die Gruppe der blockfreien Länder, um sich den Rücken für einen Einmarsch ins benachbarte Guyana zu decken. Es wurde sein größter Mißerfolg: Die Aufnahme wurde auf Guyanas Betreiben abgelehnt, das traditionell neutrale Brasilien übernahm mit einem Wirtschafts- und Bewaffnungsplan den Schutz Guyanas; Kolumbiens Präsident Betancur erhielt an Venezuelas Stelle Kolumbiens Mitgliedschaft bei den Blockfreien.
- Schließlich gab Herrera Campins auch dem Druck der venezolanischen Industriellen nach und brach einseitig alle Abmachungen der Anden-Marktgemeinschaft.

Zu diesen unrühmlichen Ergebnissen kam der wirtschaftliche Zusammenbruch, als es Herrera Campins nicht gelang, die Auslandsschuld von etwa 28 Milliarden Dollar unter Kontrolle zu bringen. 73 Prozent davon sind kurzfristiger Zinsendienst. Mit 1699 Dollar ist die Schuld die höchste Pro-Kopf-Schuld des Subkontinentes. Brasiliens Pro-Kopf-Schuld beträgt 601 Dollar, und 50 Prozent sind kurzfristig. Venezuela mußte zum dritten Mal einen Aufschub von abermals 90 Tagen für die Teilrückzahlung erbitten.

Massive Kapitalflucht führte im Februar zur Aufgabe des Kurses von 4,30 Bolivares zum Dollar. Der Bolivar fiel vorübergehend auf 16 und bewegt sich zur Zeit um 13.

Herrera Campins lehnt es ab, mit dem Internationalen Währungsfonds über ein Beistandsabkommen zu verhandeln, um durch die erforderliche Annahme neuer Sparmaßnahmen den Unmut im Volk vor den Wahlen nicht noch mehr zu steigern. Das wiederum bedeutet, daß die dringende Umschuldung nicht vorankommen kann; die Zinszahlungen Venezuelas geraten ins Stocken. So herrscht eher Chaos in der Vorwahlzeit. Der einzige Trost der Venezolaner ist, daß sie den Nachfolger Herrera Campins' in Freiheit wählen können. (SAD)

Seite 2: Kissingers Auftrag

Peking will Parteimitglieder überprüfen

DW./dpa, Peking

In der Kommunistischen Partei Chinas stehen offenbar neue politische Säuberungen bevor, mit deren Verkündung auf der für diese Woche geplanten ZK-Sitzung gerechnet wird. Wie es gestern in Peking hieß, sei an eine politische Überprüfung der rund 40 Millionen Parteimitglieder gedacht, die sich auf drei Jahre erstrecken soll.

Beobachter rechnen mit einer großen Zahl von Parteiausschlüssen, nachdem in den vergangenen Wochen verschärft gegen Parteimitglieder vorgegangen wurde, denen Wirtschaftsverbrechen oder andere Straftaten vorgeworfen worden waren. Etwa die Hälfte der gegenwärtigen Parteimitglieder sind während der sogenannten Kultur-Revolution zwischen 1966 und 1976 der KPCH beigetreten. Wiederholt hatte die chinesische Führung die Notwendigkeit einer „Ausrichtung“ der Partei betont. Insbesondere soll dabei durch Ausschluß oder ideologische Umerziehung gegen Parteimitglieder vorgegangen werden, die „falsche Ideen wie Liberalismus, Individualismus und Anarchismus“ vertreten.

US-Flugzeuge von Athen abgefangen

AP/Reuter, Athen

Während des gegenwärtig ohne Beteiligung Griechenlands in der Ägäis ablaufenden NATO-Manövers „Display Determination '83“ haben griechische Kampfflugzeuge in drei Fällen US-Militärmaschinen zur Landung gezwungen. Wie der griechische Regierungssprecher Dimitri Maroudas ohne genaue Datumsangabe mitteilte, handelte es sich dabei in zwei Fällen um Verletzung von Luftverkehrsregeln und im dritten Fall um die Verletzung des griechischen Luftraumes über der Insel Ikaria.

Das NATO-Mitglied Griechenland hatte seine Beteiligung an dem Manöver mit neuen territorialen Streitigkeiten zwischen ihm und der Türkei verweigert. Der stellvertretende Verteidigungsminister Drossoyannis erklärte, die NATO habe die griechische Insel Lemnos auf türkischen Druck hin aus ihrer Übung „Free Play“ ausgeklammert. Die Türkei erhebt auf die Insel Besitzansprüche. Athen forderte die NATO auf, keine Manöver mehr in der Ägäis abzuhalten.



Gaullist einer anderen Generation: Jacques Chirac und Pompidou (Foto). Rechts WELT-Redakteur Jürgen Liminski. FOTO: MESNILDREY

„Keine Freiheit für Frankreich ohne Freiheit für Deutschland“

WELT-Gespräch mit Jacques Chirac über Deutschland, Europa, Frankreich

Von JÜRGEN LIMINSKI

Der Baustil des Rathauses von Paris hat Symbolwert. Renaissance nennen ihn die Franzosen. Das wuchtige Gebäude ist in seiner heutigen Gestalt zwar nicht ganz stilecht; die Einflüsse bei der Renovierung Ende des vergangenen Jahrhunderts sind unübersehbar. Die Modernisierung des Stils aber steigert nur die Symbolik. Denn der Hausherr und Vorsitzende der größten französischen Oppositionspartei RPR, Jacques Chirac, gestaltet seine Politik nicht nur mit gaullistischen Elementen. Auch das ein Stück Symbolik: den deutlich umrandeten Bildern de Gaulles und Pompidous ist zwischen langen Gobelins und Geschenken fremder Potentaten nur ein Platz im geräumigen Wohnsaal des Bürgermeister-Appartements zugeordnet.

Für Chirac sind Adenauer und de Gaulle die großen Architekten Europas. Ihr Werk, die deutsch-französische Freundschaft, sei zur „Selbstverständlichkeit“ geworden. Im Gespräch mit der WELT bezeichnet Chirac eine Verstärkung der deutsch-französischen Solidarität als „wesentlich“. Diese Solidarität, „die mehr ist als Freundschaft“, muß nach seiner Ansicht „die tragende Achse der französischen Außenpolitik sein“.

Das gelte insbesondere angesichts der Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen. In diesem Punkt ist seine Position „identisch mit der von Staatspräsident Mitterrand“. Allerdings ist Chirac darüber hinaus der Meinung, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Verteidigung intensiviert werden müsse. Denn, so Chirac, „es gibt keine Freiheit für Frankreich ohne Freiheit für Deutschland“.

In dieser Hinsicht sei die Solidarität vollständig und ausbaufähig. Sie müsse freilich auch auf Großbritannien und die anderen freien Staaten Europas ausgedehnt werden sowie Amerika einschließen. Deshalb, so Chirac zum wiederholten Mal, müsse „zur Verhinderung der Abkoppelung von Amerika nachgerüstet werden“. Auf der Grundlage dieser atlantischen Solidarität könne man dann zu einer „Verteidigungsgarantie für die Deutschen“ gelangen.

Bei seiner dreitägigen Deutschlandtournee wird der Bürgermeister von Paris auch in Berlin Station machen. Das Schicksal dieser Stadt liegt ihm offenbar am Herzen. Frankreich kenne die besondere Situation der Berliner. „Wir sind direkt vom Schicksal dieser Stadt und seiner Bewohner betroffen, was auch immer geschieht. Sei es zum Guten, dann freuen wir uns, sei es zum Schlechten, dann machen wir mobil, um sie zu verteidigen.“ Man werde sich dabei nicht an diese Schande gewöhnen, die die Mauer mitten in Berlin darstelle. Man habe es nicht getan und werde es „nicht tun, solange sie steht“.

Ähnlich denkt Chirac auch über die Teilung Deutschlands. Die Reservatio mentalis, die manchen Franzosen unterstellt wird und wonach Frankreich aus realpolitischen Gründen am Status quo der Teilung interessiert sei, lehnt er entschieden ab. „Wer in Frankreich so denkt, und ich glaube, das sind nur sehr wenige, der denkt falsch. Zunächst: Realpolitik erlaubt nicht alles. Wenn eine Nation geteilt wurde, und niemand kann bestreiten, daß die beiden Teile Deutschlands eine Nation bilden, dann ist es nur natürlich und menschlich notwendig, daß diese Nation ihre Einheit wiederfindet.“

Auch könne man die heutige Lage nicht mit der der dreißiger Jahre vergleichen. Zwar sei eine Wiedervereinigung unter den gegebenen Umständen derzeit nicht möglich. Der Wunsch der Deutschen nach der Wiedervereinigung aber sei „natürlich“. Wer ihn bekämpfe oder hintergehe, betreibe eine „irrealistische Politik“. Die Verwirklichung dieses Wunsches sei nicht von heute auf morgen zu erreichen, spiele aber als eine Art Kulisse der deutschen Politik eine beachtenswerte Rolle. Sollte die Wiedervereinigung irgendwann einmal zustande kommen, so glaube er nicht, daß sie Europa, Frankreich oder irgendeinem anderen Staat noch schaden könnte. Niemand brauche davor Angst zu haben. Denn der Zusammenhalt der Europäer, die in den letzten Jahrzehnten gewachsenen und grenzübergreifenden Bindungen untereinander, hätten das Bild Europas grundlegend verändert. Deutlich kommt bei diesen Äußerungen der Generationsunterschied des 50jährigen Politikers zu de Gaulle und Pompidou zum Tragen.

Der geschichtliche Prozeß in Europa sei durch eine „künstliche Barriere“ inmitten des Kontinents vorerst begrenzt. Aber auch hier gebe es einen nicht zu leugnenden Hintergrund natürlicher, geographischer und zivilisatorischer Gegebenheiten. In diesem Sinne sei auch die Ansprache des Papstes in Wien zu verstehen, an der sich eine Diskussion um Mitteleuropa und die Zukunft des alten Kontinents entzündet hat. Polen zum Beispiel sei durch und durch europäisches Land. Es sei die sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa, die den Blick für die eigentlich europäische Perspektive verstelle, „die eine Perspektive der Rückkehr zu den Quellen der zivilisatorischen Einheit Europas ist“.

Angesichts solcher Ziele nehme sich die Lage der Europäischen Gemeinschaft recht kläglich aus. Die aktuelle Wirtschaftskrise habe, führt Chirac aus, „die nationalen Egoismen und somit die zentrifugalen Kräfte der Gemeinschaft aktiviert“. Diese Tendenz wachse zum Schaden der europäischen Idee. Chiracs Diagnose: „Es fehlt auf höchstem Niveau unserer Staatslenker der politische Wille, um diese Krise zu überwinden.“ Man verliere sich in technischen Details, die gewiß ihre Bedeutung hätten, die aber wie ein guter Verwaltungsapparat den politischen Entscheidungen folgen und nicht diese bestimmen dürften. Motor des politischen Willens müsse das Tandem Frankreich/Deutschland sein. Keine andere Konstellation sei fähig, der europäischen Idee neue Vitalität zu verleihen.

Chirac weicht dem Vorwurf nicht aus, daß gerade die Gaullisten oft die Entwicklung in Europa blockiert hätten. „Das anti-europäische Bild der Gaullisten ist ein Trugbild. Es mag entstanden sein, weil der eine oder andere gaullistische Politiker manchmal einer ungeschickten Wortwahl verfiel. Tatsache aber ist, daß die wirklichen Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft zumindest in Frankreich auf die Initiative gaullistischer Politiker und Präsidenten zurückgehen.“ Für den Wahlkampf zur Europawahl im kommenden Jahr kündigt Chirac schon jetzt das Thema des „notwendigen Neubeginns für den Aufbau Europas“ an. Dazu gehöre auch die europäische Verteidigung.

Der Oppositionsführer ist der Meinung, daß die französische Wirtschaftspolitik die Krise in Europa nur verschärft habe. Er glaube aber nicht, daß das sozialistische Experiment, „das unabwendbar war“, noch lange andauern werde. Theoretisch müßten die Franzosen noch zweieinhalb Jahre bis zu den nächsten Parlamentswahlen warten. Chirac schließt aber „keineswegs“ aus, daß der Staatspräsident, dem „allein die Entscheidung über vorgezogene Wahlen obliegt“, die Möglichkeit von Neuwahlen auch wahrnehme. So wie die Dinge heute liegen, würde die jetzige Opposition dann wieder die Führung der Staatsgeschäfte übernehmen.

Ihr wirtschaftspolitisches Programm skizziert Chirac so: Rückkehr zur Marktwirtschaft, zu einer liberalen Wirtschaftsordnung, Reprivatisierung weiter Sektoren in Industrie und Finanzen. Es sei freilich nicht beabsichtigt, auch die großen Monopolunternehmen des Staates zu reprivatisieren. Chirac nennt als Beispiele die Eisenbahn und die Stromversorgung. „Dagegen werden wir das gesamte Bankensystem privatisieren, und zwar nicht nur die Banken, die von Mitterrand 1981 verstaatlicht worden sind, sondern auch diejenigen, die bereits 1945 nationalisiert wurden.“ Ziel sei eine „allgemeine Reprivatisierung“ in der französischen Wirtschaft.

Zu den Plänen, die die Opposition in ihrem Programm des Machtwechsels bereithält, gehören ferner eine umfassende Steuerreform, die Aufhebung investitionshemmender Reglementierungen und drastische Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben.

Sollte die Opposition die Parlamentswahlen 1986 oder früher gewinnen, dann müßte Präsident Mitterrand sich auf dieses Programm einstellen oder die Konsequenzen ziehen. „In der Demokratie gilt es vorrangig, die Institutionen und die Verfassung zu respektieren. Nichts kann den Präsidenten zwingen zurückzutreten. Er bleibt im Amt, wenn er will. Die Entscheidung liegt bei ihm allein.“ Nur müsse er gemäß dem Wahlergebnis einen Regierungsauftrag erteilen. Seine eigene Ernennung als Premierminister schließt Chirac entschieden aus. „Das gehört in keiner Weise in den Bereich meiner politischen Perspektiven.“ Auch einen historischen Kompromiß werde es nicht geben. Der Präsident sei „Sozialist marxistischer Inspiration“, seine Wirtschaftspolitik sei mit dem Programm der Opposition nicht zu vereinbaren.

Spannung Seoul-Pjöngjang nimmt zu

Chun Doo Hwan lastet Attentat Nordkorea an / Kommission nach Rangun

F. de la TROBE / X. H. KUO, Tokio

Der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan hat nach seiner Rückkehr von einem überstürzt abgebrochenen Staatsbesuch aus Birma dem kommunistischen Nordkorea die Schuld an dem Bombenattentat gegeben, bei dem vor zwei Tagen in Rangun 20 Menschen – unter ihnen vier südkoreanische Minister – ums Leben gekommen sind.

Auf einer Sondersitzung beschloß die Regierung, eine Untersuchungskommission nach Rangun zu entsenden, die die Hintergründe des Attentats aufklären soll, das offenbar Chun Doo Hwan gegolten hatte. Auch die birmanische Regierung hat einen Ausschuß eingesetzt. Die amtliche nordkoreanische Nachrichtenagentur meldete, Chun sei in Rangun „mit einer starken Bombenexplosion begrüßt“ worden.

In Seoul stehen die Flaggen auf halbmast. Funk und Fernsehen sendeten Trauermusik, die Zeitungen brachten Extrablätter heraus. Die Armee ist in Alarmbereitschaft versetzt worden.

Für die Version, daß die Bombe von nordkoreanischen Terroristen gelegt oder der Anschlag im Auftrag Pjöngjangs durchgeführt werden sollte, gibt es zunächst keine beweiskräftigen Anhaltspunkte. Nach Meinung westlicher Diplomaten läßt sich diese These jedoch um so glaubwürdiger verkaufen, weil Nordkorea in jüngster Zeit die Propaganda verschärfte und Gewaltakte erwartet worden waren.

Bereits früher wurden Mordkomplotte in offensichtlichem Auftrag Nordkoreas aufgedeckt. Im Februar 1982 wurden die Kanadier Charles Yanover und Michael Gerol in Toronto wenige Monate vor Chuns Besuch unter dem Verdacht verhaftet, einen Mordanschlag gegen ihn geplant zu haben. Nach Angaben der kanadischen Polizei hatten sie als „Vorschuß“ für diese Tat 68 000 Dollar bekommen.

Nach dem Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjets ist das Attentat von Rangun die zweite große Katastrophe für das Land innerhalb von fünf Wochen. Nach vorherrschender Meinung in Ostasien wird der Bombenanschlag die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel, auf der nur Waffenstillstand, aber kein Friede herrs[...] beträchtlich erhöhen.

Der bei dem Anschlag umg[...] mene Außenminister Lee B[...] befürwortete eine „Politi[...] nen Tür“, die auf besse[...] gen zu den kommu[...] und das Bemüh[...] in der Dritten[...] Eine auß[...] wird für[...] sitione[...] Sorg[...] sei[...] st[...] f[...]





Wollte Polens Kirche keine „dritte Kraft"?

Die Gewerkschaft „Solidarität" als Herausforderung

Von JOACHIM GLIEWE

Die polnische Kirche mußte mit der Errichtung eines kommunistischen Systems nach dem Krieg mit der nunmehr herrschenden weltlichen Macht zahlreiche Kompromisse eingehen. Aber umgekehrt kam schließlich auch die kommunistische Staatsführung nicht darum herum, die Macht der Kirche anzuerkennen, auch wenn weiterhin ein zäher Kleinkrieg geführt wurde. Sie mußte sogar zusehen, wie die Kirche ihren Einfluß und ihr Prestige erweiterte und eine Autorität errang, deren Ausmaß einen in der 1000jährigen Geschichte Polens kaum noch zu überbietenden Höhepunkt darstellt. Gekrönt wurde diese Entwicklung im Jahre 1978 mit der Wahl des Kardinals Wojtyla zum Papst.

Dieser einmaligen Stellung einer katholischen Kirche kam freilich zugute, daß sie seit den fünfziger Jahren die einzige legale Institution im Lande war, die – abgesehen von der Erfüllung religiöser Bedürfnisse – die sozialen und politischen Belange der Polen entschieden verteidigte. Umgekehrt konnten sich in der Kirche als einziger legaler Organisation die Enttäuschten, Unzufriedenen, Resignierten sammeln, aber auch viele, die die Gesellschaft und die gesellschaftliche Entwicklung analysieren, kritisieren und verändern wollten.

Nach der Ausrufung des (inzwischen aufgehobenen) Kriegsrechts im Dezember 1981, nahm Primas Glemp gegenüber dem Partei-Militär-Regime eine kompromißbereite und nachgiebige Haltung ein, womit er nicht überall auf Gegenliebe stieß. Er rief die Polen zur Versöhnung mit dem Regime auf. Der Name der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" kam ihm in seinen Predigten nicht mehr über die Lippen.

Heftige Kontroversen

Im Zusammenhang damit wurde inner- wie außerhalb Polens über die Stellung der Kirche zur Macht auf der einen, zur Opposition auf der anderen Seite diskutiert und damit verbunden über ein mögliches Eigeninteresse des Episkopats. Hat die Kirchenführung, so der Verdacht, ein Interesse, daß sich auch weiterhin – wie vor 1980 – Kirche und Staatsführung ohne eine „dritte Kraft" gegenüberstehen? Hat sich die Kirche von der „Solidarität", die innerhalb weniger Monate zu einer Organisation mit einem ungeheuren Einfluß auf breite Volksschichten geworden ist, in ihrer traditionellen Stellung bedroht gefühlt?

Darüber gab es angesichts der Politik Glemps in der Öffentlichkeit, auch im Klerus und natürlich in der „Solidarität" heftige Kontroversen, wennschon man bemüht war, die Divergenzen nicht zu sehr an die Oberfläche und in den Vordergrund treten zu lassen. Bis vor einiger Zeit kamen aus dem Untergrund in der „Kirchenfrage" denn auch eher diffuse und etwas ratlose Stellungnahmen und Einschätzungen. Ein nach dem Papsten-Besuch des Papstes publizierter Kommentar des stellvertretenden Chefredakteurs der Vatikan-Zeitung „Osservatore Romano", Levi, aus dem erkenntlich wurde, daß zumindest ein Teil der Kirchenpolitiker in Rom den Arbeiterführer Lech Walesa und seine „Solidarität" abgeschrieben hatte, sowie der nachfolgende Rücktritt Levis trug auch nicht eben zur Klärung der Unsicherheit bei.

Haltung präzisiert

Im Juli und im August fanden in der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft ausgiebige Beratungen statt, in denen die Politik der Kirche debattiert wurde. Mittlerweile hat die „Solidarität" ihre Haltung zur Kirche präzisiert und die Aufgaben der Gewerkschaft im Verhältnis zur Kirche definiert. Einen zusammenfassenden Beitrag publizierte vor kurzem das „Überbetriebliche Arbeiterkomitee der ‚Solidarität'" in der Warschauer Ausgabe seiner Wochenzeitung unter dem Titel „Kirche statt ‚Solidarität'?".

Bei seinem Besuch habe der Papst, so die Überlegung der „Solidarität"-Führung, den Polen, die um Demokratie und Freiheit, um unabhängige Gewerkschaften und um Mitsprache in ihrem Land kämpfen, recht gegeben. Demnach vertrat er auch die Ideale von „Solidarität". Zwar unterstützte er den Untergrund nicht direkt, er verurteilte dessen Tätigkeit aber auch nicht. Dagegen äußerte er nicht ein gutes Wort über PRON (die neue von der Partei initiierte Einheitsfront) oder über die neuen Gewerkschaften.

Die Kirche, heißt es weiter, habe sich angesichts der Tatsache, daß eine schnelle Anerkennung der verbotenen Gewerkschaft nicht zu erwarten ist, dazu entschlossen, die Interessen der Gesellschaft zu vertreten – von den Fragen im Zusammenhang mit den Wahlen zu den Nationalräten im nächsten Jahr bis hin zur Organisierung einer Unterstützung für die private Landwirtschaft. Das bedeute allerdings nicht, daß die „Solidarität" ihren Kampf aufgeben, mit der Herausgabe von Presseerzeugnissen und Büchern aufhören, ihre Hilfe für die von der staatlichen Repression Betroffenen, für die Gefangenen und ihre Familien einstellen und ihre Untergrundstruktur liquidieren dürfte.

Erleichtert wurde diese „Annäherung" der „Solidarität" an die Kirche dadurch, daß einige Zeit nach dem Besuch des Papstes die Hirtenbriefe des Episkopats in Ton und Aussage schärfer wurden. Auch in Glemps Verhalten ist seit dem Papstbesuch wieder mehr Couragiertheit festzustellen. Die Regierung treibe mit den Arbeitern ein unehrliches Spiel, ließ er kurz nach dem 3. Jahrestag der Abkommen von Danzig und Stettin verlauten. Offenbar in Anspielung auf das arrogante Auftreten Rakowskis gegenüber den Arbeitern aus diesem Anlaß kritisierte der Primas scharf, von einem Dialog der Macht mit den Arbeitern könne keine Rede sein.

Athen stimmt Zypern-Plan der UNO ohne Vorbehalte zu

Auch Kyprianou lenkt ein / Pérez optimistisch

E. ANTONAROS, Athen

Nach mehrstündigen Gesprächen in Athen haben der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou und Zyperns Staatschef Spyros Kyprianou mitgeteilt, daß sie die jüngste Zypern-Initiative des UNO-Generalsekretärs Xavier Pérez de Cuéllar „voll und ohne Bedingungen" unterstützen. Überrascht hat vor allem die Haltung Papandreous, weil er erst vor einigen Wochen den Eindruck erweckt hatte, daß er den UNO-Plan, zumindest in seiner jetzigen Form, nicht akzeptieren wollte. Als Vorbedingung hat Papandreou immer wieder den Abzug aller türkischen Besatzungstruppen von der Insel gefordert.

Auch in Kyprianous Haltung hat es eine Wende gegeben: Erst vor zwei Wochen hatte der Insel-Präsident das Pérez-Papier nur „im Prinzip" akzeptiert und daher Kommunisten und Konservative auf der Insel verärgert. Diese beiden Gruppen unterstützen die Annahme des UNO-Memorandums als Grundlage für neue Gespräche mit den Türken, um das türkische Argument zu entkräften, die Insel-Griechen boykottierten jede Initiative. Die zunächst skeptische Haltung Kyprianous führte zum Rücktritt des langjährigen Außenministers Nicos Rolandis, der inzwischen vom Berufsdiplomaten Georg Iakovou ersetzt wurde. Das UNO-Papier sieht zwei Lösungsmodelle vor, wobei einmal die griechischen, das andere Mal die türkischen Wünsche stärker berücksichtigt werden.

Kyprianou führte in New York zwei längere Gespräche mit Pérez und reichte ihm die Antwort der Insel-Griechen auf das UNO-Papier schriftlich ein. Anschließend bezeichnete Pérez die Haltung der Griechen als „positiv und konstruktiv". Sie lasse ihn hoffen, daß eine Regelung möglich sei.

Mit keinem Wort hat Pérez hingegen die Haltung der Insel-Türken kommentiert. Nach zuverlässigen Angaben herrscht im UNO-Hauptquartier angeblich Verärgerung über die Einstellung des Türkenführers Rauf Denktasch, weil er zwar ein Gespräch mit Pérez führte, aber auf eine schriftliche Stellungnahme zu der UNO-Initiative verzichtete. Denktasch, der die Beratungen mit den Griechen im Mai abbrach, verlangt von Kyprianou verschiedene Vorleistungen vor einer Wiederaufnahme der Gespräche. Dazu zählt auch die Aufhebung eines von den Griechen gegen die Insel-Türken verhängten Wirtschaftsboykotts.

Denktasch verlangt auch ein Gespräch mit Kyprianou. Doch der Staatspräsident der zweigeteilten Insel-Republik hält von einer solchen Begegnung nichts, so ein Regierungssprecher, „solange die Türken sich nicht bereit zeigen, eine praktikable Lösung anzustreben". Weil Kyprianou den Türken-Führer für den verlängerten Arm Ankaras hält, hat er statt dessen ein Treffen mit dem türkischen Staatschef Kenan Evren vorgeschlagen.

Obwohl sich die Griechen im Moment in einer diplomatisch vorteilhaften Situation gegenüber den Insel-Türken befinden, sind sie sich der Gefahren bewußt, die von einer abermaligen Zuspitzung der Vertrauenskrise zwischen den beiden Volksgruppen auf Zypern herrühren könnten. Insbesondere befürchten die Griechen, daß die Insel-Türken in die Versuchung geraten könnten, einen unabhängigen Teilstaat im nördlichen Inselteil auszurufen, sollten sie sich in die Ecke getrieben fühlen. Weil ein solcher Staat in absehbarer Zeit die diplomatische Anerkennung von verschiedenen islamischen Ländern erhalten würde, könnten die Griechen dadurch ihr bisheriges Alleinvertretungsrecht verlieren.

Diese Überlegung hat zweifellos sowohl Kyprianou als auch Papandreou dazu gebracht, ihre Skepsis zu überwinden und das UNO-Papier bedingungslos zu akzeptieren. (SAD)

Jaruzelski droht „kämpferischem Klerikalismus"

dpa, Warschau

Auf eine Verschärfung des Kurses der Warschauer Führung deutet ein Artikel des polnischen Staats- und Parteichefs General Wojciech Jaruzelski hin, der gestern in allen Zeitungen des Landes veröffentlicht wurde. Jaruzelski führt darin die Schwierigkeiten in Polen auf Abweichungen von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, auf ausländische Störmanöver, Demagogie und „ideologische Relikte" wie Nationalismus, Rückständigkeit und „kämpferischen Klerikalismus" bei Teilen der Bevölkerung sowie Nachlässigkeiten bei der Jugendarbeit zurück.

Die Gewerkschaft „Solidarität" sei durch die Zusammenarbeit antisozialistischer Kräfte mit westlichen Imperialisten eine konterrevolutionäre politische Bewegung geworden. Jaruzelski betonte, der in Polen bestehende weltanschauliche Pluralismus könne keinen Vorwand für einen politischen Pluralismus bilden.

Der Parteichef gibt zu, daß der Katholizismus für große Bevölkerungskreise eine wichtige Rolle spiele und das Verhältnis zwischen sozialistischem Staat und Kirche daher besonders kompliziert sei. Es sei jedoch Pflicht der Partei, den Einfluß des marxistischen Materialismus zu stärken.

Die polnischen Bischöfe haben in einem Hirtenbrief zur nationalen Versöhnung und zum Dialog „zum Wohle des Vaterlandes" aufgerufen, wie ihn auch Lech Walesa in der vergangenen Woche gefordert hatte.

Chiles KP drängt sich nach vorn

Nach zehn Jahren Untergrund fordern Kommunisten Mitsprache in der Zeit nach Pinochet

WERNER THOMAS, Miami

Sie ziehen durch die Straßen mit dem Porträt des toten Präsidenten Salvador Allende. Sie malen die Losung „Allende lebt" an die Häuserwände. Sie werfen während der monatlichen Protestaktionen gegen General Pinochet Steine auf die Sicherheitskräfte und provozieren gewaltsame Reaktionen. Sie veranstalten Pressekonferenzen und verkünden: „Es geht nicht ohne uns."

Chiles Kommunisten stehen nach einer zehnjährigen Untergrundarbeit wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Sie beteiligen sich tatkräftig an den Versuchen der Opposition, die Militärherrschaft zu beenden und beanspruchen eine „angemessene Rolle" in der Ära danach. „Die kommunistische Partei ist und bleibt trotz ihrer Verfolgung eine einflußreiche Partei im politischen, sozialen und kulturellen Leben des Landes", erklärte der im Moskauer Exil weilende KP-Chef Luis Corvalan kürzlich der mexikanischen Zeitung „Uno Mas Uno".

Die Aktivitäten und Ansprüche der Corvalan-Jünger zählen zu den brisantesten Aspekten der chilenischen Situation. Politische Beobachter meinen, daß die kommunistischen Initiativen der Oppositionsbewegung mindestens genauso unangenehm sind wie der Regierung. Ein westlicher Diplomat urteilte sogar: „Die KP bereitet der Opposition zur Zeit mehr Probleme als Pinochet"

Die Kommunisten waren der wichtigste Koalitionspartner des Sozialisten Salvador Allende in den drei chaotischen Volksfront-Jahren (1970 bis 1973), die der Nation eine Klassenkampf-Konfrontation, den wirtschaftlichen Zusammenbruch und schließlich einen Militärputsch brachten. Obgleich die KP-Vertreter damals an der Spitze der besonneneren Kräfte standen, gilt die Partei bei breiten Bevölkerungskreisen nach wie vor als abschreckendes rotes Tuch. Die Kommunisten hatten trotz ihrer straffen Organisation bei Wahlen selten mehr als 15 Prozent der Stimmen erhalten.

Pinochet nützte oft die antikommunistischen Ressentiments für seine politischen Ziele. Er ließ die KP im Gegensatz zu den suspendierten bürgerlichen Parteien verbieten. Die Kommunisten würden für immer von der Macht ausgeschlossen bleiben, versicherte er. „Die Marxisten werden diese Nation nie wieder ins Unglück stürzen."

Nun scheint der gewiefte General jedoch den Versuch zu unternehmen, die Oppositionsbewegung mit Hilfe der Kommunisten zu schwächen.

Seit die offenen Protestaktionen im Frühjahr begonnen haben, durften sich die KP-Funktionäre auffallend frei bewegen. Zu einer Pressekonferenz in dem Haus des verstorbenen Literatur-Nobelpreisträgers Pablo Neruda waren sogar Fernsehteams gekommen, die das Ereignis für die Abendnachrichten filmten. Prompt brachte KP-Sprecher Jaime Inzunza die bürgerlichen Pinochet-Gegner in Verlegenheit, als er die Gespräche kritisierte, die diese mit Innenminister Sergio Onofre Jarpa führen: „Dialoge nützen überhaupt nichts. Wir brauchen sofort demokratische Verhältnisse."

Seit dem Sommer unterhalten sich der Innenminister und die Führer der wichtigsten Oppositionsbewegung „Alianza Democratica" über die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr zur Demokratie. Obgleich Onofre Jarpa Pinochets Absichten verteidigt, bis 1989 zu regieren, will die „Allianz" vorerst weiter verhandeln. Ihre Vertreter hoffen nach wie vor auf den vorzeitigen Rücktritt des Generals.

Die Kommunisten wurden nicht in diese Organisation aufgenommen, die von den Christdemokraten kontrolliert wird. Der Christdemokratische Parteichef Gabriel Valdes steht an ihrer Spitze. Die KP unterstützt dagegen die monatlichen Demonstrationen der bürgerlichen Gruppen, die solange veranstaltet werden sollen, bis Pinochet das Handtuch wirft. Sie irritiert jedoch die Bewegung mit der Meinung, daß auch Mittel der Gewalt gerechtfertigt seien.

Konservativere Christdemokraten beschuldigen die Kommunisten, die Oppositionsbewegung durch provokatives Verhalten radikalisieren zu wollen. Ähnlich urteilt Jarpa. Der Minister hat die Demokratische Allianz Ende vergangener Woche aufgefordert, sich klar von den linken Extremisten zu distanzieren. „Klärende Worte in dieser Beziehung würden den Weg zur Demokratie erleichtern", sagte er.

Valdes unterstellt der Regierung dagegen, den Interessen der Kommunisten zu dienen. Je länger sich General Pinochet an die Macht klammere, desto stärker werde der kommunistische Einfluß. (SAD)

Kissinger nimmt Gespräche in Panama auf

dpa, Panama-Stadt

Die amerikanische Kommission für Mittelamerika unter Vorsitz des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger hat gestern ihre Informationsgespräche in Panama aufgenommen. Kissinger wollte sich im Lauf des Tages mit dem Präsidenten des Landes, Ricardo de la Espriella, treffen. Die von der amerikanischen Regierung berufenen Experten wollen sich bis Samstag in Panama und den fünf mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua über die Lage in den einzelnen Ländern unterrichten. Kissinger will im Januar der US-Regierung den Kommissionsbericht vorlegen.

Kirchschläger besucht die „DDR"

DW. Berlin

Erfurt, Weimar und Eisenhüttenstadt sind außer Berlin die Etappen des offiziellen Besuchs, den der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger von heute an bis Freitag der „DDR" abstatten wird. Der österreichische Staatschef, der von Außenminister Erwin Lanc und Staatssekretär Erich Schmidt (Handel, Gewerbe und Industrie) sowie einer Reihe von Experten begleitet wird, trifft wenige Stunden nach seiner Ankunft und nach einer feierlichen Kranzniederlegung am Mahnmal Unter den Linden zu „offiziellen Gesprächen" mit dem Staatsratsvorsitzenden und Parteichef Erich Honecker zusammen.

Frau Schuchardt, Kultur und der Rotstift

Die Finanzprobleme um die „Fabrik" und die Staatsoper lassen die Kritiker der Senatorin lauter werden

Von UWE BAHNSEN

Hamburgs linksliberale Kultursenatorin Helga Schuchardt bläst nach knapp dreivierteljähriger Amtszeit ein kalter Wind ins Gesicht: Kritik kommt aus allen Richtungen. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte die ebenso streitbare wie eloquente Ex-Freidemokratin nach seinem Wahlsieg vom 19. Dezember als „Traumbesetzung" in die Landesregierung geholt, und das mit breiter Unterstützung durch die Partei.

Bei dieser Entscheidung waren politische und persönliche Motive gleichermaßen im Spiel: Dohnanyi fand, Helga Schuchardt decke vorzüglich das sozialliberale Spektrum seines Wählerpotentials vom 19. Dezember ab, und zudem mag er sie einfach, weil er sie für intellektuell und couragiert, zudem auch für sehr charmant hält.

In den Geldinstituten schüttelt man den Kopf

Inzwischen freilich zeigt sich, daß diese Attribute allein nicht ausreichen – schon gar nicht in einer Zeit, in der es bis auf weiteres nichts mehr zu verteilen gibt, sondern in der der Rotstift regiert. Helga Schuchardt hat die politischen Luftströme, die sie jetzt frontal zu spüren bekommt, weitgehend selbst erzeugt. Im Senat sieht man mit Sorge, wie sich mangelnde Fortune der Senatorin in diesen Tagen ausgerechnet in zwei Institutionen manifestiert, die für die ganze Bandbreite der hanseatischen Kulturpolitik – und für ihre zunehmenden Probleme – typisch sind.

Bei dem Vorsitzenden des bürgerschaftlichen Haushaltsausschusses, dem erfolgsgewohnten Wirtschaftsanwalt Gerd Weiland (SPD), mußte Helga Schuchardt sich mit einem Bitt- und Bettelbrief soeben für das weit über Hamburgs Grenzen hinaus bekanntgewordene Altonaer Kommunikationszentrum „Fabrik" verwenden – vor allem für alle Linken in der Hansestadt der vertraute Schauplatz von Polit-Feten aller Art. Diesem Unternehmen, das der SPD-Senat schon einmal generös saniert hat, steht mittlerweile wieder das Wasser bis zum Hals. In ihrem Brief an den „sehr geehrten Herrn Dr. Weiland" teilt die Senatorin, die bislang die „Fabrik" und ihr zumeist undurchsichtiges Geschäftsgebaren fast pauschal und mit geschlossenen Augen verteidigt hat, dem Haushaltsausschuß mit, es sei ein „akuter Liquiditätsengpaß" entstanden.

Landesbericht Hamburg

Das ist eine beschönigende Umschreibung der Tatsache, daß Gehälter, Steuern und Sozialversicherungsabgaben nicht mehr pünktlich gezahlt werden können. Schon muß „Fabrik"-Chef Horst Dietrich seine Angestellten in einer nur ihm bekannten zeitlichen Abfolge mit Verrechnungsschecks entlohnen – in der Hoffnung, daß sie seiner Bank nicht sogleich vorgelegt werden. In den Geldinstituten schütteln die Manager stumm den Kopf, wenn ihnen der Wunsch nach Überziehungskrediten für die „Fabrik" vorgetragen wird. Ende August, so heißt es in dem Schuchardt-Brief, waren über 27 000 Mark an Gehältern fällig. Das Finanzamt wartete auf mehr als 75 000 Mark; für die Sozialversicherung waren zu diesem Zeitpunkt 43 000 Mark noch nicht abgeführt. Die Verbindlichkeiten belaufen sich bereits auf über 350 000 Mark, und in diesem Betrag sind Mietforderungen der Kulturbehörde von rund 260 000 Mark noch nicht einmal enthalten.

Die Kultursenatorin hatte keine Bedenken, den Haushaltsexperten des Parlaments mitzuteilen, daß ihre Behörde nicht einmal eine ordnungsgemäße Senatsvorlage über Hilfsmaßnahmen für die „Fabrik" zustande bringt – jedenfalls nicht jetzt: „Leider" seien die Arbeiten darin infolge der „starken Belastung des zuständigen Referats noch nicht so weit gediehen, daß eine Senatsvorlage unmittelbar bevorstünde".

Das andere Beispiel für die kulturpolitischen Turbulenzen, mit denen Helga Schuchardt jetzt fertig werden muß, liefert die Hamburgische Staatsoper – das künstlerische „Flaggschiff" der Stadt. In diesem Hause schlägt der Senat für 1984 in einer Weise zu, die den künftigen Intendanten Kurt Horres „pochende Sorge" empfinden läßt. Wenn in dem Haus an der Dammtorstraße der Rotstift weiter so wüte, sei die Oper gegenüber Instituten wie in München und Berlin nicht mehr konkurrenzfähig.

Hamburgs Staatsoper muß aus Geldmangel ihre international bekannte Experimentierbühne „Opera stabile" schließen. Stellen werden gestrichen, auslaufende Verträge für technisches und Verwaltungspersonal nicht erneuert. Der Senat kann vertragliche Verpflichtungen im Hinblick auf die künstlerischen Betätigungsmöglichkeiten des gefeierten Ballettdirektors John Neumeier nicht einhalten, mit dem er demnächst Bleibeverhandlungen zu führen hat.

Selbst bei den Reinigungskosten wird gespart, und die Rathausregierung samt der Opern-Aufsichtsratsvorsitzenden Helga Schuchardt kümmert es offenbar wenig, daß in diesem Haus das künstlerische Angebot nun rigoros am schmalen Geldbeutel ausgerichtet werden muß. Dafür aber werden die Preise erhöht: In der kommenden Saison muß die Oper fast eine Million Mark mehr an Eintrittsgeldern hereinspielen als in der vorigen. Von dem derzeitigen Intendanten Christoph von Dohnanyi, dem Bruder des Bürgermeisters, ist in dieser Situation kaum Hilfe zu erwarten – der Stardirigent auf dem Absprung nach Cleveland läßt sich lieber in den Konzertsälen des In- und Auslandes feiern.

Millionen für die linke Stadtteilkultur

Was sie der Oper mit der einen Hand aus den Rippen schneidet, gibt die Kulturpolitikerin Helga Schuchardt mit der anderen gern und aus Überzeugung für die links durchwirkte Stadtteilkultur aus, die mit Millionenbeträgen massiv gefördert wird – Folge einer „Grundsatzentscheidung". Empfänger dieser Millionen sind die vielfältigen Kommunikationszentren, freien Gruppen und ähnlichen Vereinigungen, deren Geflecht sich über die ganze Hansestadt zieht. Wenn es sich dann noch einrichten läßt, bei Veranstaltungen von Minderheiten als Schirmherrin aufzutreten, etwa bei einem Festival von Anhängern der gleichgeschlechtlichen Liebe, ist die Kultursenatorin mit Eifer dabei – Hauptsache links.

Es ist bezeichnend genug, daß der vielleicht schärfste Kritiker dieses Senatsmitglieds ein Schauspieler, Regisseur und überzeugter Sozialdemokrat ist, der weiß, wovon er spricht: Friedrich Schütter, Chef des Ernst-Deutsch-Theaters. Er möchte das umgebaute und renovierte Operettenhaus auf St. Pauli, derzeit Ausweichquartier des Schauspielhauses, für die leichte Muse übernehmen und hat seine Offerte auf den Tisch gelegt. Aber er hört nichts: „Es wird nicht einmal um Rat gefragt. Es wird nicht mit uns gesprochen. Es wird über uns befunden."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Für Freiheit gestorben

Sehr geehrte Herren,

anläßlich des bald heranstehenden Volkstrauertages bzw. Totensonntags erlaube ich mir, Sie auf Dinge hinzuweisen, die mich als Kriegsteilnehmer immer wieder beschäftigen, besonders wenn die immer wieder laut werdenden Äußerungen über die USA und deren Soldaten die Gemüter erhitzen.

Ich habe während des Krieges an den Fronten Polen, Frankreich, Rußland, Norwegen und Italien gekämpft; in Italien gegen die Amerikaner. Wenn wir auch damals Feinde waren, so haben die GIs doch letzten Endes auch ihr Leben für die Befreiung Europas gegeben. Um so unverständlicher ist die negative Haltung gegenüber den jungen US-Soldaten. Wir haben da doch die Pflicht, moralisch etwas zu unternehmen, um das Ansehen des Landes und seiner Soldaten ins rechte Licht zu rücken.

So befindet sich ca. 25 km westlich von Aachen auf belgischem Gebiet ein beeindruckendes Monument für die Gefallenen im ostwärtigen Belgien und in den Ardennen. Auf dem Friedhof bei Foy (Bastogne) wurden 2700 Gefallene der Ardennenoffensive beerdigt. Auf dem Gräberfeld bei Henri Chapelle (an der Straße Aachen–Lüttich) sind 7899 Gefallene der USA beigesetzt.

Ich bin der Meinung, daß man auch solche Tatsachen den Lesern vor Augen halten sollte.

Mit freundlicher Empfehlung,
Reinhold Reich,
Aachen

Italien und Südtirol

„Lengmoos darf jetzt wieder über Lengmoso stehen"; WELT vom 24. September

Sehr geehrte Redaktion,

mit großem Interesse habe ich den Beitrag von Peter Schmalz gelesen. Als langjähriger Besucher und Kenner dieser Region und ihrer Geschichte kann ich dem Verfasser eine kompetente Darstellung der dortigen Verhältnisse bescheinigen. Befremdlich erscheint mir allerdings, daß er den Eindruck zu erwecken versucht, daß dem bundesdeutschen Besucher die deutsch-italienischen Konflikte ziemlich gleichgültig seien. Dies mag in Einzelfällen vielleicht zutreffen, aber im großen und ganzen kann man die Erfahrung machen, daß die ständigen Besucher dieses Gebietes den Kampf der Südtiroler um ihre Rechte mit Sympathie und Anteilnahme verfolgen.

Noch ein Weiteres: Wenn die Italiener die Annektion Südtirols mit dem Hinweis auf 600 000 gefallene Alpini rechtfertigen, werden damit die Akzente völlig falsch gesetzt. Bekanntlich hatten im Ersten Weltkrieg die Alliierten mit dem Versprechen der Brennergrenze (und damit der Einverleibung Südtirols) Italien dazu bewogen, den Mittelmächten, mit denen es durch den Dreierbund verbündet war, den Krieg zu erklären. Eine eventuelle Rechtfertigung hätte an diesem Punkt einzusetzen. Nachdem das damalige Italien sich zu diesem Handel bereit erklärt hatte, wäre ihm als vereinbarte Belohnung für die „Umorientierung" Südtirol ohnehin zugefallen, ganz gleich, ob nun 6000 oder 600 000 italienische Soldaten an der Alpenfront ihr Leben gelassen hätten.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt-Ulrich 't Hart,
Hamburg 70

Keine herrlichen Zeiten

„Verärgerung bei den Beamten über das Schlagwort Kürzungen"; WELT vom 23. September

Auf Geheiß des DGB protestierten 6000 Beamte in Hamburg gegen „Kürzungen" bei der Beamtenbesoldung, obwohl derartiges – vom Fahrkosten- und Essenzuschuß einmal abgesehen – bisher überhaupt nicht zutrifft. Die Netto-Unterschiede zwischen der verzögerten Besoldungsanhebung 1983 von linear nur 2 Prozent und der zeitlich gestaffelten Anhebung der Tarife für Arbeitnehmer von 2 bis zu 3 Prozent sind infolge Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge minimal; dies aber haben die Gewerkschaften den Beamten sicher nicht zufällig verschwiegen!

Eine Benachteiligung der Beamten allerdings tritt ein, wenn Bund und Länder es bei der von Dr. Stoltenberg angekündigten Besoldungsnullrunde belassen würden. Die Tarifverträge laufen mit Juli 1984 aus; die ÖTV wird dann unverzüglich auf eine weitere Anhebung der Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer drängen, wenn diese auch wiederum unter der Inflationsrate bleibt. Da 70 Prozent der Beamtenschaft dem einfachen und mittleren Dienst angehören und sich oft in gleicher Verwendung mit Arbeitnehmern befinden, kann man diese Beamten nicht auf künftige „herrliche Zeiten" vertrösten.

Bei der schwierigen Finanzlage und der Arbeitsmarktsituation sollte man intensiver über eine gestaffelte Anhebung der Beamtenbezüge und der Tarife für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst nachdenken. Der Postschaffner ist schließlich weitaus mehr von der Teuerungsrate betroffen als der Ministerialdirektor, dem ja monatlich noch DM 829,09 Ministerialzulage zukommen, für deren Berechtigung „oben" immer noch nach einer Begründung gesucht wird! Die benötigten Haushaltsmittel könnten aus einer Vereinheitlichung der im Weihnachtsmonat gezahlten Sonderzuwendung (sprich: 13. Monatsgehalt) aufgebracht werden, wie sie die Ministerpräsidenten Späth und Strauß vorschlugen. Ein Grundbetrag mit Zuschlägen für jedes Kind, der sich etwa an der jetzt gezahlten Sonderzuwendung für den mittleren Dienst orientierte, wäre eine echt soziale Maßnahme!

Joachim Deutel,
Hamburg 63

Wort des Tages

„Mir scheint manchmal, daß die erste menschliche Aufgabe in der absoluten Geduld besteht, als der am schwersten zu lernenden und am meisten versöhnenden Erwerbung. Der ewige Zwiespalt zwischen Ich und der Welt muß irgendwie versöhnt, aufgehoben werden. Man muß sein Ich dem Werk opfern, ohne sich zu verlieren, ein großes Kunststück."

Ernst Barlach, dt. Künstler und Dichter (1870–1938)

Deckungslücke

Den Beamten sagt man nach, sie würden eine Fülle von Privilegien genießen. Eingeweihte wissen, daß dem nicht so ist. Im Gegenteil, die finanziellen Benachteiligungen, denen Beamte gegenwärtig ausgesetzt sind und die ihnen künftig drohen, sind schon bemerkenswert.

Zu einschneidenden Eingriffen gehören auch beabsichtigte Änderungen der Beihilfevorschriften. Aufgrund dieser Vorschriften hat der Staat seine Beamten im Krankheitsfall zu alimentieren. Dazu muß man wissen, daß Beamte nicht krankenversicherungspflichtig sind, in gesetzliche Krankenkassen also nicht aufgenommen werden und daher – anders als Angestellte und Arbeiter – keinen Beitragsanteil vom Arbeitgeber erhalten. Sie müssen sich daher auf eigene Kosten zu hohen Prämienleistungen selbst versichern. Um dabei unzumutbare Belastungen zu verhindern, erstattet der Staat nach bestimmten Bemessungssätzen einen Teil der Aufwendungen im Krankheitsfall.

Die diesen Maßnahmen zugrunde liegenden Regelungen sollen nun so verändert werden, daß bei vielen Beamten große Deckungslücken entstehen und ihre im Vertrauen auf staatliche Kontinuität getroffenen privaten Vorsorgeregelungen über den Haufen geworfen werden.

Die Lösung des Problems ist ganz einfach: Die ohnehin – zu Unrecht – immer wieder als Privileg dargestellten Beihilfevorschriften in Krankheitsfällen sollten ersatzlos aufgehoben werden. Den Beamten ist die Möglichkeit zu eröffnen, in die gesetzliche Krankenversicherung einzutreten. In diesem Falle und auch bei Versicherung in der privaten Krankenversicherung hat der Staat – wie bei Angestellten und Arbeitern – einen Beitragsanteil (50 Prozent der Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung) zu den Versicherungsprämien zu zahlen.

Jürgen Müller,
Verband der Beamten der obersten Bundesbehörden im Deutschen Beamtenbund – Fachgruppe Bundesrechnungshof –,
Frankfurt am Main

Flagge zeigen!

„Zitat des Tages"; WELT vom 31. August

„Ich bin durchaus dafür, die Städte da von Arbeiten zu entlasten, wo Privatfirmen besser arbeiten." So Dortmunds Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Günter Samtlebe (SPD) zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Nach Ansicht der CDU müssen diesen Worten jedoch auch Taten folgen, denn derselbe Samtlebe, der jetzt als Präsident des Deutschen Städtetages an eine Privatisierung städtischer Dienstleistungsbereiche denkt und dabei erwähnt, daß nicht jedes Büro in der Verwaltung städtisch gereinigt werden müsse, lehnte 1982 einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion, die gesamte städtische Büroreinigung zu privatisieren, zusammen mit seiner SPD-Fraktion ab.

Die CDU-Fraktion hofft, daß bei einer der nächsten Abstimmungen über einen von ihr initiierten Privatisierungsantrag der Oberbürgermeister „Flagge" zeigt und zu dem steht, was er verkündet hat.

H.-H. Gosch,
CDU-Stadtratsfraktion,
Dortmund 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

ERNENNUNGEN

Mit zahlreichen Agréments versehen geht Dr. **Johannes Reitberger** in den südamerikanischen Raum. Der neue deutsche Antillenbotschafter ist für Antigua und Barbuda zuständig, für Barbados, Dominica, Grenada' St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen und außerdem für das frühere britische Guayana und das ehemalige niederländische Guayana, heute Surinam. Seinen Dienstsitz wird Botschafter Dr. Reitberger in Port of Spain, Trinidad und Tobago haben. Dr. Reitberger, 1924 in Aichach geboren, kam über das Studium der Germanistik und Zeitungswissenschaft in den Auswärtigen Dienst, dem er seit 1953 angehört. Er war unter anderem Leiter des Generalkonsulats in Basel und Botschafter in Niger, von 1975 bis 1979 und anschließend Botschafter in Togo, von 1979 bis 1983. Trockener Kommentar des Auswärtigen Amtes zu den zahlreichen Akkreditierungen auf den Antillen: „Den Posten müßte man eigentlich für einen Einhandsegler reservieren."

*

Ulrich Schöning erhielt das Agrément als neuer deutscher Botschafter in der Dominikanischen Republik. Der gebürtige Bochumer, Jahrgang 1938, studierte zunächst evangelische Theologie, Geschichte und Griechisch in Bethel, Göttingen und in Davidson in den USA. Nach der Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen studierte er politische Wissenschaften in Paris und Amsterdam. 1968 ging er in den Auswärtigen Dienst. Er war in Toronto und Guatemala auf Außenposten und gehört seit 1980 der Abteilung für Außenwirtschaftspolitik im Auswärtigen Amt an.

*

Professor **Dr. Ingolf Ruge**, Ordinarius für Integrierte Schaltungen der Technischen Universität München und Direktor des Fraunhofer Instituts für Festkörpertechnologie, ist von Bayerns Kultusminister Professor **Hans Maier** erneut in den Beirat für Wissenschafts- und Hochschulfragen des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus berufen worden. Die Mitgliedschaft gilt für jeweils drei Jahre.

GEBURTSTAG

Oberstudiendirektor **Clemens Christians**, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, wird heute 60 Jahre alt. Christians, CDU-Ratsmitglied in Hamm, wo er auch das Freiherr vom Stein-Gymnasium leitet, führt den Lehrerdachverband mit 114 000 Mitgliedern. Dem Deutschen Lehrerverband gehören der Deutsche Philologenverband an, der Deutsche Realschullehrerverband, der Verband der Lehrer an den Wirtschaftsschulen und der Verband der Lehrer an den Berufsschulen. Oberstudiendirektor Clemens Christians ist außerdem einer der drei Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

EHRUNG

Der frühere Bundesminister und ehemalige FDP-Chef Dr. **Erich Mende** wird eine späte Ehrung durch den „Deutschen Marinebund" erfahren, der ihn zum Ehrenmitglied macht. Im Marinebund hatte man sich einer Geschichte erinnert, die in das Kriegsende zurückreicht, und die Erich Mende in seinem Buch „Das verdammte Gewissen" beschrieben hatte. Damals waren britische Offiziere in das Gefangenenlager der 102. Schlesischen Division in Ostholstein gekommen und hatten sich mit Major Mende und dem damaligen Hauptmann Franz Meyers, später langjähriger CDU-Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, über eine Sprengung des Marine-Ehrenmals Laboe unterhalten, die in London angeordnet war. Die Briten konnten von der Unsinnigkeit der Tat überzeugt werden, denn das Ehrenmal von Laboe erinnert an die Toten auf See bei der Handelsschiffahrt. Das Ehrenmal Laboe in der Kieler Bucht blieb erhalten, was die Briten anschließend mit den deutschen Gefangenen mit Whisky „begossen". Der Sprengung zugestimmt, erinnert sich Erich Mende, hatte damals bereits die neugegründete SPD Kiel.

ZAHLEN

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren

1860 München – VBC Paderborn	1:3
Fortuna Bonn – SSF Bonn	3:0
Bayer Leverkus. – Orplid Frankfurt	1:3
SC Norderstedt – VC Passau	0:3
USC Gießen – Hamburger SV	3:0

1. USC Gießen	3	9:0	6:0
2. VC Passau	3	9:2	6:0
3. Hamburger SV	3	6:3	4:2
4. Orplid Frankfurt	3	8:5	4:2
5. VBC Paderborn	3	6:4	4:2
6. Fortuna Bonn	3	6:5	4:2
7. 1860 München	3	5:8	2:4
8. SSF Bonn	3	2:9	0:6
9. SC Norderstedt	3	1:9	0:6
10. Bayer Leverkusen	3	1:9	0:6

EISHOCKEY

Bundesliga: ERC Freiburg – Kölner EC 2:8, Mannheimer ERC – ESC Kaufbeuren 9:3, ECD Iserlohn – SC Rießersee 4:0, SB Rosenheim – Düsseldorfer EG 6:1, Schwenninger ERC – EV Landshut 1:4.

1. Mannheim	12	8	2	2	58:35	18:6
2. Rosenheim	12	7	3	2	57:41	17:7
3. Köln	12	7	1	4	48:30	15:9
4. Iserlohn	12	6	2	4	48:38	14:10
5. Landshut	12	6	2	4	49:40	14:10
6. Freiburg	12	6	1	5	42:46	13:11
7. Schwenn.	12	4	2	6	39:40	10:14
8. Kaufbeuren	12	3	3	6	44:64	9:15
9. Düsseldorf	12	4	0	8	34:55	8:16
10. Rießersee	12	1	0	11	36:66	2:22

HANDBALL

Bundesliga, Männer:
TuSeM Essen – TBV Lemgo 25:12 (15:5)

1. Göppingen	5	5	0	0	118:101	10:0
2. Großwallstadt	5	4	1	0	100:81	9:1
3. Schwabing	5	4	0	1	98:88	8:2
4. Gummersbach	5	3	1	1	83:76	7:3
5. Hofweier	5	3	0	2	117:103	6:4
6. Essen	5	2	1	2	77:70	5:5
7. Reinickendorf	5	2	1	2	99:94	5:5
8. Kiel	5	2	0	3	87:80	4:6
9. Hüttenberg	5	2	0	3	103:113	4:6
10. Bergkamen	5	2	0	3	83:96	4:6
11. Dankersen	5	1	0	4	99:105	2:8
12. Günzburg	5	1	0	4	109:123	2:8
13. Lemgo	5	1	0	4	89:104	2:8
14. Nürnberg	5	1	0	4	78:106	2:8

FUSSBALL

Europameisterschaft, Qualifikation Gruppe 2: In Moskau: UdSSR–Polen 2:0 (1:0)

1. UdSSR	5	4	1	0	11:1	9:1
2. Portugal	4	3	0	1	9:6	6:2
3. Polen	5	1	2	2	6:8	4:6
4. Finnland	6	0	1	5	3:14	1;11

TENNIS

Turnier in Vancouver, Finale: Connors – Scanlon (beide USA) 6:1, 6:2, 6:2. – Turnier in Hilton Head Island/South Carolina, Finale: G. Meyer – Teacher (beide USA) 6:4, 6:2. – Damen-Grand-Prix-Turnier in Detroit, Finale: Ruzici (Rumänien) – Jordan (USA) 4:6, 6:4, 6:2. – Damen-Turnier in Lyon, Finale: Temesvari (Ungarn) – Tanvier (Frankreich) 6:2, 7:5.

SCHACH

Bundesliga: Bochum – Solingen 2,5:5,5, Frankfurt – Bamberg 5,5:2,5, München 1836 – Bayern München 2:6, Lasker-Steglitz – Braunschweig 4,5:3,5, Koblenz – Porz 1:6 (1), Münster – Enger/Spenge 3:5, Hamburg – Delmenhorst 3,5:4,5, Sindelfingen – Heidelberg 4,5:3,5.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 14, 16, 18, 20, 30, 36, Zusatzspiel: 23. (Ohne Gewähr)

NACHRICHTEN

Freigabe für Wunderlich

Barcelona (dpa) – Der FC Barcelona wird den deutschen Handball-Nationalspieler Erhard Wunderlich für das Vierländerturnier in Dänemark (21.–31. Oktober) und den Supercup in Dortmund (1.–6. November) freigeben.

Keine Verbesserung

Düsseldorf (sid) – Der Sieg im Preis der Nationen beim Springreiterturnier in Plovdiv (Bulgarien) brachte der deutschen Equipe keine Verbesserung in der laufenden Wertung um den Präsidentenpokal. England (37,5 Punkte) führt vor der Schweiz (35) und Cupverteidiger Deutschland (34).

Sechs Platzverweise

Buenos Aires (sid) – Einen Spielabbruch nach sechs Platzverweisen gab es in der argentinischen Fußball-Meisterschaft zwischen Ferrocarril Oeste und San Lorenzo de Almagro.

Hansi Müller ausgewechselt

Mailand (sid) – Der deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller wurde beim ersten Saisonsieg seines italienischen Klubs Inter Mailand (1:0 über AC Neapel) ausgewechselt. Der Grund: schwache Gesamtleistung und vertane Torchancen.

Trennung von Trainer Bock

Essen (dpa) – Rot-Weiß Essen (zweite Fußball-Bundesliga) trennte sich mit sofortiger Wirkung von seinem Trainer Rolf Bock (46). Die Gründe: Erfolglosigkeit und falsche Personalpolitik. Nachfolger soll der frühere Essener Trainer Janos Bedl werden.

Niederlage für Bukarest

Bukarest (dpa) – Dinamo Bukarest, Gegner des deutschen Fußball-Meisters Hamburger SV im Europa-Pokal, mußte am siebenten Spieltag der rumänischen Meisterschaft die erste Niederlage hinnehmen. Bukarest verlor beim FC Olt 0:1.

Starker Schuster

Barcelona (sid) – Bernd Schuster führte hervorragend Regie, als der FC Barcelona in der spanischen Fußballmeisterschaft Sporting Gijon mit 4:0 (2:0) besiegte.

Nicht angetreten

Hamburg (dpa) – In der zweiten Eishockey-Bundesliga trat der RSC Bremerhaven beim Hamburger SV zum letzten Drittel nicht an. Beim Stand von 12:0 für Hamburg hatte Bremerhaven sechs Verletzte.

EISHOCKEY / Die Talfahrt des SC Rießersee

Drei Trainer – aber eine klare Konzeption fehlt

DIETER ADAMS, **München**

Es ist noch gar nicht so lange her, da sah die Eishockey-Welt des SC Rießersee noch rosig aus. Genau am 22. März 1981 feierte der Klub im Olympiastadion seine zehnte deutsche Meisterschaft. Doch nicht erst seit diesem Tag zählte der Klub aus dem Werdenfelser Land zu den bevorzugten Adressen im deutschen Eishockey. Doch heute, gut zweieinhalb Jahre später, am 12. Spieltag der Bundesligasaison 1983/84, scheint der sportliche und finanzielle Untergang des SC Rießersee nicht mehr aufhaltbar zu sein. Rund 850 000 Mark Schulden, letzter Platz in der Tabelle mit 2:22 Punkten (Düsseldorf hat als Vorletzter 8:16), eine konfuse Trainersituation und kaum noch Hoffnung auf Besserung – so präsentiert sich der traditionsreiche Klub in diesen Tagen.

Wie konnte es zu diesem Niedergang kommen? Wer trägt die Schuld daran? Für Ernst Kraus, derzeit kommissarischer Vorsitzender in Rießersee, lassen sich diese Fragen nicht schlüssig beantworten. Sicherlich, viele Fehler wurden in der Vergangenheit gemacht, die Schuld verteilt sich deshalb auf mehrere Schultern.

Sportlich, so der Diplomkaufmann Ernst Kraus, sei der Klub vor der Saison trotz der Schulden völlig in Ordnung gewesen. Kraus: „Mit einem vierten oder fünften Platz am Ende der Saison hatten wir spekuliert. Auch nur einen Platz darunter hat niemand erwartet. Doch was jetzt passiert, das hätten wir uns nicht träumen lassen."

Finanziell kann sich der Klub noch über Wasser halten, weil die Stadt inzwischen die Stadionmiete erlassen hat. Das Geld aus der Bandenwerbung (180 000 Mark) fließt nicht in die Klubkasse; es wird benötigt, um den dringlichsten Forderungen (Banken, Finanzamt) nachzukommen. So hat sich der Klub immer aus den Zuschauerzahlen finanziert, die auch zahlreich kamen, als es noch Erfolge gab. Heute wird der Schnitt von 2400 für die Kalkulation kaum erreicht. Erschwerend kommt nach einer Umfrage für den Klub hinzu: Die Touristen lassen sich nicht mehr unterhalten, sondern wollen selbst aktiv werden. Nicht nur der Eishockeyklub, sondern auch ländliche Theatergruppen klagen über immer geringeren Zuschauerzuspruch.

Die finanzielle Notlage zwingt den Klub, auf den Einkauf von Stars zu verzichten und sich mehr um die Nachwuchsarbeit zu kümmern. Diese Linie befolgte der SC Rießersee schon seit Jahren. Die Rechnung ging auch auf, weil mit Torwart Dzurilla und den Nationalspielern Franz Reindl, Ernst Höfner, Ignaz Berndaner und Peter Gailer noch erfahrene Spieler in der Mannschaft standen. Doch Dzurilla hörte auf, Höfner und Gailer mußten aus finanziellen Gründen verkauft werden.

Zu Beginn der Saison mußte der Trainer Doug Gibson, mit 30 Jahren jüngster Bundesligatrainer, diesen Trend fortsetzen. Sechs Juniorenspieler baute er ein in sein Team, in dem zwei Torleute stehen, die gerade 20 Jahre alt sind. Bis zum letzten Wochenende schaute sich Kraus die Arbeit des Trainers an, dann meinte er: „Es hat keinen Zweck mehr mit ihm. Er hat das falsche Spielsystem praktiziert. Das Team ist zu offensiv eingestellt, die Abwehrarbeit wird vernachlässigt." Fortan übernahm ein Bruder von Nationalspieler Franz Reindl das Training, der bislang den Nachwuchs betreute. Gleichzeitig verpflichtete der Klub den Iserlohner Trainer Dieter Hoja. Der ist Lehrer und kümmert sich nur am Wochenende um die Mannschaft, indem er das Team aufstellt. Aber auch Doug Gibson mischt immer noch beim Training in der Woche mit. Wenn das eine klare Konzeption sein soll, um aus der Krise herauszukommen? Deshalb sieht es wohl eher danach aus, als wenn der Traditionsklub bald in die Zweitklassigkeit verschwinden wird.

Torschützenliste

Nach dem zwölften Bundesliga-Spieltag führen zwei Landshuter die Torschützenliste an: Helmut Steiger mit 14 Treffern vor Erich Kühnhackel (13). Der Finne Martti Jarkko (Iserlohn) traf bisher zwölfmal. Nach vorn gearbeitet hat sich der Kaufbeurer Heckelsmüller (9). Er erzielte beim 12:7 über Freiburg fünf Tore.

Ein klassisches Eigentor geschossen

Der dreijährige Hengst Esprit du Nord hat auf der Galopprennbahn in Köln im Preis von Europa, einem von fünf Rennen der höchsten europäischen Kategorie hierzulande, den deutschen Hengst Abary mit Halsvorsprung besiegt. Jockey Lester Piggott (47) zeigte im Sattel des aus französischer Zucht stammenden Pferdes einen seiner fast unzähligen Meisterritte.

Trotzdem muß festgestellt werden, daß nicht das beste Pferd den Preis von Europa 1983 gewonnen hat. Das bessere Pferd im Rennen war mit Sicherheit Abary. Der Hengst aus dem Gestüt Fährhof, im Deutschen Derby nach einem nicht überzeugenden Ritt des Briten William Carson nur Sechster, hat anschließend im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf den zweimaligen Galopper des Jahres Orofino geschlagen. Dann folgte ein ehrbarer zweiter Platz hinter dem Engländer Diamond Shoal im Großen Preis von Baden in Iffezheim.

Beide Rennen zählen ebenso wie der Preis von Europa zur Europa-Gruppe I. Für den Erfolg über Orofino mußte Abary am Sonntag in Köln zwei Kilo Blei mehr tragen als Esprit du Nord. Der war zwar Dritter im französischen Derby und Zweiter im englischen St. Leger, aber er hatte bislang kein Rennen der Gruppe I gewonnen, deshalb brauchte er nur 54 Kilo zum Sieg im Preis von Europa schleppen. Ein Kilo ist im Endkampf erfahrungsgemäß etwa eine Pferdelänge.

Nun stammt die Erfindung, daß ein Pferd, das noch kein Rennen der Gruppe I gewonnen hat, zwei Kilo weniger zu tragen hat, keineswegs aus einer geheimnisvollen Quelle. Das hat eine Kommission hochkarätiger Experten des deutschen Turfs vor Jahren beschlossen. Die Herren haben dabei übersehen, daß eine gute Plazierung in einem Derby von Frankreich oder St. Leger von England mit einem Sieg in einem deutschen Gruppe-I-Rennen nicht vergleichbar ist. Eine solche Plazierung ist normalerweise deutlich höher einzuschätzen. Das hat Esprit du Nords Erfolg im Preis von Europa bewiesen. Die deutschen Turf-Funktionäre haben mit ihrer Entscheidung ein klassisches Eigentor geschossen. Abarys Besitzer und Züchter Walther Jacobs aus Bremen kostete das exakt 141 000 Mark und die Ehre, nach Ebano 1977 einen zweiten Europapreis-Sieger sein eigen nennen zu können. Immer wieder beklagen sich die deutschen Pferdezüchter und -besitzer über die vielen Nachteile, die ihnen der Staat einbrockt. Wieder einmal zu Recht.

KLAUS GÖNTZSCHE

STAND PUNKT

SCHACH / Einigung über WM-Halbfinalspiele

Sowjets entschuldigten sich beim Weltverband

Nea. **Frankfurt**

Mit seiner harten Haltung gegenüber dem sowjetischen Schachverband hat sich der Präsident des Weltschachbundes (FIDE), Florencio Campomanes, auf dem jetzt zu Ende gegangenen FIDE-Kongreß in der philippinischen Hauptstadt Manila durchgesetzt. Die Russen entschuldigten sich offiziell für das Nichtantreten ihrer WM-Kandidaten Kasparow und Smyslow beim Halbfinale. Außerdem beschloß der Kongreß gegen die Stimmen des Ostblocks, die Einzelweltmeisterschaft künftig alle zwei statt bisher drei Jahre durchzuführen.

Auf der anderen Seite sind die zunächst zu kampflosen Siegern erklärten WM-Kandidaten Kortschnoi (Schweiz) und Ribli (Ungarn) jetzt bereit, erneut gegen ihre Halbfinalgegner anzutreten. Als Ausrichter haben sich (voraussichtlich jeweils für beide Kämpfe) die Städte Rotterdam und Graz beworben. Ursprünglich sollte in Pasadena (USA) und Abu Dhabi (Vereinigte Emirate) gespielt werden.

Gestritten wird noch ums Geld. Die Ungarn verlangen, daß für beide Kämpfe der gleiche Preisfonds zur Verfügung steht. Kortschnoi wiederum besteht darauf, daß für seinen Kampf gegen den 19jährigen sowjetischen Wunderknaben Kasparow dieselbe Preissumme ausgesetzt wird, wie sie seinerzeit in Pasadena bereitstand (140 000 Schweizer Franken). Dies würde bedeuten, daß sich der gesamte finanzielle Aufwand für die Kämpfe erheblich vergrößert.

Neben der alle zwei Jahre stattfindenden Schach-Olympiade (mit Vierer-Teams) will die FIDE künftig alle vier Jahre eine Mannschafts-WM mit Achtermannschaften durchführen. Zusammen mit der zeitlichen Straffung der WM-Qualifikation auf zwei Jahre, in denen die Zonen- und Interzonenturniere, ein Kandidatenturnier, ein Kandidaten-Finale sowie schließlich der Kampf zwischen amtierendem Weltmeister und Herausforderer durchgeführt werden müßte, bedeutet dies eine nahezu vollkommene Professionalisierung des Spitzenschachs. Amateuren, wie der Deutsche Robert Hübner lange Jahre immer noch einer war, wäre der Aufstieg an die Weltspitze praktisch unmöglich.

BOXEN

Weller entging der Verhaftung

sid, **München**

Boxprofi René Weller ist am Freitag vor seinem Weltmeisterschaftskampf gegen James Ortega (USA) in der Frankfurter Festhalle nur knapp einer Verhaftung entgangen. Sechs Kriminalbeamte saßen mit einem Haftbefehl gegen den neuen Titelträger des neugegründeten Verbandes WAA (World Athletic Association) am Ring. Erst eine Kaution in Höhe von 7000 Mark, die Weller-Freundin Doris Heinz unmittelbar vor dem Kampf hinterlegte, rettete den Fight.

Weller wird vorgeworfen, Goldstaub und Silber im Wert von 10 000 Mark von einem Hehler gekauft zu haben. Zum Gerichtstermin gegen den inhaftierten Hehler war Weller als Zeuge geladen, doch es erschien nur sein Anwalt Dr. Ruppert. Daraufhin wurde der Haftbefehl ausgestellt. Weller bestreitet die Vorwürfe.

Es ist nicht das erste Mal, daß Weller mit dem Gesetz in Konflikt kommt. In einem ruhenden Verfahren ist Weller wegen Hehlerei angeklagt. In München hat er sich in einem laufenden Prozeß wegen Nötigung zu verantworten.

Kritik an Behinderung des Transitverkehrs

„ÖTV-Aktion in Berlin verstößt gegen alliiertes Recht"

F. D./rb./DW. **Berlin/Bonn**

Auf scharfe Kritik sind in Berlin die Warnstreikaktionen der ÖTV gestoßen, die am Sonntag mehrere Stunden lang die Ausreise von Fernfahrern am Berliner Kontrollpunkt Dreilinden behinderten und gestern an der Autobahnraststätte Helmstedt nach Angaben der Polizei mit einer rund acht Kilometer langen Lkw-Schlange den Verkehr nach Berlin behinderten. Erst am Nachmittag löste sich der Stau in Helmstedt langsam auf.

Die ÖTV-Aktion in Berlin hatte mit dem Querstellen eines Lkw auf der Zufahrt zum Kontrollpunkt begonnen. Als die Polizei mehrere Abschleppwagen auffahren ließ, löste sich die Blockade in Berlin nach drei Stunden langsam auf. Der Pkw-Ausreiseverkehr und der gesamte Einreiseverkehr nach Berlin wurde von den Gewerkschaftsprotesten nicht beeinträchtigt. Am Transitübergang Helmstedt kamen allerdings zahlreiche Pkw-Fahrer nur im Stop-and-Go-Tempo voran.

Der Berliner Justizsenator Hermann Oxford (FDP) wies gestern noch einmal darauf hin, daß die Behinderung des Gütertransitverkehrs von und nach Berlin durch warnstreikende Fernfahrer gegen alliiertes Recht verstoße. Nach der Verordnung 534 der Alliierten Stadtkommandanten vom 5. September 1968 könne bestraft werden, wer die Beförderung von Personen oder Gütern „zwischen Berlin und den übrigen Teilen Deutschlands behindert, verzögert oder gefährdet". Solche Handlungen könnten mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren oder mit Geldstrafen bis zu 50 000 Mark geahndet werden.

Der Kritik von Oxford schloß sich gestern auch der Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeir an. Der Politiker kritisierte, mit der Einbeziehung des Berliner Fernverkehrs in die Warnstreiks setze sich die Gewerkschaft klar über die übergeordneten Interessen der Stadt hinweg. Die Berliner könnten, so Straßmeir, kein Verständnis dafür aufbringen, daß eine deutsche Gewerkschaft auf die Lebensinteressen Berlins keine Rücksicht nehme.

Auch die Berliner Arbeitgeber verurteilten die Blockade als „Verletzung lebenswichtiger Interessen der Stadt". Die Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände (ZBA) warf der ÖTV außerdem vor, sie behindere am Kontrollpunkt Helmstedt auch Transporte mit Lebensmitteln. Damit habe die ÖTV ihr Versprechen gebrochen, derartige Transporte nicht in die Warnstreiks mit einzubeziehen.

Während es zu Behinderungen durch die Warnstreik-Aktionen bei Aachen nach Belgien und Venlo nach den Niederlanden gekommen war, blieb es auf der meistbefahrenen Autobahn von und nach den Niederlanden zwischen Oberhausen über Emmerich nach Arnheim ruhig. Die von der ÖTV eingerichteten Informationsstände an der Autobahnraststätte Hünxe zwischen Oberhausener Kreuz und der deutsch-niederländischen Grenze bei Elten wurden über Stunden nicht von den Fernfahrern angefahren. Drei Stunden nach Beginn des Warnstreiks und der begleitenden Aktionen wurde die Zahl der ÖTV-Funktionäre am Informationsplatz Hünxe stark verringert. Die siebensprachigen Flugblätter für ausländische Kollegen blieben liegen.

In Bayern und Baden-Württemberg kam es zu keinen Stauungen oder Zwischenfällen wegen des Warnstreiks.

Einer der Fernfahrer von den rund 150 Lastzügen, die sich am Warnstreik an der deutsch-niederländischen Grenze bei Venlo beteiligten, erklärte, daß die Geduld der Fernfahrer am Ende sei. „80- bis 100-Stunden-Wochen sind für uns das Normale. Von der Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Wochen können *wir nur träumen. Ich möchte einmal* erleben, nur 60 Stunden in der Woche hinterm Steuer zu sitzen. Deshalb stehe ich hier. Mein Bettzeug in der Kabine brauche ich praktisch nie zu wechseln. Zum Schlafen bleibt kaum Zeit." Der Fahrer, der bei einer kleineren Spedition in Norddeutschland mit zehn Lastzügen arbeitet, döst, wie viele seiner Kollegen, lieber einige Stunden auf einem Rastplatz hinter dem Lenkrad, bevor er unter Termindruck weiterfährt, wie er berichtete.

Hessen: Dritte grüne Gruppe meldet sich

Nea. **Frankfurt**

Das Verwirrspiel um die Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen in Hessen wird immer verzwickter. Nach der Landesversammlung der Grünen, die große Kooperationsbereitschaft signalisiert hat, und den sogenannten Fundamentalisten, die jede Verhandlung mit der SPD ablehnen, hat sich gestern ein „Landesweiter Friedensausschuß der Grünen Hessen" gemeldet. Er formuliert, um „Widersprüche zwischen den Grünen und der Friedensbewegung" zu vermeiden, acht „unverzichtbare Bedingungen" für Verhandlungen mit der SPD über den Haushalt '83. Im einzelnen werden u. a. genannt die „Durchführung eines Volksentscheids über den Frieden", die Wiederaufforstung der fast fertiggestellten Startbahn West, der Verzicht auf „Infrastrukturmaßnahmen, die militärischen Zwecken dienen" (als Beispiel wird der Weiterbau der Autobahnen A 60 und A 66 angeführt), keine Beteiligung hessischer Behörden an Planung und Durchführung von Manövern sowie „kein weiterer Ausbau von Gefängnissen".

Jenninger: SPD stellt Bündnis in Frage

rtr, **Bonn**

In scharfer Form hat die Bundesregierung gestern auf die neuen Beschlüsse von SPD-Landes- und Bezirksparteitagen gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen reagiert. Der Staatsminister im Kanzleramt, Philipp Jenninger, erklärte, wer „ohne Wenn und Aber" aus dem NATO-Doppelbeschluß zur Raketenrüstung aussteigen wolle, stelle das Bündnis selbst in Frage. „Lippenbekenntnisse und papierne Zustimmung für die NATO sind wertlos, wenn sie mit der vorbehaltlosen Ablehnung des wichtigsten Beschlusses einhergehen, den die NATO in den letzten anderthalb Jahrzehnten gefaßt hat", kritisierte der CDU-Politiker.

Jenninger hielt den Sozialdemokraten vor, sie seien im Begriff, Glaubwürdigkeit, Verläßlichkeit und Berechenbarkeit der deutschen Politik zu untergraben.

Kohlerunde: Lohnausgleich umstritten

Stoltenberg will keine neuen Tatbestände für Dauersubventionen schaffen

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Finanzierung der Anpassungsschichten zur Senkung der deutschen Kohleförderung war das beherrschende Thema in der „Kohlerunde", die ursprünglich für den 29. September geplant war und nun gestern unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Bonn stattfand. Der Widerstand der Bundesregierung gegen die Gewerkschaftsforderung nach vollem Lohnausgleich dürfte auch der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß sich die Veranstaltung der Vertreter des Kohlebergbaus, der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) sowie der Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Saarland länger als ursprünglich vorgesehen hinzog.

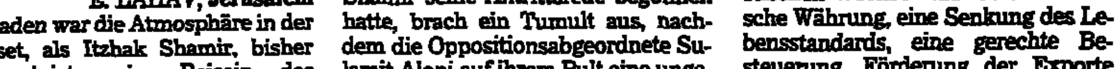
Nicht durch Stillegung besonders unrentabler Zechen, sondern durch Anpassungsschichten soll nach dem Willen der Gewerkschaft die deutsche Kohleförderung dem voraussichtlichen mittel- und langfristigen Bedarf entsprechend um jährlich etwa *zehn Millionen Tonnen heruntergefahren* werden.

Die IGBE will sich allerdings nicht mit der Zahlung des Kurzarbeitergelds in Höhe von 68 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens zufriedengeben. Bund und Länder sollen den Bergleuten vollen Lohnausgleich garantieren, also die restlichen 32 Prozent zuzahlen. Aus grundsätzlichen wie haushaltspolitischen Erwägungen ist Bonn zu einem solchen Zugeständnis nicht bereit.

Zum einen würde der Bund damit eine entsprechende Arbeitseitzeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich finanziell unterstützen und damit entsprechenden Forderungen anderer Gewerkschaften neuen Auftrieb geben, also die Gefahr eines Präzedenzfalles schaffen. Nach einer Ersatzlösung wurde noch gesucht. Zum anderen will Finanzminister Gerhard Stoltenberg, der in der Sitzung durch seinen Staatssekretär Günter Obert vertreten wurde, keine neuen Tatbestände für Dauersubventionen schaffen.

Die Forderung des IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt nach einer auf fünf Jahre befristeten Zusage der öf*fentlichen Hand für vollen Lohnaus*gleich hatte daher in der gestrigen Runde keine Chance. Ihm wurde geraten, mit den Tarifpartnern, also den Bergbauunternehmen – vor allem der Ruhrkohle AG als dem größten Kohleproduzenten – auszuhandeln, ob und inwieweit Zuschläge zu dem für alle Branchen geltenden Kurzarbeitergeld zu erreichen sind. Für die auf Bund- und Ländersubventionen angewiesenen Bergbauunternehmen dürfte der Spielraum allerdings nur gering sein – es sei denn, die öffentliche Hand erklärte sich bereit, gleichsam über die „Hintertür" anderer Subventionen die Aufstockung des Kurzarbeitergelds zu finanzieren.

Auch andere Fragen des gestern *erörterten Neun-PunkteKatalogs* zur Kohlepolitik wurden diskutiert. So will die Bundesregierung an der geltenden Importkohle-Regelung nicht rühren, während die übrigen Beteiligten sich überwiegend für zusätzliche Einschränkungen aussprachen. Ferner will Bonn an der Investitionshilfe im bisherigen Rahmen festhalten und die Unterstützung der Kohle im Wärmemarkt auf derzeitigem Niveau belassen, während zum Beispiel der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen eine Aufstockung fordert.



Tumulte bei Shamirs Antrittsrede

Regierungsprogramm bleibt unverändert / Peres beharrt auf baldigen Neuwahlen

E. LAHAV, **Jerusalem**

Geladen war die Atmosphäre in der Knesset, als Itzhak Shamir, bisher Außenminister, im Beisein des Staatspräsidenten um ein Vertrauensvotum für seine neue Regierung bat. Es wird die erste Regierung in sechs Jahren ohne Begin sein. Begin selbst war nicht anwesend, obwohl er weiterhin Abgeordneter ist. Es wird aber erwartet, daß der frühere Regierungschef bald seinen Rückzug aus der *Knesset bekanntgibt.*

Die Bankaktienkrise überschattete ganz offensichtlich die Debatte. Die Spannung machte sich Luft, als Oppositionsführer Shimon Peres den Vorsitzenden des Beirates der Nationalbank, Abraham Shapiro, persönlich angriff. Doch als sich dieser rechtfertigen wollte, ließen ihn die Oppositionsabgeordneten nicht zu Worte kommen, ein wildes Durcheinander von Zwischenrufen brach aus.

Schon wenige Minuten, nachdem Shamir seine Antrittsrede begonnen hatte, brach ein Tumult aus, nachdem die Oppositionsabgeordnete Sulamit Aloni auf ihrem Pult eine ungefähr einen Meter große Kartonfigur aufstellte, die Shamir in der Kleidung eines Ultraorthodoxen zeigte, über ihm eine Dollarnote und dazu die Aufschrift „nur so" (der Kampfruf der von Begin im Zweiten Weltkrieg geführten Untergrundbewegung). Erst als Knessetpräsident Savidor drohte, Ordner einzusetzen, faltete die Abgeordnete Aloni die Kartonfigur zusammen.

Shamirs 20-Mann-Kabinett ist bis auf einen Minister identisch mit der vorigen. Shamir selbst behält das Außenministerium bei. Auch das frühere Regierungsprogramm wurde wörtlich übernommen außer dem Absatz, der die Annexion der Golanhöhe vorsieht – denn diese ist faktisch bereits vollzogen worden.

Als Shamir auf die Wirtschaftspolitik zu sprechen kam und einen realistischen Wechselkurs für die israelische Währung, eine Senkung des Lebensstandards, eine gerechte Besteuerung, Förderung der Exporte und Einschränkung der Importe verlangte, wurde er von Peres unterbrochen: „Warum fordern Sie das? Warum haben Sie es statt dessen nicht selbst durchgeführt, als Sie in den vergangenen sechs Jahren ein nicht unwichtiges Mitglied der Regierung waren?"

Peres wies auf die schwache Mehrheit hin, auf die sich die neue Regierung stützt – im besten Fall 64 gegen 56. Er kündigte an, seine Partei werde ein Gesetz zur Auflösung der Knesset und zur Ausrufung von Neuwahlen einbringen. „Begin hat uns noch immer nicht enthüllt, warum er zurückgetreten ist ... Trotzdem ist er bislang das einzige Regierungsmitglied, das aus dem Versagen der Regierung im Libanonkrieg die nötigen Konsequenzen gezogen hat." (SAD)

Seite 2: Nach Begin

IG Metall nennt Forderung für Stahlsanierung

rtr, **München**

Die Industriegewerkschaft Metall verlangt eine überbetriebliche Mitbestimmung bei der Sanierung der Stahlindustrie.

Beim Gewerkschaftstag der IG Metall in München forderte Vorstandsmitglied Rudolf Judith am Montag die Einsetzung eines Stahlausschusses, der sich aus Bund, Ländern, der Stahlindustrie und der Gewerkschaft zusammensetzen soll. Dessen Arbeit an einer Neuordnung der Stahlindustrie müsse auf die Sicherung der Stahlstandorte *und der Beschäftigung* in den Stahlrevieren hinauslaufen.

Begleitet werden müsse die Neuordnung bei der Stahlindustrie durch ein soziales Begleitprogramm, verlangte Judith. Es müsse die folgenden Elemente enthalten: Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre, ohne daß dabei die Renten vermindert würden, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Haft für polnische Botschaftsbesetzer

AP, **Lausanne**

Sechs Jahre Zuchthaus für den 43jährigen Anführer Florian Kruszyk, Gefängnisstrafen von zweieinhalb bis drei Jahren für seine drei Komplizen: So lautet das gestern verkündete Urteil des Bundesstrafgerichts in Lausanne gegen die Besetzer der polnischen Botschaft in Bern im September 1982. Damit ist das *Gericht weitgehend den Anträgen* des Staatsanwalts gefolgt.

In der Urteilsbegründung attestierte der Gerichtsvorsitzende Georg Messmer den Angeklagten zwar „ethisch achtenswerte Beweggründe", doch könnten die angewandten Mittel damit nicht entschuldigt werden. Klar abgelehnt hat das fünfköpfige Richtergremium die vom Hauptangeklagten ins Feld geführte Notstandssituation. Kruszyk wurde im vollem Umfang der Anklage schuldig gesprochen, also wegen Freiheitsberaubung, Nötigung, versuchter Erpressung von drei Millionen Franken Lösegeld, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Unbeteiligte Streikopfer

fu (London) – Das britische Automobilwerk Halewood von Ford ist vom Pech verfolgt. Zunächst war es im Frühjahr durch einen Ausstand von 3000 Mitarbeitern für etwa vier Wochen lahmgelegt worden, nachdem ein Montage-Arbeiter angeblich mutwillig ein Autoteil verbogen hatte und daraufhin fristlos entlassen worden war. Diesmal sind die Beschäftigten selbst Opfer eines Arbeitskampfes.

Seit fünf Wochen streiken die Fahrer eines Autotransport-Unternehmens, das normalerweise etwa 60 Prozent der Halewood Autoproduktion an die Händler ausliefert. Mehr als 13 000 Escorts und Orions warten so inzwischen auf den Abtransport. Der Geschäftsleitung blieb nichts anderes übrig, als die Produktion der beiden Modelle bis auf weiteres zu stoppen und die Hälfte der 8500 Mitarbeiter auf unbestimmte Zeit und bei nur 80 Prozent ihrer Basis-Bezüge freizustellen.

Es ist verständlich, daß die 200 Lkw-Fahrer, von denen angeblich bis zu 90 entlassen werden sollen, alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um dieses Schicksal abzuwenden. Doch das Streikmittel ist völlig unangemessen, wenn Tausende unbeteiligter Automobilarbeiter deswegen erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen und letztlich ebenfalls um ihre Arbeitsplätze bangen müssen.

Es ist dies das alte Leid der britischen Gewerkschaftsszene, die keinerlei Rücksichtnahme kennt und ohne ausreichenden gesetzlichen Rahmen weiterhin unhaltbare Zustände provoziert, auch wenn die Zahl der Streiks in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist. Hier gibt es bei der anstehenden weiteren Reform des Gewerkschaftsrechts noch einiges zu tun.

Schußfahrt

nl – Noch bevor die erste Schneeflocke vom Himmel gefallen ist, drohen im Sportartikel-Einzelhandel Süddeutschlands die Preise insbesondere für Skiausrüstungen auf die Rutschbahn zu geraten. Auslöser für die Schußfahrt der Preise ist die Liquidation der WM Sport GmbH, die mit 46 Verkaufshäusern in den Städten Baden-Württembergs und im bayerischen Schwaben zu den großen deutschen Unternehmen dieser Sparte zählt. Groß ist deshalb auch das Wehklagen aus der Branche. Denn jetzt gilt es, acht Wochen lang mit den um bis zu 50 Prozent reduzierten Preisen dieser Gruppe beim Wettkampf um die Kundengunst mitzuhalten. Dabei tut sich der Sportartikelhandel schon schwer genug, die schmalen Bretter unter Anpreisung neuer technischer Finessen und modischer Farbkreationen unter die Leute zu bringen. Nicht zuletzt sind infolge des vergangenen schneearmen Winters viele Händler auf ihrer Ware sitzengeblieben. Die Startbasis der Branche für die neue Saison ist also denkbar ungünstig.

EG-MINISTERRAT / Tiefgreifende Divergenzen über die Schlüsselprobleme

Diskussion um Reform der Agrarpolitik steckt noch immer in den Anfängen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Den Beginn wirklicher Verhandlungen über die Reform der Europäischen Gemeinschaft erhoffen sich EG-Kreise von der dreitägigen Sonderkonferenz des Ministerrates, die gestern in Athen eröffnet wurde. Die bisherigen Beratungen über die eng miteinander verbundenen Probleme der Agrar- und Finanzreform haben kaum mehr als Gegenüberstellungen unterschiedlicher Positionen gebracht. Bis zum nächsten Gipfeltreffen Anfang Dezember bleiben jetzt nur noch acht Wochen.

An der Ratssitzung nehmen diesmal nicht nur die Außen- und Finanz-, sondern auch die Agrarminister teil. Ihr „Dossier" ist bisher am wenigsten vorangekommen. Während sich bei den Problemkreisen „Neue Politiken der Gemeinschaft" keine allzu großen Meinungsunterschiede auftun und bei der Suche nach gerechteren Beitragsbedingungen für die Mitgliedsländer allmählich kompromißfähige Modelle ins Spiel kommen, steht die Reform der Landwirtschaftspolitik noch immer am Anfang. Ein Resümee des Generalsekretärs des Rates zum Stand der Gespräche spricht von „tiefgreifenden Divergenzen über die Schlüsselprobleme".

Die Vorgespräche auf Experten- und Ministerebene haben sich vor allem auf fünf Fragen konzentriert: die Einführung von Garantieschwellen für Erzeugnisse mit strukturellen Überschüssen, den Abbau der Währungsausgleichsbeträge, eine Überprüfung der geltenden Beihilferegelungen, eine „kohärentere" Außenhandelspolitik sowie Möglichkeiten für eine bessere Kontrolle der Kostenentwicklung im Agrarbereich. Dazu gehören vor allem Vorschläge der Briten und Holländer, die Agrarausgaben, die gegenwärtig rund zwei Drittel des Gesamtbudgets ausmachen, durch eine besondere EG-Verordnung auf einem niedrigeren Anteil zu „zementieren".

Am meisten Kopfzerbrechen bereitet nach wie vor die Kostenexplosion im Milchsektor. Der Vorschlag der EG-Kommission, für alle Molkereien Produktionsquoten festzulegen und die über diese Kontingente hinausgehenden Mengen mit einer „Superabgabe" von 75 Prozent des Interventionspreises zu belasten, trifft auf entschiedenen Widerstand Frankreichs, Irlands und Belgiens. Diese Länder fürchten um die Einkommenssicherung für ihre zahlreichen kleinen Milcherzeuger. Sie treten eher für eine nach der Produktionsmenge gestaffelte „Mitverantwortungsabgabe" oder für ein Quotensystem ein, das auf Einzelbetriebe abgestellt ist.

Kostendämpfungen durch Preissenkungen, wie sie zum Beispiel durch Großbritannien angeregt werden, hält die Kommission für politisch nicht realisierbar. Um einen gleich großen Einsparungseffekt zu erzielen wie bei der Einführung eines Quotensystems, müßten nach ihren Berechnungen die Preise um zwölf Prozent gesenkt werden. Dies sei ohne einen direkten Einkommensausgleich für Kleinbauern kaum möglich, der wiederum die Einsparungen um die Hälfte reduzieren würde.

Festzustehen scheint, daß eine große Mehrheit der Delegationen für eine schnellere Beseitigung der Währungsausgleichsbeträge im Handel plädiert. Diese Position trifft auf entschiedenen deutschen Widerstand. Bonn hat sich bisher den Kommissionsvorschlägen für einen automatischen Abbau der bestehenden Grenzabgaben in zwei Jahren und der künftigen in drei Stufen zur Wehr gesetzt. Seine eigene Anregung, die Ausgleichsbeträge nach den „grünen" Kursen der jeweils härtesten Währung zu berechnen (was Preissenkungen für die deutschen Landwirte ausschließen würde), fand bisher kein Gehör.

Wie es scheint, sind die Agrarprobleme überhaupt nur im Zusammenhang mit den Entscheidungen über die künftige Finanzverfassung der EG zu lösen. Besonders die divergierenden Interessen Frankreichs und Großbritanniens dürften nur dann auf einen Nenner zu bringen sein, wenn es gelingt, das leidige britische Budgetproblem aus dem Wege zu räumen.

HWWA

Die Banken verschärfen die weltweite Verschuldungskrise

VWD, **Hamburg**

„Durch falsches Verhalten verschärfen die Banken die internationale Verschuldungskrise." Der Hamburger Verschuldungsexperte Rainer Erbe hält ein Umdenken auf seiten der Gläubiger für dringend geboten. Angesichts der sich zuspitzenden Verschuldungskrise seien aus Kreisen der Geschäftsbanken immer häufiger Vorschläge zu hören, die alle mehr oder weniger verbrämt forderten, daß die westlichen Regierungen und Notenbanken die entstandenen Risiken und Lasten übernehmen sollten.

Derartige Pläne, so schreibt Erbe in der vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, herausgegebenen Zeitschrift „Intereconomics", die letztlich nur Symptome kurierten, seien überflüssig und schädlich. Dringend notwendig sei ein Umdenken auf Seiten der Gläubiger.

Wenn von der internationalen Verschuldungskrise die Rede ist, werden vor allem Brasilien, Mexiko und Argentinien als Hauptschuldnerländer genannt. Aber weltweit sind es über 40 Länder, die ihre Zins- und Tilgungszahlungen einstellen mußten; allen voran rangieren die südamerikanischen Länder. Heute, meint Erbe, ist das internationale Finanzsystem in größerer Gefahr als noch vor einem Jahr bei der erfolgreichen Regelung der Mexiko-Schulden.

Die Banken, so Erbe, hätten durch jahrelange unbekümmerte Kreditvergabe viel zur heutigen Krise beigetragen. Ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte habe sie inzwischen zwar gelehrt, daß auch Staaten Bankrott machen könnten, solche Pleiten aber eher überlebten als ihre privaten Gläubiger. Diese Erkenntnis drohe die Banken nun zu veranlassen, durch abermals falsches Verhalten die Krise noch zu verschärfen. Bedenklich erscheinen den Verschuldungsexperten neben der drastischen Drosselung der Kreditvergabe und den immer kürzeren Kreditlaufzeiten, die die betroffenen Länder vor kurzfristig unlösbare Anpassungsprobleme stellten.

Viele Schuldner benötigen nach Ansicht von Erbe mehr als nur kurze Atempausen. Die immer wieder erforderlichen, mit einigen Ländern nahezu in Permanenz geführten Verhandlungen über Teilbeträge bänden bei Gläubigern wie bei den betroffenen Regierungen beträchtliche Ressourcen, schafften Unruhe und erschwerten eine langfristig angelegte Wirtschaftspolitik, die die Voraussetzung für eine politische Stabilisierung und eine wirtschaftliche Gesundung der Schuldnerstaaten sei.

Die Banken würden um eine maßvolle Vergabe neuer Kredite und um die zügige Umwandlung ihrer – de facto schon jetzt – eingefrorenen Außenstände in langfristige Verbindlichkeiten mit längeren tilgungsfreien Perioden daher nicht herumkommen. Werde schnell und besonnen gehandelt, so erscheine die Weltschuldenkrise nach wie vor als beherrschbar und längerfristig auch lösbar.

Langer Marsch

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

China – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten? Um die Dimension abzustecken, griff Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff jetzt in seinem Gespräch mit Ministerpräsident Zhao Ziyang zu folgendem Vergleich: Bei mehr als einer Milliarde Menschen bringt es China auf ein Bruttosozialprodukt von 825 Milliarden Yuan, in der Bundesrepublik sind es 1350 Milliarden Yuan bei einer Bevölkerung von nur 62 Millionen.

Zwar gehört das Reich der Mitte gegenwärtig zu den wenigen Ländern, in denen die Wirtschaft floriert. Im vergangenen und in diesem Jahr dürfte das Bruttosozialprodukt um jeweils rund neun Prozent höher ausfallen als in der vorangegangenen Periode. Aber: Ein großer Sprung nach vorn ist dies angesichts des niedrigen Ausgangsniveaus noch nicht. Der ist jedoch auch nicht geplant. Die Wirtschaftspolitik zielt vielmehr auf ein organisches Wachstum ab, was das Land verkraften kann und zu keinen abrupten Brücken führt. Vorsicht ist eine Vokabel, die jetzt in Peking immer wieder benutzt wurde.

Vor diesem Hintergrund müssen auch die Verabredungen und Verträge gesehen werden, die jetzt auf der 3. Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses zu Papier gebracht wurden, die zum Teil einen Fortschritt bedeuten. So drängt die deutsche Wirtschaft seit Jahren auf eine engere Zusammenarbeit beim Rohstoff. Es böte sich geradezu an, daß deutsche Firmen jetzt die Anlagen liefern und die Bezahlung später aus dem Verkauf der Rohstoffe erfolgen würde.

Der Ministerpräsident betont zwar, China wolle Rohstoffe zum Erwerb der Technologie zur Modernisierung der Wirtschaft einsetzen. Zugleich erläutert er jedoch: Zieht man eine Linie vom Nord-Osten zum Süd-Westen des Landes, so leben 90 Prozent der Menschen im Osten. Auf der anderen Seite liegen jedoch die riesigen Rohstoff-Vorkommen. Damit soll demonstriert werden, welche Infrastrukturprobleme, vor allem im Verkehrswesen und in der Energieversorgung, zu lösen sind, bevor in größerem Maßstab an die Ausbeutung der Schätze herangegangen werden kann. Auch dabei sollen die Ausländer helfen, und mehrere deutsche Firmen haben ihre Offerten abgegeben und es wird verhandelt. Peking will sich jedoch nicht im größeren Maßstab im Ausland verschulden.

In diesem Jahrzehnt werde langsam angefangen, um möglicherweise in den neunziger Jahren mehr zu machen, erläuterte ein Beamter aus dem zuständigen Pekinger Ministerium. Die Öffnung nach außen ist langfristig angelegt, bis ins nächste Jahrhundert hinein, sagte Zhao Ziyang. Und geschehen werde nur das, was im chinesischen Interesse liegt, fügen Pekinger Beobachter hinzu. Das dürfte auch für die Gründung von gemischten Gesellschaften gelten. Durch den Abschluß des Investitionsschutzabkommens wurden jetzt zwar die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert. Wie die jedoch ausgefüllt werden, hängt weitgehend von den Chinesen ab, wie sich am Beispiel VW zeigt.

Die Wolfsburger hatten mit dem Shanghaier Unternehmen Stac einen Vertrag über ein Gemeinschaftsunternehmen ausgehandelt, das 20 000 bis 30 000 Santana im Jahr produzieren sollte. Dann gab es Schwierigkeiten, sollten die Absprachen nachgebessert werden. Über die Gründe lassen sich nur Vermutungen anstellen, und die gehen dahin, daß aus Peking quer geschossen wurde.

In welchem Umfang gemischte Gesellschaften gegründet werden, hängt auch entscheidend davon ab, ob die Produktion vorrangig in den Export gehen soll, wie ursprünglich beabsichtigt, oder ob auch der Binnenmarkt geöffnet werden soll, was jetzt der Ministerpräsident zugesichert hat.

Ideenreich sind die deutschen Unternehmen im China-Geschäft. So beteiligt die Schloemann-Siemag AG, die um drei Jahre verzögert ein Kaltwalzwerk für den Stahlkomplex Baoshan liefert, bei der Ausarbeitung ihres Angebots für eine Warmbandstraße 40 chinesische Ingenieure. Die Kosten für den Deutschland-Aufenthalt werden zwar von Peking getragen. Die Aussichten für den Geschäftserfolg verschlechtern sich dadurch bestimmt nicht.

In der Pipeline sind weitere Projekte. Der Handel soll weiter bergauf gehen. Aber die Erwartungen sollten auch nicht zu hoch geschraubt werden. In China sind die Wege lang.

AUF EIN WORT



„Bei Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich werden wir noch mehr Arbeitsplätze ins Ausland exportieren."

Reinhard Mohn, Aufsichtsratsvorsitzender der Bertelsmann AG, Gütersloh
FOTO: DIE WELT

Festlegungsfrist wird überprüft

dpa/VWD, **Bonn**

Die Festlegungsfrist für Bausparverträge, die im Rahmen des Subventionsabbaugesetzes mit Wirkung vom 13. November 1980 von sieben auf zehn Jahre verlängert worden war, soll überprüft werden. Das hat jetzt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Regierungsfraktionen zur Wohneigentumspolitik erklärt. Die Bausparförderung ist nach Ansicht der Bundesregierung ein wesentlicher Bestandteil der Wohneigentumspolitik. Vor allem junge Menschen würden durch die Bausparförderung angeregt, rechtzeitig regelmäßige Bausparleistungen für den Erwerb von Wohneigentum zu erbringen. Der Bausparanteil (angesparte Bausparguthaben, Bauspardarlehen) mache inzwischen ein Drittel der Gesamtfinanzierung des Wohnungsbaus aus.

AUSLANDSGESCHÄFT

Mehr Informationen über die Töchter deutscher Banken

dpa/VWD, **Bonn**

Einen besseren Einblick in die internationalen Geschäftstätigkeiten der Kreditinstitute strebt die Deutsche Bundesbank an. In einem am Montag veröffentlichten Schreiben an die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft weist die Notenbank darauf hin, daß sie über die inländischen Niederlassungen und über die Filialen deutscher Banken im Ausland durch die Meldungen zur monatlichen Bilanzstatistik und zum Auslandsstatus hinreichend informiert sei. „Dagegen liegen von den Auslandstöchtern lediglich Angaben über ihre Aktiv- und Passivgeschäfte mit Partnern in der Bundesrepublik vor", wird bemängelt.

Das statistische Informationssystem weise erhebliche Lücken auf. Deshalb sollen die monatlichen Teilberichte in der Weise ergänzt werden, daß über die Auslandstöchter in annähernd gleichem Umfang wie über die Auslandsfilialen berichtet wird. Eine Vervollständigung der Meldungen über die Auslandstöchter erscheine auch wegen der internationalen Verpflichtungen unumgänglich, schreibt die Bundesbank. Die von ihr entwickelten Entwürfe für eine vollständige bilanzstatistische Meldung über die Auslandstöchter deutscher Banken sowie für ihren Status gegenüber Geschäftspartnern außerhalb der Bundesrepublik sollen am 25. Oktober in Frankfurt erörtert werden.

Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) geführte Statistik über die Verschuldung von Problemländern basiert bislang auf Meldungen wichtiger Gläubigerländer über die Kreditgewährung der in ihrem Bereich ansässigen Banken. Die Bundesbank entnimmt die Zahlen hierfür den Meldungen zum monatlichen Auslandsstatus der inländischen Bankniederlassungen.

HANDELSKAMMER TEHERAN

Chancen für Belebung des Deutschland-Geschäfts

dpa/VWD, **Bonn**

Eine baldige Wiederbelebung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Iran erwartet die deutsch-iranische Industrie- und Handelskammer in Teheran. Wie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) am Montag in Bonn mitteilte, stützt die deutsche Auslandskammer diese Einschätzung auf zahlreiche positive Anzeichen in Iran, wie abnehmende Ausslandsschulden, steigende Devisenreserven und eine verstärkte Öffnung des Importhandels.

In ihrem jetzt herausgegebenen „Leitfaden für das Iran-Geschäft", nennt die Kammer allerdings auch negative Faktoren. Dazu gehören die Ölpest im Persischen Golf, die kriegsbedingten Infrastrukturmängel bei der Energieversorgung und dem Transportwesen. Andererseits werde der private Sektor immer mehr für industrielle Investitionen geöffnet und mit staatlichen Fördermaßnahmen unterstützt. Als weitere Signale für eine zunehmende Liberalisierung wird registriert, daß vermehrt Ausreise-Visa an Iraner erteilt und Devisenkonten bei iranischen Banken genehmigt werden.

Nach einem Ende des Krieges zwischen Iran und Irak werden „besonders kräftige Geschäftsimpulse für die deutsche Wirtschaft erwartet". Dabei ergebe sich für Iran aus dem Ende des Krieges eine monatliche Haushaltsentlastung von etwa einer Milliarde Mark, mögliche Reparationszahlungen Iraks in Höhe von 500 bis 800 Milliarden Mark und ein Abbau des erzwungenen Konsumverzichts der Bevölkerung.

Der erwähnte Leitfaden für das Iran-Geschäft enthält praktische Tips zu Importbestimmungen, Vertrags- und Garantietexten, Zahlungsabwicklung, Eröffnung von Konten, Transportwesen und Einkaufsorganisationen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Für staatliche Beihilfen

Bonn (rtr) – Zur Sanierung des seit längerem mit Finanzproblemen kämpfenden Arbed-Saarstahl-Unternehmens sind nach Auffassung des designierten saarländischen Wirtschaftsministers Walter Henn weitere öffentliche Beihilfen wahrscheinlich unumgänglich. Wie Henn in einem Rundfunk-Interview erklärte, habe er konkrete Vorstellungen, wie das Problem Arbed zu lösen sei, doch nannte er keine Einzelheiten.

130 000 Besucher

Essen (dpa/VWD) – 130 000 Besucher wurden auf dem 22. Essener Caravan-Salon gezählt, der am Sonntag nach neuntägiger Dauer zu Ende ging. Hersteller wie Besucher beurteilten nach Angaben der Ausstellungsgesellschaft diese Mustermesse positiv. Jeder vierte Aussteller – im Vorjahr jeder fünfte – sprach von zahlreichen Verkäufen; 77 Prozent erwarten ein reges Nachmesse-Geschäft. Nur 19 Prozent der Aussteller waren unzufrieden mit ihrem Verkaufsergebnis. Mehr als drei Viertel der Besucher gaben dem Salon die Noten „sehr gut" und „gut". Als wichtigstes Kaufmotiv wurde von ihnen die Verbesserung von Ausstattung und Technik der Caravans genannt.

FDP stützt Schneiders Kurs

Bonn (dpa/VWD) – Die FDP-Bundestagsfraktion hat verdeutlicht, daß sie den Kurs von Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU) zur stärkeren Förderung selbstgenutzten Wohnraums unterstützen will. Ihr wohnungspolitischer Sprecher, Josef Grünbeck, erklärte, die FDP wolle sich bei den Haushaltsberatungen verstärkt darum bemühen, daß die Schaffung von „Wohnungseigentum große Priorität" erhalte. Entsprechend forderte Grünbeck, daß der Anfang 1983 eingeführte und zeitlich befristete Schuldzinsenabzug für selbstgenutzten Wohnraum in eine neue, dauerhafte Lösung übergeführt werden solle.

Neue Bahn-Emission

Frankfurt (AFP) – Die Deutsche Bundesbahn bereitet eine neue Anleihe vor, die letzte in diesem Jahr. Die Konsortialsitzung findet am Mittwoch nächster Woche in Frankfurt statt. Frankfurter Banken rechnen mit einem Emissionsvolumen von 800 Millionen Mark, von dem mindestens 150 Millionen Mark für die Kurspflege, beziehungsweise für bahneigene Versorgungseinrichtungen reserviert bleiben dürften. Der Nominalzins dürfte bei 8,25 Prozent liegen, der Ausgabekurs bei 100 Prozent.

Klage über Umweltauflagen

Berlin (dpa/VWD) – Die klein- und mittelständischen Brauereien der Bundesrepublik schätzen ihre derzeitige wirtschaftliche Situation als mittelmäßig ein. Die Branche habe mit Kostensteigerungen bei Personal und Rohstoffen sowie Umweltschutzauflagen zu kämpfen, sagte das Vorstandsmitglied der Frankfurter Henninger Bräu AG, Ulf-Dieter Runkel, anläßlich der Eröffnung des „Forum Brauereitechnologie" in Berlin. Die Tendenz zur Konzentration habe sich deutlich verlangsamt. Zur Zeit arbeiteten in der Bundesrepublik knapp 1300 Brauereien, die 1982 rund 94 Millionen Hektoliter Bier ausgestoßen haben. Runkel klagte über hohe Abwassergebühren der Gemeinden, Lärmschutzauflagen von Behörden und den Zwang zum Einbau von Filtern gegen Geruchsbelästigung.

Krügerrand-Absatz

Genf (VWD) – Der Absatz der südafrikanischen Krügerrand-Goldmünzen erreichte weltweit im September 1983 ein Volumen von 274 516 Feinunzen nach 107 952 Feinunzen im Vormonat. Damit sind in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres Krügerrands im Gewicht von 2,547 Millionen Feinunzen abgesetzt worden. 1982 waren Krügerrands im Gewicht von 2,566 Millionen Feinunzen verkauft worden.

STEUERLAST

Franzosen zahlen am meisten

AP, **London**

Die Franzosen und die Niederländer zahlen die höchsten Einkommenssteuern, während die Bundesbürger international im Mittelfeld rangieren. Nach einer am Sonntag von der „Sunday Times" veröffentlichten Statistik der britischen Steuerbehörden überweist ein Lediger in Frankreich durchschnittlich 43 Prozent seines Einkommens an den Fiskus. Kaum besser geht es den Niederländern mit einer Steuerquote von 42 Prozent, während die Deutschen mit 37 Prozent schon deutlich zurück an dritter Stelle liegen.

In Schweden, das allgemein als Land mit besonders hoher Steuerlast gilt, muß ein Unverheirateter dagegen lediglich durchschnittlich 35 Prozent seines Einkommens an das Finanzamt abführen. Für die Briten liegt der Satz bei 32 Prozent, für die Italiener und Amerikaner bei 24 und für die Japaner bei 22 Prozent.

ÖL-VERSORGUNG / US-Sandkastenspiele für den Fall einer Schließung der Straße von Hormuz

Lieferausfälle sind zum größten Teil auszugleichen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In Sandkastenspielen proben US-Ölfachleute den Ernstfall, nachdem Frankreich fünf Super-Etendard-Kampfflugzeuge, die Exocet-Raketen abfeuern können, an Bagdad ausgeliefert hat. Laut James Akins, früher amerikanischer Botschafter in Saudi-Arabien und heute Berater großer Mineralölkonzerne, ist er nun kaum noch abzuwenden. „Auf dem Fuße folgt die Schließung der Straße von Hormuz durch Teheran."

Indes, die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Der Konsens besteht darin, daß eine Unterbrechung der Öllieferungen aus dem Persischen Golf zwar die internationalen Ölmärkte kräftig durcheinanderwirbeln wird und sich die Preise etwa verdoppeln. Nach Ansicht der Standard Oil Company of California ist eine solche Reaktion aber mehr psychologisch bedingt. Eine echte Ölknappheit werde es nicht geben, erklärte ein Sprecher des Unternehmens.

Folgt man Berechnungen der Standard Oil Co. of Indiana, dann können Lieferausfälle durch Ölproduzenten außerhalb der arabischen Welt „zum größten Teil oder sogar ganz" ausgeglichen werden. Wenn Irak und Iran ihre Exporte gegenseitig völlig blokkieren sollten, wird das Minus auf täglich 340 000 Tonnen veranschlagt. Dem stehen allein 1,36 Millionen Tonnen freie Förderkapazitäten innerhalb der Organisation der Erdölexport-Staaten (Opec) und 408 000 Tonnen außerhalb der gesamten Golfregion gegenüber.

Kritisch würde es also erst, wenn Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere Anrainer des Persischen Golfs als Lieferanten ausfallen. Dann reduziert sich die verfügbare Ölmenge um täglich 1,1 bis 1,2 Millionen Tonnen. Bei der Standard Oil Co. of Indiana schließt man eine solche Entwicklung jedoch aus. Eine Schließung des gesamten Golfs für viele Wochen sei undenkbar, weil sie von den Industriestaaten nicht hingenommen würde, heißt es.

Amerikanische Ölfirmen gehen davon aus, daß im Ernstfall die Lieferungen nur für wenige Tage unterbrochen werden. Die Vorräte reichen dagegen für mehrere Monate. Nach einem fast zweijährigen Lagerabbau haben die amerikanischen Unternehmen im Mai damit begonnen, ihre Reservetanks wieder aufzufüllen.

Hinzu kommt, daß sich die strategische Ölreserve der USA verdreifacht hat. In den Salzdomen des Bundesstaates Louisiana lagern heute 49 Millionen Tonnen. Als Ziel hat der Kongreß 136 Millionen Tonnen gesetzt. Um die Vorräte möglichst lange zu strecken, würde die Reagan-Administration, wie aus ihrem jüngsten Energiebericht hervorgeht, die Verteilung den Marktkräften, also dem Preis, überlassen. „Störungen in der Golf-Region werden wir aber wegen der allgemeinen Ölschwemme kaum bemerken", beteuerte jedoch US-Energieminister Hodel.

Die USA verbrauchen heute weniger Öl als im Jahre 1970. Gemessen am Krisenjahr 1973, sind die Öleinfuhren um 27 Prozent gesunken. Die arabischen Lieferanten, die sich vor zehn Jahren am Embargo beteiligten, deckten in den ersten vier Monaten dieses Jahres nur noch 2,3 Prozent des amerikanischen Bedarfs. Angeführt wird die Liste der zehn wichtigsten Lieferländer jetzt von Mexiko, Kanada und Großbritannien.

Von Krisenstimmung ist in den USA auch wenig zu spüren, weil sie im Tagesdurchschnitt selbst nahezu 1,2 Millionen Tonnen Öl fördern. Das sind 60 Prozent des Verbrauchs.

ÄGYPTEN / Abhängig von Nachfrage nach Erdöl

Wirtschaftsplan gefährdet

BARRY SIMPSON, Kairo

Die Entwicklung der weltweiten Nachfrage nach Erdöl und die Bemühungen Ägyptens um höhere produktive Investitionen sind nach Ansicht von Wirtschaftsexperten entscheidend für den Erfolg des laufenden Fünfjahresplanes. Wegen des Überangebots am Ölmarkt und daraus folgenden niedrigeren Ölpreisen sehen sie Schwierigkeiten beim Erreichen der Ziele des Planes.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im Haushaltsjahr zum 30. Juni, dem ersten Jahr des Fünfjahresplanes, um 7,6 Prozent und blieb damit unter dem Ziel von 8,5 Prozent. Hauptgrund dafür waren um 500 Millionen Dollar niedrigere Einnahmen aus dem Export von Erdöl. Über die fünf Jahre des Planes soll das BIP im Schnitt um acht Prozent wachsen. Dabei soll das Schwergewicht auf höheren Investitionen in der Industrie und der Landwirtschaft liegen, statt auf einer Steigerung des Verbrauchs.

In den 70er Jahren gab es zwar ein schnelles Wachstum. Doch wurden Anstrengungen zur Entwickung von Industrie und Landwirtschaft durch den höheren Verbrauch der wachsenden Bevölkerung zunichte gemacht. Auf Kosten der Zahlungsbilanz mußte für den Verbrauch importiert werden.

Der stetige Anstieg der Ölförderung ab Mitte der 70er Jahre und die Zunahme des zur Ausfuhr verfügbaren Überschusses führte jedoch zu neuen Hoffnungen auf eine Modernisierung der Wirtschaft und eine Umkehr des Trends bei der Entwicklung der Zahlungsbilanz und des Haushaltes, die beide wachsende Defizite aufwiesen.

Die Ölförderung Ägyptens stieg inzwischen auf über 750 000 Barrel pro Tag, wovon rund ein Drittel ausgeführt wird. Bis 1985 soll sie eine Million erreichen. Das Öl- und Gasgeschäft soll nach dem Fünfjahresplan jährlich um über 13 Prozent ausgeweitet werden und bis 1986/87 dann 19,2 Prozent des BIP ausmachen, gegenüber 15 Prozent 1981/82. Erdöl ist bei weitem der größte Devisenbringer Ägyptens. Sein Anteil am Export lag 1982/83 bei 68 Prozent.

Trotz des derzeit schwachen Ölmarktes zeigt man sich in Kairo optimistisch, daß die Planziele für die Ölbranche erreicht werden können. Zentralbankgouverneur Mohamed Amin Shalabi sieht für eine Revision der Ziele keinen Grund, und die Ölindustrie glaubt, die Nachfrage werde sich stark genug beleben, um den Plan einhalten zu können. Andere wichtige Posten für die Deviseneinnahmen Ägyptens sind die Einnahmen aus dem Suez-Kanal, die Gastarbeiter-Überweisungen, der Tourismus und die Baumwollausfuhr.

Eines der zentralen Ziele im Fünfjahresplan ist die Erhöhung des Anteils der Industrieproduktion am BIP auf knapp 15 Prozent von 13,6 Prozent 1981/82. Sie soll über die Laufzeit des Plans hinweg jährlich um durchschnittlich 9,8 Prozent zunehmen. Auch die Agrarpagduktion soll dem Plan zufolge um 3,5 Prozent wachsen, ihr Anteil am BIP aber abnehmen.

Die größten Industrien Ägyptens sind aber in Staatsbesitz und arbeiten in vielen Fällen nicht wirtschaftlich. Im Rahmen des Planes entfallen 75 Prozent der Investitionen auf den Staatssektor. Die private Industrie ist durch Kleinunternehmen charakterisiert. (rtr)

FRANKREICH / Exporte leicht gesteigert – Importrückgang bei Automobilen

Binnennachfrage weiter geschrumpft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unter dem Eindruck der französischen Austerity-Maßnahmen von Ende März ist die Binnennachfrage im zweiten Quartal um real 1,4 Prozent geschrumpft. Trotzdem vergrößerte sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent, nachdem es im ersten Quartal um 0,5 Prozent zurückgegangen war. Der Grund ist, daß die Exporte um real 2,7 Prozent gesteigert werden konnten, teilt das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) in seiner jüngsten „Rechnungslegung" mit.

Der Nachfrageeinbruch erklärt sich vor allem aus der um 3,2 Prozent verminderten Investitionstätigkeit. Dagegen stieg der Verbrauch der privaten Haushalte real um 0,5 Prozent, nachdem er im ersten Quartal um 0,4 Prozent zurückgegangen war. Aber von dieser Erholung profitierte nur der Dienstleistungssektor. Der private Verbrauch von industriellen Erzeugnissen schwächte sich weiter ab (minus 3,9 Prozent im ersten Halbjahr).

Darunter hatten vor allem die Importeure zu leiden. Nachdem sie ihren Absatz im ersten Quartal noch um real 2 Prozent steigern konnten, fiel die Einfuhr im zweiten Quartal um nicht weniger als real 5,3 Prozent. Von dem Importschwund besonders betroffen waren Automobile, elektrische Haushaltsgeräte und Industrieausrüstung.

Die letzte Franc-Abwertung zahlte sich damit auf der Exportseite (es wurden 4,5 Prozent mehr Autos ausgeführt) wie auf der Importseite aus. Darüber hinaus verbesserte sich laut Nationalinstitut die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen auf dem Binnen- wie Auslandsmarkt wegen der Abschwächung des Lohnkostenanstiegs, der im zweiten Quartal nur noch 1,6 Prozent erreichte.

Außerdem konnten die Unternehmen ihre Erträge verbessern. Denn die industriellen Produzentenpreise wurden – auch dank des Abwertungsvorteils für den Export – um 2,7 Prozent (nach 2 Prozent im ersten Quartal) angehoben. Dagegen ging die Kaufkraft der privaten Haushalte (nach Steuern) um 0,3 Prozent zurück. Um trotzdem etwas mehr zu verbrauchen, sparten die Franzosen weniger (14,4 statt 14,5 Prozent ihres Einkommens).

Für das Gesamtjahr 1983 erwartet die Regierung immer noch einen durchschnittlichen Kaufkraftzuwachs von 0,3 Prozent nach 0,3 Prozent 1982 und 0,6 Prozent 1981. Im nächsten Jahr aber rechnet sie mit einem Kaufkraftschwund von 0,4 Prozent, wie sich aus ihrer jetzt veröffentlichten Begründung zum neuen Haushaltsplan ergibt. Danach sollen 1984 die Preise um nicht mehr als 6 Prozent und die Löhne um durchschnittlich 6,4 Prozent steigen gegenüber 8 bis 9 Prozent in diesem Jahr.

Ein geringerer Lohn- und Preisanstieg sei notwendig, um zu verhindern, daß sich „die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs in einer das Beschäftigungs- und Einkommenswachstum belastenden Weise verschlechtert", heißt es in dem Bericht.

ISRAEL / Banken stellen Devisenhandel ein

Börse vorläufig geschlossen

E. LAHAV/dpa/VWD, Jerusalem

Die israelischen Banken haben am Montagvormittag jede Art von Devisenhandel eingestellt, weil sie neue Entscheidungen der Regierung in der finanzpolitischen Krise abwarten wollen. Wie Radio Jerusalem berichtete, schlossen die Devisenschalter auf Anweisung der staatlichen Bank of Israel um 11 Uhr (10 Uhr MEZ). Nach dem Run der Bevölkerung auf harte Währungen sei in vielen Geldinstituten der Devisenvorrat „ohnehin ausgegangen", ergänzte der Sender.

Die Krise hatte begonnen, als die Bevölkerung in Erwartung einer Abwertung der Landeswährung, des Schekel, in den vergangenen Tagen große Summen an westlichen Devisen kaufte und dafür nicht nur Barvermögen, sondern auch Bankaktien einsetzte. Die Banken beschlossen jetzt nach gemeinsamer Absprache, ihre eigenen Aktien nicht mehr zu stützen. Die Nationalbank verfügte eine vorläufige Schließung der Effektenbörse, um zu beratschlagen, wie die Auswirkung dieses Schlages auf den Investitionsmarkt gemildert werden könne. Fachleute im Finanzministerium äußerten Befürchtungen über eine Welle von Konkursen.

Hier handelt es sich nicht um eine gewöhnliche Fehlspekulation. Bankaktien in Israel galten bisher als goldene Gänse. Bei allen wiederkehrenden Baissen blieben sie unversehrt, weil die Banken ein eingebautes Interesse an der Erhaltung der Kurse hatten. Wann immer nötig, saugten sie Angebote auf. Die Bankaktien brachten nicht nur regelmäßige Dividenden, auch der Kursanstieg übertraf die Inflation bei weitem. So stieg der Lebenshaltungsindex in den ersten acht Monaten des Jahres um 71,4 Prozent, doch die Stammaktien der drei Großbanken („Leumi", „Discount" und „Happoalim") notierten im Durchschnitt 130 Prozent mehr.

Die Börse soll erst wieder geöffnet werden, wenn der Finanzminister und die Bank of Israel Einzelheiten über die künftige Behandlung der Bankaktien ausgearbeitet haben.

Erholung: Dritte Welt einschließen

rtr, Hot Springs

Die Erholung der Wirtschaft in den westlichen Industriestaaten wird nach den Worten von Weltbankpräsident A. W. Clausen nur von kurzer Dauer sein, wenn sich das Geschäftsklima in den Ländern der Dritten Welt nicht bessert. Wie Clausen vor US-Unternehmern erklärte, kann das einsetzende Wachstum der Wirtschaft in den USA und anderen Industriestaaten nicht lange anhalten, wenn es nicht zu einer Konjunkturbelebung in den Ländern der Dritten Welt kommt. Er sei optimistisch, daß die US-Regierung das selbst auferlegte Limit von 750 Millionen Dollar pro Jahr für die Weltbank-Schwesterorganisation IDA überdenken werde. Demgegenüber hatten Regierungsvertreter erklärt, man werde nicht mehr als 750 Millionen Dollar bewilligen.

Opec: Keine weiteren Hilfen

VWD, New York

Angesichts der internationalen Wirtschaftslage ist es den Mitgliedsländern der Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) unmöglich, neue finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Dies sagte der Staatsminister im Außenministerium Katars, Ahmed Bin Saif Al-Thani, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft habe einen negativen Einfluß auf den Erdölmarkt. Davon seien die Opec-Staaten betroffen. Katar sehe daher nicht die Notwendigkeit, für die Schaffung neuer Finanzierungsmechanismen einzutreten. Statt dessen sollte auf die Stärkung bestehender Mechanismen und deren Anpassung entsprechend der jeweiligen internationalen Wirtschaftsentwicklung gebaut werden.

Polen erwartet Handelsüberschuß

AP, Warschau

Polen erwartet in diesem Jahr einen Handelsüberschuß von mehr als einer Milliarde Dollar, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Plankommission, Stanislaw Dlugosz, nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PAP. Dies sei eine erfreuliche Steigerung gegenüber dem letzten Jahr, in dem der Handelsbilanzgewinn mehrere hundert Millionen Dollar betragen habe. Genaue Zahlen nannte Dlugosz nicht. Polen will versuchen, den Handelsüberschuß bis 1990 zu verdoppeln, um seine Auslandsschulden in Höhe von rund 25 Milliarden Dollar abtragen zu können. Die entsprechenden Kredite waren in der Ära des 1980 entmachteten Parteichefs Edward Gierek zur Finanzierung des Aufbaus seiner Exportindustrie aufgenommen worden.

BRASILIEN / Künftig freie Aushandlung der Löhne

Neue Sanierungsmaßnahmen

dpa/VWD, Rio de Janeiro

Brasiliens Regierung will die Aushandlung der Löhne und Gehälter künftig den Unternehmern und Gewerkschaften überlassen. Diese Maßnahme ist Teil eines Stabilisierungsprogramms, mit dem die brasilianische Regierung die stagnierende und gleichzeitig hoch-inflationäre Wirtschaft des Landes sanieren will.

Die freie Aushandlung von Löhnen und Gehältern soll in Etappen bis 1987 verwirklicht werden. Bisher wurden die Arbeitsentgelte nach staatlichen Index-Berechnungen festgelegt. Außerdem soll das Streikrecht liberalisiert werden.

Das Programm schreibt vor, daß die Löhne und Gehälter, die ein einzelnes Unternehmen insgesamt zahlt, jährlich um nicht mehr als 80 Prozent des Lebenshaltungskosten-Indexes zunehmen dürfen. Doch innerhalb dieser Marge kann der Unternehmer die Gehälter künftig frei gestalten oder mit der Belegschaft beziehungsweise den Gewerkschaften aushandeln.

Das Stabilisierungsprogramm der Regierung, das auch noch diverse Steuer-Erhöhungen vorsieht und die Mietanpassungen regelt, soll an die Stelle eines in Brasilien umstrittenen Dekrets treten. Dieses Dekret schreibt vor, daß die halbjährliche Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation nach dem „Rasenmäher-Prinzip" bis auf weiteres 20 Prozent geringer sein muß als der Anstieg der Lebenshaltungskosten. Es hatte allerdings keine Chance, vom Parlament – wie erforderlich – nachträglich gebilligt zu werden.

JAPAN / Probleme durch Leistungsbilanzüberschüsse – HWWA-Studie vorgelegt

Besserung des Konjunkturklimas erwartet

VWD, Frankfurt

Die Wirtschaftspolitik Japans befindet sich in einem Dilemma. Zu diesem Urteil kommt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in seinem Bericht „Konjunktur von morgen". Das Anschwellen der Leistungsbilanzüberschüsse mache eine Verschärfung der handelspolitischen Kontroversen mit den anderen Industrieländern wahrscheinlich, namentlich mit den USA, dem wichtigsten Handelspartner.

Gerade dies suchte die bisherige Politik zu verhindern, indem sie eine Abwertung des Yen gegen den Dollar durch eine zurückhaltende Geldpolitik entgegentrat. Zugleich aber wurde hierdurch die Entfaltung der Inlandsnachfrage gehemmt und so das Konjunkturgefälle gegenüber den USA vergrößert.

Nach wie vor stoßen in Japan Forderungen nach einer monetären Stimulierung der Inlandsnachfrage auf die Befürchtung neuer, zinsbedingter Abwertungstendenzen und damit einer Vergrößerung der handelspolitischen Probleme, konstatieren die Hamburger Wirtschaftsforscher. Vorschläge zur finanzpolitischen Anregung der Inlandsnachfrage wiederum würden von der Regierung vor allem wegen des sich ohnehin abzeichnenden staatlichen Finanzierungsdefizits von etwa 3½ Prozent des Bruttosozialprodukts in 1983 abgelehnt. Unter diesen Bedingungen sei in Japan – solange die Stärke des Dollar anhält – weder in der Geld- noch in der Finanzpolitik ein expansiver Kurs zu erwarten.

In dieser Situation wird die Entwicklung der Ausfuhr zunächst den entscheidenden Einfluß auf den Konjunkturverlauf in Japan behalten, betont das HWWA. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft sei offensichtlich trotz auferlegter Selbstbeschränkung auch nach der merklichen Aufwertung des Yen in den Monaten um die Jahreswende nach wie vor überaus groß. Japan dürfte daher nach Überzeugung des HWWA weiterhin überproportional am Nachfrageanstieg in anderen Industrieländern teilhaben.

Die entscheidende Frage für Japan ist nach Meinung des HWWA, in welchem Maße die vom Export ausgehenden Impulse die Inlandsnachfrage anregen. Auch wenn die Befürchtung erneuter handelspolitischer Erschwernisse gegenüber japanischen Produkten dämpfend wirkt, sei doch insgesamt, wie auch die wieder expansiven Lagerdispositionen andeuten, eine anhaltende allmähliche Besserung des Konjunkturklimas wahrscheinlich. Dies dürfte die Investitionsneigung ebenso stützen wie die angesichts des beschleunigten Produktionsanstiegs und verbesserter Preisrelationen im Außenhandel – mäßigen Lohnanhebungen in diesem Frühjahr.

SPAREN / Franzosen schichten um

Festverzinsliche und Aktien

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Auf die inflationsindexierten, steuerfreien Volkssparbücher (LEP), die die sozialistische Regierung Mitte letzten Jahres geschaffen hat, sind bisher über zehn Milliarden Franc netto eingezahlt worden, davon 6,7 Milliarden Franc in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Die Mittel dafür wurden aber zum größten Teil den A- und B-Sparbüchern entnommen. Bei den ersten schrumpfte der Einlagenzuwachs gegenüber den ersten acht Monaten 1982 um 64 Prozent auf 2,5 Milliarden Franc, bei den zweiten um 77 Prozent auf 0,9 Milliarden Franc.

Per Saldo verblieb damit für die drei Sparbücher ein Zuwachs von zehn Milliarden Franc. Das waren drei Milliarden Franc weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Rechnet man die übrigen Spareinlagen dieser Kategorie (Wohungsbausparen, Sparkonten und Sparbons) hinzu, so verminderte sich die Spartätigkeit auf netto 16,1 (19,7) Milliarden Franc.

Andererseits nahm das Sparen in festverzinslichen Wertpapieren stark zu. Bis Ende August waren am Pariser Obligationenmarkt bereits 143,5 (84,2) Milliarden Franc umgesetzt worden. Dazu kommt die jüngste, von 15 auf 25 Milliarden Franc aufgestockte Staatsanleihe, die der Markt problemlos absorbierte. Für das Gesamtjahr 1983 rechnet man mit einem Emissionsvolumen von 200 Milliarden Franc gegenüber 155 Milliarden Franc 1982. Auch das Aktiensparen hat sich günstig entwickelt. So stiegen die Umsätze der Pariser Aktienbörse im Berichtsabschnitt auf 209,7 (127,6) Milliarden Franc.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Gerhard F. Koska, Inh. e. Verlages; **Biberach/Riß:** Nachl. d. Eugen Stemmler, Kaufm.; **Dortmund:** Castroper Ziegelwerk Lessmöllmann GmbH, Castrop-Rauxel; **Essen:** Werner Tolksdorf, Gebäudereiniger; **Freudenstadt:** MAFI, Fiedler & Zimmermann GmbH & Co., Glatten/Schwarzwald; **Heilbronn:** KG u. Eigemeier GmbH & Co. Metall- und Kunststofferzeugnisse, Neudenau; KG u. Eigemeier KG, Bad Friedrichshall-Hagstfeld; KG u. BBF Baubeschlagfabrik & Co. Metall- u. Kunststofferzeugnisse, Neudenau; **Mönchengladbach:** Urban Thelen, Erkelenz; **Pinneberg:** Lässig Verwaltungsges. mbH, Schenefeld; **Recklinghausen:** DG Coating-Chemie GmbH; **Rotenburg (W.):** Hermann Cordes, Bauunternehmer, Inh. d. Heinrich Cordes, Bauunternehmen; **Saarbrücken:** Nachl. d. Mathias Kort, Heusweiler.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Peine: Louis Gäbler GmbH & Co. KG; **Wittlich:** Servicio Bau- u. Betreuungs GmbH, Gerolstein.

Vergleich eröffnet: Frankfurt/M.: Nachl. d. Arztes Dr. med. Wilhelm Schullenberg, Höchst; HP. R. Ruf Computer GmbH, Eschborn.

Unternehmensbereiche verkaufen? Fusionieren? Firmen kaufen? Morgan findet für Sie den richtigen Partner



Andreas Prindl, Francis Depré und Georges van Erck, leitende Herren des Bereiches Merger & Acquisition in London. Links Margaret Campbell, verantwortlich für den Bereich Finanzanalyse.

Wollen Sie Ihr Unternehmen durch Akquisition erweitern, oder möchten Sie sich von einem Unternehmensbereich trennen, der nicht mehr in Ihre Strategie paßt? Dann sollten Sie mit der Merger & Acquisition-Abteilung der Morgan Bank Kontakt aufnehmen. Gerade im M & A-Bereich verfügen wir über langjährige Erfahrung. Dank unserer internationalen Klientele, einer ausgeprägten Erfahrung im M & A-Bereich und eines effizienten Teams von Spezialisten können wir Kauf- und Verkaufsinteressenten wo auch immer auffinden und zusammenführen.

Bei den bedeutendsten Transaktionen der letzten Jahre waren multinationale Konzerne involviert – fast alle Kunden der Morgan Bank. Wir kennen diese Gesellschaften, ihr Management und ihre unternehmerischen Ziele. Deshalb sind wir für alle, die an Kauf, Verkauf oder Fusion interessiert sind, genau der richtige Partner.

Es ist für Morgan eine Selbstverständlichkeit, jede Anfrage mit größter Vertraulichkeit zu behandeln. Dies gilt nicht nur nach außen, sondern auch hausintern.

Morgan verfügt über mehr als 100 Bilanzanalysten in 15 Ländern, d. h. über eines der größten und erfahrensten Analyseteams der Welt. Mit Hilfe elektronisch gespeicherter Daten über Branchen, Firmengrößen, Standorte usw. können wir eine Vielzahl von Unternehmen nachweisen und haben Einblick in ihre Kauf- bzw. Verkaufsabsichten.

Unser M & A-Service besteht zunächst aus intensiver Beratung, umfaßt Branchenanalysen sowie eine Vorauswahl grundsätzlich geeigneter Partner nach vorgegebenen Kriterien. Schließlich werden die ausgewählten Unternehmen analysiert und bewertet. Erst dann erfolgt die erste vertrauliche Kontaktaufnahme. Morgan's M & A-Team begleitet seine Kunden von den ersten Gesprächen über alle Preisverhandlungen bis hin zum Vertragsabschluß.

Sie können das gesamte Paket oder auch nur Teile dieser Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Unabhängig davon kann Morgan Sie auch darüber beraten, ob die ausgehandelten Konditionen angemessen sind, und weist Ihnen unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten die günstigste Finanzierung nach.

Der M & A-Bereich ist seit über 15 Jahren eine wichtige Spezialabteilung. Besondere Erfahrung haben wir im Verkauf von Unternehmensbereichen und bei großen internationalen Transaktionen.

Um Morgan's umfangreichen M & A-Service in Anspruch zu nehmen, müssen Sie nicht Kunde der Bank sein, da unsere Leistungen auf Honorarbasis abgerechnet werden.

Wenden Sie sich bitte für weitere Informationen an einen unserer Vice Presidents des europäischen Merger & Acquisition-Bereiches: Francis J. Depré, Andreas R. Prindl oder Georges van Erck, Morgan Guaranty Trust Company, 1 Angel Court, London EC2R 7AE; (01) 600-2300.

Morgan Guaranty Trust Company of New York.
Frankfurt: Mainzer Landstraße 46, ☎ (0611) 71240.
Düsseldorf: Cecilienallee 6, ☎ (0211) 498891.
Niederlassungen in den wichtigsten Finanzzentren der Welt.

The Morgan Bank

Mitglied der FDIC

FREIE BERUFE / Existenzgründungen fördern

Gegen Arbeitsmarkt-Abgabe

GISELA REINERS, Bonn

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), Dietrich Rollmann, hat es als verfassungswidrig bezeichnet, wenn Selbständige zur Entrichtung einer Arbeitsmarktabgabe herangezogen würden. Diese Forderungen tauchten immer wieder bei den Gewerkschaften und Teilen der SPD auf. Wie Rollmann gegenüber der WELT sagte, sei eine Arb itsmarktabgabe für die Angehörigen der freien Berufe und Selbständige eine „Sondersteuer", für die eine Äquivalenz nicht gegeben sei. Die Selbständigen trügen schon über ihre Steuern zur Deckung *des Defizits* bei der *Bundesanstalt* für Arbeit bei – „das genügt".

Rollmann verwies darauf, daß Selbständige die Leistungen der Arbeitsverwaltung nicht in Anspruch nähmen. Sie ließen sich nicht von ihr vermitteln, fortbilden oder umschulen, sie sorgten selbst für ihr Fortkommen. Gehe ein Unternehmen in Konkurs, so seien die Arbeitnehmer durch Sozialpläne abgesichert; derjenige jedoch, der als Selbständiger seine Existenz verliere, erhalte keinerlei *Leistung*.

„Irgendwann muß Schluß sein, mit immer neuen Belastungen für die 2,5 Millionen Freiberufler und Selbständigen", sagte der BFB-Hauptgeschäftsführer. Er zitierte ein Gutachten, das noch unter der sozialliberalen Koalition erstellt worden ist. Darin wird von seiten des Finanzministeriums eine Arbeitsmarktabgabe abgelehnt, weil dann auch Leistungen zugestanden werden müßten. Das sei zwar machbar, doch bedeute die Erhebung einen solchen Verwaltungsmehraufwand, daß z. B. die Finanzämter die Belastung nicht tragen könnten, während die Krankenkassen überfordert seien, die Einkommensverhältnisse der Selbständigen zu erfassen.

Es sei besser, Existenzgründungen zu fördern, meint Rollmann, denn die Erfahrung zeige, daß nach kurzer Zeit jeder Selbständige im Durchschnitt zwei Arbeitskräfte beschäftige. Sollte sich die Regierung aber mit Plänen für eine Arbeitsmarktabgabe tragen, *konterkariere sie ihre eigenen* Bemühungen um die Förderung des Mittelstands und verstärke das herrschende *Klima der Unsicherheit*.

ENKA / Chemiefaser-Geschäft deutlich erholt – Nach langer Verluststrähne wieder schwarze Zahlen

Radikale Strukturbereinigung bringt erste Früchte

J. GEHLHOFF, Wuppertal

Um glatt die Hälfte *auf jetzt noch* 21 000 Arbeitsplätze hat der bei der Wuppertaler Enka AG konzentrierte *europäische Chemiefaserbereich* des holländischen Akzo-Konzerns in den letzten zehn Jahren seine Produktionskapazitäten *in der EG abgebaut*. Diese Roßkur, bei der das bis Mitte 1984 auslaufende Werk Kassel schon voll mitgerechnet ist, kostete rund 750 Mill. DM an Sozialplänen, Teilwertabschreibungen und sonstigem Stillegungsaufwand. Halbiert wurde dabei auch der Anteil der nun jeweils kostenoptimal auf nur ein Werk konzentrierten „textilen Krisenprodukte" des Chemiefaserbereichs auf nur noch knapp 25 Prozent des Umsatzes von Enka-Europa.

Unter der milden Sonne einer noch zaghaften Wiederbelebung der europäischen Chemiefaserkonjunktur macht nun Vorstandsvorsitzender Hans Günther Zempelin für Enka-Europa nach den ersten drei Quartalen *von 1983 eine schöne Bilanz* dieser Roßkur auf: Im Umsatz trotz Abwerfens der vor Jahresfrist noch vor*handenen Verlustwerke (Antrim/* Nordirland, Breda/Holland, Enka *Austria und* Polyamidfaser in Kassel) noch ein leichtes Plus von 1 Prozent auf 3,2 Mrd. hfl (2,8 Mrd. DM), im Absatz *mit* 272 000 t nun „weitgehend" Vollauslastung der verbliebenen Chemiefaserkapazitäten; im Er*trag nun endlich nach* langer Verluststrähne schwarze Zahlen. Diese stammten bis Mitte 1983 praktisch nur aus der kostensenkenden Strukturbereinigung, seitdem aber auch aus verbesserter Bruttospanne durch einen ersten Schub von Preiserhöhungen.

In Auslastung und Ertrag sieht *Zempelin* den *Enka-Chemiefaserbereich* nun in besserer Position als viele der europäischen Konkurrenten. „*Wir ernten jetzt* die Früchte der bei uns besonders radikalen Kapazitätsanpassung." Dick sind die Früchte freilich noch nicht. Auch wegen der steigenden Preise für Synthese-Rohstoffe und Energie seien deshalb weitere Preiserhöhungen „unbedingt notwendig".

Da wirkt offenbar auch die Markt*erholung appetitanregend*. Immerhin konnte die westeuropäische Chemiefaserindustrie ihren 1982 um 12 Prozent auf 2,48 Mill. t gesunkenen Gesamtversand bis Juli 1983 wieder um 5 Prozent über die Vorjahresmenge bringen, dies allerdings bei Absatzstagnation auf den westeuropäischen Märkten nur durch Exportanstieg in dritte Länder. Die Synthetika (drei Viertel aller Chemiefasern) schafften sogar ein Plus von 7 Prozent, wobei auch der Absatz auf den westeuropäischen Märkten um 3 Prozent zunahm.

Für den Enka-Chef ist diese im textilen wie im technischen Fasereinsatz spürbare *Erholung zumal bei* Textilfasern aber im weiteren Verlauf noch „mit großer Vorsicht" einzuschätzen. Rasche Rückschläge kenne man ja nun in dieser leidgeprüften Branche zur Genüge. Mehr noch: Insgesamt werde die europäische Textilproduktion und damit die europäische Chemiefasernachfrage „trendmäßig nicht wachsen". Daraus zieht Zempelin zwei Folgerungen:

- Das von den Westeuropäern im *Oktober 1982* unterzeichnete zweite Brüsseler Abkommen zum weiteren Kapazitätsabbau (diesmal auch bei den Italienern) für textile Synthetika müsse strikt verwirklicht werden, um Angebot und Nachfrage in besseren Einklang zu bringen. Da ist noch nicht jeder gute Wille zur Tat geworden. Und vermeintlich „arbeitsschaffende" Subventionssünder sind auch wieder am Werke.

- Wachstum kann der Enka-Teil des Akzo-Konzerns nur noch mit neuen Produkten außerhalb des Textilfaserbereichs erzielen. Dazu gehören nicht nur im technischen Faserbereich, der insgesamt nur bescheidene Wachstumsraten erwarten lasse, die im Startloch stehenden Großproduktionen der hochfesten neuen Fasern Aramid (in Holland) und Kohlenstofffasern (in Deutschland). Das meiste vom Neuen zielt auf den schon jetzt mit Produktbereichen wie Membranen, technischen Kunststoffen und Kolloiden, Vliesprodukten und insbesondere Maschinenbau (Barmag mit 354 Mill. DM 1982er Umsatz) sehr ansehnlichen Nicht-Faserbereich.

KREYENHOP

Durchbruch mit Spezialitäten

WW. Oyten

Die Firma Kreyenhop & Kluge, Oyten, ein Unternehmen der mittelständischen Lebensmittelbranche, feierte am 1. Oktober ihr 50jähriges Bestehen. Der Umsatz von rund 40 Mill. DM verteilt sich auf drei Bereiche: Restaurants und Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen, China-Restaurants und Reformhäuser sowie Großhandel und Lebensmittelindustrie.

Die Firma importiert jährlich rund 200 Container, zumeist aus Ostasien, über die bremischen Häfen. Die meisten dieser Behälter reisen per Lkw und Bahn direkt zu den Kunden im Inland, in Österreich, der Schweiz, in Frankreich und den Niederlanden. Der Export macht etwa 5 Prozent aus. Außerdem werden 12 000 Tonnen an Lebensmittel vom Oytener Lager an über 2000 Kunden im Inland mit zehn firmeneigenen Lkws ausgeliefert. Kreyenkop beschäftigt 70 Mitarbeiter. Der geschäftsführende Gesellschafter Rolf Kreyenhop: „Wir schlagen das Lager sieben- bis achtmal im Jahr um." Das Lager entspreche stets einem Wert von 5 bis 6 Mill. DM. Die Umsatzrendite betrage 1,4 Prozent vor Steuern; das sei Branchendurchschnitt.

Das Unternehmen wurde 1933 in Bremen gegründet und etablierte sich 1971 im Industriegebiet Oyten. Der Durchbruch gelang mit Handelsbeziehungen nach China. Heute werden *in der Bundesrepublik* über *800* asiatische *Restaurants mit* einem Sortiment von mehr als 150 Spezialitäten beliefert. Seit drei Jahren gehört auch die Lufthansa zur Stammkundschaft.

VILLIGER / Neue Zigarrenfabrik eingeweiht

Mit dem Ergebnis zufrieden

DOMINIK SCHMIDT, Bünde

Der kontinuierliche Rückgang des Zigarrenverbrauchs in den Länder der Europäischen Gemeinschaft ist *nicht allein eine Folge des veränderten* Konsumverhaltens. Wesentlich stärker beeinflußt wird diese Entwicklung von der hohen steuerlichen Belastung der Zigarre und der fehlenden Werbung der Zigarrenindustrie. Diese Ansicht vertrat Heinrich Villiger, Mitinhaber der Villiger Söhne GmbH, Waldshut-Tingen, anläßlich der Einweihung des neuen Werks in Bünde/Westfalen. Villiger forderte speziell in der Bundesrepublik eine kräftige fiskalische Entlastung, um die Branche mit ihrer „hohen Arbeits- und Lohnintensität" nicht weiter zu gefährden.

In der Bundesrepublik produziert Villiger in den Fabriken Bünde, Ber*lin und Tingen jährlich 280 Millionen* Zigarren und Zigarillos. Weitere 100 Millionen Stück werden vom Schwei*zer Stammhaus, der Villiger Söhne* AG, gefertigt. Den Gruppenumsatz 1982 beziffert Villiger auf rund 117 Mill. DM. Vom Umsatz der deutschen Tochter (73 Mill. DM) entfallen 57 Mill. DM auf die Zigarrenproduktion und 16 Mill. DM auf das reine Handelsgeschäft. Im Rahmen der Diversifikation wurde 1982 im Werk München eine Produktion für Zigarettenfilterhülsen aufgebaut, die nach den Worten Villigers gut ausgelastet ist.

In der Schweiz produzierte Villiger neben Zigarren auch Rauchtabak. Zum Unternehmen gehört seit 1980 ferner eine Fahrradfabrik. In beiden Ländern beschäftigt Villiger rund 1000 Mitarbeiter, davon 600 in der *Bundesrepublik. Zahlen zur Ertrags*entwicklung will Villiger nicht nennen. Nach seinen Worten verdient *aber das von der Zigarrenproduktion* weniger abhängige Schweizer Stammhaus besser als die deutsche *Tochter. Insgesamt sei das Familien*unternehmen jedoch auch vom Ergebnis her gesehen zufrieden. Die *Entwicklung im laufenden Jahr* lasse sich noch nicht endgültig absehen.

Dyckerhoff 1983 nicht schlechter

VWD, Wiesbaden

Ein Ergebnis nicht unter dem des Vorjahrs kündigt die Dyckerhoff Zementwerke AG, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr 1983 an. Durch die Belebung der Inlandsnachfrage hätten sich die vom Markt ausgehenden Probleme 1983 in der Schärfe gemindert, heißt es in einem Zwischenbericht des Unternehmens. Höheren Rohstoff- und anderen Kosten hätten Rationalisierungsmaßnahmen, auch im Personalbereich, sowie Preiserhöhungen gegenübergestanden. Im vergangenen Jahr waren 5 DM Dividende je Aktie gezahlt worden.

Bei einem um 0,7 Prozent auf 3,97 (Vorjahr 3,94) Mill. t erhöhten Gesamtabsatz im Konzern konnte die AG mit 3,63 (3,55) Mill. t gegenüber dem Vorjahr 2,2 Prozent zulegen. Der AG-Umsatz stieg, auch preisbedingt, um 5,2 Prozent auf 463,1 (440,3) Mill. DM. Während der Inlandsumsatz um 11,2 auf 390,0 Mill. DM stieg, ging der Exportumsatz um 18,4 auf 73,1 Mill. DM zurück. Die Belegschaft hat sich um 4,2 Prozent auf 2490 Mitarbeiter verringert.

Von der Kunstseide zur Kunstniere

Fast acht Jahrzehnte ist es her, daß die einst weltbekannte Firma Bemberg in Wuppertal-Barmen mit der Ansammlung von Know-how in der Umsetzung von Zellulose in Garne und Fasern und daraus abgeleiteten Membranen nach dem Viskose- und Cuproammonium-Verfahren begann. Vorbei ist längst die Glanzzeit der einst auf allen Märkten der Welt renommierten Bemberg-Kunstseide. Anno 1972 stand die da schon gut ein Jahrhundert alte Fabrik mit ihren 3500 Arbeitsplätzen für den einstigen Glanzstoff- und heutigen Enka/Akzo-Konzern im Synthesefaserboom vor dem Abbruch. Bembergs Produkte waren von der „echten" Chemiefaser überrollt und nicht mehr gefragt.

Doch Know-how und – zum Teil – auch die Anlagen schienen reizvoll für ganz Neues: Ausbau der Membranen-Fertigung für Medizin und Technik. Der Idee folgte die schon seit langem nicht mehr auf Alimentation aus der Konzernkasse angewiesene Tat. Die einst abbruchreife Enka-Fabrik in Barmen ist heute mit 1100 Beschäftigten der mit Abstand weit größte Produzent von „künstlichen Nieren", nämlich von deren Herzstück, den Modulen mit der Cuprophan-Dialysemembrane. Ein nicht alltäglicher Wandel vom Chemiefaser- zum Medizinbetrieb.

Wesentlich mehr als die Zahl der dabei vor dem totalen Untergang in Barmen geretteten 1100 Arbeitsplätze, die einen über 100 Mill. DM liegenden Jahresumsatz andeutet, mag der Chemiefaserkonzern Enka zu diesem jungen und erfolgreichen Kind der Diversifikation nicht verraten. Denn viele und gleichfalls schweigsame Konkurrenten tummeln sich auf dem Membranen-Weltmarkt, dessen Volumen sich in den letzten zehn Jahren auf etwa 1 Mrd. DM verzehnfachte (davon je die Hälfte für medizinische und technische Einsatzzwecke wie z. B. Meerwasserentsalzung) und der im nächsten halben Jahrzehnt bei 2 Mrd. DM liegen dürfte.

Analog dazu glaubt auch der Barmer Enka-Betrieb sein im letzten halben Jahrzehnt bei 20 Prozent pro Jahr liegendes Umsatzwachstum in den nächsten Jahren fortsetzen zu können. Zwar werde die künstliche Niere, die heute weltweit etwa 200 000 Patienten am Leben erhält, aus Kostengründen wie auch durch den Vormarsch der Nieren-Transplantation wohl kaum noch Zuwachsraten bringen. Aber weitere medizinische Einsatzgebiete, von der längst bei Operationen angewandten künstlichen Lunge bis zur Therapie von Immunerkrankungen (Blutwäsche) eröffnen noch ein großes Feld.

Erst recht gilt das für technische Einsatzzwecke im weiten Bereich vielfältiger „Filtrationsprobleme". In Barmen wählt man denn auch für die weiteren Aussichten des sehr forschungsintensiven Membranen-Geschäfts ein kühnes Bild: Vergleiche man die von der Natur entwickelte Membran mit einem modernen Computer, so liege die künstliche Membran heute erst auf der Entwicklungsstufe der simplen Addiermaschine von anno 1900. „Wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung mit attraktivem Wachstumspotential." J. G.

NAMEN

Manfred von Uslar, Mitglied des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Dr. Hubertus von Grünberg (41), bisher Geschäftsführer für den Technik-Bereich in der Frankfurter Zentrale der Alfred Teves GmbH, wurde per 1. Januar 1984 zum Vorsitzenden der Geschäftsführung bestellt. Er ist Nachfolger von **Hans-Eberhard Wollny** (61), der Ende 1983 in den Ruhestand geht und in den Teves-Aufsichtsrat eintreten wird.



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	7. 10.	6. 10.
Dez.	369,50	371,50
März	383,00	387,00
Mai	387,00	391,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	7. 10.	6. 10.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	238,35	237,40
Amber Durum	258,25	259,40

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	158,00	157,70
Dez.	162,00	162,00
März	157,80	168,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	134,90	136,50
Dez.	129,00	129,90
März	128,50	129,40

Hafer Chicago (c/bush)	7. 10.	6. 10.
Dez.	187,75	189,75
März	197,00	198,75
Mai	202,50	204,50

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	349,50	353,00
März	352,00	356,75
Mai	352,75	357,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	7. 10.	6. 10.
Okt.	134,40	136,00
Dez.	134,50	136,80
März	137,00	139,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	7. 10.	6. 10.
Dez.	141,00	143,75
März	136,05	137,90
Mai	132,15	133,90

Kakao New York ($/t)	7. 10.	6. 10.
Dez.	2028	2058
März	2056	2085
Terminkontr. Mai	2070	2098
Umsatz	–	2336

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	11,50	11,30
März	11,87	11,74
Mai	12,21	12,11
Juli	12,52	12,35
Sept.	12,70	12,58
Umsatz	11 904	10 235

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 10.	6. 10.
	10,20	10,06

Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 10.	6. 10.
Kontrakt Nov.	1856–1857	1865–1867
Jan.	1846–1847	1847–1848
März	1751–1752	1754–1157
Umsatz	4431	3809

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1502–1504	1483–1485
März	1498–1499	1474–1470
Mai	1511–1512	1488–1489
Umsatz	3020	2295

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	–	–
Dez.	182,10–182,30	178,10
März	190,00–190,20	186,50–186,00
Mai	195,65	191,75–191,95
Aug.	–	–
Umsatz	6606	3399

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 10.	6. 10.
schw. Sarawak spez.	265,00	256,00
weißer Sarawak	352,50	352,50
weißer Muntok	355,00	355,00

Orangensaft New York (c/lb)	7. 10.	6. 10.
Nov.	119,50	119,50
Jan.	114,20	114,40
März	111,00	111,15
Mai	110,75	110,45
Juli	110,60	110,75
Umsatz	325	375

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	7. 10.	6. 10.
Südstaaten fob Werk	52,00	53,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,50	27,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	30,15	30,90
Dez.	30,52	31,25
Jan.	30,70	31,35
März	30,75	31,25
Mai	30,10	30,40
Juli	29,30	29,75
Aug.	27,80	28,25

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	31,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	19,00
Choise white hog 4% fr. F.	15,00	15,00

Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,25
fancy	16,50	16,75
bleichfähig	16,25	16,50
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	41,55	41,85
Dez.	41,05	41,40
Febr.	44,05	44,70

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	57,10	57,65
März	57,30	57,80
Mai	59,00	59,85

Häute Chicago (c/lb)	7. 10.	6. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	844,00	858,00
Jan.	859,00	874,00
März	870,00	883,00
Mai	872,00	885,00
Juli	861,00	857,00
Aug.	832,00	841,00
Sept.	758,00	756,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	228,50	231,50
Dez.	233,50	235,80
Jan.	234,00	237,00
März	236,00	239,50
Mai	236,50	240,00
Juli	237,00	240,00
Aug.	227,00	229,10

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	7. 10.	6. 10.
Okt.	379,50	387,00
Dez.	387,50	394,10
März	400,00	405,50

Kokosöl New York (c/lb)	7. 10.	6. 10.
Westküste fob Werk	39,50	39,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	10. 10.	7. 10.
jegl. Herk. cif	1075,00	1075,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	585,00	600,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	665,00	675,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	201,00	205,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	875,00	885,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	317,00	323,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	7. 10.	6. 10.
Okt.	[illegible]	75,50
Dez.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	79,50
Juli	[illegible]	[illegible]
Okt.	75,30	[illegible]

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS 1	[illegible]	50,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	7. 10.	6. 10.
Okt.	427–425	428–429
Dez.	425–423	420–421
Jan.	419–420	419–425
Umsatz	104	6

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	7. 10.	6. 10.
Okt.	46,30	45,30
Dez.	46,00	46,00
März	45,30	45,35
Mai	46,50	46,50
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 10.	6. 10.
Okt.	554,0	551,0–552,0
Dez.	578,5–560,0	560,0–561,0
März	530,0	521,0–582,0
Umsatz	52	49

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	7. 10.	6. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	540,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	7. 10.	6. 10.
Okt.	13 574	13 553
Nov.	13 645	13 617

Kautschuk London (p/kg)	7. 10.	6. 10.
Nr. 1 RSS loco	77,30–78,25	74,50–76,50
Nov.	77,30–78,50	77,70–77,80
Dez.	77,00–78,50	77,80–77,90
Jan/März	77,50–77,60	79,20–79,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	7. 10.	6. 10.
Nr. 1 RSS loco	geschlossen	252,00–253,00
Okt.	geschlossen	252,00–253,00
Nov.	geschlossen	256,00–257,00
Nr. 2 RSS Okt.	geschlossen	249,00–250,00
Nr. 3 RSS Okt.	geschlossen	245,50–246,50
Nr. 4 RSS Okt.	geschlossen	239,00–240,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)		
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg 1 fl – 76 WD – (–), BTC – (–), BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	10. 10.	7. 10.
Blei: Basis London laufend. Monat	110,10–110,39	109,52–109,91
drittfolg. Monat	113,63–113,83	113,10–113,20
Zink: Basis London laufend. Monat	219,41–219,90	218,27–218,66
drittfolg. Monat	225,39–225,49	223,88–224,07
Produz.-Preis	227,65	226,91
Reinzinn 99,9%	3650–3686	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10. 10.	7. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	386,81–389,17	384,48–386,81
Blei in Kabeln	117,25–118,75	117,25–118,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	10. 10.	7. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	348–359	347–357
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	390–394	389–394
MS 63	395–400	394–398

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	7. 10.	6. 10.
	geschlossen	29,60

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 10.	7. 10.
Leg. 226	445–449	445–448
Leg. 226	447–450	447–450
Leg. 231	480–487	490–487
Leg. 233	490–497	490–497

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 10.	7. 10.
Platin (DM je g)	36,05	35,65
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	33 500	33 250
Rücknahmepr.	32 750	32 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	33 420	33 160
Rücknahmepr.	32 430	32 170
verarbeitet	35 080	34 810
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 170	32 955
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	880,80	868,60
Rücknahmepr.	850,00	838,20
verarbeitet	919,90	907,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	10. 10.	7. 10.
10.30	399,25	395,70
15.00	401,00	397,40
Zürich mittags	401,50–402,00	396,25–397,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 150	101 250
Silber (p/Feinunze) London Kasse	688,00	698,95
3 Monate	703,80	703,70
6 Monate	719,75	719,40
12 Monate	750,40	753,25

Platin (£-Feinunze)	7. 10.	6. 10.
London fr. Markt	270,05	269,35
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
f. Händlerpr.	93,05	92,30

New Yorker Preise	7. 10.	6. 10.
Gold H & H Ankauf	397,40	394,00
Silber H & H Ankauf	1042,50	1030,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–403,00	400,00–403,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	137,00–139,00	137,00–139,00
Produz.-Preis	130,00	130,00

Silber (c/Feinunze)		
Okt.	1045,00	1028,30
Nov.	1049,80	1033,80
Dez.	1056,00	1040,30
Jan.	1066,70	1050,30
März	1082,00	1064,00
Mai	1102,20	1079,00
Juli	1120,60	1103,60
Umsatz	28 000	33 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	7. 10.	6. 10.
Okt.	66,10	65,85
Nov.	66,50	66,30
Dez.	67,00	66,90
Jan.	67,60	67,60
März	69,05	68,90
Mai	70,55	70,10
Juli	71,95	71,60
Umsatz	11 000	13 000

Londoner Metallbörse

	10. 10.	7. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	1070,0–1071,0	1062,0–1063,0
3 Monate	1097,5–1098,0	1089,0–1089,5
Blei (£/t) Kasse	280,50–281,00	280,00–281,00
3 Monate	289,50–290,00	289,5–290,00
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	973,00–973,50	980,50–981,50
3 Monate	995,0–995,5	1003,0–1003,5
abends Kasse	–	986,00–987,00
3 Monate	–	1008,5–1009,0
(Kupfer-Standard) Kasse	949,00–949,50	959,00–961,00
3 Monate	971,00–973,00	983,00–985,00
Zink (£/t) Kasse	559,00–560,00	562,50–563,50
3 Monate	574,25–574,50	577,00–577,50
Zinn (£/t) Kasse	8510–8520	8480–8490
3 Monate	8600–8605	8565–8570
Quecksilber ($/fl.)	–	325–335
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–82

Kurz vor seinem 75. Geburtstag starb unerwartet unser lieber Pa

Karl August Moeller

Vors. Richter am Landesarbeitsgericht i. R.

* 22. Oktober 1908 † 3. Oktober 1983

Wir trauern um ihn und sind dankbar, daß er nicht leiden mußte.

Elfriede Moeller geb. Warntje
und Familie

Husumer Straße 8
2000 Hamburg 20

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 14. Oktober 1983, um 14.00 Uhr in der Hauptkirche St. Nikolai Am Klosterstern.

Anstelle von Blumen erbitten wir eine Spende für die Therapie sprachbehinderter Kinder an den Schulverein der Schule für Sprachbehinderte Ratsmühlendamm 37 e. V. Konto Deutsche Bank AG 5 705 702 (BLZ 200 700 00).

Völlig unerwartet verstarb während einer Auslandsreise der Mittelpunkt unserer Familie. Unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Helga Schmidt

geb. Baas

* 25. 8. 1912 † 5. 10. 1983

In Liebe und Dankbarkeit
Anne-Katrin Hagen geb. Schmidt und Burkhart Hagen
Sabine Buchenau geb. Schmidt und Ulrich Prange
Christiane Qualen geb. Schmidt und Klaus Qualen
Jan-Berend Schmidt und Gabriele Schmidt geb. Wagner
sowie die Enkelkinder Jürgen, Frank-Christoph, Jan Henrik, Klaus, Charlotte, Barbara, Ursula, Katrin, Carolin, Anne Mareike und Christina

Annenhof, 2303 Gettorf

Trauerfeier am Freitag, dem 14. Oktober 1983, um 9 Uhr in der Elisabeth-Kirche in Hamburg-Eidelstedt







Zinsabstieg gestoppt

Am Rentenmarkt verunsicherte am Wochenbeginn nicht nur der wieder anziehende Dollar-Kurs, sondern auch der US-Bondsmarkt, der sich am Wochenende unsicher gezeigt hatte. Da in New York am Montag keine Börse stattfand, wurde am deutschen Rentenmarkt, immer noch stark abhängig von der Tendenz in den USA, vorsichtig disponiert. Öffentliche Anleihen fielen bis zu 0,20 Prozentpunkte zurück. In Einzelfällen gab es aber auch Kursanhebungen. Die Chancen für eine achtprozentige Postanleihe scheinen gesunken zu sein. Man stellt sich jetzt auf einen Nominalzins von wieder 8,25 Prozent ein. DM-Auslandsanleihen leicht nachgebend.

Bundesanleihen

		10. 10.	7. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5
6½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,85
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100
8 dgl. 76 I	2/84	100,5	100,5
7 dgl. 77	3/84	100,25	100,25
7½ dgl. 78 II	4/84	100,6	100,6
5 dgl. 75	5/84	99,4	99,4G
6 dgl. 78 III	9/84	99,5	99,45bG
8¾ dgl. 76	9/84	101,3	101,25G
5 dgl. 78 IV	12/84	99,3bG	99,3
6½ dgl. 79	1/85	99,2	99,2
8½ dgl. 78 I	3/85	101,7	101,8

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

	10. 10.	7. 10.
M 5½ Bayer. Hbz Pf 14	89TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,5G	95,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121,25G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	129G	128G
6 dgl. Pf 34	76G	76G
Br 6½ dgl. Pf 77	93,1G	93,1G
6 dgl. Pf 42	99,9G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Pfr. Hypobk. Pf 66	68T	68T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78G	79
6 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T
6½ dgl. Pf 133	86T	65T
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	116G	116G
H 8 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	99,9G
M 6 Süddboden Pf 41	89TG	89TG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 87	93G	93G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	97,5G	97,5G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Stahlaktien gesucht

Bei Standardwerten nach Gewinnmitnahmen wieder stabile Kurse

DW. – Der leicht anziehende Dollar-Kurs irritierte vor allem den Berufshandel, der sich an der Montag-Börse zunächst von seinen in der Vorwoche angesammelten Beständen zu entlasten suchte. Die daraus resultierende Unsicherheit wurde aber im Verlaufe durch anhaltende Kaufaufträge aus dem In- und Ausland beseitigt. Die meisten Standardaktien schlossen zu den Freitagsnotierungen oder leicht darüber. Verstärkt haben sich die Meinungskäufe bei den Stahlaktien. Es festigt sich in den Börsensälen die Meinung, daß die Bundesregierung nicht mehr länger umhinkommt nun ihrerseits Maßnahmen zum Schutz der deutschen Stahlproduktion zu ergreifen.

Bei den Stahlwerten stand Thyssen-Aktien mit einem weiteren Anstieg um 3 DM auf 81,50 DM im Vordergrund. Das Papier hat innerhalb einer Woche seinen Wert um mehr als 10 Prozent erhöht. Interesse auch für Mercedes (plus 2,50 DM). Bei den Maschinenbauaktien fielen Deutsche Babcock-Stämme mit einem weiteren Anstieg um 2,50 DM auf 190 DM aus dem Rahmen. Im Warenhausbereich waren es Horten mit ebenfalls einem Plus von 2,50 DM. Im Chemiebereich Umsätze meist auf Wochenschlußbasis. Verbessern konnten sich Degussa um 3 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten um 2,20 DM auf 145 DM und Kochs Adler um 4 DM auf 262 DM. Pongs u. Zahn stockten um 3,50 DM auf 85 DM auf. Nachgeben mußten Heinrich um 5 DM, Keramag um 3 DM und Gildemeister um 1,50 DM. Verseidag verloren 1,50 DM auf 81 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 100 DM auf 2800 DM und Köln. Rück. stockten um 10 DM auf 580 DM auf.

Frankfurt: Die Gewinne bei den Standardwerten gingen bis zu 3 DM pro Aktie, Nebenwerte waren wenig verändert, im einzelnen: Commerzbank-Restquoten bei Doppelplus 14 DM plus 2,05 DM, Allianz Leben 2840 DM plus 40 DM, Metallgesellschaft 217 DM plus 15 DM und die Blauen Quellen 285 DM plus 10 DM.

Hamburg: In etwa behauptet tendierten Versorgungswerte, HEW 103,50 DM (minus 0,50 DM). NWK Vorz. 168 DM unverändert. Phoenix Gummi waren bei 118 DM (plus 0,50 DM). Von den Regionalbanken wurden für Hypothekenbank Hamburg 428 DM (minus 2 DM) bezahlt.

München: Augsburger Kammgarn erhöhten um 4 DM auf 90,50 DM und Flachglas AG um 3 DM auf 300 DM. Gehe AG stockten um 9,50 DM auf 220,50 DM auf und Hutschenreuther um 2 DM auf 244 DM.

Berlin: Herlitz Stämme verbesserten sich um 4,50 DM, Dt. Hypobank Berlin um 4 DM, Berthold um 3,50 DM und Berliner Kindl um 2,50 DM. Nötitzer Leder und Orenstein büßten je 4 DM, Rheinmetall und Schering je 2 DM ein.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 10. 10.: 1204 Optionen = 61 050 (56 700) Aktien davon 73 Verkaufsoptionen = 4100 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-70/18,40, 1-75/15,60, 1-85/7, 4-85/10, 4-90/8, 4-95/5,50, 4-100/4,40, 7-95/8,60, 7-100/5,50, Siemens 1-350/22, 1-350/22, 1-360/20, 1-370/14, 1-380/9,20, 1-390/7, 4-370/19,90, 4-380/16, 7-400/12, Veba 1-160/5,60, 4-170/17,4-190/8,40, BASF 1-150/12,90, 1-155/7,50, 1-160/5,40, 4-150/14,50, 4-160/11,50, 4-170/7,40, 7-160/15, 7-170/10, Bayer 1-156/8, 1-160/7,20, 1-7,20, 1-170/3,15, 1-180/2, 4-150/16,55, 4-160/11, 4-170/6,90, 7-160/17, 7-170/12, Hoechst 1-160/9,60, 1-170/5,20, 4-160/17, 4-170/4,50, 7-170/16,60, BMW 1-400/10,60, VW 1-170/56, 1-180/46, 1-190/37, 1-200/32,10, 1-210/26, 1-220/15,60, 1-230/10,60, 1-240/7,60, 1-250/3,80, 4-180/56, 4-210/32, 4-220/25, 4-230/23, 7-230/24, Conti Gummi 1-110/10,90, 1-120/5,20, 1-130/3,90, 4-120/8,50, 4-130/5, 7-120/10, Lufthansa St. 4-130/7,50, VZ 1-130/6,60, Commerzbank 1-160/16,60, 1-170/12, 1-170/12, 1-180/6,80, 1-190/3,05, 4-170/16, 4-180/11, 4-190/8, 7-160/15, 7-190/10, Dt. Bank 1-310/17, 1-330/8,90, 4-320/18,60-4-360/5,85, 7-350/15, Dresdner Bank 1-180/9, 1-200/2,60, 4-170/18,10, 4-180/12,70, Hoesch 1- 90/16,60, 1-100/9, 1-110/4,40, 4-90/23, 4-100/14,90, 4-110/8,40, 4-120/3,50, 7-100/18, 7-130/4, Mannesmann 1-150/3,60, 4-130/25, 4-150/8,10, 4-140/13, 4-160/5,20, 7-150/11, Preussag 7-270/40, Thyssen 1-80/3,50, 1-70/12, 1-75/7,60, 4-70/15, 4-75/11,90, 4-80/8,50, 4-85/5,60, 7-75/14, 7-80/9, BHF 1-280/15,60, Bekula 1-110/5,10, 4-110/10, Daimler 1-538, 50/78, Babcock St. 4-180/18, GHH St. 4-150/14,80, Kali und Salz 4-200/30, 7-210/33, Karstadt 1-270/12, Klöckner 1-40/7, 7-45/3,70, MAN 1-140/13, Mercedes 1-540/13,10, RWE St. 1-180/7,50, 4-180/12,90, VZ 1-180/7,40, 4-180/10, Varta 4-180/12,50, 4-190/9,90, VEW 4-130/6,50, Chrysler 7-80/14,20, Sperry Rand 7- 120/30, Xerox 1-130/8, Elf 4-60/9,85, 7-70/6,50, Verkaufsoptionen: AEG 1-80/1,80, 1-85/3, 4-80/3, Bayer 4-150/4, VW 4-220/5, 7-210/5,40, 7-220/9, Conti Gummi 1-110/1,40, 7-110/2,80, Dresdner Bank 1-170/3, 4-180/9,90, Hoesch 1-95/2, 1-100/4, 4-95/4, 4-100/5, 7-100/6, Thyssen 1-75/2,40, Karstadt 4-280/28,60, Klöckner 1-40/4,95, Metallgesellschaft 1- 190/3,50, 1-190/4,95, Chrysler 1-75/3, 4-90/10, IBM 1-320/6,40, Sperry Rand 4-120/10, Royal Dutch 7-120/10, Elf 4-50/1,95, 4-60/7, Norsk Hydro 4-180/7,40.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9¼	5⅜–5⅝	3¼–3⅝
3 Monate	9¼– 9⅜	5½–5⅞	3¾–4⅛
6 Monate	9⅝– 9¾	5¾–6	4–4½
12 Monate	9¾–10	6–6⅜	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1275,00	1587,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1108,00	1313,96
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	592,80
1 £ Sovereign alt	236,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II	232,00	287,28
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	247,00	306,94
2 südafrikanische Rand	233,00	287,28
Krüger Rand, neu	1046,00	1232,34
Maple Leaf	1046,00	1232,34
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	249,00	308,94
20 schweiz. Franken „Vreneli"	206,00	258,78
20 franz. Franken „Napoléon"	204,00	256,50
100 österr. Kronen (Neuprägung)	964,00	1162,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	539,22
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

10. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankdz.-Kurs⁴)	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,5789	2,5869	2,5587	2,52	2,62
London¹)	3,911	3,925	3,884	3,83	3,98
Dublin¹)	3,090	3,104	3,047	3,01	3,16
Montreal³)	2,0975	2,1055	2,0834	2,04	2,13
Amsterd.	88,960	89,180	89,015	88,00	90,00
Zürich	123,080	123,260	123,61	121,75	124,50
Brüssel	4,897	4,917	4,859	4,88	4,90
Paris	32,530	32,680	31,815	31,50	33,50
Kopenh.	27,550	27,670	27,26	26,50	28,50
Oslo	35,430	35,540	34,83	34,50	36,25
Stockh.**)	33,280	33,440	32,96	32,50	34,25
Mailand²) **)	1,638	1,648	1,592	1,60	1,69
Wien	14,199	14,239	14,202	14,10	14,32
Madrid**)	1,714	1,724	1,641	1,65	1,75
Lissabon**)	2,085	2,105	1,985	1,70	2,50
Tokio	1,1120	1,1150	–	1,07	1,13
Helsinki	45,980	46,180	45,08	45,00	46,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,768	2,828	–	2,50	3,30
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3670	2,3880	–	2,29	2,39
Johannesbg.*)	2,3110	2,3300	–	2,10	2,35

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der Anstieg der amerikanischen Geldmenge M1 um 0,6 Mrd. Dollar führte zu stabilen Dollar-Zinssätzen, die wiederum eine technische Reaktion des Dollar-Kurses auslösen. In Europa eröffnete der Dollar am 10. 10. mit 2,5715 und befestigte sich in der Spitze bis 2,5840. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,5829 festgestellt. Wegen des Feiertages in New York verlief das Geschäft in ruhigen Bahnen. Einen Kurssprung von 5,5 Pf auf 3,918 verzeichnete das Britische Pfund, nachdem der Iran den freien Zugang zum Persischen Golf sperren wollte. Mit Ausnahme der Dänischen Krone, die mit 27,61 einen neuen Tiefstkurs verzeichnete, vermeldeten die übrigen EWS-Währungen leichte Kursgewinne. Der Japanische Yen notierte unverändert mit 1,1135. US-Dollar in: Amsterdam 2,8990; Brüssel 52,6625; Paris 7,9200; Mailand 1571,30; Wien 18,1280; Zürich 2,0972; Ir. Pfund/DM 3,097; Pfund/Dollar 1,5169.

Ostmarkkurs am 10. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bis zu ⅛ Prozent befestigte Dollar-Deports am Euromarkt führten am 10. Oktober zu einer Erweiterung der Dollar-Termin-Abschläge gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,86	2,48/2,38	4,85/4,65
Pfund/Dollar	0,03/0,05	0,10/0,13	0,18/0,23
Pfund/DM	2,00/0,60	4,10/2,70	7,40/6,00
FF/DM	31/18	86/70	170/154

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 10.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 10. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,88). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,59) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,85, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Von IBM: Btx-Kongreß in Berlin.

Erster Tag.

10.00 - 10.45 Uhr. Begrüßung und Grundsatzreferat.

Vortragsreihe A

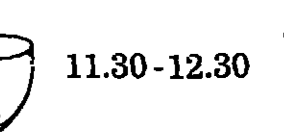
10.55 - 11.30 Bedeutung von Bildschirmtext für das Unternehmen. Prof. Dr. Michael Zacharias, Institut Telekommunikation, Worms.

11.30 - 12.30 Bildschirmtext – Teil der Unternehmensplanung. Dr. Volker Häselbarth, IBM.

Vortragsreihe B

10.55 - 11.30 Erfahrungen der Informationsanbieter im Bildschirmtext-Feldversuch. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Rainer Bierhals, Fraunhofer-Gesellschaft e.V., Karlsruhe.

11.30 - 12.30 IBM Konzept und Entwicklung der Bildschirmtext-Zentralentechnik. Dr. Ekhard C. Ording, IBM.



12.30 - 14.00 Uhr. Mittagessen.

Vortragsreihe A

14.00 - 14.45 Bildschirmtext – eine neue Anwendungsdimension in der Informationsverarbeitung. Rainer Kipper, IBM.

14.45 - 15.30 Vorgehensweise bei der Einführung von Bildschirmtext. Dr. Sebastian von Sauter, IBM.

Vortragsreihe B

14.00 - 14.45 Online-Bestellwesen mit Bildschirmtext (mit Vorführung). Dipl.-Ing. Rudolf Weichsel, IBM.

14.45 - 15.30 Der IBM Personal Computer als multifunktionales Bildschirmtext-Terminal. Günter Th. Schmid, IBM.



15.30 - 16.00 Uhr. Kaffeepause.

Vortragsreihe A

16.00 - 16.45 Bildschirmtext – Anwendungen in der Industrie (mit Vorführung). Dr. Alois Lipka, Düsseldorf.

16.45 - 17.30 Zukünftige Informationswege der Vereinigten Wirtschaftsdienste durch Einsatz von Bildschirmtext (Erfahrungsbericht mit Vorführung). Rolf Poppe, VWD, Eschborn.

Vortragsreihe B

16.00 - 16.45 Bildschirmtext-Datensuche mit Hilfe von IBM STAIRS/MIKE (mit Vorführung). Peter Müller, IBM.

16.45 - 17.30 Bildschirmtext im Rechnerverbund bei der Stadt-Sparkasse Düsseldorf (Erfahrungsbericht mit Vorführung). Jürgen Sender, Stadt-Sparkasse Düsseldorf.

17.30 - 20.30 Uhr. Buffet.

Zweiter Tag.

Vortragsreihe A

9.00 - 9.45 Die Entwicklung der Telekommunikation in Technik und Diensten. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

9.45 - 10.30 Der Btx-Staatsvertrag und zivilrechtliche Aspekte bei Bildschirmtext-Anwendungen. Rechtsanwalt Michael Swoboda, DIHT, Bonn.

Vortragsreihe B

9.00 - 9.30 Realisierung von Bildschirmtext über das DATEX-P-Netz der DBP. Werner Gerhard, IBM.

9.30 - 10.00 Bildschirmtext-Lösungswege der IBM für externe Rechner der Informationsanbieter. Dr. Siegfried Gschaider, IBM.

10.00 - 10.30 Funktionaler Leistungsumfang des neuen Bildschirmtext-Dienstes mit IBM Zentralentechnik. Helmut Regenfuß, IBM.



10.30 - 11.00 Uhr. Kaffeepause.

Vortragsreihe A

11.00 - 12.00 Direktbestellung mit Bildschirmtext im Großversandhaus QUELLE (Erfahrungsbericht mit Vorführung). Dieter Bitz, Großversandhaus QUELLE, Gustav Schickedanz KG, Fürth.

Vortragsreihe B

11.00 - 12.00 Anbindung von Online-Anwendungen an Bildschirmtext. Dr. Helmuth Agatha und Helmut Sprenger, IBM.



12.00 - 13.30 Uhr. Mittagessen.

Vortragsreihe A

13.30 - 14.00 IBM Datenservice im Rechnerverbund – CICS/DS zur schnellen Erstellung von Bildschirmtext-Informationssystemen. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Karsten Hoffmann, IBM.

14.00 - 15.00 Bildschirmtext-Informationsdienst im Bayerischen Landwirtschaftsministerium (mit Vorführung). Ministerialrat Dr. Johann Haimerl. Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Vortragsreihe B

13.30 - 14.00 CEPT-Leistungsumfang für Bildschirmtext. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

14.00 - 14.30 Datensicherheit im Bildschirmtext-Dauerbetrieb. Peter Volkmann, IBM.

14.30 - 15.00 Direktbestellservice im Bildschirmtext-Rechnerverbund bei der Händlerorganisation Interfunk (Erfahrungsbericht mit Vorführung). Dipl.-Ing. Peter Kragler, Unternehmensberater, Augsburg.



15.00 - 15.30 Uhr. Kaffeepause.

Ab 15.30 Uhr Podiumsdiskussion, Moderation: Rüdiger Proske.

Am 29. und 30. November 1983 veranstaltet die IBM im Internationalen Congress Centrum Berlin den Btx-Kongreß '83. Als Partner der Deutschen Bundespost, als Hersteller von Informationsverarbeitungs-Produkten und als Anbieter von Btx-Dienstleistungen sind wir auf vielfältige Weise dem neuen Medium Btx verbunden. Mit diesem Kongreß möchten wir allen Interessierten die Möglichkeit geben, unsere Erfahrungen und die unserer Partner für ihre eigenen Projekte zu nutzen. Die Teilnahmegebühr beträgt DM 970,– zuzüglich gesetzl. Mehrwertsteuer. Wenn Sie die Anmeldeunterlagen und/oder Informationen über Bildschirmtext haben wollen, schicken Sie uns den Coupon oder schreiben Sie unter dem Stichwort „Btx-Kongreß '83" an IBM Deutschland GmbH, Abteilung 1088, z. Hd. Herrn W. Steiner, Postfach 80 08 80, 7000 Stuttgart 80.



Ich bin an dem Btx-Kongreß '83 interessiert. ☐ Bitte schicken Sie mir die Anmeldeunterlagen. ☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über Btx-Anwendungen ☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über das Btx-Angebot der IBM

Name ______ Straße ______

Position ______ PLZ/Ort ______

Firma ______ Telefon ______

Branche ______

An IBM Deutschland GmbH, Abt. 1088, z. Hd. Herrn W. Steiner, Postfach 80 08 80, 7000 Stuttgart 80

„Eine Nacht in Casablanca“: Noch eine Parodie auf den Bogart-Film

Schwanengesang der Marx Brothers

In diesen Tagen werden die Marxisten Trauer tragen“, schrieb die Londoner „Times“ im Jahre 1946. Diese Bemerkung hatte nichts mit Karl, aber sehr viel mit Groucho, Harpo und Chico Marx zu tun. Ihr Film „Eine Nacht in Casablanca“ war gerade angelaufen und von der Kritik wie vom Publikum mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Einhellig war nur die Freude darüber, das Komiker-Trio nach fünf Jahren wieder auf der Leinwand sehen zu können.

Groucho Marx nennt „Eine Nacht in Casablanca“ seinen Schwanengesang. In seiner Autobiographie erzählt er von dem Schlüsselerlebnis, das er während der Dreharbeiten hatte. Für die letzte Szene hängt er da an einer Flugzeugattrappe, die Windmaschine bläst ihm ins Gesicht, es ist zwei Uhr an einem Sonntagmorgen (um den Produktionsplan einzuhalten, mußte in zusätzlichen Schichten gedreht werden), nach mehreren Wiederholungen hat er die Faxen ziemlich dicke und sagt zu sich selbst: „Groucho, alter Junge – und glaube mir, du bis ein alter Junge –, willst du wirklich die restlichen Jahre deines Lebens auf diese lächerliche Weise verbringen?“ Und als diese Szene endlich im Kasten ist, erklärte er feierlich, daß er sich aus dem Filmgeschäft zurückziehen werde.

Nun, diesen Eid haben sowohl er als seine beiden Brüder gebrochen. Drei Jahre später traten sie noch einmal gemeinsam in „Love happy“ auf, und dann erklärte Chico Marx kategorisch: „Uns hängt das Filmen zum Halse heraus. Die Leute mögen uns nicht mehr sehen. Unsere Witze werden fade. Wir selbst auch. Außerdem brauchen wir einander nicht mehr.

Eine Nacht in Casablanca – ZDF, 19.30 Uhr

Jeder für sich allein kann viel mehr Geld verdienen.“

Daß dem Komiker-Trio endgültig die Luft ausgegangen war, hatte bereits „Eine Nacht in Casablanca“ unmißverständlich klargemacht. Die fünfjährige Abstinenz von Hollywood (1941 war „The Big Store“ gedreht worden) war keine schöpferische Pause gewesen, im Gegenteil: Vieles wurde nur wieder hervorgekramt, was in Filmen wie „Cocoanuts“ (1929), „Monkey Business“ (1931) und „Horse Feathers“ (1932) das Publikum zu Lachsalven hingerissen hatte. Die Situationskomik, der bissige Wortwitz, Grouchos aggressive Bemerkungen – das wirkte hier seltsam antiquiert. Und sein gebeugter Gang, Markenzeichen in den früheren Filmen, wurde nun boshafterweise auf Arthritis zurückgeführt! „Das Krachen der Knochen“, so erzählt er, mit seinen damals 50 Jahren kokettierend, „übertönte sogar die Dialogstellen.“

Noch ehe die Marx Brothers mit ihrem Regisseur Archie L. Mayo bei „United Artists“ mit den Dreharbeiten begonnen hatten, gab es Ärger: Die „Warner Brothers“ erhoben Einspruch gegen einen Filmtitel, der an ihr „Casablanca“ von 1943 erinnerte. Der Briefwechsel, der sich daraufhin zwischen Groucho Marx und „Warners“ entspann, ist viel witziger als das Werk, um das es ging. Er warf der Gesellschaft vor, sie habe z. B. das „Brothers“ in ihrem Namen von den Marx gestohlen, und überhaupt habe er nicht gewußt, daß Warner Alleinbesitzer der Stadt Casablanca sei. Darüber hinaus brauche man wohl kaum zu befürchten, daß der durchschnittliche Kinogänger Ingrid Bergman mit Harpo verwechseln würde.

RAINER NOLDEN



Zum **Hörspiel des Monats September** 1983 wählte die Jury der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste, Frankfurt, „Brief an einen Sohn“ von George Ryga (aus dem Englischen von Hans Wollschläger; Regie Horst H. Vollmer), eine Koproduktion des Süddeutschen Rundfunks mit RIAS Berlin. In großer optischer Breite und immer wechselnden Zeitebenen wird das Leben eines aus der Ukraine nach Kanada eingewanderten Mannes erzählt.

Für die kanadische Regierung ist er schon vor Jahren bei einem Bergwerksunglück gestorben, seine Schwester und deren Mann halten sich fern von ihm, sein Sohn hat sich ihm entfremdet. In mürrisch-aggressiven Gesprächen mit der Sozialarbeiterin, die seinen Rentenantrag bearbeitet, und in inneren Monologen, die durch das Schreiben eines Briefes an den Sohn ausgelöst werden, zieht der alte Mann (gesprochen von Wolfgang Büttner) eine Bilanz seines Lebens.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Golf-WM
11.05 Das Fernsehspiel des Auslands
Auf den Schultern eines Riesen
12.35 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.10 Tagesschau
16.15 Der unersetzliche Einsatz
Alexander von Cube berichtet über die internationale Kunststoffmesse K '83, die vom 5. bis 12. Oktober 1983 auf 100 000 Quadratmetern Fläche mit 15 000 Ausstellern aus 30 Ländern demonstriert, was von der Kunststoffindustrie auch in der Zukunft noch zu erwarten ist.
17.00 Denkste!?
Sei schlau – klau beim Bau (Wh.)
17.50 Tagesschau
Anschl. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Das beliebte Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
21.00 Monitor
Berichte zur Zeit
Themen: Was darf ein Moderator? – Proteste und Diskussionen um die Moderationssperre für Franz Alt / Im Interview: Helmut Hammerschmidt, Gründer und erster Moderator von „Report“ und ehemaliger Intendant des Südwestfunks, zur Auseinandersetzung über die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Journalismus / Trendwende in der SPD? – Sozialdemokraten im Strom der Nachrüstungsdebatte / Dialog, Konfrontation, Krise, die Friedensbewegung im Streit über die „Deskalierungsgespräche“ / Verkürzte Frühwarnzeit – erhöhtes Risiko? – Wissenschaftler warnen vor dem Atomkrieg durch Computerfehler
Moderation: Gerd Ruge
21.45 Dallas
Waterloo auf Southfork
22.30 Friedrich Luft im Gespräch mit Manfred Krug
24.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation: Geriatrika – Jungbrunnen aus der Retorte?
16.35 Strandpiraten
Der Premierminister
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner, Heinz Schenk, Ernst-August Quelle, Klavier, und bekannten Interpreten mit ihren Erfolgsmelodien
Regie: Hans Rosenthal
Anschl. heute-Schlagzeilen
19.00 heute

WELT Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

19.30 Eine Nacht in Casablanca
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Anschl. Ratschlag für Kinogänger: „Wargames – Kriegsspiele“ von John Badham
Vorgestellt von Elvira Reitze
21.00 heute-journal
21.20 Ich könnte einen Roman schreiben
Frauen der Kriegsgeneration gehen in den Ruhestand
Bericht von Lothar Seehaus
22.05 Der besondere Film
Schauder
Polnischer Spielfilm (1981)
Preisgekrönte Analyse der polnischen Nachkriegsära
In einem Jugendlager Mitte der 50er Jahre: Der sensible Tomasz erlebt eine Schulzeit voller Konflikte und Ängste. Die linientreuen Erzieher predigen eine „neue Moral“, die das Wohl der Partei und des Staates über alles stellt.
23.45 heute





Groucho, Chico und Harpo Marx (v. l.) in ihrer Bogart-Persiflage „Eine Nacht in Casablanca“, um 19.30 im ZDF FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Xenan – Mutter der Lakandonen
21.00 Weltreise (7)
21.45 Künstler, Bürokraten und Publikum
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Deutschlandbilder
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Mit Weltenbummlern unterwegs
19.00 Die sieben Weltwunder des Altertums (7)
19.30 Ökoland (7)
Ein Pater sieht grün
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
21.15 Schauplatz: Die letzte Küste
22.00 Sport III extra
22.45 Das Schwarze Kabinett
Engl. Spielfilm (1949)
00.20 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Herrchen gesucht
19.30 Jeder kann für sich was tun (7)
20.00 Tagesschau
20.15 Gesichter im Schatten
21.35 Drei aktuell
21.50 Stadtansichten (4)
22.45 Lebensgeschichten: Arbeitslosigkeit damals

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 S 3 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Für Rheinland-Pfalz:
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel im Oktober
Für Gesamt Südwest:
21.15 Das Geheimnis der falschen Braut
Franz.-ital. Spielfilm (1969)
23.15 Avanti! Avanti!

BAYERN
18.15 Luzie, der Schrecken der Straße
18.45 Rundschau
19.00 Dem Bösen widersagt
19.30 Sagst was d'magst
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Das historische Stichwort
21.05 Die Sprechstunde
21.50 Geisterstunde
22.15 Die Kunst, menschliche Städte zu bauen
23.00 Im Gespräch: Diskussion zur Sendung
Anschl. Rundschau

KRITIK

Menschen zwischen den Fronten

Als der russische Arzt Wikentij Weressajew 1922 den Roman „W tupike“ (In der Sackgasse) schrieb, hatte er die Revolution noch im buchstäblichen Sinne vor Augen: Die Brutalität der Roten, die Grausamkeit der Weißen, die Not der bürgerlichen Linken, die sich zwischen der zaristischen und der bolschewistischen Knute zu entscheiden hatte. Rolf Busch, der Autor und Regisseur des Films, stellte denn auch diese Menschen zwischen den Fronten in den Mittelpunkt seiner Arbeit: **In der Sackgasse** (ARD).

Dabei zeigte sich, daß die formale Redlichkeit, die ausgeruhte, beharrliche Kamera, die Schritt um Schritt den Ereignissen folgt, in langen Atemzügen und ohne ins aktionistische Hecheln zu verfallen, viel beiträgt auch zur menschlichen Aufrichtigkeit. Die Protagonisten haben Zeit, genauer: Die Kamera gibt ihnen die Zeit voranzuschreiten, was ja Sinn der Prosa ist, auch der optischen.

Rolf Busch weiß, wie große Literatur zu erzählen ist, seine Kamera (Gerd Thieme) hat einen langen und tiefen Atem, die bleibt stehen, wenn der Augenblick der Besinnung gekommen ist, sie wandert mit den Menschen mit wie ein Confrater der Historie, aber immer ist sie Zeuge, manchmal nur blickt sie weg, dann hört man die Schüsse. Aber wenn sie dann weiter wandert, ist sie wie eine verwandelte Kamera.

Das Schicksal der Menschen zwischen den Pelotons der Bolschewiki und den Schwadronen der verzweifelten zaristischen Soldaten ist Gegenstand der Bilder. Daß aus den Bildern (übrigens: schwarz-weiß) Leben überkam, ist dem ausgezeichneten Darstellerteam zu danken, allen voran der erstaunlichen Leslie Malton.

Fazit: Das Stück reiht sich als Spitzenleistung ein in die lange Reihe der Dieter-Meichsner-Produktionen zur Literaturverfilmung.

VALENTIN POLCUCH

Karrieren ohne Brüche

Peggy Parnass – jüdische Journalistin aus Hamburg, viele Jahre Gerichtsreporterin, in Justizkreisen hochgeachtet, wenn auch nicht immer ganz verstanden – hat sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Rolle, die die deutsche Justiz in den Sondergerichten während des Dritten Reiches gespielt hat, ebenso zu enthüllen wie die Tatsache, daß etliche dieser Männer nach dem Krieg den Weg in den Staatsdienst der Bundesrepublik Deutschland übergangslos gefunden haben. Axel Engstfeld folgt in seiner **„Filmprobe“** (ARD) der subjektiven Sicht dieser Journalistin, die die ganze (Nach)-Kriegs-Entwicklung mit tiefer Resignation betrachtet und ihre Arbeit oft als vergeblich betrachtete, da „ich nicht weitergeben sollte, was ich sah“.

Resignation ist daher das Grundthema dieses Films. Im Flüsterton werden die Namen solcher Männer wiedergegeben, die ohne große Skrupel beiden Obrigkeiten zu dienen vermochten, während die Kamera ruhelos durch die leeren Gänge des Hamburger Oberlandesgerichts-Gebäudes schweift – gespenstisch-eindrucksvolle Momente dieser Sendung. Sie will uns suggerieren, es habe sich nichts geändert. Ein Eindruck, der durch raffinierte Bildschnitte und Texte („Die Justizausbildung ist seit Kaisers Zeiten ... dieselbe geblieben“, müssen da nicht „dieselben Typen“ herauskommen?) verstärkt wird. Das macht betroffen, rüttelt auf – auch wenn es nur ein Teil der Wahrheit bleibt.

KNUT TESKE



Ulla Huhn, Allah Hahn

Mir. – Noch bevor ich den Buchdeckel aufklappen konnte, hatte ich ihn wieder zugeklappt. Ich starrte auf den Umschlagdeckel. Es war der Titel, der mich so nervös machte. Sollte Ulla Hahn, seit zwei Jahren Deutschlands Top-Lyrikerin (ihr Erstling steuert auf das 20. Tausend zu), die auf so spielerische Art und Weise ein Spielchen spielen konnte, dem Spiel ein Ende gemacht haben?

„Spielende" heißt ihr neuer, ihr zweiter Gedichtband. Ich hatte noch keine Zeile gelesen, da spürte ich Unheil. Das Spiel ist aus, ging es mir durch den Kopf. Wenn Titel töten könnten. Rechtzeitig, bevor ich die Auswirkung überprüfen konnte, zeigte sich das Rettende an. Nicht das „Spiel-Ende" war offenbar gemeint, sondern die „Spielende" war weiterhin am Werk. Also kein Ende des Spiels, sondern ein Spiel mit dem (dicken) Ende.

Ob dick oder nicht, plötzlich war ich angesteckt. Da steckte noch mehr drin. Vielleicht ein Spiel mit der Lende? (Wessen Lende?) Oder spie da die Elende? (Wem ins Gesicht?) War das Elend ein Psi-Phänomen?

Psi: törichter Unfug! Hier geht es um Gedichte. Ah, Gedichte! G wie gelungen, e wie einzigartig, d wie doll, i-c-h wie ich (von wem anders sprechen Gedichte?), t wie toll, e wie einzigartig (man kann es nicht häufig genug sagen).

Das Spiel mit den Buchstaben beginnt Spaß zu machen. Aber so weit sollte man ihn freilich nicht treiben, aus dem Ulla ein Allah zu machen. Denn schließlich ist ein Hahn kein Huhn. Und obwohl jedermann weiß, daß die DVA keine Dionysische Vitriol-Agentur ist, noch weniger eine Dämliche Vereins-Ansammlung, sollten sich die Eigner der Deutschen Verlags-Anstalt schon durch Präzisierung auf dem Umschlag vor invektiven Übergriffen schützen.

Habe ich übrigens vergessen, zu erzählen, was in dem neuen Band drin ist? Dazu kaufe man sich am besten den ersten. Da ist schon alles gesagt. Und billiger ist er auch.

Meister der Toleranz: Gespräch mit Manès Sperber, dem diesjährigen Friedenspreisträger

Das Ganze sehen und die Details lieben

Jüngst meinte Saul Bellow, Paris 1948 und heute vergleichend, die Stadt sei „ärmer geworden". Dieses Aperçu nahmen wir mit, als wir an die Seine aufbrachen, um Manès Sperber zu treffen, den diesjährigen Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels. Er lebt ja seit 1934 ununterbrochen in Paris; obwohl nach 1945 die bitteren Gründe wegfielen, die ihn damals hingeführt hatten, blieb er dort.

Der Ort seiner heimatlichen Geborgenheit blieb zwar immer Wien, die Stadt, in der er aufwuchs und seinen ersten prägenden Einfluß durch den Individualpsychologen Alfred Adler erfuhr. Wie er uns bei einer Fahrt in der Metro einmal sagte, ist Paris für ihn aber die Stadt, in der er in seinem Leben am unglücklichsten und am glücklichsten gewesen ist.

Jetzt, in den schönen ersten Herbsttagen, da der Sturm der Glückwünsche zur Preisverleihung schon wieder vorüber ist, sagt uns der gelassen gebliebene 78jährige Manès Sperber: „Ich bin dankbar für mein Leben." Er hat sicherlich viel Grund zu diesem Eingeständnis; denn wie oft war er den stärksten Herausforderungen ausgesetzt! Wie viele Weggenossen haben ihn begleitet, zuerst in der kommunistischen Bewegung, dann in der Gemeinsamkeit literarischen Schaffens, wieviel ist zerbrochen und hinabgesunken!

Es gibt ja Dichter und Denker, die mit zunehmenden Jahren immer unreifer werden. Und für andere begann mit den Spätjahren des Lebens erst die Ausreifung bis zu klassischen Formen. Diese Differenz in der geistigen und seelischen Entwicklung von Dichtern und Denkern schlägt durch bis auf Freundschaften und Feindschaften.

Paul Ernst, meint Sperber, wurde im Ringen des Lebens immer reifer; Freund Lukács schrieb dagegen in seinem ganzen Leben nur ein gutes Buch – und da war er 25 Jahre alt. Gerhard Storz, der gerade verstorbene 85 Jahre alt gewordene Dichter und Politiker, entwickelte sich vom linken Grundgefühl der Jugend zum disziplinierten Grandseigneur der deutschen Sprache; Jugendfreund Ernst Bloch ereiferte sich in späten Jahren immer mehr für eine „plebejische Mystik". Raymond Aron kann jetzt, in der Rückschau auf fünfzig Jahre des politischen Nachdenkens, mit Genugtuung feststellen, daß seine Analysen meist zutreffend waren; Jean-Paul Sartre wurde, noch bevor der körperliche und geistige Zerfall einsetzte, immer unreifer.

Raymond Aron, nach dem Tode von André Malraux der engste Freund Sperbers in Paris, bemerkt in einer scharfsinnigen Frontklärung: „Solschenizyn hat nicht in Sartre, sondern in Sperber seinen Bruder." Damit ist gesagt: Alexander Solschenizyn, Manès Sperber, Arthur Koestler, Ernst Reuter, Ignazio Silone, George Orwell – sie gewannen in der dämonischen Nähe des neuzeitlichen Totalitarismus die existentielle Erfahrung ihres Lebens, und fortan kannten sie, dem Inferno entronnen, nur noch einen Auftrag: für die Freiheit zu kämpfen und Toleranz vorzuleben.

Als wir jetzt Manès Sperber auf seinem täglichen Spaziergang im Jardin de Luxembourg begleiten, fragen wir ihn, wie es ihm denn gelungen ist, ein Meister der Toleranz zu werden. Seine Antwort ist einfach, aber dennoch verblüffend: Zur Einübung in die Toleranz sei es notwendig, auch da noch zu lieben, wo man eigentlich verurteilen sollte. Als Schriftsteller bedeute diese Regel für ihn, stets eine mildere Stufe vor der harten und polemischen Lust einzuhalten.

Den Verzicht auf schrille Töne kann sich Manès Sperber wie kein zweiter erlauben, denn gerade weil er so gut versteht, blickt er durch und durch. Der gütige, und nicht der skeptische und schablonisierende Psychologe tritt hervor, der die Schulung an Alfred Adler nicht verleugnet. An der Reitschule, die schon Rainer Maria Rilke zur wiederholten Beschreibung reizte, bleibt er stehen und spricht begütigend auf ein kleines Mädchen ein, das verlassen auf einem Gartenstuhl sitzt, der jeden Augenblick umkippen könnte. Sperber kennt in diesem Garten die Lebensgeschichte eines jeden Baumes, und von allen Büstenköpfen weiß er, welche historischen Verdienste sich dahinter verbergen.

Wohl deshalb ist Manès Sperber ein großer Dichter geworden, weil er das Ganze der Welt sieht, aber ihre Einzelheiten liebt. Er hat sich nicht in das schriftstellerische Dasein geflüchtet, als er 1937 sich vom Kommunismus lossagte; „dabeigewesen" zu sein – das blieb die große Verirrung seines Lebens, die ausgehalten werden mußte. Wer ihn etwas genauer kennt, erhält eine Ahnung davon, wie er in dieser Zeit gelitten hat und weiter an ihr leidet. In seinem Rechtfertigungsbuch „Zur Analyse der Tyrannis", das es wert wäre, eine sozialkundliche Pflichtlektüre in unseren Schulen zu werden, schildert er, wie ihm die Unterdrückung seines Gewissens noch einige Zeit gelang, indem er an die Opfer Hitlers, Mussolinis, Francos dachte, um „mit deren Leiden zu rechtfertigen, was in Moskau geschah".

Welche Gewaltsamkeit er damit gegen sein eigenes Wesen beging, das wird wohl nirgendwo deutlicher als in der Darstellung seiner Lossage vom Kommunismus: „Doch eines Nachts, im Herbst 1936 – ich ging nach Hause, der Vollmond stand über dem Panthéon, das auf meinem Weg lag – wurde ich von einer Herzschwäche übermannt; ich blieb stehen, rang schwer nach Atem, wartete. Noch ehe diese Extrasystole aufhörte, wußte ich, daß mein Herz nicht krank war, sondern nur im Organdialekt ausdrückte, daß es nun aus sein mußte mit allen Vorwänden, mit allen falschen Rechtfertigungen, mit dem Selbstbetrug."

Dieses Geständnis sagt mehr als jede abstrakte politische Ethik und alle Anleitungslehren politischen Handelns. Es macht deutlich, was ein junger Mensch draufzahlen muß, wenn er sich einer totalitären Bewegung anschließt.

Die Werke von Manès Sperber sind Lehrbücher unseres Jahrhunderts; wer einen Eindruck von seiner katastrophenreichen Entwicklung gewinnen will, muß einfach Sperbers Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean" und seine Lebensbetrachtungen „Die Wasserträger Gottes" und „Bis man mir Scherben auf die Augen legt" gelesen haben.

Es ist indessen nicht lebensverneinender Pessimismus, was die Grundstimmung in Sperbers Büchern ausmacht. Zwar sagt er zur Entschuldigung des bisherigen Geschichtsablaufs: „Die Menschheit ist eine ewige Debütantin, die noch immer die ersten Schritte in ein sinnvolles Leben probiert." Und er weiß auch, daß manche Staaten der Gegenwart in ihrem Aufbau unerfahrene Anfänger geblieben sind. Nuancenreich beklagt er, daß die Tragik Ost- und Südosteuropas darin liege, nach der Zerschlagung der österreich-ungarischen Donaumonarchie in einem dafür unreifen Zustand in eine westeuropäische Demokratieentwicklung hineingeworfen worden zu sein. Dennoch: Sperber ist Optimist geblieben. Auch humaner Sozialist. Daß er es blieb, verdankt er, wie er erzählt, vor allem zwei Freunden in Deutschland, von denen er mit der größten Hochachtung spricht: Carlo Schmid und Herbert Weichmann.

Für Manès Sperber hat eben alles seinen Ort. Darum auch kann er ein Optimist bleiben, weil er um die korrigierenden Kräfte der Tradition genau Bescheid weiß. Nicht die Preisgabe seiner Substanz rette Europa, sagt er, sondern die unermüdliche Verdeutlichung seiner Werte. Hier schwingt geradezu alttestamentarischer Grimm in seiner Stimme: „Europa muß gefährlich bleiben, wenn es seinen Frieden will."

Manès Sperber ist kein Pazifist; ebenso wenig wie es Reinhold Schneider war, der Friedenspreisträger des Jahres 1956, dem er sich eng verbunden weiß. Und obgleich Jude (und was für ein stolzer und ehrfurchtgebietender Jude ist er!), bemerkt er, die Quellen Europa bezeichnend: „Die Akropolis in Athen ist für Europa entscheidender als der Tempel in Jerusalem."

Er ist eine Versöhnungsgestalt, auch in dieser Bemerkung. Und Paris bleibt, Saul Bellow zum Trotz, reich, weil Manès Sperber darin lebt.

LOTHAR BOSSLE



Der Tradition des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels verbunden: Manès Sperber (links) vor einem Bild der früheren Preisträger Albert Schweitzer und Reinhold Schneider, im WELT-Gespräch mit Lothar Bossle FOTO: HANS HEER

Hamburg: „Turandot" unter G. del Monaco

Mit Freud nach China

Ach, hätte er doch nur auf Puccini gehört, der sehr wohl wußte, warum er schon seine Librettisten so flehentlich bat: „Pressen Sie sich Hirn und Herz aus, um für mich etwas zu schaffen, das die Welt weinen machen soll!" Doch Gian-Carlo del Monaco, in Kassel gescheiterter Intendant und nun als Gastregisseur erstmals an der Hamburgischen Staatsoper aktiv, scheint gar nicht zu wissen, wie man Herz und Hirn überhaupt stimulieren kann. Zu sehr ist er in seine eigenen tolldreisten Sprüche verliebt, die ihm denn auch nur aufdringliche Effekte suggerieren, die weinen machen können, weil sie weder den geringsten Schock noch aber auch die geringste Erheiterung bringen.

Armer Puccini, arme Turandot, der da von del Monaco und dessen Bühnenbildner Peter Sykora mit Parolen und Symbolen zu Leibe gerückt wird, die an modischer Billigkeit oft nicht zu übertreffen sind. Das fängt beim geschmacklich absolut dubiosen, trostlos hingeschmierten Zwischenvorhang an, der mit einer bluttriefenden überdimensionalen Scheide kokettiert, die von einem lebenden und einem abgehackten Freierskopf flankiert ist. Wen kann es bei solchen schlimmen Freudiana noch überraschen, daß der Henker als monströser Zwitter mit widerlichem Hängebusen, Turandot bei ihrem ersten Auftritt als Super-Barbarella erscheint, für die Liebe selbst vor Toresschluß nur ein Wort ist, nicht lebbare Wirklichkeit?

In solch einem penetrant gepinselten Trivial-Spektakel darf dann natürlich auch das Volk Altchinas nicht schlichtes Volk sein, mal flehend, mal angsterfüllt, mal aufgebracht. Nein, es liegt, im New Look schwarzer Lumpen und kabukihaft geschminkt, total versklavt in Ketten. Ein übel geknechteter Gefangenenchor, dessen Ketten erst klirrend zerspringen im Augenblick von Liùs Opfertod.

Daß del Monacos Konzept irgendein nachdenkenswertes Rätsel aufgibt, kann man wahrhaftig nicht behaupten. Nirgends eine tiefere Inspektion der handelnden und leidenden Figuren, mögen sie nun Kalaf heißen, Timur oder Turandot. Auch die pausenlosen choreographischen Aktionen des Chores, der die steilen Tribünen permanent in Ketten hinauf- und herunterzuschlurfen hat, nehmen sich zur Stand-Regie der Protagonisten als bloße Bewegungstherapie aus. Und was sich im stilbrüchig weißen Minister-Büro abspielt, ist zwar von harmlos clowneskem Charme, doch wird das Groteske des Ping/Pang/Pong-Trios nur gestreift.

Gottlob aber gab es an diesem Abend noch die Musik und die Stimmen, die dieser Turandot die Rettung brachten und den frenetischen Beifall des Premierenpublikums. Als Retter in der Not hatte sich Giuseppe Patané bereits vorab erwiesen, als er kurz vor der Premiere unter minimalen Probenbedingungen für seinen erkrankten Kollegen Peter Maag einsprang. Patané, der seinen Puccini und die „Turandot" nun ja tatsächlich seit Jahrzehnten im Hirn wie im Herzen trägt, blieb dem wollüstigen Wohllaut, den anrührenden Belcanto-Schwüngen ebensowenig schuldig wie den scharfen Barbarismen, dem exotischen Pomp der Partitur. Daß man im Klanglichen noch delikater, den neutönerischen Gestus dieser späten Puccini-Musik noch radikaler akzentuieren kann, blieb Wunsch.

Eva Marton, bereits Wiens gefeierte Turandot, imponierte mit einer hochdramatischen Auslegung der Rolle, die dem Regie-Konzept von der bis zum Schluß starr abweisenden Prinzessin großartig entsprach. Stimmlich so glänzend in Form wie sie auch Franco Bonisolli, der dem Kalaf hohe Intensität durch volle Kraftentfaltung und rückhaltlosen Schönklang verlieh. Darstellerisch hätte ein kluger Regisseur allerdings beide in anrührendere Ausdruckszonen führen können. Sehr bewegend die sängerisch flexible Béatrice Haldas (Liù), der ein markanter Richard Curtin als Timur und ein eindrucksvolles Ministertrio (Mikael Melbye, Frieder Stricker und Heinz Kruse) zur Seite standen. Ein Extra-Lob dem Chor, der gegen Monacos Regie der aufdringlichen Einfallslosigkeit mit Verve und viel Farbe ansang.

KLÄRE WARNECKE

Nobelpreis für Medizin an Barbara McClintock

Gemendelte Maiskolben

Der diesjährige Nobelpreis für Medizin geht – zum drittenmal seit 1901 – an eine Frau: Das Karolinska-Institut in Stockholm verlieh gestern die mit rund 500 000 Mark dotierte Auszeichnung an die Genetikerin Barbara McClintock. Die 81jährige Wissenschaftlerin aus Hartfort in Connecticut, die noch heute am Cold Spring Harbour Laboratory im Staat New York tätig ist, wurde für ihre Entdeckung der beweglichen Strukturen in der Erbmasse ausgezeichnet.

Der Preis bedeutet eine späte Ehre und Anerkennung für die jahrzehntelange Forschung Barbara McClintocks. Vor mehr als 30 Jahren hatte die Wissenschaftlerin, belächelt von Fachkollegen, scheinbar die Vererbungsforschung des Österreichers Gregor Mendel (1822–1884) wieder aufgenommen: Sie züchtete den farbenprächtigen Mais, mit dem die Amerikaner ihre Erntedankfeiern dekorieren, über viele Generationen und beobachtete den Farbwechsel an Maiskolben und -körnern derselben Pflanzenfamilien. Dabei fand sie unter dem Mikroskop heraus, daß bestimmte Gene auf den Chromosomen von Mais-Generation zu Generation ihren Standort wechselten und daß diese beweglichen Elemente die unterschiedlichen Farben gleichsam an- und abschalten konnten.

Bis dahin hatte die Wissenschaft angenommen, daß die unterschiedlichen Erbinformationen auf der Desoxyribonukleinsäure (DNS) auf alle Zeiten in unverrückbarer Reihenfolge festgelegt seien.

Die Bedeutung der McClintockschen Experimente wurde erst im Verlauf der letzten zehn Jahre offenbar, seit die Forscher mit Hilfe der Gen-Technologie den Geheimnissen von Entwicklung und Vererbung auf die Spur kamen. Was jetzt im Labor an Bakterien, Fliegen, Säugetieren und beim Menschen beobachtet wurde, daß nämlich bewegliche Strukturen auf der DNS das Erb-Programm verändern können, hatte Frau McClintock schon 30 Jahre vorher nachgewiesen, bevor man die Struktur der DNS kannte. Ihre Untersuchungen, die nach der Laudatio des Karolinska-Instituts „mit großer Findigkeit und intellektueller Schärfe durchgeführt wurden", offenbaren erst jetzt ihre große Bedeutung für die Wissenschaft: Die Kenntnis der beweglichen Strukturen in der Erbmasse liefert eine Erklärung für die Vielfalt der Arten und die untschiedliche Ausprägung von Zellen an einem Organismus, die doch alle dieselbe gesamte Erbinformation in sich tragen.

Doch neben dem Verständnis von Vererbungs- und Entwicklungsprozessen bedeuten Frau McClintocks Forschungen auch wesentliche Fortschritte für die Medizin. Sie helfen beim Verständnis für die Entstehung des Krebses, sie machen deutlich, warum Bakterien ihre einmal erworbene Widerstandsfähigkeit gegen Antibiotika weitervererben können. Diese fundamentale Bedeutung der Forschungen erklärt auch, daß Barbara McClintock den Medizin-Nobelpreis allein und ungeteilt zugesprochen erhielt.

GISELA SCHÜTTE

Entertainer des Balletts: Jerome Robbins wird 65

Ein Pokerface mit Assen

Er ist der amerikanische Choreograph, der auf höchstem Niveau die meiste Theater-Freude gesät hat. Um Jerome Robbins war immer so etwas wie frischer Wind. Sport, Spaß und Spiel, aber gleichzeitig steckten seine Ballette auch voller Schritte, die durch ihre Neuheit Aufsehen zu erregen verstanden. Sie waren alle gewissermaßen mit Broadway-Wasser getauft. Sie hatten Hollywood-Erfahrungen hinter sich, den tollen Drive, den Fred Astaire oder Gene Kelly ihren Tanznummern zu geben wußten. Robbins gelang es, die guten Geister amerikanischer Shows ins traditionelle Ballett hinüberzuretten. Er pulverte es mit ihnen auf. Er verwandelte gelangweilte Prinzen in amerikanische Matrosen beim Landgang, und schon sprang „Fancy Free" dabei heraus, ein Tanzjux, zu dem der junge Leonard Bernstein Musik geschrieben hatte.

Der Sprung erwies sich – wie später noch oft im Leben von Robbins – als Dreisprung. Aus dem übermütigen Ballettchen wuchs das Musical „On the town", dem Musical wiederum folgte der Filmspaß nach. Hohe Trümpfe spielte Robbins seit je gern doppelt und dreifach aus. Er wußte meist, welche er in der Hand hielt: ein Pokerface, der nicht nur die angemessene Miene machte, sondern zur Sicherheit auch gleich die nötige Zahl Asse besaß. Sein höchster Trumpf aber war und blieb „West Side Story". Aber auch von seinen Tantiemen aus „Anatevka" ließe es sich wohl lustig leben. Aber auf ein lustiges Leben war Robbins beileibe nicht aus.

Bei aller spürbaren Leichtigkeit seiner choreographischen Kunst blieb er doch ein Grübler. Er machte sich rar auf der Bühne. Zum Überquellen neigte sein Schaffen nie. Während Balanchine sich im Dienst des New York City Ballet buchstäblich lahm choreographierte, legte sein Co-Direktor Robbins von Anfang an den choreographischen Spargang ein. Er tröpfelte nur zögernd Ballette hervor, aber er tröpfelte Meisterwerke: Unvergeßlichkeiten des Welt-Balletts.

Seine Fassung des alten Diaghilew-Hits, den Nijinsky einst aus der Taufe gehoben hatte, der „Nachmittag eines Fauns", wurde zu einer wundervoll keuschen, wunderbar irrealen, gleichzeitig sinnlichen Verklärung der Liebe, des Verlangens nach Zweisamkeit. Mit seinen „Dances at a Gathering", einem einstündigen Ballett zur Klaviermusik von Chopin, schuf er das Meisterstück einer neuen Romantik, die auf den Vollmond verzichten konnte, die gute, alte Leuchte der liebenden Herzen im Tüll-Ballett.

Robbins kann witzig sein und kauzig, er kann abstrakt werden wie in der Choreographie zu Bachs „Goldberg-Variationen", er kann herzlich sein wie bei der Übersetzung von „Onkel Toms Hütte" ins choreographisch Siamesische für den Film „Der König und ich". Robbins blieb, was er von Anfang war: der einfallsreichste choreographische Entertainer der Tanzbühne in der zweiten Jahrhunderthälfte.

KLAUS GEITEL



Beim New York City Ballet wie am Broadway: Jerome Robbins auf der Probe FOTO: DIE WELT

Stuttgart: Krämer inszeniert Tschechows „Möwe"

Der Tod ganz nebenbei

Es lag eigentlich nahe, Tschechow einmal so zu inszenieren, wie Günter Krämer es jetzt in Stuttgart versuchte: als grotesken Tango der Wiederholungen, als burleskes Endzeitritual, in der Mitte zwischen Ionesco und Botho Strauss.

Tschechows Komödie „Die Möwe" – ein lächerliches Spiel um große Hoffnungen und verpaßte Möglichkeiten. Die Familie, die da auf einem Landgut stundenlang darüber resümiert, welche Berühmtheiten man in Moskau und anderswo in der großen weiten Welt errungen habe oder erringen könnte, lebt von ihren Attitüden, ihren Mutwilligkeiten, ihren Wiederholungen. Die Möwe, das Symbol von Freiheit und Weite, wird ebenso mutwillig erschossen und ausgestopft, wie sich der junge Konstantin Gawrilowitsch am Ende selbst umbringt. Ein Tod ohne innere Notwendigkeit, nur der konsequenteste Ausdruck der Leere.

Günter Krämer hat nun versucht, die geistige Situation des Stückes noch einmal 100 Jahre weiterzudrehen. Er beruft sich dabei auf einen Satz des Schriftstellers Trigorin, mit dem Tschechow sich im Stück sozusagen selbst zitiert: „Ich beobachte mich selbst und Sie bei jedem Satz, bei jedem Wort." Ein erstaunlich moderner Ausspruch, der genau die Selbsterfahrungsattitüden unserer Zeit trifft. Und so inszeniert Krämer einen Theaterabend aus lauter Einzelheiten, Einzelpersonen und 1000 Tänzchen um das Goldene Kalb des eigenen Ego.

Der Regie gelingen prächtige Einzelszenen: Wenn z. B. der Schriftsteller Trigorin (Heinz Schubert) der Gutsbesitzertochter Nina (Sibylle Canonica) die inneren Nöte seines künstlerischen Schaffens erklärt, dann glaubt man sich in eine Ausstellungseröffnung unserer Tage versetzt. So viel burleske Selbstgefälligkeit, so wenig wirkliche Not: mit kugelrunden, blitzenden Augen breitet der Schriftsteller seine Abgründe aus. Oder wenn die Schauspielerin Irina Nikolajewna denselben Schriftsteller davon abhalten will, einer anderen Frau zu folgen, dann zieht sie mit der Geschwindigkeit eines Schnellfeuergewehres jenes Repertoire ab, von dem sie weiß, daß es sein Herz trifft: die Eitelkeit badet in einem heißen Geysir. Da schaut Ionesco nicht nur um die Ecke, da steht er leibhaftig auf der Bühne.

Die vielleicht schönste Szene dieses Abends ist ein stummes Bild zu Beginn des vierten Aktes. In einem schwarzen Nichts (Krämer läßt fast ohne Dekorationen spielen) sind die Personen des Stückes hingestreut, hingetröpfelt. Zu leiser Klaviermusik bewegen sie sich wie Somnambule, mal ein Tanzschritt, mal eine Pirouette mit der Hand in der Luft gedreht: selbst verliebt, aber allein, verspielt, aber unglücklich, in Bewegung, aber antriebslos.

Krämer muß bei einem solchen Konzept auch den beiden wohl positivsten Figuren dieses Stücks, dem jungen Dichter Konstantin Gawrilowitsch (Benno Ifland) und seinem Onkel Pjotr Nikolajewitsch (herausragend: Ludwig Anschütz) eine neue Diktion geben. Der junge Dichter ist nicht geprägt durch wirkliches Leiden, sondern durch eine Art lächelnder Verneinung. Er erschießt die Möwe, weil ihm gerade danach ist; er erschießt sich selbst, weil die Situation günstig erscheint. Sein Tod wird hinter vorgehaltener Hand mit der eilfertigen Geschwätzigkeit mitgeteilt, mit der einem vielleicht der Postbote zwischen Tür und Angel zuflüstert, die Frau des Nachbarn sei mit einem anderen Mann durchgebrannt. Das ist die Pointe dieser Inszenierung: Es ist nichts geschehen, selbst der Tod ist eine lapidare Spielerei am Rande.

Dennoch geht Krämers Regiekonzept nicht ganz auf. Tschechow lebt vom Grundgefühl der Melancholie, das die vielen bedeutungslosen Einzelheiten zusammenhält wie der Kitt die Steinchen eines Mosaiks. Indem Krämer das Grundgefühl zu einer Kunstfigur verschärft, zerfällt auch das Stück in lauter Details mit vielen Brüchen und Langatmigkeiten. Am Ende aber herzlicher Applaus mit vielen Bravos.

LOTHAR SCHMITT-MÜHLISCH

JOURNAL

Leitete Hemingway Spione auf Kuba?

AFP, Fort Lauderdale

Nach Dokumenten aus Archiven des FBI soll Ernest Hemingway während des Zweiten Weltkriegs auf Kuba ein antinationalsozialistisches Spionagenetz aufgezogen haben. Dies berichtete die in Florida erscheinende Zeitung „The Fort Lauderdale News and Sun-Sentinel". Hemingway (1899–1961) habe im September 1942, als zahlreiche Anhänger des Nationalsozialismus auf Kuba lebten und deutsche U-Boote südlich der Vereinigten Staaten kreuzten, zum Teil vom amerikanischen Botschafter in Havana finanziert, 26 Spione angeheuert. Die meisten hätten früher der spanischen Polizei angehört. Hemingway habe diese Anti-Faschisten aus dem Spanischen Bürgerkrieg gekannt.

Jugendbuch über Metall im Kunstgewerbe

DW. Frankfurt

„Metall – was ist das überhaupt?" heißt der vierte Band in der didaktischen Buchreihe des Frankfurter Museums für Kunsthandwerk, die Kindern zwischen 10 und 15 Jahren eine Einführung in Ursprung und Technik kunsthandwerklicher Arbeiten vermitteln will. Die Reihe wurde 1977 mit einer Möbelkunde begonnen und 1980 mit Büchern über Textilien und Keramik fortgesetzt. In dem neuesten Band (80 S. mit zahlr. Zeichnungen, 23 Mark) erläutert Julia Meseck die Eigenschaften und die Verarbeitung des Metalls sowie seine Verwendung in der Kunst. Die Fülle des Materials führt diesmal allerdings zu einem informationsbefrachteten Text, der eher an ein Lehrbuch erinnert, als daß er für ein kindgemäßes Heranführen an die Schätze des Museums geeignet ist.

Jeremy Menuhin spielte auf Nonnenwerth

DW. Bonn

Mit einem Konzert von Jeremy Menuhin wurde jetzt der restaurierte Kapitelsaal des Franziskanerinnen-Klosters auf der Rheininsel Nonnenwerth der Öffentlichkeit vorgestellt. Der jüngste Sohn des Geigers Yehudi Menuhin spielte auf Einladung der Gesellschaft der Musikfreunde Bonn Klavierwerke von Bach, Beethoven, Debussy und Schubert. In Nonnenwerth hatte, nachdem das 1126 gegründete Inselkloster nach der Säkularisierung 1821 in ein Hotel umgewandelt worden war, in den Sommern 1841 bis 1843 Franz Liszt gelebt. 1855 wurde das Kloster wiederhergestellt und mit einem Gymnasium verbunden, das seit kurzem auch Jungen offensteht.

Wittelsbacher-Vita polnischer Bestseller

JGG. Warschau

Bestseller auf dem polnischen Büchermarkt ist gegenwärtig das im Warschauer Staatlichen Verlagsinstitut erschienene Buch von Michal Komaszynski über die bayerische Kurfürstin und polnische Königstochter „Theresa Kunegunde von Sobieski". Das Buch dokumentiert ein Stück bayerisch-polnische Geschichte. Theresa starb 1730 in Venedig und ruht heute in St. Cajus bei München.

Westdeutsche Kammeroper in Neuss gegründet

dpa, Neuss

Trotz der finanziellen Opernkrise in vielen Städten ist jetzt am Niederrhein eine „Westdeutsche Kammeroper" gegründet worden. Sie will mit bescheidensten Mitteln im November 1984 erstmals mit einer Inszenierung an die Öffentlichkeit treten. Die künstlerische Leitung übernahm Prof. Wolfgang Trommer, jahrelang Generalmusikdirektor in Aachen, der jetzt am Düsseldorfer Robert-Schumann-Institut der Staatlichen Musikhochschule Rheinland tätig ist.

Erstmals Preis für Technologie-Transfer

dpa, Bonn

Der Anfang dieses Jahres von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber gestiftete „Technologie-Transfer-Preis" für schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in die industrielle Praxis ist jetzt erstmals vergeben worden. Die Auszeichnung ist in diesem Jahr mit insgesamt 60 000 Mark dotiert. Preisträger sind Dr. Klaus Ploog (Stuttgart), die Arbeitsgruppe Bergbauforschung in Essen, Dr. Marie-Regine Kula (Braunschweig) und Prof. Christian Wandre (Jülich).

Londons Opernhäuser sagen Gastspiele ab

dpa, London

Die renommiertesten Opernhäuser Großbritanniens, die Londoner Royal Opera und die English National Opera, haben wegen finanzieller Schwierigkeiten alle Gastspiele in der Provinz abgesagt. Die Auslandsauftritte der verschuldeten Bühne werden dagegen eingehalten. Die Sparmaßnahme hat eine Flut von Protesten ausgelöst. Die beiden Häuser kosten den britischen Steuerzahler jährlich rund 15 Millionen Pfund (60 Millionen Mark).

Deutschlands Kleingärtner werden zu einer wachsenden Bewegung

Steigendes Interesse am eigenen Garten / Ministerlob für die „grüne Kolonne"

PETER SCHMALZ, **München**

Politiker-Erfolg kann auch zwischen Radieschen und Kohlköpfen im Schrebergarten wachsen, meint Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) und rät den kommunalen Mandatsträgern, Platz für grüne Kleingartenanlagen zu schaffen. „Konnte man vor zehn Jahren noch mit dem Neubau eines Hallenbades bei den Wählern Eindruck machen", meint der Minister, „so ist man bei den Bürgern heute hochangesehen, wenn man sich für Grün einsetzt."

Leider, so klagt der Minister dieser Tage, gingen einige Städteplaner, Kommunalpolitiker und Bauträger immer noch davon aus, daß Wohnungsbau, Straßenbau und Infrastrukturanlagen *höherrangigen* Bedarf signalisieren und der knappe Grund und Boden, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Bodenpreise, für Grünflächen in verdichteten Wohngebieten nur sehr beschränkt bereitgestellt werden.

„Ich halte das für falsch", meint Kiechle. Er sieht in den Kleingärtnern „eine Art ‚grüne Kolonne', die da für mehr Grün sorgt, wo es an Grün fehlt". Schrebergärten – benannt nach dem Leipziger Arzt Gottlieb Schreber, der 1864 die erste Laubenpieper-Kolonie gründete – lokkern nicht nur dichte Wohngebiete optisch auf, sie bieten neben dem Erholungswert für die Gartenpächter zugleich einen wichtigen ökologischen Ausgleich des Stadtklimas: Die im Vergleich zur freien Landschaft höhere Temperatur wird gesenkt, die Pflanzen produzieren Sauerstoff und verbrauchen Kohlendioxyd und die Blätter von Bäumen und Sträuchern wirken als Staubfilter.

Deshalb, so mahnt Kiechle, dürfen die oft beschmunzelten Minigärten nicht als Ersatzlösungen angesehen werden. Der Minister: „Für mich sind sie ein gleichberechtigter Bestandteil im Katalog städtischer Infrastruktur. Wir müssen sie genauso fördern und ausbauen wie das Angebot an Sportstätten, Bädern, landwirtschaftlicher Erholung, Büchereien und Theatern."

Das private Grün wuchs mittlerweile zu einer Bewegung an, die bei Ökologen wie bei Ökonomen Beachtung findet. Zu 13 Milliarden der 24 Milliarden deutschen Haushalte gehört ein eigener oder gepachteter Garten, 600 000 *Kleingärtner* sind registriert – 250 000 stehen gar auf den Wartelisten der Verbände als Anwärter auf ein eigenes Stückchen Grün. Diese grüne Welle füllt inzwischen auch die Kassen der Gärtnereien und allerorts wuchernden Gartencenter: Der Jahresumsatz an Pflanzen, Gartengeräten und Dünger wird auf sechs Milliarden Mark geschätzt.

Mit Unbehagen sieht dabei aber auch Ernährungsminister Kiechle, daß jeder Hobbygärtner im Jahr 23 Mark für chemische Pflanzenschutzmittel ausgibt: „Wir haben in diesen Gärten leider noch einen sehr hohen Prozentsatz an Gift." Gemeinsam mit der Industrie forschen staatliche Untersuchungsstellen inzwischen massiv nach weniger gifthaltigen Schutzmitteln.



Wind-Jammer FOTO: RUDOLF DIETRICH

„Bottle law" fegt durch New Yorks Straßen

Coup der Umweltschützer: Pfand für Flaschen und Dosen

HANS-J. STÜCK, *New York*

Die Reformfähigkeit der „Wegwerfgesellschaft" USA scheint wieder einmal bewiesen: Nur wenige Wochen nach Einführung einer Pfandgebühr für Bier- und Limonadeflaschen sowie Dosen ist die Vision einer sauberen Stadt vielerorts keine Utopie mehr. Scherben und Blechreste auf den Straßen New Yorks etwa wurden deutlich weniger.

Der Zorn der New Yorker Biertrinker dagegen, der sich über das in anderen Bundesstaaten längst eingeführte „bottle law" aufgestaut hat, ist noch längst nicht verraucht. Man betrachtet es als Bürde des ökologischen Fortschritts, das viele Freunde des Gerstensaftes um ihre Bierruhe gebracht hat. Mit der Einführung des *5-Cent-Flaschen-* und *Dosenpfandes* langten die Geschäftsleute noch kräftiger zu, so daß einige Marken jetzt das Doppelte kosten. Dazu kommt, daß aus den Regalen vieler Geschäfte Flaschenbiere völlig verschwunden sind. Die Inhaber scheuen das kostspielige Säubern, Sortieren und Lagern des Leergutes.

Unverständliche Preise

Daß die Geschäftsleute aufgrund ihrer zusätzlichen Arbeit mehr als das gesetzlich vorgeschriebene Pfand von 13 *Pfennigen* pro Flasche aufschlagen müssen, wird nicht einmal von den Hitzköpfen am Biertresen bestritten. Doch warum jetzt plötzlich eine Sechser-Packung der *beliebtesten Importbiere aus* Deutschland und Holland statt vier Dollar 69 Cent, stolze acht Dollar 10 Cent kosten soll (umgerechnet 21 Mark), leuchtet niemandem ein. Und daß mancherorts die Importsorten total verschwanden, schlägt dem Faß nun doch den Boden aus.

Derart hohe Aufschläge auf Importbiere werden zwar nur vereinzelt gemeldet, doch immerhin häufig genug, um bei den Importeuren die Alarmglocken schrillen zu lassen. Während Auswüchse wie diese *allenthalben noch als* Übergangserscheinungen angesehen werden, gibt es aber schon eine unmittelbare Konsequenz des „bottle law", die von allen New Yorker Biertrinkern begrüßt wird: Viele Kneipiers gehen jetzt endlich dazu über, mehr als nur eine oder zwei Billigsorten als Faßbier auszuschenken. Dazu gehören auch zahlreiche Bars und Restaurants der Innenstadt, die jetzt plötzlich nach jahrzehntelangem Zögern die Vorzüge des Schankbieres erkannt haben.

Ruhe an der Bierfront

„Warum sind wir eigentlich nicht früher darauf gekommen", so ein Schweizer Gastronom, „wir zapfen jetzt jeden Abend mehrere tausend Glas Bier und brauchen uns nicht mehr mit Tausenden von Leerflaschen rumzuschlagen."

Das New Yorker „bottle law", von Brauereien und Limonadeherstellern lange hartnäckig bekämpft, hat seinen *größten* Verbündeten in der überlasteten New Yorker Stadtreinigung, die jetzt mindestens ein Fünftel weniger Müll zu beseitigen hat. Auch New Yorks Jugend ist hellauf begeistert. Das Sammeln der leeren Flaschen und – wohlgemerkt – unverbogenen *Aluminiumdosen* bessert das Taschengeld ganz erheblich auf. Dabei lohnt sich auch ein verstohlener Blick in manche Mülltonnen, in die allzu viele New Yorker ihr Leergut immer noch werfen.

Daß die Umwelt von der Abschaffung der Wegwerfflaschen profitiert, hätten die New Yorker allerdings schon seit Jahren bei Ausflügen in mehrere Nachbarstaaten merken müssen. In den Bundesstaaten Massachusetts, Maine und Vermont herrscht schon lange fast holländische Sauberkeit. Dort gibt es auch längst keine Übergangsschwierigkeiten mehr mit dem „bottle law", so daß man auch für New York optimistisch bleiben kann: Auch in der Wolkenkratzerstadt wird wieder Ruhe an der Bierfront eintreten. (SAD)

Geheimnisvolle Sekte ließ Kinder völlig verwahrlosen

BODO RADKE, **Amsterdam**

Acht von 22 verwahrlosten Kleinkindern, die am Wochenende in Amsterdam bei einer Polizei-Razzia gegen die Mitglieder einer geheimnisvollen Sekte aufgegriffen wurden, sind inzwischen ihren Müttern entzogen und in ein städtisches Kinderheim gebracht worden. Der zuständige Staatsanwalt erklärte nach der ärztlichen Untersuchung, der Zustand der Kinder sei „noch schlimmer, als anfangs befürchtet". Zur Zeit werde geprüft, wie groß ihre psychischen Schäden seien, die ihnen durch die zur Sekten-Pflicht erhobene Verwahrlosung entstanden sind. Chef der Sekte ist der ehemalige Seemann Jo Onvlee (54). Der geborene Amsterdamer will in Australien den „himmlichen Befehl" erhalten haben, in die Heimatstadt zurückzukehren und eine Sekte zu gründen. Nach ersten Ermittlungen soll er es geschafft haben, die etwa dreißig erwachsenen Anhänger völlig seinem Willen zu unterwerfen. Einzige Aufgabe der weiblichen Mitglieder war es nach Darstellung von Verwandten der Onvlee-Opfer, so schnell wie möglich hintereinander Kinder zu gebären. Die Zeugung hatte nur durch männliche Sekten-Angehörige zu geschehen. Nach der Geburt mußten die Mütter ihre Babys verwahrlosen lassen um eine gefühlsmäßige Bindung zu unterdrücken.

Lebenslang für Kindermörder

dpa, **Frankfurt**

Zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen Mordes (die WELT berichtete) an zwei Kindern wurde der 22jährige Andreas Buhlmann aus Neuanspach/Taunus verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte zweimal lebenslange Freiheitsstrafe gefordert.

Chaotische Szenen

AFP, **Rom**

In Rom weigern sich die Beamten an den Fahrkartenschaltern, an nicht italienisch sprechende Reisende Fahrkarten zu verkaufen. Grund: Die Bahndirektion hat es abgelehnt, den Schalterbeamten eine Sprachzulage zu bewilligen.

Ärztestreik: 6 Tote

AFP, **Kalkutta**

Mindestens sechs Kinder starben in einem Krankenhaus von Kalkutta, dessen Ärzte seit vier Tagen streiken. Die Ärzte in den Regierungskrankenhäusern des ostindischen Bundesstaates Bengalen verlangen bessere Arbeitsbedingungen.

17jähriger gestand Bluttat

dpa, **Neuwied**

Ein 17jähriger Hilfsarbeiter hat nach Angaben der Koblenzer Staatsanwaltschaft gestanden, am 23. September eine Mutter und ihre zwei Töchter in ihrer Wohnung in Neuwied/Rhein erstochen zu haben. Der unter Tatverdacht inhaftierte Ehemann der Ermordeten wurde sofort aus der Untersuchungshaft entlassen.

Wiener Herzempfänger tot

dpa, **München**

Der 40jährige Wiener, dem in München das Herz einer 24jährigen ermordeten Berlinerin implantiert worden war, ist nach sechs Tagen gestorben. Der Wiener war wegen eines Herzmuskelschadens in bedenklichem Gesundheitszustand in die Klinik eingeliefert worden.

Beinahe-Katastrophe?

SAD, **New York**

Der für den 28. Oktober geplante neuntägige „Spacelab"-Flug mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold muß möglicherweise auf nächstes Jahr verschoben werden. Beim letzten Challenger-Start hatten Feststoffraketen die Isolierschicht so stark geschädigt, daß um Haaresbreite eine der Treibstoffdüsen zum Schmelzen gebracht worden wäre. Die Untersuchungen dieses Zwischenfalls, hieß es, seien noch nicht abgeschlossen.

10 000 Mediziner sollen Prüfung wiederholen

Riesiger Examensschwindel in den USA

SAD, **Washington**

Im größten Examensschwindel, der je an amerikanischen Hochschulen aufgedeckt worden ist, wurde jetzt das FBI eingeschaltet. Mindestens zehntausend frischgebackene Doktoren der Medizin werden wohl ihre in den USA äußerst schwierige Approbationsprüfung wiederholen müssen. Der Schwindel flog einen Tag nach den Prüfungen auf, die Absolventen ausländischer Universitäten zur Anerkennung ihres Doktortitels in den USA ablegen müssen.

Die meisten der 17 000 Prüflinge sind Amerikaner, die mangels ausreichender Studienplätze im Inland im benachbarten Ausland, vornehmlich Kanada, Mexiko und auf der Karibikinsel Grenada Medizin *studiert hatten.*

Nach Angaben der medizinischen Prüfungskommission in Washington wurden die Aufgaben samt Lösungen aus dem Tresor der Behörde gestohlen und so schnell wieder zurückgelegt, daß ihr kurzes Verschwinden zunächst nicht bemerkt wurde. „Wir haben Anlaß zu der Vermutung", so ein Kommissionsprecher, „daß der Dieb die Lösungen an den ersten Kunden für mindestens 50 000 Dollar verkaufte."

Die Lösungen, so der Sprecher, hätten schnell die Runde unter den Prüfungskandidaten gemacht, *wobei der Preis ständig ge*sunken und zum Schluß unter tausend Dollar gefallen sei. „Doch wer der Dieb oder die Diebe waren, wissen wir noch nicht. Deshalb haben wir das FBI eingeschaltet."

Die schwierige Nachprüfung wird gewöhnlich nur von einem Drittel der Kandidaten bestanden. Diesmal bestanden jedoch außergewöhnlich viele Prüflinge. Der Verdacht auf Mogelei wurde zur Gewißheit, als schon am darauffolgenden Tag anonyme Anrufer das Abschreiben der gestohlenen Lösungen bestätigten.

Heftiger Streit um ein „Ereignis"

Mussolini entzweit Anwohner des Comer Sees

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Unter den rund 1000 Einwohnern des Dorfes Giulino di Mezzegra am Comer See ist ein heftiger Streit ausgebrochen. Es geht um ein Hinweisschild an der Mauer, vor der Mussolini und seine Geliebte Claretta Petacci von einem Hinrichtungskommando der Partisanen erschossen worden sind. Nach langem Hin und Her hat der örtliche Gemeinderat beschlossen, im Interesse des Fremdenverkehrs ein Schild mit folgendem Text anbringen zu lassen: „Historisches Ereignis vom 28. April 1945". Nichts weiter.

Die zahlreichen am Comer See wohnenden Neofaschisten protestierten empört gegen die Unterschlagung der Namen Mussolinis und der Petacci und die Scheinheiligkeit der Gemeindeverwaltung, die verschweige, um welches „historisches Ereignis" es sich vor 38 Jahren gehandelt habe. Bürgermeister Alberto Longoni gibt zu, daß das Ergebnis der langen Verhandlungen im Gemeinderat „nicht gerade brillant" genannt werden *kann.*

Lange Zeit standen an der Hinrichtungsstelle zwei weiße Marmorkreuze mit den Namen des einstigen Duce und seiner Geliebten. Sie waren zur Pilgerstätte faschistischer Wallfahrer geworden. In den 60er Jahren waren sie dann aber entfernt worden. Jetzt will man auf diskrete Weise an den Todesort des faschistischen Diktators erinnern, um die Neugier der so willkommenen ausländischen Touristen zu befriedigen. Schließlich liegt die Schweizer Grenze vor der Haustür.

Der Vorschlag rechtsradikaler Kreise, auch im Dongo, wo 1945 fast der gesamte Führungsstab Mussolinis erschossen wurde, einen Gedenkstein zu errichten, scheiterte am Widerstand der Altpartisanen. Der christdemokratische Bürgermeister lehnte es ab, bei den Hingerichteten von Gefallenen zu sprechen, die eine solche Ehrung verdienten.

LEUTE HEUTE

Großmaul Ali

Muhammad Ali will nicht mehr das *Großmaul sein, will sich nicht mehr als* „der Größte" brüsten, sondern seine Erfolge für sich sprechen lassen. Das gelobte er jetzt in St. Louis und fügte gleich über Schwergewichtsmeister **Michael Spinks** an: „Der ist so gut, daß er den Titel zehn Jahre lang behalten kann, wenn er nur will."

Einpfeifer

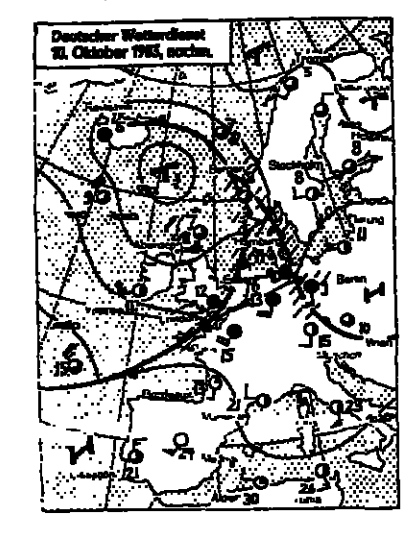
Pastor **David Long** im englischen Dorf Westbrook hat „gute Leute" in seiner Gemeinde, aber sie sind „ein bißchen scheu" und wagen im Gottesdienst kaum, beim Singen ihre Stimme zu erheben. Eine Orgel gibt es in der Schulhalle, in der Long predigt, auch nicht, und kürzlich zog auch noch der einzige Pianist weg. Der Pastor versuchte es zunächst ohne Begleitung, kam dann aber, als der Gesang immer dünner wurde, auf eine Idee: Er pfeift jetzt vom Altar aus die Lieder vor und mit. „Zuerst wurde gekichert, aber jetzt ist die Sache schon völlig akzeptiert."

Zungenbrecher-Glück

Richard Vlk freute sich zum ersten Mal über seinen seltsamen Nachnamen. Er brachte ihm bei einem Reklamewettbewerb umgerechnet 54 000 Mark ein, weil er binnen kürzester Zeit 1400 Sätze von jeweils drei Pepsi-Cola-Verschlüssen mit den Buchstaben seines Namens sammeln konnte. Die Firma hatte für jeden Verschluß mit den Buchstaben des Einsendernamens fünf Dollar ausgesetzt. Der 27jährige Vlk bekam die Verschlüsse mit Hilfe von Freunden zusammen. Seinen Namen spricht er übrigens „Welk" aus.

WETTER: Schauer

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs über der norwegischen See überquert im Tagesverlauf auch den Süden Deutschlands. Auf seiner Rückseite wird frische Meeresluft herangeführt.



Vorhersage für Dienstag:

Norden und Mitte: Bei wechselnder, überwiegend starker Bewölkung einzelne Schauer, in Küstennähe auch Gewitter. Tageshöchsttemperaturen um 13 Grad, in höheren Lagen bei 9 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 9 bis 6 Grad.

Süddeutschland: Zunächst bedeckt und vor allem in Alpennähe länger andauernder Regen. Höchsttemperaturen bei 13 Grad, im Alpenvorland kaum über 9 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 7 bis 3 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen starker Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Vor allem im Süden leichte Wetterberuhigung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	28°
Bonn	14°	Kopenh.	10°
Dresden	14°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	12°
Frankfurt	15°	Madrid	24°
Hamburg	14°	Mailand	22°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	15°	Moskau	6°
Stuttgart	15°	Nizza	23°
Algier	30°	Oslo	5°
Amsterdam	14°	Paris	15°
Athen	24°	Prag	14°
Barcelona	25°	Rom	23°
Brüssel	14°	Stockholm	8°
Budapest	14°	Tel Aviv	30°
Bukarest	18°	Tunis	26°
Helsinki	8°	Wien	10°
Istanbul	19°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 6.39 Uhr, Untergang: 17.37 Uhr, **Mondaufgang:** 13.41 Uhr, Untergang: 21.11 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Nasa kämpft um eine Station im All

dpa, **Hamburg**

Für Amerikas Raumfahrt-Planer steht die Montage einer riesigen permanenten Station im Erdumlauf ungeachtet der Einwände einflußreicher Fachkreise ganz oben auf der Prioritäten-Liste. Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa dringt unter ihrem Chef James M. Beggs jetzt beim Weißen Haus auf entsprechende Mittel im nächsten Budget, um das Mammut-Projekt zumindest Anfang der neunziger Jahre verwirklichen zu können. Beggs: „Die Zeit dafür ist reif."

Eine bemannte oder unbemannte Super-Raumstation mit dem Prädikat „ständig" soll wie bei einem Fertighaus *aus einer Reihe von* Fertigteilen (Modulen) im All zusammengesetzt werden. Sie wird verschiedenen Funktionen wie der Wartung von Satelliten und Raketenstufen, der Herstellung bestimmter Werkstoffe unter Weltraumbedingungen und natürlich auch wissenschaftlichen Experimenten dienen. In Amerika gibt es Pläne für eine aus fünf Teilen bestehende Station für zunächst acht Astronauten.

Sehr zum Kummer der Nasa hat der amerikanische Nationale Forschungsrat vor kurzem die wissenschaftliche Notwendigkeit einer erdumkreisenden Raumstation für den Augenblick verneint. Die für Raumfahrt-Wissenschaft zuständige Abteilung dieser Institution kam zu dem Schluß, daß die vorhandenen Technologien einschließlich der noch verfügbaren Raketen und der wiederverwendbaren Raumfähre (Space Shuttle) bis zum Jahre 2000 für die wissenschaftlichen Zielsetzungen ausreichen sollten. Das Washingtoner Verteidigungsministerium hatte schon vorher wissen lassen, daß es keinen militärischen Bedarf für ein derartiges Projekt sehe.

Bei der Nasa vertritt man dagegen den Standpunkt, daß eine solche Sta*tion einen beachtlichen* wissenschaftlichen Fundus im All darstellen würde, dessen großer Nutzen in den langfristigen Objekten anstelle der „Momentaufnahmen" eines kurzfristigen Unternehmens liegt. Man hofft deshalb, daß die sieben bis neun Milliarden Dollar kostende Raumstation eines der Gesprächsthemen auf höchster Regierungsebene bleibt und nicht von mittleren Verwaltungschargen blockiert wird.

Wann immer es darum geht, für neue Projekte dem Staat in die Tasche zu greifen, bringt die Nasa auch den Wettlauf mit den Sowjets ins Spiel. Die Nasa-Leute sind zwar der Ansicht, daß die Amerikaner auf vielen Gebieten der Raumfahrt weit voraus sind. Andererseits sind sie sich sicher, daß die Sowjetunion bei der Erfahrung mit Langzeit-Flügen im All und bei der Entwicklung einer ständigen Raumstation die Nase vorn hat. Ob die vor kurzem im Westen berichtete Explosion einer Weltraumrakete die sowjetische Planung verzögern könnte, muß im Augenblick noch abgewartet werden.

Die Sowjets scheinen nach allen Anzeichen schon für die nächsten drei Jahre die Errichtung einer Weltraumstation zu planen. Schon seit einigen Jahren haben sie erfolgreich Mehrzweck-Fertigteile in Verbindung mit ihren Saljut-Stationen getestet.

Unlängst ist der Antriebsteil des zweiteiligen Satelliten Kosmos 1443 in der Atmosphäre verglüht. Der am 2. März dieses Jahres gestartete Raumfrachter hatte am 10. März bei der Orbitstation Saljut 7 angelegt und den Kosmonauten Wladimir Ljadow und Alexander Alexandrow drei Tonnen Versorgungsgüter gebracht – etwa zweieinhalb Mal soviel, wie der bisher verwendete sowjetische Raumtransporter Progreß in den Erdumlauf bringen konnte. Am 14. August legte der Landeteil von Kosmos 1443 von dem Orbitalkomplex ab, landete weich auf der Erde und brachte Experimentier-Ergebnisse aus dem All zurück. Kosmos 1443 gilt als Prototyp für Weltraum-Einheiten.

Trotz der Zurückhaltung des amerikanischen Verteidigungsministeriums gegenüber einem Projekt dieser Art ist der militärische Nutzen einer permanenten Raumstation nicht zu übersehen, auch amerikanische Fachleute rechnen deshalb damit, daß die Sowjets in naher Zukunft über eine militärische Raumstation und auf längere Sicht wahrscheinlich auch über einen wiederverwendbaren Raumtransporter ähnlich dem Space Shuttle verfügen werden.

Nach Einschätzung von offizieller amerikanischer Seite sind ohnehin mindestens 75 Prozent der sowjetischen Satelliten für militärische Aufträge ausgelegt, während 15 Prozent *sowohl* zivilen wie auch militärischen Zwecken dienen können. Moskau hat seinerseits mehrfach den Vorwurf erhoben, daß das Programm der amerikanischen Raumfähre ein „neues Wettrüsten im All" ausgelöst hätte.

ZU GUTER LETZT

„Schwer zu fällendes Baumurteil" – Überschrift aus „Süddeutsche Zeitung".